

sind mir keine weiteren Sekunden wert in Ihrer Wortmeldung. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist keine Art, wie Sie mit den Leuten reden!“)

Sie tun sich relativ leicht, Herr Hofrat, abgesichert, abgenabelt, abgekoppelt – (Abg. Dr. Flecker: „Schauen Sie, daß Sie sich benehmen!“) –, verstehen Sie, nur (Glockenzeichen des Präsidenten!) verspritzen Sie Ihre Giftspritze dort, wo Sie wollen, aber nicht hier.

Nur, damit Sie wissen, Herr Korp, in diesem Zusammenhang, worum es geht.

Wir haben gesagt, in der Situation wollen wir einen Versuch machen, jenen Hunderten und mittlerweile Tausenden gut ausgebildeten Menschen in diesem Lande, die eine Ausbildungszeit hinter sich haben, wenigstens eine kleine Möglichkeit einzuräumen, ein Praktikum zu machen. Etwas zu machen, damit man dann weitergehen kann, sich irgendwo bewerben kann und sagen kann, ich habe schon ein paar Monate wo gearbeitet. Um das geht es uns. Und wenn Ihnen das zuwider ist, dann sagen Sie es, Herr Korp. (Beifall bei der ÖVP.)

Und sonst bin ich im übrigen für jeden konstruktiven Hinweis sehr dankbar. Es gibt, Gott sei Dank, auch in Ihrer Fraktion ein paar Leute – der Klubobmann gehört nicht dazu –, die an einer konstruktiven Lösung in diesem Sinne und Zusammenhang interessiert sind. (Abg. Dr. Flecker: „Sie wollen ja ganz etwas anderes!“)

Ich sage Ihnen noch eines, egal, ob Gesellschaft ja oder nein, ob AMS ja oder nein, wir machen das, und da werden wir euch nicht fragen, damit das ganz klar ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil die Pflanzerei, daß bitte der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek eine Gesellschaft macht und sagt, das, was ich darf, dürfen die anderen noch lange nicht, das ist ausgespielt, meine verehrten Damen und Herren. Das findet mit uns nicht mehr statt in diesem Lande, damit das offen ausgesprochen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Darüber hinaus, meine verehrten Damen und Herren, ich halte nur fest, das wird gemacht und das ist mir, wie gesagt, keine Debatten mehr wert. Die Erregung dieser Tage zieht an der Öffentlichkeit, wenn man die Leute, die da hinten sitzen, ausnimmt, Gott sei Dank, vorbei.

Und, Gott sei Dank, haben wir darüber hinaus sehr viel Zeit und Ambitionen, ein paar Dinge für dieses Land weiterzubringen.

Und das, was Sie heute gesagt haben, Herr Hofrat (Abg. Dr. Flecker: „Sie sind aufgefordert, etwas zu tun. Außer Schlagzeilen zu praktizieren, ist noch nichts gekommen!“), ich bin, Gott sei Dank, nicht da gewesen, weil ich habe gehört, es war nichts Neues, außer schwach angefangen und sehr stark nachgelassen dann. (Beifall bei der ÖVP.)

Im übrigen, die Zeiten, wo ich mich über Sie aufgeregt habe, sind für mich vorbei.

Ich möchte zu einem zweiten, was der Herr Klubobmann Schützenhöfer angesprochen hat, noch kurz zwei Sätze sagen, im Zusammenhang nämlich mit der Personalverwaltung.

Es ist richtig, wenn wir zu ernsthaften Reformen kommen wollen und zu jenen Bereichen, die für das Land wirklich eine Bedeutung haben, dann muß man über einige Dinge natürlich intensiver nachdenken. Ich bin sehr dankbar, daß das angesprochen wurde, daß wir natürlich eine Verfassungsreform zu diskutieren hätten, in dieser Republik, in diesen Ländern, in diesen Gemeinden, weil natürlich das Gefüge und die Kräfteverhältnisse zwischen Brüssel, Wien, den Ländern und den Gemeinden sich in den letzten Monaten und Jahren doch deutlich verschoben haben. Es ist sehr vieles richtigerweise angesprochen worden in diesem Zusammenhang, bis hin zum Wahlrecht und den Proporzregierungen.

Ich möchte aber besonders noch einmal etwas unterstreichen – und das ist eine sehr ernsthafte Geschichte. Es gibt von Prof. Tomandl, einem Juristen der Wiener Universität, ein interessantes und bedeutendes Buch, das sich mit dem Rechtsstaat Österreich befaßt. Er kommt zu einer – wenn ich das kurz in einem Resümee darstellen darf – Schlußfassung, „wenn das mit der Gesetzesflut so weitergeht und wenn das mit der Bürokratie so weitergeht in diesem Staate, ist der Rechtsstaat in wenigen Jahren auf völlig hohlen Beinen und wird der Rechtsstaat in dem Sinne nicht mehr aufrecht zu erhalten sein.“

Ich möchte, weil der Kollege Brünner das mit dem Objektivierungsgesetz angesprochen hat – und das wurde dann von einigen anderen Leuten auch angesprochen –, es mir nicht ersparen, dazu auch ein Wort sagen.

Damit es da keinen Irrtum gibt, wir haben in die Regierung einen Entwurf eingebracht, der, wie die Fassung am Ende auch immer ausschauen wird, natürlich kritisierbar ist. Und damit es da auch keinen Irrtum gibt: Wer mich kennt und wer weiß, was ich von solchen Dingen, wie Personalbesetzungen, halte, der wird mir schwer unterstellen können, daß es mir darum ginge, hier irgendeine ÖVP-Mehrheit in irgendeinem Gremium zu zimmern. Weil ich sage Ihnen ganz offen, ich halte von dieser Art von Politik und von Personalpolitik und ihren politischen Auswirkungen gar nichts, außer daß sie politisch überhaupt nichts bringt und nur kontraproduktiv ist. Damit wir uns da ganz richtig verstehen!

Wir haben einen Entwurf in die Regierung eingebracht. Ich möchte da auch nicht sagen, was mir einzelne Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei unter vier Augen sagen, zu dem ganzen Thema. Das will ich da nicht ausbreiten. Ich halte nur vorläufig so viel fest, ich hoffe, daß das zwischen den Klubs, in denen es ja offenbar überall sehr denzierte Vorstellungen gibt, rasch zu Verhandlungen kommt und rasch zu einem Ergebnis. Und mir ist die objektivste, nachvollziehbarste Art und Weise jeder Regelung in diesem Zusammenhang die liebste Regelung. Ich möchte nur heute schon vor der Illusion warnen, was heute hier bereits an Widersprüchlichkeiten zu dem Thema angeklungen ist, das wird sich dann auch in einem lange diskutierten Verfahren, nehme ich an, nicht ganz ausräumen lassen. Man wird nämlich zu irgendeinem Ergebnis kommen müssen.

Wie gesagt, ich kann nicht nur mit jedem Ergebnis leben, sondern je unabhängiger, je nachvollziehbarer in der Öffentlichkeit, desto lieber ist mir das. Christian,

damit wir uns da auch richtig verstanden haben. Da können zehn Personalbüros et cetera, et cetera, alles denkbar, alles machbar, nur, ich schaue mir dann am Schluß die Regelung an.

Ich möchte aber eines, bitte, auch dazusagen - ich bin jetzt seit vier Jahren der Personalreferent und ich kann nur das schildern, was ich selber in diesem Zusammenhang sozusagen erlebt oder mitbetrieben habe -, es war eine meiner ersten Initiativen, wie ich in die Regierung gekommen bin, daß wir diese Hearings, übernommen von Franz Hasibas Personaleinstellungsmodell, betrieben haben, und wie mir scheint, haben wir das ganz gut gemacht. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Mit Landesrat Schmid!“) Richtig, wir haben damals im Michael Schmid einen Partner gehabt in der Regierung. Es war vorher so, daß wir immer, wie gesagt, ausgeschrieben haben, mit einer Ausnahme, auf die ich dann komme, daß wir immer einen Erstgereihten uns gewünscht haben, immer einen Erstgereihten bekommen haben, und wir haben immer den Erstgereihten genommen. Auf das bin ich heute noch sehr stolz. Das war bis zum Dezember 1995 so.

Wir haben dann, wenn ich mich recht erinnere, in der Regierung - Anfang 1996 - einmal ein Gespräch über dieses Thema gehabt. Das war sinngemäß so, wir bleiben bei den Hearings, es soll aber möglicherweise einen Zweier-, Dreier- oder Vierervorschlag jeweils geben, und der zuständige politische Referent hat dann die Möglichkeit, seinen Kandidaten aus diesem Topf sozusagen zu nominieren. So haben wir das damals einmal besprochen gehabt.

Wie gesagt, wie jetzt die Positionen sind in dem Zusammenhang, das wird sich ja dann am Ende dieser Verhandlungen herausstellen.

Ich möchte jetzt nur - und ich nehme an, ich begehe keinen Vertrauensbruch oder verletze keine Datenschutzgesetze, im Hinblick auf unseren sorgsam Wächter über diese Dinge - die Namen verlesen, wer in dieser Zeit in eine Leitungsfunktion gekommen ist. Ich möchte anhand dieser Namen darauf hinweisen, das waren eigentlich alles sehr exzellente Leute. Ich fange an mit dem Gerhard Kapl, der die Landesbuchhaltung bekommen hat. Das war der erste, ich erinnere mich ganz genau. Ich halte ihn für einen exzellenten Mann.

Es war dann die Frau Mag. Renate Skledar, Patientenombudsfrau, eine exzellente Dame. Es war der Bezirkshauptmann von Leoben Dr. Walter Kreutzwiesner, ein exzellenter Bezirkshauptmann. Es war dann der Dr. Peter Schurl, Senatsvorsitzender beim UVS, ein exzellenter Mann, meine verehrten Damen und Herren. Es war der nächste der Dr. Wolfgang Thierriecher, Bezirkshauptmann in Murau, ein exzellenter Mann. Es war dann - das war Landtag hier - Dr. Wolfgang Sellitsch, Kinder- und Jugendanwalt, es war dann der Dr. Heinz Schille, Vorstand der Rechtsabteilung 7, ein ganz exzellenter Mann. Und das geht so weiter, meine verehrten Damen und Herren, bis hin zum Vorstand der Rechtsabteilung 1 mit dem Dr. Werner Eichtinger. Ich wiederhole mich, ein exzellenter Mann. Bis zum Dr. Müller, Bezirkshauptmann in Deutschlandsberg, ein exzellenter Mann, meine verehrten Damen und Herren. Ich habe so ziemlich alle aus dieser Ära genannt, meine verehrten

Damen und Herren. Warum habe ich das gemacht? Den Rader habe ich ausgelassen, bewußt, weil es ein Mißverständnis gäbe. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Grollitsch!“) Und den Grollitsch, danke, ein exzellenter Mann, ein ganz exzellenter Mann.

Was ich damit sagen will? Es wird nie - und da können Sie zehn Jahre sitzen und ein Objektivierungsgesetz erfinden -, es wird nie ein Gesetz geben, es wird nie ein Verfahren geben, von dem nicht irgendwer sofort wieder sagen wird, Schieberei, parteipolitische Abmachungen et cetera, et cetera. Also von der Illusion, bitte, können wir uns befreien. Das ist ja auch unredlich, meine verehrten Damen und Herren. Ausschreibung selbstverständlich, Hearing selbstverständlich. Ich bin sehr stolz, daß wir gegen den erklärten Willen des Verfassungsdienstes in dieser Runde eine Initiative des Landesrates Schmid, der uns drei Journalisten hineingeschickt hat, durchgesetzt haben, weil das hat einen sehr bedeutenden Effekt für beide Seiten und insbesondere für die Journalisten. Erstens war ich nicht bereit, dem Wunsch des Landesrates Schmid hier nicht nachzukommen, weil das politische Theater in der Öffentlichkeit wollte ich mir persönlich in dem Zusammenhang jedenfalls ersparen. Zweitens, es hat eine unendlich wohltuende Wirkung, wie ich weiß, auf die Journalisten gehabt, weil die plötzlich gemerkt haben, das ist ein ganz penibles Auswahlverfahren, sehr hart, sehr unangenehm, spricht bürgt für Qualität. In dem Zusammenhang, zweiter Punkt, nicht unwichtig: Man stellt dann plötzlich fest, es trennt sich zwar die Spreu vom Weizen, Gott sei Dank, in so einem Verfahren, aber es ist ja nicht so einfach dann zu sagen, der Herr Huber oder die Frau Maier, das waren die eindeutig besten. So einfach sind die Dinge dann auch wieder nicht gestrickt. So, und da schließt sich der Kreis.

Ich bin, wie gesagt, sehr froh, daß wir das so gemacht haben bei dieser Runde. Und das ist ein Modellfall, hinter den wir auf keinen Fall zurückgehen werden. Und ich möchte nur sagen, der politische Generalverdacht, ja, der wird immer einmal von der Ecke kommen und einmal von der Ecke. Trotzdem, bin ich persönlich ein unbedingter Anhänger eines möglichst objektiven, eines möglichst nachvollziehbaren Auswahlverfahrens. Und, wie gesagt, ich freue mich heute schon auf den Zeitpunkt, wo der Hohe Landtag, also Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Gesetz hier beschließen werden. Ich darf heute schon prophezeien, es wird auch nach diesem Verfahren immer wieder den Anwurf geben, es handle sich um politische Besetzungen in dem einen oder in dem anderen Fall. Was aber, wie gesagt, kein Gegenargument ist, damit Sie mich nicht falsch verstehen, sondern richtigerweise wollte ich noch zum Ausdruck bringen, daß die Dinge so einfach nicht sind. Ich habe die Namen vorhin deswegen verlesen, weil es erstens meine Überzeugung ist, daß das alles exzellente Damen und exzellente Herren sind, mit unterschiedlicher politischer Zuordenbarkeit. Und zwar nicht nur zu einer Partei oder zu zwei Parteien, sondern zu zumindest drei Parteien, in diesem Zusammenhang sei es gesagt.

Ich darf zum Schluß kommen, meine verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich dir, Christian Brünner, die Antwort nicht schuldig

bleiben, zum Fall Konrad. Ja, ich werde nicht alle Dinge hier sagen, die ich zu sagen hätte, weil es gibt ein paar Dinge, die möchte ich für mich behalten, solange es geht. Man macht nicht immer Dinge, die nur seiner eigenen Überzeugung entsprechen zum generellen Thema. Aber wenn du mich fragst, auch das, was ich hier gehört habe in diesem Hause heute, was ich da medial gehört habe in den letzten Tagen und Wochen, was mich nichts angeht, weil es nicht meine Fraktion ist, wenn wir schon so reden. Was ich hier gehört habe beim letzten Sonderlandtag in dem Zusammenhang, das möchte ich dahingehend schon noch einmal hinterfragen, meine verehrten Damen und Herren, jawohl, damit du meine Meinung ganz offen hast. Ich war sehr dafür, daß die Frau Dr. Konrad, wenn sie das wirklich will, erstens eine Arbeit bekommt, zweitens durchaus im Kulturbereich, weil ich überzeugt davon bin, daß sie das gut gemacht hätte. Ich hätte nur, wenn ich ihr etwas zu sagen gehabt hätte, in dem Zusammenhang gesagt, „liebe Frau Abgeordnete, solange Sie ihr Mandat haben, zeigen Sie der Öffentlichkeit und der Steiermark, daß Sie es gerne machen, daß Sie an der Arbeit interessiert sind und machen Sie es in der Zeit unentgeltlich“. Und die hätte ich ihr gegeben. Verstehst du mich, Christian? (Abg. Dr. Flecker: „Das gehört jetzt schon zu eurem Stil, daß euch nachher davonstiehlt, das ist nichts Neues!“)

Herr Hofrat, Ihnen sage ich noch einmal was. Es wäre selbst eine Größe für Sie, wenn Sie einmal – nur Sie haben die Einsicht nicht –, wenn Sie einmal merken würden, wenn Sie auf dem falschen Weg sind, daß Sie umdrehen würden, das würde Sie auch einmal zieren. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage. (Beifall bei der ÖVP.) Was im übrigen nicht sehr für Sie spricht, aber bitte schön. (Abg. Ing. Schreiner: „Welchen Weg?“) Das ist die richtige Frage.

Ich möchte ganz zum Schluß, meine verehrten Damen und Herren, fünf Persönlichkeiten stellvertretend für die -zig und Hunderte, die heuer und im Vorjahr aus dem Landesdienst ausgeschieden sind, danken für ihre exzellente Arbeit in leitenden Funktionen des öffentlichen Dienstes der Steiermark. Ich darf sie in aller Kürze persönlich und namentlich nennen. Das ist der Direktor des Landessportschülerheimes Schladming, Leo Schlömmer, der dort Jahre und Jahrzehnte hindurch sehr erfolgreich gearbeitet hat und sich dort große Verdienste um den steirischen Schisport erworben hat. Das ist darüber hinaus der Vorstand der Baubezirksleitung Judenburg, Dipl.-Ing. Otto Duchaczek, ein allseits bekannter und allseits beliebter tüchtiger Baumann im Murtal. Das ist darüber hinaus Hofrat Dr. Helmuth Fallada, ein ebenfalls weithin im ganzen Land bekannter sehr tüchtiger Jurist, der die größte Bezirkshauptmannschaft dieses Landes in den letzten Jahren exzellent und mit großem Einsatz geleitet und geführt hat. Das ist darüber hinaus der Vorstand der Fachabteilung II b, Dipl.-Ing. Harald Mirus, der über Jahre und Jahrzehnte hindurch sich im steirischen Straßenbau ebenfalls sehr, sehr große Verdienste erworben hat, und es ist schlußendlich Hofrat Dr. Alois Urabić, der Vorstand der Rechtsabteilung 13, der im Bereich des Schulwesens – selbst einmal Lehrer gewesen – in den letzten Jahren und Jahrzehnten unendlich viel Gutes für das steirische Bildungswesen

getan hat. Ich möchte den Genannten, wie gesagt, sehr, sehr herzlich danken für ihre jahre- und jahrzehntelange hingebungsvolle Arbeit für dieses Land Steiermark, in diesem Land Steiermark und, wie gesagt, stellvertretend den Dank für die vielen Dutzenden und Hunderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Ihnen gearbeitet haben und jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten. Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für diese enorme Leistung und ich bin mir sicher, meine verehrten Damen und Herren, daß wir mit den öffentlich Bediensteten in diesem Lande einen guten Staat machen, um mit Ihnen auch die Steiermark so positionieren zu können, daß wir im 21. Jahrhundert in vielen, vielen Bereichen an der Spitze Österreichs stehen werden. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 17.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ein weiteres Mal zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (17.37 Uhr): Herr Dr. Gerhard Hirschmann, Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, Sie werden es nicht glauben, ich kenne Sie. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt eine Grundregel, und die heißt, der Name eines Menschen ist wie ein Kleid. Und wer an diesem Kleid zupft, beleidigt den Menschen selbst. Sie tun das hier in Permanenz. Es ist höchst an der Zeit, daß sich hier einmal jemand herstellt und Ihnen das in aller Deutlichkeit sagt, denn dieser Zynismus ist auf die Dauer für uns nicht mehr auszuhalten. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Aber geh!“) Das kann ich Ihnen sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Als ich in den Landtag gekommen bin, habe ich zufällig damals erstmals Ihre Budgetrede gehört. Da haben Sie unter anderem von der Dominanz des Scheins gesprochen. Ich erinnere mich noch zu gut.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Ihre Partei hat sich 40 Jahre in diesem Land bedient, hinten und vorne. Sie haben knallharte Parteipolitik betrieben. Sie haben sich hinten und vorne bedient, nach allen Regeln der Kunst. (Abg. Purr: „Was soll das?“)

Diese Politik hat unter Ihrer Personalführerschaft die Hochzeit erlebt. Das ist es, und so schaut es aus. Und das ist für uns einfach unerträglich.

Wenn Sie, wie so oft hier, Herr Landesrat, in diesem Haus mit der Wortwahl beginnen, zum Beispiel „Herr Kollege“ oder „Frau Kollegin, ich schätze Sie sehr“, und dann kommt der Beton, ich sage Ihnen, das ist unerträglich. Ich jedenfalls für meine Person bin nicht bereit, mir von Ihnen so etwas gefallen zu lassen. Merken Sie sich das. (Beifall bei der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr. Er hat das Wort.

Abg. Purr (17.39 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Diskussionen wunderbar, sie sollen hier stattfinden. Aber es ist auch anläßlich einer Budgetdebatte und anläßlich des Stiles des Hauses seit Jahrzehnten angebracht, daß sich hier nicht Leute zu Wort melden, die selbst den Dreck am Stecken tragen. In dieser

Form verbiete ich mir eine Anspielung auf Landesräte, Regierungsmitglieder und Abgeordnete dieses Hauses, Herr Kollege. (Beifall bei der ÖVP. – 17.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Flecker (17.40 Uhr): Meine Damen und Herren!

Das, was Sie jetzt gehört haben, haben sie dem allseits sattsam bekannten Stil des Herrn Hirschmann zu verdanken. Für das Wort „Dreck am Stecken“ hättest du dir an sich einen Ordnungsruf verdient. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, deinem Vokabular oder deiner Fähigkeit zum Vokabular entsprechend, verzichten wir darauf. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nach einer kurzen Abkühlungsphase hat die Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort.

Landeshauptmann Klasnic (17.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sitzen nun seit neun Stunden beisammen, und es ist wichtig und verständlich, daß an einem solchen Tag auch wirklich diskutiert werden soll, und Diskussion heißt reden. Und dieses Reden nehmen alle für sich in Anspruch, und das ist auch gut so.

Ich möchte über Europa reden, weil es einige Fragen gab und zumindestens einige Aussagen, betreffend den Brief, den der Vorsitzende der Landeshauptleuterkonferenz, mein Kollege Pühringer aus Oberösterreich, im Namen der Landeshauptleute an den Kommissar Dr. Fischler übergeben hat, und seinen Inhalt.

Lassen Sie mich aber vorher zu Europa einige Bemerkungen machen. Wir haben eine Europaabteilung und ein Europareferat. Die Referatleiterin, Frau Dr. Stangl, war Verwaltungsmanagerin 1997. Ich bin überzeugt, daß mit ihr und ihrem Team wichtige Zukunftsaufgaben gelöst werden können. Es geht dort um die Fixierung der Regionalförderungsgebiete, um die Wettbewerbskulisse, Osterweiterung und Öffentlichkeitsarbeit.

In der Abteilung ist weiterhin Herr Hofrat Mag. Ludwig Rader tätig. Er wird sich um die EU-Richtlinien, um die Information der Landesregierung kümmern, aber auch um das Steiermark-Haus in Brüssel.

Als Referent bin ich zuständig, und der Koreferent ist mein Stellvertreter.

Ich möchte zum heurigen Jahr folgendes sagen: Es hat uns Jacques Santer, der EU-Präsident, am 4. August besucht und hat zum Thema „Agenda 2000“ und „Osterweiterung“ gesprochen.

Neil Kinnock, der Verkehrskommissar, war hier. Er hat uns Unterstützung angeboten und war in seinen Wortmeldungen, aber auch in einer kleinen Zahlung – ich sage bewußt in einer kleinen Zahlung aus der Sicht Brüssels – zum Semmeringbasistunnel behilflich.

Landwirtschaftskommissar Franz Fischler hat die Grazer Frühjahrsmesse eröffnet und war vor einigen Wochen zu Gast bei der Jungbürgerfeier auf Einladung des Bürgermeisters von Graz.

Erstmals hat die Fachkommission 1 des Ausschusses der Regionen am 12. September außerhalb von Brüssel getagt, und zwar in Graz. Fachkommission 1 heißt Hauptthema „Osterweiterung“. Der Präsident des Ausschusses der Regionen, Maragall, war am 26. September beim Städtetagekongreß in Graz anwesend und hat sich auch hier gerade mit diesem Thema sehr beschäftigt. Gleichzeitig haben wir im Steiermark-Haus ein Osteuropasymposium abgehalten, bei dem der Herr Landesrat Paierl als Wirtschaftsreferent anwesend gewesen ist.

Osterweiterung „Agenda 2000“: Es ist auf der einen Seite ein großes Friedensprojekt und es ist aber auf der anderen Seite alle Sensibilität dabei angebracht. Es geht darum, daß die strukturschwachen EU-Regionen, die jetzt schon in der Europäischen Union drinnen sind, nicht in ihrer Entwicklung gefährdet werden dürfen. Es geht um die Anliegen der Landwirtschaft, der Betriebsverlagerungen, um Umwelt- und Sozialstandards. Es geht um die Arbeitsplatzsicherungen als Hauptthemen. Österreich kann in diesem Fall nur eine Brückenfunktion einnehmen.

Ich habe als Berichterstatterin des Ausschusses der Regionen – und als solche bin ich gewählt worden, stellvertretend für die dort anwesenden 222 Regionen – gemeinsam mit meiner Koreferentin, Betty Coffey aus Irland, einen Bericht vorgelegt, der am 20. November einstimmig angenommen wurde. Ich darf Ihnen gleichzeitig versichern, daß ich gerade im Interesse unserer Region Steiermark, unseres Landes natürlich dort mitwirken möchte, wo es um die negativen Auswirkungen der Osterweiterung gehen könnte, die unser Land betreffen. Aus diesem Grund verlese ich Ihnen zwei Sätze dieses Briefes, der sowohl dem Bundeskanzler als auch den Kommissaren und dem Vizekanzler zugestellt wurde. Hauptinhalt ist, „es müssen die betroffenen Regionen in den derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten durch spezielle Maßnahmen davor geschützt werden. Eine Betroffenheit kann in allen Bereichen, sei es Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Umwelt, Soziales, erwartet werden.“ Und in diesem Sinne haben wir um Mitsprache ersucht. Die Debatten beziehungsweise die Sitzungen in diesem Sinne sind in Vorbereitung, und dort werden wir mitreden. Selbstverständlich werde ich dann, wenn es konkret ist, den zuständigen Ausschuß des Landes jederzeit damit beschäftigen.

Ich darf Ihnen auch gleichzeitig versichern, daß gerade wir als Bundesland Steiermark den zuständigen Kommissar van Miert schon am 13. Juni 1997 verständigt haben und dann auch in der Österreichischen Raumordnungskonferenzhauptversammlung unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers darauf hingewiesen haben, wie die Wettbewerbskulisse der Zukunft ausschauen soll. Ich sage bewußt, ausschauen soll.

Ich sage gleichzeitig – Ausblick für 1998 –, es wird die EU-Ostregionenkonzferenz über meine Einladung als Mitglied des Ausschusses der Regionen am 29. Jänner 1998 mit zwölf Regionen bei uns in der Steiermark stattfinden. Die weitere Fortsetzung ist in München.

Ministerpräsident Stoiber wollte schon die Gründungsversammlung dort. Ich habe aber gesagt, wir haben es angepackt, und wir arbeiten weiter daran.

Der Regional-Ausschuß des Europaparlaments unter der Leitung von Prof. Rack wird uns im Frühjahr besuchen.

Am 1. Juli übernimmt Österreich den Vorsitz in der Europäischen Union, und vom 15. bis 17. Juli - das ist ein fixes Datum - werden die 15 EU-Umweltminister in Graz unter dem Vorsitz von Dr. Martin Bartenstein tagen.

Wir werden im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres sehr viel im Sinne Europas zu tun haben, und ich hoffe, daß im Sinne einer guten Zusammenarbeit auch manches gelingt.

Es kann zu einem Beitritt neuer Länder nur dann kommen, wenn auch Rechts-, Qualitäts- und Umweltstandards stimmen und wenn wir wissen, daß unsere Regionen in keiner Form geschwächt und benachteiligt werden.

Dafür will ich mich einsetzen, dafür werden sich die zuständigen Beamten einsetzen, und ich bin überzeugt, wenn es in den Ausschuß kommt, auch die notwendige Unterstützung zu haben. (Beifall bei der ÖVP. - 17.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine sehr geehrte Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 0 liegt nicht vor. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über einen Abänderungsantrag, ferner über den Antrag des Herrn Berichterstatters und schließlich über sechs weitere Beschlußanträge.

Erstens: Wer dem Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Bereitstellung von Budgetmitteln für die Tätigkeit einer Personalberatungskommission im Rahmen des Objektivierungsgesetzes, zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 des Landesvoranschlages 1998, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der FPÖ, betreffend Zustimmungsvoraussetzungen zum Beitritt der Republik Slowenien zur EU, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der FPÖ, betreffend Presseförderung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Repräsentation, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Sechstens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Ausgleichstaxen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Siebtens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Schaffung einer demokratiepolitisch und rechtsstaatlich einwandfreien Grundlage für die Presseförderung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Achtens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Einbeziehung der Landtagsarbeit in den Landespressediens, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich darf im Zuschauerraum die anwesenden Herren der Einsatzorganisationen, unter ihnen die Herren Offiziere des Landesfeuerwehrverbandes, sehr herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.51 Uhr): Meine Damen und Herren, die Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Feuerwehren, Feuerweherschulen, Förderung der Brandbekämpfung und Brandverhütung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Katastrophendienst, allgemeine Angelegenheiten, Gewässerschutzmaßnahmen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Landesverteidigung, Zivilschutz, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

In der Gruppe 1 ergeben sich für den Landesvoranschlag 1998 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben in der Höhe von 106,270.000 Schilling, Einnahmen in der Höhe von 2,687.000 Schilling.

Es wird der Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 1 für das Haushaltsjahr 1998 gestellt. (17.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Er hat als Hauptredner 15 Minuten Zeit.

Abg. Herrmann (17.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ist für mich die Gruppe der Idealisten. Nun werden einige denken, das ist schon wieder so ein Feuerwehrsänger. Ihr wißt, früher hat es immer die Straßensänger gegeben, ich bin halt ein Feuerwehrsänger, ich bekenne mich dazu. Ich weiß, wovon ich spreche. Tatsache ist, ohne diese Freiwilligkeit könnten wir die örtliche Sicherheit in unseren Ortschaften nicht garantieren, sie wäre einfach unfinanzierbar. Und daß die Feuerwehrleute zum Beispiel

neben ihrer Tätigkeit als Feuerwerker auch sehr viel für die Allgemeinheit in einer Ortschaft tun, das wissen wir alle. Ob es Aufmärsche sind oder ähnliches, sie sind immer dabei. Sie sind aber auch bereit, eigene Arbeit einzubringen, wenn zum Beispiel ein Feuerwehrhaus errichtet wird. Sie sind auch bereit, Mittel aufzubringen durch Feste. Und sie sind, wie zum Beispiel bei uns, ebenfalls auch bereit, eine Parkraumbewirtschaftung durchzuführen bei einem Großkirtag, was ihnen natürlich auch ein Geld bringt. Daß sie sehr sparsam sind, da möchte ich nur hernehmen bei unseren 1,3 Feuerwehren, für die ich zuständig bin als Bürgermeister, bei einer Feuerwehr sind wir zu 30 Prozent beteiligt, daher 1,3 Feuerwehren. Diese Feuerwehren haben von unserem ordentlichen Budget nur ein bißchen über 2 Prozent gebraucht. Hier sehen wir, wie günstig eben diese Feuerwehren sind.

Wir wissen es jetzt ja ganz frisch, denn wir alle Bürgermeister haben ja jetzt die Voranschläge errichtet. Daher hat mich auch sehr interessiert, wie sind eben die Ansätze für den Voranschlag 1998. Wenn ich dem gegenüberhalte – ich weiß schon, man kann es nicht vergleichen –, so gibt es vom Land vom ordentlichen Budget für die Feuerwehren, hier ist aber eben die Feuerweherschule und eben die Förderungen, 0,23 Prozent. Ich weiß, das ist nicht vergleichbar. Die Feuerweherschule ist heuer mit 40,234 Millionen veranschlagt, das sind um 2,587 Millionen oder 6 Prozent weniger. Vor allem Personalkosten sind reduziert worden. Jetzt wäre meine Frage, zahlt hier der Landesfeuerwehrverband dazu, oder hat es einen Wechsel gegeben, daß einige in Pension gegangen sind?

Die Förderung für die Brandbekämpfung, also die Beiträge an die Gemeinden sind 43 Millionen, statt 40,803 im Voranschlag 1996, das ist ein Plus von 7,4 Prozent. Da freuen wir uns natürlich selbstverständlich. Im Rechnungsabschluß 1996 hat es 27,613 Millionen gegeben, demgegenüber wäre der heurige Voranschlag um plus 55,7 Prozent. Also, meine Frage wäre jetzt noch immer, bezahlt das Land noch immer, obwohl nun der Landesfeuerwehrverband die Mittel vergibt, die Mittel dazu? Aber vielleicht ist das nur für heuer. Die Rücklagen für das Feuerwehrwesen sind 1,354 Millionen. Sind das zugesagte Mittel, die nicht angefordert werden? Ich kann mir das fast nicht vorstellen, denn jeder oder jede Feuerwehr schaut, daß sie ihre Mittel bekommt. Aber es ist eben ausgewiesen, daß diese Rücklagen hier sind.

Ich möchte jetzt Grundsätzliches zu dem Vertrag zwischen dem Landesfeuerwehrverband und dem Land sprechen. Wir haben immer gefordert, daß der Landesfeuerwehrverband über die Feuerschutzsteuer eben selbst verfügen soll, und jetzt ist es Wirklichkeit geworden mit 80 Prozent. Wenn man diesen Vertrag liest, dann muß ich sagen, als Bürgermeister und vor allem jene Bürgermeister, und wenn ich den Ernstl Huber anschau mit fünf Feuerwehren, wird das für ihn natürlich sehr, sehr hilfreich sein. Denn wir wissen, jede Feuerwehr will das beste Ausrüstungsmaterial. Aber wir sollen doch eines bedenken, daß diese Leute es freiwillig machen und daß sie trotzdem gewisse Ausrüstungsgegenstände haben wollen. Ich habe schon jetzt gesehen, jede Feuerwehr kämpft um die Bevölkerungsanzahl. Wir wissen ja, mit 1000 und mehr gibt es eben bessere Ausrüstungen, die förderbar sind.

Es könnte vielleicht sein, daß wir dann als Gemeinden herangezogen werden, daß wir trotzdem etwas anschaffen müssen.

Grundsätzlich – muß ich sagen – muß man wirklich ein Lob aussprechen, es wurde hier sehr gut gearbeitet. Es ist ein sehr guter Vertrag, und wir Bürgermeister können jetzt schon ein bißchen nachschauen, was bekommen wir für die oder für die Anschaffung eben auch gefördert.

Ich möchte ein bißchen etwas zur Feuerschutzsteuer sagen. Im Voranschlag 1998 sind 95 Millionen veranschlagt, beim Rechnungsabschluß 1996 waren es 99 Millionen. Bitte, werde Anwesende, das ist ein Beweis, daß es Österreich gut geht. Die Wohnungen, die Häuser werden immer teurer, und daher muß man eben mehr Versicherungssteuer bezahlen. Wenn man das im Rechnungsabschluß auch gegenüberstellt, dann, muß ich sagen, ist hier sehr, sehr gut gewirtschaftet worden, denn es ist auch nur ausgegeben worden, was vorher eingenommen worden ist.

Nun zum Katastrophendienst: Im Voranschlag 1998 sind 5,073 Millionen, beim Rechnungsabschluß 1996 waren es 10,666 Millionen. Also, da wäre jetzt der Voranschlag um minus 47,5 Prozent. Wir wissen schon, es gibt immer wieder – und jeder Bürgermeister weiß das, da kannst noch so einen Voranschlag machen – unvorhergesehene Sachen, die eben dann finanziert werden müssen. Es hat sich hier gezeigt, wo bei der Instandhaltung des Warn- und Alarmdienstes statt der Erinnerungspost von 1000 Schilling 6,8 Millionen Schilling beim Rechnungsabschluß aufscheinen. Es wäre interessant, was wurde angeschafft oder was ist kaputt gegangen?

Im Außerordentlichen Haushalt sind 2,406 Millionen für die Relaisstation und Landeswarnzentrale vorgesehen. Das ist immer jetzt schon drinnen gewesen, anscheinend braucht man das sukzessive.

Also, was ich noch erwähnenswert finde, ist die Installation von Sirenenanlagen oder Typhonanlagen bei den Staueisen.

Besonders erwähnenswert wäre auch – was erstmalig ist – eine Notfalldatenbank. Bei der Speicherung der Daten – bin ich der Meinung – könnte man sicher sehen, wo sind Schwachpunkte, wo können eben die Katastrophen entstehen? Es ist sicher gut, wenn man dann in Zukunft diese verhindern könnte.

Grundsätzlich haben wir immer schon ein Katastrophenhilfegesetz gefordert, wo es eine Abstimmung gibt über sämtliche Einsatzkräfte. Unsere Fraktion hat schon sehr lange einen Antrag gestellt. Ich hoffe, daß das auch einmal Wirklichkeit wird.

Als nächstes sind die Gewässerschutzmaßnahmen. Im Voranschlag 1998 sind 3,396 Millionen, im Rechnungsabschluß 1996 waren es 1,523 Millionen. Also hier wäre sogar ein Plus von 122 Prozent.

Wir alle, und wir erleben es immer mehr, daß durch Unfälle, vor allem an den Autobahnen oder anderen Straßen – und wir sind noch unter dem Eindruck jenes Unfalles, der auf unserer Autobahn, auf dem Zuführer der A 2, passiert ist, wo dieser Tankwagen ausgebrannt ist –, und wir wissen, wie sehr eben hier die Gewässer gefährdet sind.

Wir haben hier Kosten drinnen – diese tragen normalerweise das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, aber auch das Bundesministerium für Umweltschutz. Wenn diese aber nicht zahlen, weil man nicht den Schädiger weiß, dann muß das Land einspringen, und das holt sich natürlich den Ersatz von den Verursachern oder von den Versicherungen.

Bei der Post 179 sind Bundesbeiträge für Feuerwehren, und da ist auch nur eine Erinnerungspost drinnen, aber tatsächlich wurden beim Rechnungsabschluß 1996 44,790 Millionen ausbezahlt. Ich glaube, das sind sicher Beiträge für die Stützpunktfeuerwehren.

Wenn ich nun zum Zivilschutz komme, dann sind im Voranschlag 1998 1,147 Millionen drinnen, und im Rechnungsabschluß 1996 waren es 2,529 Millionen. Auch hier wird es so gewesen sein, daß verschiedene Ausgaben waren, die nicht vorhersehbar waren.

Im Außerordentlichen Haushalt sind 940.000 Schilling Förderung der Gemeinden für den Schutzraumbau, damit die Gemeinden ein Vorbild sein sollen. Ich weiß nicht, wie das in Anspruch genommen wird. Tatsache ist, daß in den Eigenheimen der sogenannte Schutzraum, als dieser noch errichtet werden mußte, eben wirklich jener war oder, wie ich immer sage, das ist der teuerste Gemüsekeller.

Zum Zivilschutz grundsätzlich. Der Zivilschutz fängt bei mir schon in der Familie an, das heißt, der Friede in der Familie, die Erziehung und natürlich als Bürgermeister ist mir der Friede in der Gemeinde ein großes Anliegen. Ich glaube, hier könnten wir sehr viel tun. Wir können uns aber auch schützen vor den Einbrüchen und verschiedenen anderen Dingen.

Es ist auch drinnen die wirtschaftliche Landesverteidigung. Hier wird eine Ausstellung finanziert, „Katastrophen- und Zivilschutz bei Großveranstaltungen“. Dafür sind im Voranschlag 1998 1,6 Millionen vorgesehen. Im Rechnungsabschluß 1996 hat man aber 3,078 gebraucht. Jeder von uns Abgeordneten, glaube ich, war schon dabei, wenn bei Großveranstaltungen Rettung, Feuerwehr anwesend waren. Auch hier ist das dabei, und ich glaube, das ist ganz ganz wichtig. Ich glaube, hier müssen wir sicher noch mehr dazu tun, daß man die Leute richtig aufklärt.

Ich möchte auch zu den Rettungsdiensten sprechen, obwohl die zur Gruppe 5 gehören, wo für die Rettungsdienste 11,865 Millionen vorgesehen sind, für den Hubschrauberrettungsdienst 8,864 Millionen, für den Notarztrettungsdienst 2 Millionen, für die Herzlungen-Wiederbelebung 2 Millionen und für den Lawinenwarndienst 7,67 Millionen.

Wir wissen alle, wir haben erst vor kurzem die Erhöhung des Rettungsbeitrages beschlossen. Was wichtig ist, – und das habe ich damals schon gesagt – wir brauchen vor allem mit dem Notarztwagen eine flächendeckende Abdeckung, und ich hoffe, daß der Hubschrauberrettungsdienst auch gesichert ist.

Abschließend möchte ich eines sagen: Ich glaube, wir alle, Abgeordnete oder auch Kommunalpolitiker, sind verantwortlich für die Sicherheit in unserem Land, und wir sollten alles daran setzen, ob es finanziell oder ideell ist, damit wir immer weiterhin wirklich freiwillige Helfer für unser Land für diese Dienste zusammenbringen. Gott sei Dank, muß ich sagen, gelingt es bis jetzt noch immer. Die Feuerwehren und auch

das Rote Kreuz können wirklich die jungen Leute begeistern, daß sie noch diesen sehr, sehr gefährlichen Dienst machen. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 18.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Auch er hat als Hauptredner 15 Minuten Zeit.

Abg. Alfred Prutsch (18.05 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren und geschätzte Damen und Herren Abordnungen aus den verschiedenen Einsatzorganisationen auf der Tribüne!

In der Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ möchte ich versuchen, einzelne Kapitel zu beleuchten und anzusprechen.

Das Feuerwehrwesen nimmt bekanntlich in dieser Gruppe den größten Raum ein, nicht nur, weil die Feuerwehr die größte freiwillige Einsatzorganisation ist, sondern weil auch 90 Prozent der Ausgaben dieser Gruppe für das Feuerwehrwesen aufgewendet werden. Es ist die Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring inbegriffen, immerhin 96 Millionen Schilling auf der Ausgabenseite. Die Einnahmen aus Feuerschutzsteuermitteln, welche zweckgebunden verwendet werden, betragen 95 Millionen, so daß diese Untergruppe fast ausgeglichen im Entwurf des Landeshaushaltes aufscheint.

Zur Struktur und zu den Leistungen unserer Feuerwehren möchte ich einige Zahlen aus der Statistik bringen. Wir haben 750 Freiwillige Feuerwehren – Betriebsfeuerwehren inbegriffen – in 542 Gemeinden.

Das heißt, daß es Gemeinden gibt, wo mehrere Feuerwehren sind, und im Bezirk Radkersburg – Kollege Wiedner sagte es schon – hat unsere größte Gemeinde, die Gemeinde St. Peter am Ottersbach, acht Feuerwehren, also in den einzelnen Katastralgemeinden draußen. Aber ich würde wirklich warnen, daß man da die Diskussion führt, daß das zu viele wären, weil alle ein gewisses Eigenleben entwickeln, auch im gesellschaftlichen Bereich. Der Kollege Herrmann hat darauf auch schon hingewiesen. Die 47.000 Mitglieder haben 37.000 Einsätze zu verzeichnen, das ist natürlich eine große Zahl. Und von diesen Gesamteinsätzen sind bereits 87 Prozent technischer Natur. Die Brandeinsätze sind eigentlich sehr in den Hintergrund getreten. Verkehrsunfälle zählen natürlich auch zu den technischen Einsätzen, genauso die Ausrückung bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen. 818 Menschenrettungen, und ich glaube hier konnten 818 Menschen aus einer lebensbedrohenden Situation gerettet werden. Wenn man für diese Einsatzstunden, die freiwillig geleistet werden, einen Stundenlohn eines Facharbeiters heranziehen würde, es sind dies 790 Millionen Schilling, die der Steuerzahler aufbringen müßte, müßten all diese Tätigkeiten und Einsätze entlohnt werden. Ich glaube, man sieht daraus, daß gerade die Ehrenamtlichkeit von großer Bedeutung ist. Unsere Frau Landeshauptmann hat hier wirklich richtig gehandelt, daß dieser 19. November der Tag des Ehrenamtes ist, und ich bin überzeugt, daß auch in Zukunft Menschen aus den Einsatzorganisationen dort an diesem 19. November geehrt werden können auf Grund ihrer Leistungen.

Vielleicht zwei Zahlen aus der gesamtösterreichischen Sicht. Wir haben in Österreich 4600 Freiwillige Feuerwehren mit fast 196.700 Einsätzen, also fast 200.000 Einsätze sind erbracht worden von den österreichischen Feuerwehren. Unsere Feuerwehren sind natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor, wenn man den Ankauf der Ausrüstung, der gesamten Gerätschaft heranzieht, welche für einen schlagkräftigen Einsatz notwendig ist. Die notwendige Finanzierung dafür ist nicht immer leicht zu bewerkstelligen, weil Mittel des Landes, der Gemeinde und der Feuerwehr dafür aufgebracht werden müssen. Auf die Eigenleistung der Feuerwehren bei diversen Anschaffungen, aber auch beim Bau von neuen Rüsthäusern möchte ich besonders anerkennend hinweisen.

Auf Wunsch des Landesfeuerwehrverbandes und im Einvernehmen mit unserer zuständigen Referentin, unserer Frau Landeshauptmann, und der Abteilung wird es ab 1. Jänner 1998 zu einer Teilbewirtschaftung der Feuerschutzsteuermittel durch den Landesfeuerwehrverband kommen. Dieser Vertragsabschluß zwischen dem Land Steiermark und dem Landesfeuerwehrverband Steiermark bewirkt, daß zirka 40 Millionen der Feuerschutzsteuermittel zur Selbstverwaltung und somit zur weiteren Vergabe an die Feuerwehren vom Land an den Landesfeuerwehrverband übertragen werden. Das sind 80 Prozent der Förderungen, die für Brandbekämpfung und Brandverhütung im Voranschlag veranschlagt sind. Die Selbstverwaltung dieser Fördermittel unterliegt selbstverständlich der Kontrolle durch den Landesrechnungshof. Gleichzeitig mit diesem Förderungsvertrag wurde die Richtlinie über die Mindestausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren mitbeschlossen. Diese Richtlinie fand die Zustimmung des Landesfeuerwehr-Ausschusses, sowie des Städte- und Gemeindebundes.

Es würde den Rahmen meiner Wortmeldung sicherlich sprengen, wenn ich im Detail darauf eingehen würde. Eines aber soll gesagt werden, daß diese Richtlinie die Vergabe der Fördermittel an die einzelnen Feuerwehren regelt, wenn diese Investitionen in der Zukunft tätigen. Für das Landes- beziehungsweise für das Bezirkskommando wird die Vergabe dieser Fördermittel meiner Meinung nach nicht immer leicht sein. Trotzdem bin ich überzeugt, wenn die Umsetzung der einzelnen Punkte in dieser Richtlinie gemeinsam von der Gemeinde, Feuerwehr- und dem Landes- beziehungsweise Bezirkskommando getragen wird, kann dem Sinn der Selbstverwaltung von Fördermitteln durch den Landesfeuerwehrverband für seine Feuerwehren entsprochen werden.

Ich möchte nun zu einem anderen Thema kommen, nämlich zum in keiner Weise verzichtbaren Hubschrauberrettungsdienst in der Steiermark, welcher vom Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Innenministerium in enger Zusammenarbeit mit Gendarmerie, Bergrettung, Rotem Kreuz, Notärzten – um nur einige zu nennen – organisiert wird. Im Herbst 1996 wurden vom Bundesministerium für Inneres aus Spargründen die Bereitstellungszeiten der Rettungshubschrauber gekürzt. Unsere Frau Landeshauptmann, Waltraud Klasnic, akzeptierte in keiner Weise diese Kürzungsabsicht des Bundes und erklärte spontan und ohne zu zögern, das Land wird die Mehrkosten für einen weiteren lückenlosen Einsatz tragen.

Vom September 1996 bis Oktober des heurigen Jahres wurden immerhin 101 Einsätze in der Steiermark geflogen. Die Mehrkosten, die das Land trägt, sind 33.000 Schilling monatlich. Frau Landeshauptmann, für die Entscheidung, den Flugrettungsdienst in vollem Umfang bis zum heutigen Tag aufrechtzuerhalten, möchte ich dir den herzlichen Dank aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.) Es konnte dadurch sicherlich mehreren Verunglückten das Leben gerettet werden. Ich bin auch überzeugt, daß es dir gelingt, im Rahmen der Artikel-15 a-Vereinbarung bei den Verhandlungen mit dem Bund eine weitere gesetzliche Regelung für den Weiterbestand eines schlagkräftigen Flugrettungsdienstes in der Steiermark zu erreichen.

Kurz einige Anmerkungen zum Österreichischen Wasserrettungsdienst, Landesgruppe Steiermark. Diese Organisation ist eine relativ junge Rettungsorganisation und ist im Steiermärkischen Rettungsdienstgesetz verankert. Die Aufgabe dieses besonderen Rettungsdienstes ist es, Personen aus Gefahren zu befreien, wo der allgemeine Rettungsdienst nicht die Kenntnisse oder Mittel und Gerätschaften für einen erfolgreichen Einsatz hat, das ist eben die Bergung aus Wasser und Gewässern. Der Wasserrettungsdienst ist auch bemüht, die Ausbildung für alle lebensrettenden Maßnahmen und dafür notwendigen Techniken in Schulungen an seine Mitglieder, aber auch an die Bevölkerung weiterzugeben. Die Mitglieder unserer Einsatzorganisationen sind vielen Gefahren im Einsatz, aber auch außerhalb des Einsatzes ausgesetzt. Eine Anmerkung dazu von mir: Die 53. ASVG-Novelle 1996 hat, was den Versicherungsschutz für Mitglieder der freiwilligen Einsatzorganisationen anlangt, durchaus positive Auswirkungen. Dieser erhöhte Versicherungsschutz konnte durch Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und den Einsatzorganisationen durchgeführt werden.

Die Ausbildung, Schulung und Motivation ist die Grundvoraussetzung für unsere freiwilligen Helfer in allen Einsatzorganisationen, um im Einsatz erfolgreich zu sein. Die Feuerwehr- und Zivilschutzschule des Landes Steiermark mit ihren Bediensteten ist wirklich ein Garant dafür, daß die Ausbildung durch das umfangreiche Kursprogramm für alle Organisationen gegeben ist. Dazu möchte ich nur zwei Zahlen nennen: Von 1973 bis 1996 haben 9256 Kurse und Tagungen stattgefunden mit 314.500 Teilnehmern.

Der Steiermärkischen Landesregierung mit unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze ist der Stellenwert dieser Schule für die Einsatzorganisationen bewußt. Daher sind im Landesvoranschlag für den Betrieb 40 Millionen vorgesehen.

Das bald zu Ende gehende Jahr 1997 wurde von unserer Frau Landeshauptmann als „Jahr der Sicherheit“ mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen ausgerufen. Ein Schwerpunkt war „Ich kann Leben retten – Herz-Lungen-Wiederbelebung“. Auch wir als Mitglieder des Steiermärkischen Landtages haben hier den Ernstfall geprobt. Diese Aktion und auch andere wurden von der Bevölkerung gerne angenommen.

Ich komme zurück auf das Motto des Jahres, für eine sichere Steiermark sorgen in erster Linie unsere Exekutive und das Bundesheer. Hier möchte ich doch einen Einwand bringen. Die Diskussion um Schließungen von Kasernen in der Steiermark und besonders im

Grenzland hat natürlich eine große Verunsicherung gebracht für die Bediensteten des Bundesheeres, aber vor allem auch für die Menschen im Grenzland, weil noch alle den Krieg 1991 an der slowenischen-österreichischen Grenze in Erinnerung haben. Hier wurde auch seitens unserer Frau Landeshauptmann und unseres ganzen ÖVP-Klubs sofort Kontakt mit Fasslabend aufgenommen, und wir haben uns dagegen ausgesprochen, daß das nicht passieren darf, weil diese Pläne anscheinend nicht ausgegoren sind und wirklich intensiv und aufrichtig diskutiert werden müssen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was habts erreicht?“) Wir sind guter Hoffnung, daß wir unsere Kasernen erhalten werden können, wenn auch Bundesheerexperten die Meinung vertreten, verteidigungspolitisch wäre eine Kaserne so nah an der Grenze nicht sinnvoll. (Abg. List: „Wer hat das gesagt?“)

Aber eines möchte ich schon festhalten, wehrpolitisch und um der Bevölkerung dieses Sicherheitsgefühl zu geben, ist eine Kaserne im Grenzland wohl sehr wichtig. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein beachtlicher Teil aber dieser von den Menschen so erwünschten Sicherheit wird von den freiwilligen Einsatzorganisationen gewährleistet. Die Ehrenamtlichkeit, die innere Einstellung, den anderen zu Hilfe zu kommen, auch in der heutigen Zeit kann man damit Großes bewirken.

Ich danke wirklich allen, die in diesen verschiedenen Organisationen gute und aufrichtige Arbeit leisten, für ihren enormen Einsatz.

Aber auch unserer Frau Landeshauptmann als zuständige Referentin möchte ich den herzlichen Dank aussprechen. Sie weiß ja die Sorgen, weil sie ja pausenlos im Lande unterwegs ist und gerade auch für die Einsatzorganisationen immer wieder ein offenes Ohr hat.

Aber auch den Mitarbeitern in der zuständigen Abteilung sei herzlich danke gesagt, mit Hofrat Dr. Konrad an der Spitze. (Beifall bei der ÖVP.)

Es muß seitens der Politik und der Gesellschaft alles unternommen werden, daß Menschen motiviert werden können und daß Ehrenamtlichkeit und Einsatzfreude zum Wohle aller Menschen auch in der Zukunft im Lande Steiermark bestehen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 18.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: So, die verdienten Dankesworte wollte ich wirklich nicht unterbrechen.

Jetzt kommt der Herr Abgeordnete List seinerseits als Hauptredner mit 15 Minuten zu Wort.

Abg. List (18.23 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ehrenamtlichkeit ist out, das ist eine traurige und aktuelle Feststellung eines Linzer Meinungsforschungsinstitutes, die vor kurzem veröffentlicht wurde. Nur mehr 50 Prozent der Österreicher halten die Freiwilligkeit noch für zeitgemäß.

Gerade aber Organisationen, wie Rotes Kreuz oder die Freiwillige Feuerwehr, die über ein dichtes Netz an Niederlassungen verfügen, sind auf die Mitarbeit von freiwilligen Helfern und Helferinnen angewiesen. Es wird hier immer schwieriger, Personen, die sich auf

freiwilliger, unentgeltlicher Basis engagieren, für eine Mitarbeit in einer Einsatzorganisation oder Hilfsorganisation zu gewinnen. Die Befürworter eines ehrenamtlichen Engagements sind vor allem in den älteren Bevölkerungsschichten zu finden. Auf die Frage: „In welchen Bereichen könnten sie sich vorstellen, ehrenamtlich tätig zu sein?“, antworteten die Befragten: 38 Prozent in der Altenbetreuung, 37 Prozent beim Roten Kreuz, 33 Prozent in Umweltschutzinitiativen, 29 Prozent noch in der Kinderbetreuung, 22 Prozent bei Essen auf Rädern, 19 sowie 18 Prozent in der Drogen- und Aidshilfe und 16 Prozent in einer Freiwilligen Feuerwehr.

Hier wird festgestellt, daß an zweiter Stelle das Rote Kreuz liegt und an achter Stelle die Feuerwehr.

Nur knapp mehr als ein Zehntel der Bevölkerung kann sich eine freiwillige Tätigkeit auf alle Fälle vorstellen. Auch sind die wenigsten bereit, von sich aus, sich selbst zu engagieren.

Meine Damen und Herren, die Einsatzorganisationen können aber nur mit einer großen Anzahl von freiwilligen Mitarbeitern und Helfern ihr großes Aufgabengebiet für dieses Land bewältigen. Deshalb sagen wir Freiheitlichen für die Ehrenamtlichkeit danke. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir daher die Einsatzorganisationen unterstützen. Wir bitten Sie, die wichtige und notwendige Ehrenamtlichkeit im Bewußtsein der steirischen Bevölkerung zu stärken.

Geschätzte Damen und Herren, in der letzten Sitzung des Steiermärkischen Landtages wurde unter anderem über die Erhöhung des Rettungsbeitrages der Gemeinden für die Besorgung der Aufgaben der allgemeinen Rettungsdienste diskutiert und diese beschlossen. Dabei hat unsere charmante Abgeordnete Mag. Beate Hartinger in ihrem Debattenbeitrag folgendes festgestellt: Bereits am 13. Mai dieses Jahres haben die Freiheitlichen zwei Anträge eingebracht mit folgenden Intentionen: erstens einen flächendeckenden Stufenplan zur Abstimmung der Rettungsdienste zu konzipieren, zweitens das Rettungsdienstgesetz entsprechend zu novellieren, drittens die Sinnhaftigkeit einer gemeinsamen Koordinationsstelle für den Einsatz der diversen Rettungsdienste, sprich jetzt Rettung, Notarztwagen und Rettungshubschrauber, zu prüfen.

Am 23. September dieses Jahres haben die Freiheitlichen einen weiteren Antrag eingebracht, der den Bereitschaftsdienst seitens der Ärzte und Ärztenotdienste zur Gesundheitsversorgung für die steirische Bevölkerung sichern und organisieren soll.

In den Parteienverhandlungen damals zu diesem Rettungsbeitrag hast du, Herr Obmann, erklärt - als Ausschubobmann für Einsatzorganisationen, Landesverteidigung und Sicherheit -, du kennst diese Anträge gar nicht. Das ist doch richtig, oder, Herr Kollege Majcen? Naja, es ist richtig.

Anträge von uns Freiheitlichen, deren Behandlung vermutlich nicht gewollt wird.

Zudem wurde damals in der Diskussion Mag. Beate Hartinger von ÖVP- und von SPÖ-Seite, insbesondere vom Kollegen Sigi Schrittwieser, der leider jetzt nicht hier ist, attackiert, daß sie auf Kosten der Einsatzorganisationen Parteipolitik mache. Das weise ich und weisen wir Freiheitlichen hier entschieden zurück.

Aufgezeigt, geschätzte Damen und Herren, wurden damals lediglich einige Beispiele, wie etwa die Bemühung von der Jungen ÖVP in Deutschlandsberg, die mit Unterschriften – an die rund 5000 waren es – für Deutschlandsberg einen Dauernotarzdienst forderten.

Plötzlich gibt es einen ähnlichen Antrag der Sozialdemokratischen Partei mit dem ähnlichen Ziel. Oder, weil du jetzt gerade hier bist, Kollege Huber, ich habe vor wenigen Tagen in der Zeitung ein Superfoto von dir gesehen, mit einer ähnlichen Intention für deinen Bezirk, für Weiz. Ich sage, hier wird sehr wohl Parteipolitik gemacht. Es ist aber in Ordnung, wenn sich die regionalen Abgeordneten einsetzen. Nur, was wollen wir? Wir Freiheitlichen wollen über alle Parteigrenzen hinweg die Sicherung der bestmöglichen Gesundheitsversorgung für alle Steirer im Land. (Beifall bei der FPÖ.) Ich hoffe, daß ist auch in deinem Sinn, Wolfgang Erlitz. (Abg. Mag. Erlitz: „Ja!“) Eine Rettung nach Maß, entsprechend den Normen der Europäischen Union. Zusätzlich, damit sich die Verantwortlichen der Einsatzorganisationen über die letzte Diskussion anlässlich dieser Debatte in der Landtags-sitzung ein Bild machen können und sich selbständig ihre Meinung dazu bilden, werden wir die Diskussionsbeiträge, vor allem über den Rettungsschilling und unsere Anträge, mit einem dementsprechenden Kommentar den Verantwortlichen übersenden. Frau Landeshauptmann, Ihre Absicht damals, daß Personen, die sich um den Landesdienst bewerben und freiwillig in einer Einsatzorganisation tätig sind, bevorzugt behandelt werden sollen, unterstützen wir selbstverständlich, weil wir glauben, daß es hier ein wesentliches Muß ist, Freiwilligkeit in den Einsatzorganisationen zu zeigen. (Landeshauptmann Klasnic: „Auch in der Gemeinde!“)

Jetzt zu einem anderen Thema, geschätzte Damen und Herren, zu deinem Beitrag, Alfred Prutsch. Ich habe vor wenigen Tagen einen interessanten regionalen Artikel gefunden. Politisches Ping-Pong, Grabenkämpfe rund um die Erhaltung der Heereskasernen. Es ist wieder typisch, wie auf dem Rücken einer Institution Parteipolitik gemacht wird. Mit den Sorgen der Bürger wird hier gespielt. Ich habe das letzte Mal bereits unsere Meinung dargebracht und hier fixiert, daß wir sehr wohl den Bestand der steirischen Kasernen sichern wollen – und gemeinsam wollen wir das. Es ist für mich unverständlich, wenn jetzt der Kollege im Nationalrat, der regionale Abgeordnete Hannes Zweytick, sich mit dem Bundesminister Werner Fasslabend fotografieren läßt und als Retter der Hermann-Kaserne dasteht. Der eine rettet die Kaserne unten in Radkersburg, die Mickl-Kaserne, dann wird er beschimpft oder kritisiert, weil die Personalvertretung von den Sozialdemokraten hier eine Unterschriftenaktion macht, will sich das selbst auf die Federn heften, und jetzt macht das gleiche der Hannes Zweytick in Leibnitz. Wir wollen, daß die steirischen Kasernen gesichert bleiben. Das ist die Grundintention von uns Freiheitlichen, zumindest so lange, solange wir EU-Außengrenze sind. Und ich bitte abschließend zu diesem Thema, Sie alle von der ÖVP und von der Sozialdemokratischen Partei, Sie sitzen hier in der Regierung und auch in der Bundesregierung, sprechen Sie bitte mit Ihrem Bundeskanzler

oder mit Ihrem Bundesminister, holen Sie die Unterschriften ein. Ich bitte die Frau Landeshauptmann, wenn Sie nachher zu dieser Gruppe 1 sprechen wird, uns hier einen Situationsbericht zu geben. (Landeshauptmann Klasnic: „Jawohl!“) Uns Freiheitliche würde interessieren, was zwischenzeitlich passiert ist. Wir sind neugierig, was passiert ist, und wir werden uns das ganz genau anschauen. Danke, ich bedanke mich jetzt gleich. Ich hoffe, ich bin nicht zu böse. (Landesrat Dörflinger: „Nur zu militärisch!“)

Geschätzte Damen und Herren, als zweiten Schwerpunkt noch in dieser Sicherheitsdebatte, um die Zeit nicht zu überschreiten, zum leidigen Problem der Bettler in der Landeshauptstadt. Sie wissen, die Bettler in Graz spalten die Bevölkerung in zwei Lager. Um den negativen Erscheinungsformen entgegenzutreten, hat die Stadt Graz eine Verordnung erlassen. Um die Möglichkeiten des Amtshandelns zu gewährleisten, wurde die Erweiterung der ortspolizeilichen Verordnung verlangt. Mitte November dieses Jahres lag ein entsprechender Gesetzesentwurf im Ausschuß für Sicherheit und Einsatzorganisationen beschlußreif vor. Dieses Gesetz, geschätzte Damen und Herren, soll Organen der Bundespolizei ermöglichen, bei Anhalten von Kindern zum Betteln, unterstützend tätig zu werden. Der Klubobmann, mein Freund, der in Bälde Geburtstag hat, ist jetzt leider nicht da, hat vorerst ohne Begründung auf Nachfragen damals wörtlich, „weil wir so gerne verhandeln“, plötzlich Parteienverhandlungen über diese Gesetzesvorlage verlangt. Wie es ihm paßt! Damit bleibt der Text der Verordnung weiterhin nicht durchsetzbar und ist ein zahnloses Instrument. Das mögliche Einschreiten, geschätzte Damen und Herren, der Polizei wegen aggressiven Bettelns und gegen Kinderbettelei behindert die SPÖ weiterhin.

Geschätzte Damen und Herren, vor Monaten wurde das Landessicherheitsdienstgesetz vom Tisch gefegt und schubladiert. Die Begründung war damals, es reiche die Verordnung aus. Doch wie man sieht, ist diese Verordnung harmlos, weil sie von den Sozialdemokraten in ihrer Wirksamkeit verzögert wird. Ich habe hier den Verdacht, daß versucht wird, sich über die Grazer Gemeinderatswahl hinauszuretten. Will man das Problem der Bettelei nicht diskutieren, obwohl die Grazer damit ständig konfrontiert sind? Die Mitwirkung der Polizei, geschätzte Damen und Herren, auf die lange Bank zu schieben, ist der falsche Weg. Wir Freiheitlichen fordern daher, daß der Steiermärkische Landtag das Landessicherheitsgesetz endlich beschließen möge, es liegt doch in unserem Kompetenzbereich. Der Inhalt dieses Gesetzes, wie Sie wissen, sieht konkrete Regelungen für Anstandsverletzungen, Lärmerregungen, Ehrenkränkungen und Unfugabwehr sowie Bettelei vor. Ein Vorteil dieses Landessicherheitsgesetzes liegt im Verbot des organisierten Bettelns, das wird nämlich derzeit in Graz praktiziert. Eine organisierte Gruppe führt täglich so rund zwischen 7.20 und 7.30 Uhr die Befehlsausgabe beim Hauptplatz, Ecke Sporgasse, „Café Nordstern“, durch. Plätze werden zugewiesen in der Herrengasse, in gewissen Abständen, in der Sporgasse, am Südtirolerplatz, Kaiser-Franz-Josef-Platz, im Opernbereich und in anderen Gassen. Ein Kontrollor überprüft und begutachtet als Dienstaufsicht die Bett-

ler an ihren Standorten. Der Kontrollierende zeigt sich erbost und ist ungehalten, wenn ein Platz einmal nicht besetzt ist, das wurde beobachtet. Diese organisierte Bettelei muß verhindert werden! Geschätzte Damen und Herren, leisten wir unseren Beitrag zum Schutz vor Beeinträchtigungen des örtlichen Gemeinschaftslebens. Daher stellen die Abgeordneten der Freiheitlichen Fraktion, List, Wiedner, Schinnerl und Ing. Peinhaupt, gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages folgenden Beschlusantrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Vorlage für ein Steiermärkisches Landessicherheitsgesetz, welches insbesondere folgenden Intentionen Rechnung trägt, vorzulegen:

Verbot jeglicher Form des organisierten Bettelns,

Verankerung von Bestimmungen, die geeignet sind, den Mißbrauch von Suchtgiften einzudämmen,

Aufnahme von Normen, die ein wirksames Einschreiten zur Abwehr von Anstandsverletzungen sowie zur Unfugabwehr ermöglichen.

Geschätzte Damen und Herren, beschließen wir im Jahr der Sicherheit oder zumindest zu Beginn des nächsten Jahres das Landessicherheitsgesetz! (Beifall bei der FPÖ. - 18.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prof. Brunner. Auch er hat als Hauptredner 15 Minuten zur Verfügung.

Abg. Dr. Brunner (18.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin mit den zivilen Einsatzorganisationen, konkreter mit der Freiwilligen Feuerwehr und mit dem Roten Kreuz, nur über meinen Sohn Heinz verbunden, der, bevor er beruflich nach Wien ausgewandert ist, ein begeisterter freiwilliger Feuerwehrmann der Freiwilligen Feuerwehr Nestelbach gewesen ist, und soweit es seine Zeit erlaubt, ein begeisterter Rot-Kreuz-Fahrer ist. Als Politiker bin ich mir darüber hinaus bewußt, welche Leistungen die zivilen Einsatzorganisationen für dieses Land und seine Bevölkerung erbringen, und ich stehe nicht an, mit in das Loblied, das hier im Landtag gesungen wird, einzustimmen. Es scheint mir nur manchenmal zu wenig zu sein, Loblieder zu singen, und es sind auch Taten gefordert, wiewohl ich nicht in Abrede stelle, daß das Land und die Gemeinden sehr viel für die zivilen Einsatzorganisationen machen.

Es geht uns - den Grünen und dem Liberalen Forum - bei unserem Abänderungsantrag zum Budget um das Problem des Kostenersatzes für Zivildienstler zugunsten des Roten Kreuzes oder durch das Rote Kreuz.

Es wird eine Novelle zum Zivildienstgesetz diskutiert und in diesem Zusammenhang auch besprochen, daß die sogenannten Blaulichtorganisationen an den Bund für die Tätigkeit der Zivildienstler einen Kostenbeitrag, einen Kostenersatz leisten sollen.

Das Rote Kreuz Steiermark hat in einem Hilfeschrei an alle Landtagsfraktionen darauf hingewiesen, daß eine solche Kostenersatzregelung für Zivildienstler dem

Roten Kreuz Steiermark eine finanzielle Mehrbelastung in der Höhe von 6 Millionen Schilling bringen würde. Das Rote Kreuz Steiermark hat darauf hingewiesen, daß es ihm unmöglich wäre, im Fall des Falles, diese 6 Millionen Schilling Kostenersatz aufzubringen.

Wir haben daher schon im Finanz-Ausschuß den leider abgelehnten Antrag auf Übernahme des Kostenersatzes für Zivildienstler zugunsten des Roten Kreuzes gestellt, und ich möchte diesen Abänderungsantrag hier im Landtagsplenum wiederholen.

Die Abgeordneten Brunner, Keshmiri, Zitz und Wabl stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Um das Rote Kreuz von der zu erwartenden finanziellen Mehrbelastung durch einen Kostenersatz für die Tätigkeit von Zivildienstler zu entlasten, wird der Budgetansatz 530004, Post 7670, um 6 Millionen Schilling erhöht.

Wir haben in unserer Begründung darauf hingewiesen, daß die Finanzierung durch Rücklagenentnahme erfolgen soll. Auf dem Weg der Inneren Anleihen und der Rücklagenentnahmen werden vom Land Steiermark pro Jahr Milliardenbeträge hin und her geschoben, so daß es unseres Erachtens auch möglich sein müßte, für den Fall der Fälle, dem Roten Kreuz diese 6 Millionen Schilling für einen etwaigen Kostenersatz für Zivildienstler zukommen zu lassen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, nicht nur Loblieder auf die zivilen Einsatzorganisationen hier zu singen, sondern diesem unserem Antrag auf Übernahme des Kostenersatzes für Zivildienstler zugunsten des Roten Kreuzes zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. - 18.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ussar. Er hat das Wort.

Abg. Ussar (18.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine wichtige Aufgabe der Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag ist meiner Ansicht nach auch, daß wir Veranstaltungen, Versammlungen unserer wichtigsten Einsatzorganisationen besuchen. Gerade, sehr geehrte Damen und Herren, bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei der Bundespolizei, Bundesgendarmarie, Bundesheer, Bergrettung und beim Zivildienst werden von den Verantwortlichen immer wieder wichtige, interessante und aktuelle Berichte gebracht. Ich darf anschließen an die Abgeordneten, die bereits gesprochen haben. Wer an diesen Veranstaltungen teilnimmt, kriegt eine umfassende Information, was hier überhaupt ehrenamtlich mit großem Einsatz sachkundig geleistet wird.

Sehr oft, sehr geehrte Damen und Herren, bietet sich uns aber auch die Möglichkeit, im Rahmen dieser Veranstaltungen, den Dank der Öffentlichkeit für die überaus großartigen Leistungen, die zum Großteil - und ich betone das noch einmal, zum Großteil - ehrenamtlich, zum Wohle der Gemeinschaft geleistet werden, abzustatten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe hier im Hohen Haus schon öfter über die Leistungen und den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehren gesprochen. Es

freut mich - als Leobner muß ich das schon sagen -, daß der Landesfeuerwehrkommandant aus dem Bezirk Leoben ist. Das freut mich natürlich ganz besonders, lieber Schurl Ferstl, das möchte ich hier schon betonen.

Aber es freut mich auch, daß der Herr Hofrat Dr. Konrad in unserer Mitte weilt, der Herr Landesfeuerwehrinspektor Dipl.-Ing. Gerald Kubiza und vor allem auch die Oberregierungsräte Dr. Kalcher und Dr. Brandl.

Lieber Martin, ich sage das deswegen, weil ich diese Herren laufend bei Veranstaltungen draußen bei den Feuerwehren treffe, und es freut mich sehr, daß alle hinauskommen und sich laufend überzeugen, in den einzelnen Orten, was hier geleistet wird. Ein herzlicher Dank dafür! (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber heute kurz einmal zum Roten Kreuz und zum Jugend-Rot-Kreuz sprechen. Wir alle bekommen immer wieder vom Landesverband des Roten Kreuzes einen umfangreichen Jahresbericht. Konsul Dr. Griß, der Präsident des Roten Kreuzes, und auch der Landessekretär Direktor Wolfgang Schleich zeigen uns in ihrem Bericht auf 90 Seiten, was für die Mitbürgerinnen und Mitbürger von den Frauen und Männern des Roten Kreuzes geleistet wird. Wenn ich auch erst vor kurzem bei der Versammlung in Leoben war und der Herr Vizepräsident Dr. Kaufmann und der Bezirkssekretär Leitold einen umfangreichen Bericht gegeben haben, so hat man auch einmal gesehen, was hier im Rahmen des Roten Kreuzes an Leistungen vollbracht wird.

Liebe Abgeordnete, liebe Damen und Herren, wenn wir 92 Rot-Kreuz-Dienststellen haben mit 7000 freiwilligen Helferinnen und Helfern, so wird hier ein ganz wichtiger Beitrag geleistet. Und ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, es ist für uns alle ganz beruhigend zu wissen, daß Tag und Nacht Menschen im Einsatz sind, die anderen gerne helfen, sei es nach einem Unfall, sei es nach einer Erkrankung, sei es in einer Katastrophensituation und sei es, was in letzter Zeit immer wieder vorkommt, auch in einem sozialen Notstand. Auch hier wird von den Einsatzorganisationen und vor allem auch vom Roten Kreuz Hilfe angeboten.

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder dieser Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin des Roten Kreuzes, ob ehrenamtlich oder hauptberuflich, setzt meiner Ansicht nach ein ganz wichtiges Zeichen, ein Zeichen der Menschlichkeit, ein Zeichen der Mitmenschlichkeit. Und ich glaube, es lohnt sich für jeden einzelnen von uns, auch selber einmal darüber nachzudenken, ob man nicht öfter als bisher ein Zeichen der Mitmenschlichkeit auch selbst setzen sollte.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn das Rote Kreuz 13.556.335 Kilometer an Rettungs- und Krankentransporten zurückgelegt hat, wenn hier 364.615 Ausfahrten durchgeführt wurden, so sehen wir, was vom Roten Kreuz geleistet wurde.

Liebe Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete, wenn wir schauen, die Tätigkeit des Roten Kreuzes, in einer Bandbreite von Notrettungsdienst, Hubschrauberrettungsdienst, Blutspendedienst, Katastrophenhilfsdienst, Ausbildung der Bevölkerung in

Erster Hilfe, Gesundheits- und Sozialdienst, Seniorennotruf und Suchdienst, es ist eine ganz breite Palette, die hier angeboten wird. Ich glaube, man sollte sich das immer wieder ins Bewußtsein rufen, was hier geleistet wird.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, ein ganz kurzer Ausflug zur Tätigkeit des Jugend-Rot-Kreuzes. Hier liegt ein Bericht des Landesleiters Hofrat Prettenhofer und des Sekretärs Gerhard Weber vor. Ich muß sagen, wenn wir uns zurückerinnern, John F. Kennedy forderte seine Landsleute seinerzeit einmal auf, nicht danach zu fragen, was ihr Land für sie tun könne, sondern vielmehr sich zu fragen, was sie für ihr Land tun können.

Ich glaube, daß gerade in einer Zeit der zunehmenden Entsolidarisierung, des wachsenden Egoismus, der Gewinnoptimierung um jeden Preis es besonders wichtig ist, daß junge Menschen frühzeitig dazu gebracht werden, in Anlehnung an das Kennedy-Wort zu fragen: „Was kann ich für die Gemeinschaft tun?“

Zu den Schwerpunkten des Österreichischen Jugend-Rot-Kreuzes gehört ein umfangreiches Kurswesen, Erste Hilfe, Schwimmausbildung, Radfahrprüfung, Sozialaktionen von Schülern, Eltern und Lehrern, Therapielagern und so weiter.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch einmal ein Dank an die großen Spender in unserem Land. Wenn ich denke, daß im Rahmen des Opfergroschens in der Schule sehr große Mittel aufgebracht werden, so müssen wir hier auch einmal in diesem Rahmen den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und Schülern danken, die auch gerne bereit sind, hier persönlich Opfer zu bringen. Ich erlebe es oft, daß einer persönlich von seinem Taschengeld etwas opfert, um auch hier seinen Beitrag zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. Unsere Einsatzorganisationen leisten Großartiges. Vor allem, wenn man vom Ausland heim kommt, und Sie werden das alle immer wieder erleben, so im September, wenn die Leute nach Hause kommen, von den weitesten Ländern her, dann sagen sie, „Gott sei Dank, daß ich wieder in Österreich bin, weil, wenn ich etwas brauche, dann rufe ich 122 an, und die Feuerwehr kommt. Und wenn ich krank bin, dann rufe ich 144 an, und die Rettung ist da. Und wenn ich 133 anrufe, dann kommt die Polizei, und bei 141 ist der Notarztwagen da. Das habe ich sonst nirgends erlebt.“ Dann wird jedem bewußt, was er eigentlich bei uns hat.

Und sehr geehrte Damen und Herren, im Auditorium sitzen die Vertreter einer Organisation unserer Feuerwehren, die in ihrer Freizeit Großartiges leisten, und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger schätzen das sehr. Ich möchte daher heute, euch ganz besonders, diesen Vertretern sämtlicher Einsatzorganisationen danken dafür, daß sie unsere Lebensqualität garantieren. Denn eines ist sicher, sie garantieren mit ihrem freiwilligen Einsatz in hohem Ausmaß die Sicherheit unserer Mitbürger, und das ist ein hohes Gut, das wir zu verteidigen haben, wofür wir dankbar sein sollen! Ihnen allen ein herzliches Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 18.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (18.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als ich im Jahre 1991 als frischgefangener Abgeordneter meine erste Budgetdebatte hier im Landtag erlebt habe, hat mich eine Person besonders beeindruckt. Es war ein Abgeordneter aus meinem Bezirk, Richard Kanduth, der hier herausgekommen ist und einen flammenden Appell für die Einsatzorganisationen gesprochen hat und im besonderen für den Bergrettungsdienst. Als ich heuer im Sommer die 100jährige Bestandsfeier des Bergrettungsdienstes Gesäuse in Admont, beziehungsweise in der Nähe von Admont, erleben durfte, mit einer beeindruckenden Demonstration der Leistungen und des Einsatzes, den diese Männer vollbringen, ist mir erstmals klar geworden, was es bedeutet, Bergrettungsmann zu sein. Nicht nur den Umstand, daß man zusammenkommt und miteinander arbeitet, sondern daß diese Menschen in ihrem Einsatz tatsächlich ihr eigenes Leben für den anderen, den Bergkameraden, aufs Spiel setzen. Es wurde beeindruckend demonstriert, und es hat auch eine anwesende Witwe eines sehr bekannten Bergrettungsmannes aus unserer Region dort eine Auszeichnung für ihren tödlich verunglückten Ehegatten in Empfang genommen. Und da ist so richtig zu spüren gewesen, daß diese Einsätze sehr, sehr viel mehr bedeuten, als nur den lockeren Dienst am Bürger. Ich habe mir damals vorgenommen, daß ich heute hier herausgehe und auch einmal danke sage. Dank jenen Menschen, die es nicht scheuen, hinauszugehen, ihre Familien zu Hause zu lassen, nicht wissend, ob sie wieder nach Hause zurückkommen, nur um den anderen zu helfen. Ich glaube, daß diese Leistung nicht oft genug gewürdigt werden kann. Und ich halte es für sehr, sehr wichtig, daß wir diesen Menschen und diesen Organisationen auch ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um diesen Einsatz für ihre Kameraden weiterhin erfolgreich und immer besser ausgerüstet durchführen zu können. In diesem Sinne ein herzliches Danke dem Bergrettungsdienst! (Beifall bei der FPÖ. – 18.50 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (18.50 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei all dem, was es an Anerkennung gibt und was hier ausgesprochen wurde für die Einsatzorganisationen, darf ich mich zu Wort melden im Interesse der Freiwilligen Feuerwehren im besonderen. Es ist eine Tätigkeit, die Freiwilligkeit wird oft überhört, wird oft nicht an dem gemessen, was sie tatsächlich in diesem Land leistet. 46.000 Menschen sind es, die in der Feuerwehr tätig sind, und mit damaliger Hilfe, mit dem Landesbranddirektor Karl Strablegg, dem damaligen Feuerwehrreferenten Josef Krainer, ist es gelungen, ein Museum der steirischen Feuerwehren einzurichten, das nur einen Zweck hat, die historische Entwicklung der Feuerwehren in der Steiermark darzustellen und auf die Freiwilligkeit hinzuweisen. Mittlerweile sind es nach drei Jahren 30.000 Besucher, die

dieses Museum der steirischen Feuerwehren besucht haben. Es ist eine große Aufgabe, auch in Zukunft dieses Museum attraktiv zu gestalten. Dank der Bemühungen unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic als Referentin für das Feuerwehrwesen, aber auch des jetzigen Landesbranddirektors Georg Ferstl ist es immer wieder möglich, dafür Sorge zu tragen, daß es Sonderausstellungen gibt. Und es ist nicht der Zweck dieser Ausstellung in diesem Museum, Gewinne zu erzielen, sondern in erster Linie die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Leistungen auf freiwilliger Basis die Feuerwehren in der Steiermark erbringen. Ich darf mich hier bei der Referentin für das Feuerwehrwesen Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic im besonderen, aber auch beim Landesfeuerwehrkommando an der Spitze mit Georg Ferstl herzlichst bedanken und Ihnen zusichern, wir werden uns um das Ansehen der steirischen Feuerwehren weiterhin auch in diesem Museum im besonderen bemühen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz.

Abg. Mag. Erlitz (18.53 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Landesfeuerwehrkommandant, hohe Feuerwehr-offiziere!

Ich muß mich kurz halten. Fünf Minuten lang habe ich nur die Möglichkeit, meine Meinung hier kundzutun. Zunächst: Ich glaube, daß bei der Bewirtschaftung von Teilen der Fördermittel aus der Feuerschutzsteuer durch den Landesfeuerwehrverband sich die Feuerwehr in die richtige Richtung bewegt. Das bedeutet mehr Autonomie, bedeutet mehr Unabhängigkeit und bedeutet sicherlich sich auch Freispielen von parteipolitischem Einfluß. Gar keine Frage, dem kann man nur zustimmen. Ich spreche – und der Herr Landesfeuerwehrkommandantstellvertreter kennt schon meine Anliegen, und ich möchte sie auch hier äußern – nämlich als Feuerwehrmann. Sie wissen, in meiner Brust sind zwei Seelen, die des Abgeordneten und die des Feuerwehrmannes. Ich bin seit 27 Jahren auch Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, und darum habe ich Bedenken. Einfach Bedenken, was die Mindestausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr betrifft, die Festlegung, die Richtlinien darüber. Ich glaube, ich weiß schon, warum man diese Richtlinien festgelegt hat, um die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen. Die Kostenentwicklung bei der Anschaffung der technischen Geräte, bei der Anschaffung der Ausrüstungsgegenstände der Freiwilligen Feuerwehren. Als Politiker ist mir ganz klar, man muß mit den öffentlichen Mitteln sparsam und sorgsam umgehen. Auf der anderen Seite denke ich mir als Feuerwehrmann, sparen bei der Sicherheit kann problematisch sein. Und ich sage, hier ist Vorsicht geboten. Ich habe Bedenken, wenn man die Feuerwehren in Klassen einteilt, wenn man den Feuerwehren vorschreibt, wie weit und wohin sie sich entwickeln dürfen, wenn es eine geplante Zukunft gibt. Eine Planwirtschaft wird hier betrieben für die Freiwilligen Feuerwehren, wird eingeführt, die ja woanders schon furchtbaren Schiffbruch erlitten hat. Ich glaube, daß man mit diesen zentralen Vorschriften den Feuerwehren das nimmt, was

vielleicht eben zu dieser heute viel beschworenen Freiwilligkeit geführt hat. Man nimmt gewissen Feuerwehren eine Attraktivität, sich weiterzuentwickeln. Und damit bleibt womöglich auch die Freiwilligkeit und die Ehrenamtlichkeit hängen oder sie leidet wahrscheinlich darunter. Nämlich diese Ehrenamtlichkeit und diese Freiwilligkeit, die wir einfach benötigen. Sollte sie nicht mehr in dem Umfang gegeben sein, die Freiwilligkeit, so wie wir sie jetzt haben, dann könnte das die öffentlichen Körperschaften, sprich Gemeinden und Land, viel mehr kosten als vielleicht der eine oder andere Ausrüstungsgegenstand, der jetzt vielleicht die eine oder andere Feuerwehr übermodernisieren, aber sicherlich die Sicherheit noch vermehren würde. Das heißt, ich habe meine Bedenken, daß mit dieser Klasseneinteilung die Feuerwehren an Attraktivität leiden und darunter letztlich auch die Ehrenamtlichkeit, die Freiwilligkeit.

Ich war gerade vor kurzem in einem Feuerwehrhaus, in einem Schulungsraum, und da hat man mit Stolz mir die ganze Ahnengalerie erklärt, die ganzen Feuerwehrkommandanten sind dort gehängt. Man hat mir gesagt, siehst du, bei dem Feuerwehrkommandanten ist diese Weiterentwicklung in Verbindung gewesen, der Kommandant hat die Feuerwehr dorthin weiterentwickelt, der Kommandant für die Feuerwehr dieses Gerät angeschafft. Und jetzt, der nächste Kommandant wird mit dem verbunden sein, daß der ein Auto zuviel hat, daß der ein Gerät zuviel hat, der kann die Feuerwehr nicht mehr weiterentwickeln. Diese Bedenken habe ich ganz einfach. Das heißt, die Attraktivität bleibt auf der Strecke. Und was mir noch größere Probleme bereitet, das ist nämlich die Entwicklung, wenn ich sie richtig verstehe, wohin man damit eigentlich will. Man will offensichtlich ein Ziel ansteuern in Richtung Schwerpunktfeuerwehren. Das heißt, es wird dann einige Schwerpunktfeuerwehren geben, die mit allen möglichen Ausrüstungsgegenständen versehen sind, die alle technischen Geräte haben, und die anderen kleinen Wehren sind praktisch dann dazu da, einfache Hilfsdienste zu leisten.

Die dürfen dann gerade noch ein Mannschaftsfahrzeug haben und dürfen halt dann bei Einsätzen so Hilfsdienste, Hilfsarbeitsdienste leisten. Da ist, glaube ich, die Attraktivität nicht mehr gegeben, und da könnte so manche Feuerwehr halt in Zukunft keinen Bestand mehr haben. Vor dieser Entwicklung habe ich Angst, und vor dieser Entwicklung möchte ich warnen.

Ich denke nur, welche Rolle eine Freiwillige Feuerwehr in bezug auf Sicherheit heute spielt. Es gibt in vielen Gemeinden heute keine Gendarmerie mehr, aber eine Feuerwehr gibt es, und die Leute wissen, bei welchen Problemen auch immer, die Feuerwehr kann ich anrufen, und die Feuerwehr kommt, egal zu welchen Einsätzen. Die Feuerwehr gibt es dann womöglich in der einen oder anderen Gemeinde dann nicht mehr, auf Grund dieser planwirtschaftlichen Vorgaben. Das sind meine Bedenken, die ich habe.

Ich weiß schon, daß es heute modern ist, alles betriebswirtschaftlichen Aspekten, alles ökonomischen Überlegungen unterzuordnen. Ich glaube, die Sicherheit eignet sich nicht, sich den betriebswirtschaftlichen Überlegungen ein- und unterzuordnen. Das sind meine Bedenken, die ich habe, und die möchte ich auch ausgesprochen haben.

Ich wünsche natürlich allen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren, aber auch allen Einsatzorganisationen alles Gute für 1998 und natürlich den Kommandanten eine glückliche Hand für die richtigen Entscheidungen. Ein herzliches Gutheil! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Er hat das Wort.

Abg. Schinnerl (18.59 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Geschätzte Anwesende beziehungsweise Vertreter der Feuerwehr, der Bergrettung, vom Roten Kreuz und aller übrigen Einsatzorganisationen, ich darf euch alle recht herzlich auf der Zuhörertribüne begrüßen.

Die Debattenredner haben ja schon Ihre enormen Leistungen durch anerkennende Worte gewürdigt. Ich darf mich diesen Worten voll und ganz anschließen und sagen, daß gerade die Mitglieder aller Einsatzorganisationen, wie ich schon immer wieder erwähnt habe, bei Tag und Nacht und zu jeder Zeit für die anderen da sind und dabei ihr Leben einsetzen.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben ja früher in der Gruppe 0 eine heiße Diskussion gehabt, und da waren die Vertreter der Feuerwehren auch schon hier. Ich habe einmal nach hinten geschaut, um zu sehen, welche Reaktionen stattfinden. Ich habe den Eindruck gehabt, daß unsere Feuerwehrkameraden gedanklich schon in Einsatzbereitschaft waren und geglaubt haben, sie müssen zum Löschangriff hier ans Podium eilen. Aber die Wogen haben sich wieder geglättet, und es wurde nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde auch schon eine Statistik erwähnt, welche aussagt, in welchen freiwilligen Einsatzorganisationen die Bevölkerung mitmachen möchte, und was die Jugend am liebsten machen möchte. Da habe ich aus der Statistik entnommen, 13 Prozent haben sich für die Feuerwehr entschieden. Da sieht man wieder, wie es so mit den Statistiken ist. In Wirklichkeit ist es so, daß die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen sich entschließt, zur Feuerwehr zu gehen, denn sonst wäre es nicht möglich, daß die steirische Feuerwehr zirka 48.000 Mitglieder hat. Ich gratuliere ganz herzlich dem Landesfeuerwehrkommandanten Georg Ferstl zu dieser großen Einsatzorganisation und daß er dieser Organisation vorstehen darf. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich freue mich aber auch, daß es gerade der neue Landesfeuerwehrkommandant war, der bei seinem Amtsantritt gefordert hat, er möchte die Selbstverwaltung der Feuerschutzsteuer haben. Wir haben das schon im Jahre 1992 gefordert. Ich habe mir damals, als ich diese Forderung auf Selbstverwaltung der Feuerschutzsteuer hörte, gedacht, das ist ein ganz mutiger neuer Kommandant. Da wird er wohl auf Widerstand stoßen, und das wird nicht so ohne weiteres über die Bühne gehen. Ich habe mich nicht getäuscht, denn diese Selbstverwaltung der Feuerschutzsteuer wurde von der Frau Landeshauptmann jedoch großmündig angekündigt, letztendlich, muß ich von dieser Stelle aus feststellen, daß es auch nur eine halbe Lösung wurde. Schade. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Du kennst dich nicht aus!“) Gefordert

war ja die Selbstverwaltung der gesamten Feuerschutzsteuer, und ich hätte mir eigentlich auch vorgestellt, daß gerade die Feuerwehrkameraden, die überall im Einsatz sind, überall die ganze Arbeit machen und die volle Verantwortung zu tragen haben, auch bei den finanziellen Mitteln es so gehandhabt wird, und die Feuerwehren nicht mit einer halben Lösung abgespeist werden.

Ich sage deswegen eine halbe Lösung, Frau Landeshauptmann, weil auch die Feuerweherschule von der Feuerschutzsteuer gespeist wird. Auch hier könnte die Feuerwehr die Verwaltung der Landesfeuerweherschule übernehmen, denn gerade dort, in dieser Landesfeuerweherschule Lebring, werden auch sehr, sehr viele finanzielle Mittel ausgegeben. Es sind 40 Millionen Schilling. Ich will den schulischen Wert der Feuerweherschule nicht schmälern, wir brauchen diese gute Einrichtung, und sie ist unbedingt notwendig. Wir brauchen sie auch für alle Einsatzorganisationen. Aber ich sehe nicht ein, daß diese ganzen Kosten von der Feuerschutzsteuer berappt werden. Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn dort Veranstaltungen beziehungsweise Schulungen vom Roten Kreuz, vom Bundesheer, von der Gemeinde stattfinden, diese Kosten nach dem Verursacherprinzip gegenverrechnet werden. Ich habe schon einige Male gefragt, warum das nicht gemacht wird. Ich habe zur Antwort bekommen, „das können wir nicht tun, dann ist unsere Schule nicht mehr ausgelastet“. Diese Antwort, muß ich sagen, ist mir zuwenig, viel zuwenig.

Ich beziehungsweise wir Freiheitlichen werden die Feuerwehrkameraden auf jeden Fall weiterhin unterstützen, damit sie in Hinkunft für die gesamte Feuerschutzsteuer die Verwaltung übernehmen können. Wir werden, wenn das im nächsten halben Jahr nicht erledigt wird, auch dafür sorgen, daß wir eine Novelle zum Feuerwehrgesetz einbringen, wo im Feuerwehrgesetz die gesamte Verwaltung der Feuerschutzsteuer durch die Feuerwehren niedergeschrieben wird.

Wenn man schon hergeht und nur die halbe Verwaltung der Feuerschutzsteuer der Feuerwehr überläßt, dann stelle ich fest, daß sie wohl die Arbeit machen darf, aber wenn es dann um die Verwaltung des Geldes und die Verantwortung geht, dann ist auf einmal alles anders. Man hat auch schon gehört, „werden die das wohl zusammenbringen? Wird die Feuerwehr wohl in der Lage sein, die Gelder ordentlich zu verwalten?“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Feuerwehr ist sehr wohl in der Lage. Die Feuerwehr muß die Feuerschutzsteuer in Zukunft zur eigenen Verwaltung bekommen. (Abg. Ing. Löcker: „Wer hat das gesagt? Wo hat man das gehört?“) Ja, überall. Ich möchte vielleicht auch noch sagen, ganz umsonst haben ja nicht so viele Verhandlungen und Gespräche stattgefunden. Und wenn heute das in den Medien so dargestellt wird, als wäre das alles eine glatte Sache, die Feuerwehrkameraden, die Bezirkskommandanten wären alle mit dieser Lösung einverstanden, dann kann ich nur sagen, da irrt man sich. Es rumort in den Reihen der Bezirke ganz ordentlich, und ich glaube, wir sollten hier tätig werden und die Feuerwehren weiterhin unterstützen.

Wir Freiheitlichen sind für die Selbstverwaltung der gesamten Feuerschutzsteuer durch die Feuerwehr. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 19.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (19.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frägt man Menschen nach Prioritäten in ihrem Leben, dann wird meist der Begriff Sicherheit an erste Stelle gesetzt, wobei es so ist, daß der Zugang dazu durchaus verschieden sein kann. Die einen verbinden mit diesem Begriff das Gefühl der Geborgenheit in Familie und Partnerschaft, die anderen, daß sie die Sicherheit haben, ihren Arbeitsplatz behalten zu können oder einen zu ergattern. Etwas, was, wie wir alle wissen, in der heutigen Zeit ein sehr schwieriges Unterfangen ist.

Sicherheit bedeutet jedoch auch, im Krankheitsfall ein Spitalsbett zu bekommen, im Alter oder im Falle einer schweren Behinderung möglichst lange in den eigenen vier Wänden betreut zu werden, und dann, wenn dies nicht mehr möglich ist oder überhaupt nicht möglich ist, Aufnahme und Betreuung in einem Heim zu finden. In weiten Bevölkerungskreisen wird dem Bundesheer und der Exekutive eine wichtige und unverzichtbare Bedeutung als Sicherheitsfaktor zugebilligt. Viele Menschen und vor allem junge, für die zählt die Gewißheit, auch in Zukunft in einer gesunden und nicht manipulierten Umwelt wohnen und leben zu können, zur besonderen und ganz besonders wichtigen Priorität. Es gäbe noch viele Beispiele aufzuzählen, aber die Zeit ist leider beschränkt. Es besteht allerdings für uns alle die große Gefahr, daß wir es uns in der festgeknüpften Sicherheitshängematte bequem machen, weil wir ja wissen und darauf vertrauen können, daß es Einsatzorganisationen gibt, die in den meisten Fällen ehrenamtlich und freiwillig arbeiten, daß die uns in einem Not- oder Katastrophenfall zu Hilfe eilen, und das besonders schnell und auf der Stelle. Ich denke, die Bevölkerung müßte dringend motiviert werden, selbst auch aktiv zu sein und vor allem der Prävention eine größere Bedeutung beizumessen. Es genügt nämlich nicht, sich gegen alle Eventualitäten versichern zu lassen, aktives Tun, das ist verlangt.

Eine gute Voraussetzung dafür ist die Initiative „Ich kann Leben retten.“ Frau Landeshauptmann Klasnic hat diese in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz und dem Herzverband im Rahmen „Sichere Steiermark“ ins Leben gerufen und in diesem Jahr auch aus ihrem eigenen Budget finanziert. Es handelt sich um die Herz-Lungen-Wiederbelebungs-Akuthilfe-Aktion. Sie ermöglicht es allen Steierinnen und Steirern, nach einer ungefähr dreieinhalbstündigen Unterweisung und Ausbildung in der Lage zu sein, in einem Notfall die Zeit bis zum Eintreffen von Rettung und Notarzt effektiv zu nützen und damit ein Leben retten zu können. Es sind doch Herz- und Kreislaufkrankungen in den letzten Jahren in der Liste der Todesursachen leider Gottes zu Spitzenreitern geworden. Sehr zu begrüßen ist die Tatsache, daß im vorliegenden Budget Mittel vorgesehen sind, um diese so bedeutende und wirklich unerhört notwendige Aktion weiterzuführen und möglichst noch ausbauen zu können, damit alle Steierinnen und Steirer in Zukunft potentielle Lebensretter werden. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Prutsch (19.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich allen Vorrednern anschließen, die die Leistungen der freiwilligen Einsatzorganisationen gewürdigt haben, das ist wirklich ein wichtiger Beitrag für die Gesellschaft. Und das ist auch schon von einem Vorredner hier erwähnt worden, es wäre ein kaum finanzierbares Unterfangen, diese Leistungen von der öffentlichen Hand abzugelten.

Ich möchte aber noch einige kurze Anmerkungen zu einem aktuellen regionalen Thema machen, das ist heute auch schon angesprochen worden. Es geht um die geplante Schließung von Kasernen. Den Medien entnimmt man in den letzten Tagen und Wochen einmal die Meldung, die Kaserne oder die Kasernen bleiben, dann wird wieder eine oder werden mehrere Kasernen geschlossen, dann gibt es wieder die Nachricht, die eine Kaserne bleibt eventuell fünf Jahre. Es gibt also sehr viele Meldungen dazu. Ich kann dazu nur sagen, auch ich bin gegen die Schließung der Kasernen im Grenzland, so wie es der Kollege List angesprochen hat, da kann ich nur dazu sagen, no na: Wer wird aus irgendwelchem Grund, wenn er im Grenzland zu Hause ist, gegen den Erhalt einer Kaserne sein? Es gibt natürlich wirtschaftliche Gründe dafür, das ist schon angeführt worden, es gibt sicherheitspolitische Gründe, aber es geht auch um die Frage, wie der Staat letztlich mit Randbezirken, mit einer peripheren Region umgeht, und ich bin der Meinung, daß der Staat aus vielen Gründen die Verpflichtung hat, Flagge zu zeigen, und gerade und vor allem im Sicherheitsbereich und letztlich damit vor allem im Grenzland. Und ich glaube, wir müssen uns dagegen wehren, das ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden, wir müssen mobilisieren, wir müssen die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, wir müssen sensibilisieren. Warum letztlich nicht auch mit einer Unterschriftenliste? Das ist hier heute auch schon einmal kurz angesprochen oder erwähnt worden. Nur, weil es eine SPÖ-Stadtorganisation gemacht hat und sozialdemokratische Personalvertreter, sollte man nicht grundsätzlich dagegen sein und opponieren. Ich glaube, es wäre besser gewesen – nicht dagegen zu maulen und zu opponieren –, die Unterschriftenliste zu unterschreiben und damit ein einheitliches Auftreten der gesamten Bevölkerung in dieser Frage zu dokumentieren. Es ist, glaube ich, das Schlechteste, wenn man ein derartig sensibles Thema als politische Spielwiese mißbraucht. Sie werden verstehen, daß eine Kaserne im Grenzland eine besondere Bedeutung und einen besonderen Stellenwert hat, einen anderen Stellenwert als zum Beispiel in Graz oder Wien.

In der Frage der Mickl-Kaserne von Bad Radkersburg haben wir offensichtlich aber auch ein anderes Problem, daß es nämlich bundesheerintern relativ wenig Interesse am Fortbestand geben soll, sage ich einmal sehr vorsichtig. Es gibt da sehr widersprüchliche Aussagen dazu. Aber es gibt offensichtlich doch eine starke Tendenz, Einheiten am Standort Straß zu konzentrieren. Für Bad Radkersburg kann es daher, meiner Meinung nach – und da haben mir Militär-

experten auch diesen Rat gegeben –, nur dann ein Überleben geben, wenn es ein neues Konzept gibt, das heißt also, daß man speziell darauf abzielt, aus der Kaserne in Bad Radkersburg, die ja bisher nur die zweite Kompanie einer Einheit von Straß beherbergt, eben aus dieser Kaserne eine spezielle Ausbildungskaserne zu machen, und weil es so aktuell ist, könnte man sogar ein bißchen weiterdenken und sagen, warum wird es dann nicht sogar eine Ausbildungskaserne für Frauen. Aber über eines sollte man nachdenken, das ist in den Medien auch schon angezogen worden, und ich glaube, das klingt nicht sehr unvernünftig, eben über die mögliche Auslagerung von Grazer Kasernen, die im Stadtbereich in relativ guten Lagen situiert sind, in wertvollen Lagen, und das wäre, glaube ich, von der Raumordnung her und vielen anderen Dingen her, ein positives Unterfangen, und damit könnten auch in Zeiten verkleinerter Mannschaftsstärken und strafferer Strukturen die sensiblen Standorte im Grenzland möglicherweise erhalten werden. Ich glaube, das wäre ein guter Zugang, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre wirklich die Schließung von Kasernen im Grenzland. Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Posch. Ich erteile es ihm.

Abg. Posch (19.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine geschätzten Damen und Herren, geschätzte Vertreter der Einsatzorganisationen!

Ich spreche zur Kostenstelle 53 „Rettungs- und Warndienste“, für das Jahr 1998 mit 26 Millionen bedeckt. Im Jahr 1997 waren dafür 22 Millionen vorgesehen. Also, das ist doch eine erfreuliche Verbesserung.

Ich möchte an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die verschiedenen Rettungs- und Warndienste, ohne allzuviel Bisheriges zu wiederholen, und deren Schwerpunkte geben.

Im Jahr 1997 erhielten die gemäß dem Steiermärkischen Rettungsdienstgesetz anerkannten Rettungsorganisationen folgende Förderungsbeiträge:

Der Österreichische Bergrettungsdienst 5,1 Millionen Schilling, das Österreichische Rote Kreuz – Landesverband Steiermark mit dem bodengebundenen Notarztrettungsdienst 2,9 Millionen Schilling plus 760 Schilling gerundet jetzt, die Österreichische Wasserrettung 230.000 Schilling, der Steirische Landesverband für Höhlenrettung 165.000 Schilling und die Österreichische Rettungshundebrigade 160.000 Schilling.

Mit der in der vergangenen Landtagssitzung beschlossenen Novellierung des Rettungsdienstes wurde eine rückwirkende Erhöhung des Rettungsschillings von derzeit 18 Schilling für 1997 auf 20 Schilling und ab 1998 auf 21 Schilling beschlossen.

Damit ist eine wesentliche Verbesserung der finanziellen Basis unserer so wertvollen Dienste gewährleistet.

Von den Finanzen ein kleiner Blick zu der Feuerschutzsteuer. Sie ist vorhin erwähnt worden. Ich sage meine Bemerkung aus der Sicht eines Bürgermeisters, aus der Praxis, der direkt damit betroffen ist, und doch eigentlich in den letzten paar Wochen bei der Budgeterstellung damit auch beschäftigt wurde.

Die Feuerschutzsteuerregelung, wenn ich sie in meinen Worten so bezeichnen darf, wurde einvernehmlich zwischen der Frau Landeshauptmann und den Verantwortlichen der Feuerwehr des Landes Steiermark geregelt. Ich durfte vor einigen Wochen meinem eigenen Feuerwehrkommandanten zu Hause, der mir den Ordentlichen – dort ist es kein Problem –, aber auch den Außerordentlichen Voranschlag für 1998 vorgelegt hatte, und dort ganz einfach nur hineingeschrieben hat, eine Million für ein Fahrzeug, freundlich sagen, lieber Freund, ich sage es jetzt in kurzen Worten und nicht sehr amtlichen, schau zuerst auf dem sogenannten Feuerwehrdienstweg der Bezirks- und Landesgremien, wie die Beschaffung ausschaut, wie der Zweck ausschaut, wie die Finanzierung ausschaut, und dann schauen wir in der Gemeinde, wie wir die Dinge in den Finanzen regeln können.

Ich sage mit diesem Beispiel, nicht ganz fachmännisch ausgedrückt, aber wer hinter die Kulissen schauen kann, weiß schon, was ich gemeint habe, daß vielleicht der Ruf nach noch weiteren Regelungen und Selbstverwaltung – und ich höre ihn eigentlich nicht – in der nächsten Zeit auch nicht so groß werden wird.

Wer aus der Praxis kommt, weiß, daß Selbstverwaltung Selbstverantwortung heißt, und das kleine Beispiel vom Ort unten, ganz, ganz klein, kann sich jeder nun selbst mit nach Hause nehmen, wie immer er es auch will.

Ich glaube, daß der jetzige Schritt ein sehr guter ist, ein zufriedenstellender ist. Ob wirklich noch weitere große Bedürfnisse bestehen werden in der Zukunft, wird die Praxis bringen. Man soll schauen, wie sich die Dinge entwickeln. Mein Kommandant zu Hause hat es jedenfalls verstanden, wie die Dinge in Zukunft laufen werden. Ob er damit eine sehr große Freude haben wird, weiß ich nicht.

Einige Schwerpunkte aus einzelnen Bereichen noch – Steirischer Bergrettungsdienst. Aus einer Einsatzstatistik ist zu entnehmen, und auch hier nur in ganz kurzen Ziffern, nicht vollständig, was hier in diesem Bereich an wirklich unwahrscheinlichen Leistungen erbracht wurde. Der Präsident Vesko hat den Herrn Abgeordneten Kanduth angesprochen, der hier mit viel Temperament – mit nicht gespielter Temperament, denn wer Richard Kanduth kennt und hier gesehen hat, der weiß auch, daß er erstens die Dinge nicht gespielt hat, zweitens als Bergrettungsmann über viele Jahrzehnte in seinen jüngeren Jahren aktiv im Einsatz war und heute absolut der Vater der Bergrettung in unserem Bereich noch immer ist, und daß er hier seine Rede mit seinem gesamten Temperament ehrlich und mit vollem Engagement gebracht hat. Ich bin dir dankbar, daß du bei dieser Gelegenheit an den Richard gedacht hast, denn die Feier unseres Bergrettungsdienstes, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden ist, war eindrucksvoll. Ich habe es miterlebt, wie die Bergrettungsmänner, die älteren, – da waren dann ein bißerl gestandene, ein paar grantligere

dabei, das meine ich durchaus positiv – vor der Feier gesagt haben, vor so mancher Auszeichnung, das brauche ich nicht, und irgendwo hat auch der eine oder andere gesagt, wo er das hinlegen wird, wenn er das kriegt. Ich kenne meine Burschen und habe innerlich geschmunzelt, wie sie dann Habtacht gestanden sind, die, die vorher nach drei Krügeln Bier manch kräftiges Wort gesagt haben. Und danach haben sie dann gesagt, heute reden sie noch davon, wie klaß das war und wie dankbar sie sind, daß sich irgendwer auch ihrer Leistungen erinnert hat. Es war alles in allem wirklich eine sehr beeindruckende und eine würdige Feier, die diese Leistungen in einem entsprechenden Rahmen gezeigt haben.

Zu den Ziffern: Noch einmal ganz kurz zur Bergrettung, bevor ich über die Einsatzstunden etwas sage. Im Finanzjahr 1996 wurden zirka 7 Millionen Schilling umgesetzt. Das zeigt, daß hier nicht nur Stunden geleistet werden, sondern daß beinahe auch ein wirtschaftliches Unternehmen dahinter steht. Aber die Ziffern der Leistungen sind beeindruckend. Ganz kurz und ohne jetzt eine vollständige Summe geben zu wollen, aus der Einsatzstatistik des Jahres 1996: 1623 Einsätze bei 1547 Unfällen im alpinen Bereich. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Du schreckst mich aber jetzt.

Dabei waren 3876 Bergretter zusammen 8367 Stunden im Einsatz. Davon entfielen auf den Pistenbereich 1348 Stunden, das sind 83 Prozent. Das zeigt, wie wichtig die Bergrettung nicht nur im Berg ist, sondern auch im Pistenbereich und für den Fremdenverkehr wichtig ist.

Ganz kurz noch ein Blick zum Steirischen Roten Kreuz. Auch hier wurde das Wesentliche schon erwähnt. Es gibt aber auch hier eine Unmenge von ehrenamtlichen Leistungen. Es sind 7678 ehrenamtliche Mitglieder. In Summe wurden in etwa 500 Millionen Schilling an Personalkosten durch diese ehrenamtlichen Mitglieder der öffentlichen Hand erspart.

Im Dunklen verborgen, aber sehr wichtig, die Österreichische Wasserrettung, die Höhlenrettung und die Rettungshundebrigade. Alle miteinander leisten Unwahrscheinliches im Dienste unserer Bevölkerung.

Die Hubschrauber zu guter Letzt, ob mit dem Notarzt unterwegs oder mit dem Bergrettungsmann im Gebirge, leisten wahrlich akrobatische Einsätze.

Abschließend darf ich an dieser Stelle allen Helfern, gleichgültig in welcher Organisation oder in welcher Funktion sie tätig sind, den besonderen Dank und den Respekt der öffentlichen Hand entgegenbringen. Besonders bedanke ich mich bei Frau Landeshauptmann, die sich um diese überwiegend freiwilligen und ehrenamtlichen Dienste sehr bemüht. Als Bürgermeister kenne ich die Sorgen und Nöte draußen in den Gemeinden. Ich sehe aber auch dort, direkt vor Ort, die Dankbarkeit der Menschen, denen in ihrer Not schnelle und fachkundige Hilfe gebracht wird, für die wir herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (19.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sicherheit, wie sich zeigt, ist ein umfassender Begriff in Österreich, in der Steiermark, für jeden einzelnen. Sie hört nicht auf und beginnt nicht nur beim Rotem Kreuz, bei Rettung, bei Feuerwehr, bei der Bergrettung, bei allen anderen Einsatzorganisationen. Sie sind eine große Familie, ein großer zusammengehörender Körper, der die Sicherheit in Österreich im Endeffekt auch gewährleistet.

Aber, meine Damen und Herren, bei einer solchen Debatte sollte man auch nicht vergessen, daß über den Begriff der inneren Sicherheit hinaus, und der örtlichen, natürlich auch die Frage des Österreichischen Bundesheeres, der Österreichischen Gendarmerie und der Polizei eine riesengroße Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, wir verweisen nicht ohne Stolz darauf, daß Österreich eines der sichersten Länder in Europa ist. Der Sicherheitsbericht, der vor wenigen Tagen im Parlament vorgelegt worden ist, der Sicherheitsbericht 1996, zeigt auch, daß die Gesamtkriminalität in Österreich in vielen Bereichen im Rückgang ist.

Es ist sicherlich auch so, daß wir Steirerinnen und Steirer auf unsere Beamten in der Steiermark besonders stolz sein können. Den Beamten in der Steiermark ist es gelungen, einen der größten Fälle dieses Jahrzehntes aufzuklären, nämlich das Bombenhirn Fuchs zu fassen, und im Endeffekt auch an der Aufklärung wesentlich beteiligt zu sein. Meine Damen und Herren, wenn es uns auch ein bißchen innerlich trifft, daß der Herr Fuchs ein Steirer ist, so sind wir natürlich auch stolz darauf, daß wir so tüchtige Beamte haben.

Meine Damen und Herren, wir hatten vor wenigen Tagen die Gelegenheit, im Rahmen der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheit, den Herrn Generaldirektor Sika zu hören, der uns gesagt hat, daß Österreich 1260 Kilometer an Außengrenze zu überwachen hat, was wir ja wissen, und daß natürlich im Bereich des Schengener Abkommens, das ja mit 1. Dezember in Kraft getreten ist, hier eine große Verantwortung auch auf Österreich und auf Österreichs Sicherheitskräfte zugekommen ist.

Meine Damen und Herren, mit rund 33.000 Beschäftigten in Polizei, bei Gendarmerie und bei den Sicherheitskräften hat Österreich mehr als doppelt soviel als Schweden. Meine Damen und Herren, wir vergleichen uns immer so gerne mit Schweden oder haben es gerne getan, heute ist es ja nicht mehr so modern, Schweden als Beispiel zu nennen. Aber ich möchte auch hier einmal grundsätzlich sagen, Dank allen jenen, die in diesen Bereichen tätig sind. Auch das österreichische Bundesheer, meine Damen und Herren, leistet hier Großartiges, wenn auch manchmal Differenzen zwischen dem Herrn Minister und dem höchsten seiner Beamten auftreten, dem Herrn Majcen, der in einer Stellungnahme – nicht mein Kollege Majcen im Landtag, sondern sein Bruder im österreichischen Bundesheer – gemeint hat, es sei alles nicht so schlimm. Aber mir scheint, daß hier mancher von der politischen Seite an der Wirklichkeit vorbeigeht, und vergessen wir bitte nicht, auch das Bundesheer ist uns in der Steiermark stets ein Garant der Sicherheit gewesen, besonders dort, wo es um die Außengrenzen zu Kroatien, Slowenien und den öst-

lichen Nachbarn gegangen ist. Unverleugnet ist heute, daß solange der Eiserner Vorhang war, diese Frage der Sicherheit in Österreich anders beurteilt und gesehen worden ist, als sie heute zu sehen ist. Wir wissen, daß die Fremddelikte der Ostländer, vor allem, was die Diebstähle betrifft, bedeutend geworden sind und daß natürlich auch in dieser Frage (Abg. Majcen: „Herr Kollege!“) – ich habe auch nur fünf Minuten so wie du, daher laß' mich bitte ausreden, du kannst dich noch einmal melden – die Kriminalität eine besondere Bedeutung hat. Aber an der Gesamtstruktur, meine Damen und Herren, von den 485.450 Straftaten, die im Jahre 1996 begangen worden sind, ist es ein Rückgang von 0,2 Prozent in der Gesamtkriminalität, und 16,8 Prozent gehen nur zu Lasten von Leib und Leben, 67,3 Prozent betreffen fremdes Vermögen und 0,7 Prozent fallen auf Sittlichkeitsdelikte. Meine Damen und Herren, das ist natürlich, daß die Zahl der fremden Tatverdächtigen gegenüber 1995 im Jahre 1996 von 39.891 nur auf 39.773 gesunken ist, bedauerlich, aber trotz alledem ein Rückgang, und zeigt, daß die gesetzten Maßnahmen dieser Bundesregierung greifen, meine Damen und Herren. Auch wenn man es manchmal nicht sehen will. Und weil man mich dankenswerterweise an die Frage der Organisation erinnert, ist es sicherlich eine Frage, dieser Organisation auf den Grund zu gehen und sie sicherlich im Endeffekt auch so abzurunden, daß sie unseren Anliegen dient.

Schengen, habe ich gesagt, ist Verantwortung, bietet aber auch die Möglichkeit, den Österreicherinnen und Österreichern zu zeigen, daß sie sich auf ihre Sicherheit verlassen können, auf die Menschen, die ihnen Sicherheit bedeuten und die zeigen, wie sehr unsere Beamten im Bereich der Sicherheit für dieses Land und seine Menschen eintreten. In diesem Sinne, allen, die daran beteiligt sind, im großen Sicherheitsbegriff den Einsatzorganisationen, dem österreichischen Bundesheer, der Polizei und der Gendarmerie ein aufrichtiges Dankeschön. Vergessen wir auch nicht einen Dank den Kriminalbeamten zu sagen, die auch dieses Haus und die Personen, die sich hier befinden, unterstützen. In diesem Sinne ein herzliches Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 19.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpfl (19.32 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, Herren Landesräte, werte Damen und Herren, vor allem aber auch meine Herren von den Einsatzorganisationen!

Ich glaube, ich kann mich den Dankesworten meiner Vorredner nur anschließen und das in diesem Sinne sehr kurz machen. Ich darf Ihnen aber auch meine Anerkennung aussprechen, und zwar meine Anerkennung dafür, daß es Ihnen in der heutigen Zeit, in der es allgemein etwas kälter wird und in der auch die Mobilität der Bevölkerung zunimmt und in der auch die Anzahl der Tages- und Wochenpendler immer mehr ansteigt, daß es Ihnen gerade in dieser Zeit gelingt, Leute für die Freiwilligen Einsatzorganisationen zu motivieren. Außerdem finde ich es besonders bewunderswert, daß es Ihnen gelingt, junge Menschen dazu zu motivieren, daß sie bereit sind,

sich für die Gesellschaft einzusetzen. Sich einzusetzen, sich ausbilden zu lassen und tatkräftig am öffentlichen Geschehen in diesem Sinne mitzuwirken. (Beifall bei der SPÖ.)

Dafür, meine Damen und Herren, gilt, glaube ich, wirklich ein aufrichtiges Dankeschön allen, die im Land tätig sind, in den Bezirken und auch in den Gemeinden. Was wären wir ohne freiwillige Helfer? Ich glaube, dieses System wäre unfinanzierbar, und ich bin überzeugt davon, daß es sinnvoll ist, daß wir im Landesbudget die nötigen Mittel dazu zur Verfügung stellen, daß Ausrüstung und Ausstattung gewährleistet sind.

Ich hätte meine Wortmeldung zu den Notärzten gar nicht gebracht, wenn nicht der Kollege List hier unterstellt hätte, daß wir Parteipolitik in die Hilfsorganisationen bringen wollen. Mit meinem Antrag vom 23. September bezüglich Notarztssystem im Bezirk Deutschlandsberg wollte ich wirklich nur die gute Aktion der Jungen ÖVP, die dort gestartet wurde, unterstützen. Denn ich glaube, daß es notwendig ist, jene Aktionen zu fördern und dabei behilflich zu sein, die der Bevölkerung dienen. Und wie ich aus den Medien entnommen habe, gibt es bereits eine Teillösung, und ich hoffe wirklich, daß es gelingt, ab dem nächsten Jahr rund um die Uhr Notärzte für unseren Bezirk Deutschlandsberg, aber auch für die übrigen weißen Flecken in der Steiermark, zur Verfügung zu haben. Ich glaube aber auch, daß es nicht allein mit dem Notarztssystem getan ist, denn im ländlichen Bereich kann der Notarzt nicht innerhalb von wenigen Minuten an der Stelle des Unfalles sein. Deswegen ist auch jede Aktion zu unterstützen, die unsere Bevölkerung in Erster Hilfe besonders ausbildet. Denn entscheidend in einem Notfall sind die ersten drei bis fünf Minuten, die können über Leben und Tod, aber auch über schwere Schäden entscheiden. Deswegen sollten wir, glaube ich, alle gemeinsam an einem Strang ziehen, und nicht durch Panikmache oder durch Anschuldigungen in der Öffentlichkeit die Bevölkerung verunsichern.

Einen letzten Punkt erlauben Sie mir noch, den ich aus den Medien entnommen habe. Und zwar wurde dort behauptet, daß das Notarztssystem ab dem Jahr 2000 in Gefahr sei. Denn, wenn diese EU-Regelung in Kraft tritt, die besagt, daß nur noch sechs Nachtdienste in einem Monat durchgeführt werden dürfen, dann glaube ich, daß wir mit den bestehenden Planposten in Schwierigkeiten kommen, und ich bin überzeugt davon, daß alle gefordert sind, nämlich Ärztekammer, Landesregierung, Krankenanstaltengesellschaft, um eine geeignete und vor allem zufriedenstellende Lösung in diesem Notarztbereich ab dem Jahr 2000 zu garantieren.

Abschließend darf ich mich noch wirklich bei allen recht herzlich bedanken, die unzählige freiwillige Stunden bei diesen Einsatzorganisationen verbringen und für die Bevölkerung da sind. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (19.36 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es ist schon mehrmals zu den steirischen Kasernen etwas gesagt worden, ich habe es auch versucht, heute Vormittag zu sagen, und ich möchte noch einmal darauf eingehen mit einem Hinweis, den wir uns alle zu Herzen nehmen sollten. Wenn dem Österreichischen Bundesheer seit Jahren die finanziellen Mittel weggenommen werden, wenn ununterbrochen von der Regierung nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden (Abg. Schinnerl: „Wer ist denn der Minister?“), dann muß man feststellen, daß es keinen Sinn hat, im Land dann zu klagen, wenn die eine oder andere Kaserne nicht aufrechterhalten werden kann, wobei das Ganze im Moment eine Diskussionsgrundlage ist.

Und es freut mich natürlich besonders, Sie wissen, ich bin selber ein Grenzländer, und ich stehe mit allem, was ich bieten kann, zum Österreichischen Bundesheer.

Ich möchte nur sagen, daß ich der Meinung bin, wir sollten schauen, daß die Vertreter, die von unserem Bundesland in Wien tätig sind, dort nicht anders handeln, als wir glauben, hier im Land handeln zu müssen. Es sind letzten Endes dann immer wieder unsere Nationalräte, die den Budgets auf Bundesebene zustimmen, auch dann, unter Anführungszeichen, wenn das bedeutet, daß weniger Geld für die Infrastruktur, für diese notwendige Verteidigungsinfrastruktur, in die Steiermark fließt.

Die Steiermark, meine Damen und Herren, und das können Sie aus jeder Umfrage entnehmen, ist eines der Bundesländer, das den höchsten Grad an Wehrhaftigkeit hat, wo sich die Menschen insgesamt am deutlichsten zum Österreichischen Bundesheer bekennen. Das ist das Land, das die meisten Präsenzdiener hervorbringt, sogar so viele, daß sie in Kärnten, im Burgenland und zum Teil in Niederösterreich in Kasernen untergebracht werden müssen. Und diesem Land, das aus seinem historischen Verständnis heraus so geprägt ist, diesem Land dann sozusagen weh zu tun und zu sagen, dort und dort und dort muß weniger werden, das ist etwas, was eigentlich nicht in Ordnung ist und wo wir uns im Landtag schon gemeinsam zur Wehr gesetzt haben, in einem einstimmigen Beschluß. Auch diejenigen, – und das ist vielleicht der Punkt, über den wir reden sollten – die sonst gar nicht so sehr für die Landesverteidigung sind, sind dann dafür, daß Kasernen als Wirtschaftsstandorte erhalten bleiben. Die Landesverteidigung ist ihnen manchmal egal, aber der Wirtschaftsstandort ist ihnen wichtig. Und das ist eigentlich nicht in Ordnung. Das erinnert mich daran, daß es auch Leute gibt, die zwar jetzt, wie der Herr Fuchs gesagt hat, daß er das Gefühl gehabt hat, die Rasterfahndung hätte bald dazu geführt, daß sie ihn erwischen, daß dieselben Leute, die immer gegen die Rasterfahndung waren, jetzt auf einmal sehr stolz sind darauf, daß es sie gibt. Wir müssen uns einmal einigen: Wie ist die steirische Position zur Landesverteidigung. Dann gibt es diese Überlegungen vielleicht in Zukunft nicht mehr. Jetzt im Moment werden wir uns sicher gemeinsam gegen die Schließung von Standorten wehren. Wir werden sehen, welche Argumente auf den Tisch gelegt werden und wie man dem Ganzen entkommen kann. Aber zu glauben, mit immer gleich

viel Geld – es wird niemals mehr – und mit immer weniger „Besatzung“, mit immer weniger Soldaten immer das gleiche aufrecht erhalten zu können, das kann sich nicht ausgeben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile es ihm.

Abg. Huber (19.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine geschätzten Verantwortlichen von den Einsatzorganisationen!

Jede ehrenamtliche, jede freiwillige Stunde ist natürlich gleich viel wert. Ich selbst bin Feuerwehrmann, und in unserer Gemeinde haben wir fünf Freiwillige Feuerwehren. Da liegt es natürlich auf der Hand, daß ich zur Feuerwehr Stellung nehme.

Retten, löschen und bergen ist der Leitspruch und der Aufgabenbereich unserer Freiwilligen Feuerwehren. Viele Länder beneiden uns um die Form, den Aufbau, aber ganz besonders um das Funktionieren der Einsätze unserer Freiwilligen Feuerwehren. Binnen kürzester Zeit sind unsere Wehren durch die Dichte der Standorte am Einsatzort und können Menschen und Tiere retten, unsere Gebäude schützen, Brände löschen und Fahrzeuge bergen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind gefordert, dieses so gut funktionierende System zu erhalten, und wenn es möglich ist, zu verbessern und zu sichern. Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 9. Juni 1997 einen Grundsatzbeschluß, betreffend eine Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und dem Landesfeuerwehrverband, gefaßt, und dieser Beschluß enthält unter anderem die Bewirtschaftung von Teilen aus der Feuerschutzsteuer. Ich glaube, daß das der erste richtige Schritt in die richtige Richtung ist. Unter anderem wird es höhere Förderungen, aber vor allem gleiche Förderungssätze geben. Ich hoffe, daß die Standardförderungen rascher abgewickelt werden können. Natürlich gibt es auch die bereits angesprochenen Richtlinien über die Mindestausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren. Gemeinden werden in Ortsklassen und Feuerwehren in Kategorien eingeteilt. Das Ganze ist natürlich zurzeit in den Kinderschuhen, und ich hoffe, daß die Verantwortlichen das so moderat durchführen, daß die Bedenken vom Freund Erlitz nicht zutreffen. Wie bereits erwähnt, wir haben in unserer Gemeinde fünf Feuerwehren. Ich möchte auf keine verzichten. Es ist uns aber auch klar, daß nicht alles finanzierbar ist und daß es gewisse Richtlinien geben muß.

In diesem Sinne möchte ich noch einmal die Verantwortlichen bitten, daß das wirklich so durchgezogen wird, daß auf keiner Seite ein Schaden entsteht. Ich wünsche euch dabei ein kräftiges Gutheil. (Beifall bei der SPÖ.)

Bedanken darf ich mich natürlich bei allen Verantwortlichen der Einsatzorganisationen, und ich möchte sie ersuchen, daß sie den Dank an ihre Mitarbeiter weitergeben, für den Einsatz, den sie erbringen, und auch an die Frauen, die immer wieder daheim ab und zu sogar um ihre Männer zittern müssen. Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Die letzte Wortmeldung hat der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile sie ihm.

Abg. Korp (19.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, vor allen Dingen werte anwesende Mitglieder unserer steirischen Einsatzorganisationen!

Quer durch alle Parteien wurden heute mehrfach – und das mit Fug und Recht – die besonderen Leistungen unserer Einsatzorganisationen ganz allgemein gewürdigt und entsprechend hervorgehoben. Ich möchte mich in die Reihe aller jener stellen, die das getan haben, weil ich einfach auch persönlich ganz, ganz großen Respekt und große Achtung vor allen jenen Menschen empfinde, die bereit sind, für die anderen etwas zu tun.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben erst vor kurzem hier in diesem Landtag über das Steirische Rettungsdienstgesetz debattiert und eine Novelle dazu beschlossen, wo wir uns parteiübergreifend – einmal mehr, sage ich dazu – darauf geeinigt haben, den Rettungsschilling auf 20 beziehungsweise 21 Schilling anzuheben. Ich habe das außerordentlich gut empfunden, weil gerade auch in diesem Bereich unserer Rettungsorganisationen das Wort „Humanismus“ regiert und sogenannte menschliche Potentiale angesprochen werden. Allein vom Roten Kreuz wissen wir, daß es im Jahr 1996 3,5 Millionen freiwillige Einsatzstunden waren mit einem Gegenwert von 500 Millionen Schillingen an freiwilligen Leistungen. Man muß sich diese Zahl einmal vorstellen.

Das ist, wie wir immer sagen – und ich glaube mit Recht sagen –, im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlte und damit unbezahlbare Hilfeleistung.

Und Leistungen sichtbar machen und diese auch anzuerkennen, gehört selbstverständlich unter anderem zu den wichtigsten Aufgaben aller derer, die hier durch das Vertrauen anderer, nämlich der Bevölkerung, im steirischen Landtag sitzen dürfen. Geschätzte Damen und Herren, ich sage deshalb auch immer wieder, es ist zwar wichtig, daß wir in unserer Gesellschaft sogenannte Idole haben, aber viel wichtiger sind sogenannte Ideale. Idealisten, die nicht fragen, was krieg ich dafür, sondern die gerne und selbstverständlich bereit sind, für die Gesellschaft, für die Gemeinschaft unentgeltlich, und das Tag und Nacht, etwas zu tun. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen und entsprechend hervorheben.

Geschätzte Damen und Herren, neben dem Roten Kreuz gibt es natürlich auch – und da rückwärts sitzen einige bekannte Persönlichkeiten aus diesem Bereich – eine Einrichtung, die für alle Unglücksfälle der Welt über ideologische Grenzen hinweg, eben auch für die anderen im besonderen Maße da ist, und das sind eben unsere Feuerwehren. Unsere Feuerwehren sind – und das ist heute schon in mehrfacher Form entsprechend angeklungen – gewissermaßen Mädchen für alles. Und allen Feuerwehrmännern herzlichen Dank dafür, daß Sie für diese Einrichtung unserer Feuerwehren im wahrsten Sinne des Wortes Feuer und Flamme sind und sich noch dazu – das sage ich einmal so – im Gruselkabinett der Chemie so besonders gut auskennen, und dazu noch einmal, damit sie sich auskennen, ihre Freizeit opfern, um sich entsprechend auf dieser Ebene unter anderem ausbilden

zu lassen. Und weil ich hier eine starke Vertretung aus dem Bezirk Judenburg im Zuschauerraum sehen darf, mit dem stellvertretenden Landeskommandanten Horst Meltzer, mit seinem Stellvertreter im Bezirk Judenburg Hans Kolar, mit dem Herrn Abschnittsbrandinspektor Quinz und dem Herrn Abschnittsbrandinspektor Galler, möchte ich euch ganz persönlich von dieser Stelle – das gilt natürlich für alle, ich sage das euch stellvertretend – hier im steirischen Landtag für das danke sagen, was ihr für unsere Menschen im Bezirk Judenburg tut. Liebe Freunde, von dieser Stelle einmal mehr herzlichen Dank dafür! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Und weil auch der Kollege Quinz hier sitzt, der im Bezirk Judenburg für den Jugendbereich zuständig ist, also den jungen Menschen das Gefühl zu geben innerhalb unserer Einsatzorganisationen gebraucht zu werden, gerade in einer Zeit wie heute, wo unsere jungen Leute so großen Gefahren ausgesetzt sind, da ist es von unschätzbarem Wert, und das muß man eben auch sehen und entsprechend hervorheben. Was alle unsere Einsatzorganisationen generell auszeichnet, das ist ihr besonderes Credo, nämlich Menschlichkeit, Freiwilligkeit, Unparteilichkeit und Einheit.

Liebe Freunde, wir sind heilfroh zu wissen, daß es Sie alle gibt, und es ist schön, daß wir Sie haben! Wir danken euch! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 19.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, hat nun die Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic (19.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber vor allem auch jene, die sich auf der Zuschauertribüne befinden und zugehört haben, was 17 Redner, Vertreter des ganzen Landes, stellvertretend für viele Menschen, Ihnen heute und in diesen Stunden sagen wollten. Die Aktion „Sichere Steiermark“, das Wort Steiermark und die Einsatzorganisationen – dies alles macht uns alle unendlich stolz, vor allem zu wissen, daß es Mitmenschen, daß es einen Nächsten gibt, auf den man sich verlassen kann, und daß wir in unseren Einsatzorganisationen unverzichtbare Leistungen tagtäglich spüren dürfen, wobei Freizeit, aber auch der Einsatz des Lebens und der Gesundheit in der Situation nicht für sich selbst in Anspruch genommen werden als Vorsichtsmaßnahme, sondern eingesetzt werden zum Schutz des Nächsten. Ich möchte in dieser Stunde sagen, daß wir in der Steiermark – und besonders in der Steiermark, weil ich ja auch die Situation in anderen Ländern kenne, auch in anderen Nationen, Österreich ist ja ein vorbildliches Land – feststellen dürfen: Wir sind reich. Wir sind ein reiches Land, weil wir Menschen haben. Ich möchte diesen Menschen, die sich ehrenamtlich, aber auch jenen, die sich hauptamtlich in den einzelnen Einsatzorganisationen voll und ganz einbringen, danken, ich möchte aber auch ihre Familien und Angehörigen miteinbeziehen, weil man braucht diese Unterstützung und diesen Rückhalt, um Vorbildwirkung zu erzielen, ja, um sich selbst einbringen zu können. Es ist viel gesprochen worden, und ich zitiere den Kollegen List, der eine Studie vorgebracht hat, in der das Wort „Ehrenamt ist out“ ange-

sprochen wurde. Das gilt vielleicht für irgendwo. Das Ehrenamt ist in der Steiermark nicht out. Das Ehrenamt gehört jeden Tag neu angesprochen, neu auf das Podest gestellt, und wir können den Menschen nicht genug danken, und darum gibt es auch den „Tag des Ehrenamtes“. Wenn die Frau Präsident Pachleitner, die Gründerin der Lebenshilfe, diese erste Medaille des Ehrenamtes überreicht bekommen hat, dann wird es in Zukunft eine Kommission sein, in der auch die Einsatzorganisationen miteingebunden sind, die solche Vorbilder stellvertretend nennen.

Heute möchte ich aber auch einer anderen Persönlichkeit sehr, sehr herzlich danken, aus dem großen Bereich der freiwilligen Einsatzorganisationen. Präsident Dr. Rudolf Griß hat am vergangenen Samstag, dem 6. Dezember, sein 50jähriges Dienstjubiläum im steirischen Roten Kreuz begangen. Dies ist ein Anlaß, an diesem Tag und in diesem Steiermärkischen Landtag ihm, stellvertretend für das Land, in aller Öffentlichkeit herzlich zu danken und zu sagen, es ist eine großartige menschliche Leistung. Seit dem 6. Dezember 1947 ist er mit dabei, und seit 1949 war er Vizepräsident und von 1953 bis 1976 gleichzeitig Finanzreferent, und seit 4. März 1977, das heißt mehr als 20 Jahre, ist er Präsident des steirischen Roten Kreuzes. Er ist nicht hier, aber sagen wir ihm von dieser Stelle aus ein herzliches Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Mein besonderer Dank gilt aber auch der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Einsatzorganisationen. Es wäre oft vieles nicht möglich, gäbe es nicht die Kooperation und die Koordination bei den Übungen – draußen der Einsatzorganisationen mit den Gemeinden, mit den Bezirkshauptmannschaften, mit der Exekutive und mit der Landesregierung. Und es werden immer wieder Bewährungsproben oft geübt, und dann treten sie auch gleich in Kraft und müssen umgesetzt werden, denken wir an tragische Unfälle wie auf der Pack und am Zellerrain, denken wir an die Bewährungsprobe und an den Hochwassereinsatz in Mixnitz, im Mürztal und in der Bärenschützklamm, um nur einige zu nennen. Wir können sagen, daß die Vorbereitung stimmt und daß alle bereit sind, ihr Bestes zu geben.

Herr Abgeordneter Herrmann, Sie haben das Katastrophenschutzgesetz angesprochen. Es ist in der Regierungssitzung von uns eingebracht worden, die wesentlichen Inhalte – ich habe es vorgelegt am vergangenen Montag – sind Festlegung von Behördenzuständigkeiten, Mitwirkung von Organisationen des Katastrophenschutzes, Festlegung von Pflichten der Bevölkerung im Katastrophenfall – auch die Bevölkerung hat Pflichten –, Festlegung der Mitwirkung der Sicherheitsbehörden. Dieses Gesetz wird dem Landtag vorgelegt werden. Eine Novellierung zur Kehrordnung hat auch damit zu tun, weil wenn wir von Feuerschutz reden, müssen wir wissen, daß wir auch gerade Feuerschutz, Brandschutz und die neue Technik beachten müssen. Die Novellierung des Rettungsdienstgesetzes, die kleine Novelle, wurde am 25. November vom Landtag einstimmig beschlossen. Ich brauche es in dieser Stunde nicht wiederholen. Die Novellierung des Feuerpolizeigesetzes ist in Begutachtung, zwei wesentliche Inhalte, Erstreckung der Überprüfungsintervalle, sprich Feuerbeschau, und die gesetzliche

Handhabe für Anschluß von Brandmeldeanlagen an die Bezirksflorianistationen, die wir brauchen. Eine Anmerkung dazu: Der Landesfeuerwehrausschuß hat einen internen Arbeitskreis unter Vorsitz von Landesfeuerwehrrat Sitka eingerichtet, der Überlegungen für eine Neufassung des Landesfeuerwehrgesetzes anstellen soll, und im Laufe des nächsten Jahres können wir mit einer Vorlage rechnen.

Über das Bundesheer wurde sehr viel gesprochen. Ich möchte nichts wiederholen. Franz Majcen und viele Redner haben geantwortet. Ich sage nur sehr deutlich, wir haben unsere Wünsche dem zuständigen Minister und den Verantwortlichen vorgetragen. Es ist mir selbstverständlich klar, daß es auf der einen Seite in der Grundaussage so etwas wie einen Rechenstift gegeben hat, daß wir aber wissen, was wir gerade an den Kasernen im Grenzland haben. Und wenn wir an die Situation Bad Radkersburg und Mickl-Kaserne denken, dann ist es inzwischen auch jenen, die Verantwortung tragen, von mir klargemacht worden, daß das einfach nicht zumutbar ist. Der Landesverteidigungsrat wird sich am 18. Dezember damit beschäftigen. Ich bin gerne bereit und werde Ihnen sofort Meldung machen – und Meldung machen ist das Wort in dem Fall, das man mit dem Bundesheer verbindet –, in welcher Form beziehungsweise wie es weitergeht. Ich lasse aber nicht zu – und niemand in der Landesregierung wird das unterstützen, sondern wir werden gemeinsam für die Kasernen eintreten –, daß unsere Grenzlandregionen ausgehungert werden. Und Kasernen zusperrern, kommt aushungern gleich. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Herr Kollege Brünner hat zum Zivildienstkostensersatz gesprochen und gemeint, es müßte eine Post eingebracht werden. Grundsätzlich, es gibt einen solchen Antrag, es gibt solche Ausschlußbeschlüsse. Dieses Gesetz könnte frühestens 1999 in Kraft treten, aber ich sage dazu, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Es kann nicht so sein, daß der Bund etwas beschließt, und das Land übernimmt automatisch die Kosten. Wir reden vom Konsultationsmechanismus, und wenn das ernst ist, dann haben wir da einiges zu tun.

Über die Situation „Herz-Lunge-Wiederbelebung – Ich kann Leben retten!“ – ist sehr viel gesagt worden. Ich bedanke mich bei allen, die das aktiv unterstützen, bedanke mich vor allem auch bei den Firmen und bei den Interessensvertretungen, die mithelfen, beim Chefarzt des Roten Kreuzes, Dr. Petutschnigg, mit seinem Team. Und wenn wir seit April über 3000 Kurs Teilnehmer gehabt haben, dann spürt man, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Denn wir wissen: Ein Drittel aller Herz-Kreislauf-Toten könnte bei richtiger Hilfe gerettet werden.

Nehmen wir es ernst, wenn wir das Wort „sichere Steiermark“ als Ziel für uns, die wir im Lande leben, aber auch für die Gäste, die zu uns ins Land kommen, vorne hinschreiben.

Programm „sichere Steiermark“: Es gab über 40 Schwerpunktaktionen im heurigen Jahr. Einige Beispiele: Aktion am Hauptplatz, „HLW – Ich kann Leben retten!“, die Stainzer Sicherheitstage, koordinierte Übung, Tag der Einsatzorganisationen in Lebring. Ich denke daran, daß es dort jeweils den ältesten und den jüngsten Feuerwehrmann des Bezirkes gebe-

ben hat. Männer, die fast 100 Jahre alt sind, und zumindestens 70, 75 Jahre – selbst wenn sie jetzt nicht mehr aktiv sind –, aber ihr ganzes Leben bei der Freiwilligen Feuerwehr gedient haben. Aber auch wieder ganz Junge, die sagen, wir wollen mithelfen, wir sind mit dabei. Es gab die Fachmesse „Brandschutz 1997“, die Fachtagung des Roten Kreuzes „Retten und helfen!“ auf der Grazer Messe, aber auch die Aktion „Sicherheit“, die insbesondere von den steirischen Frauen sehr angenommen wurde. Und gerade so, wie es die Frauen gemacht haben – Burgi, danke dafür –, möchte ich es auch allen Gemeinden empfehlen. Sie kommen ohnehin aus der Sicht des Roten Kreuzes mit den Terminen kaum zusammen, weil so viele Anmeldungen sind. Es waren die koordinierten Übungen, Feldbach und Weiz, das nennt sich immer Lage Feldbach, Lage Weiz, und wer immer dort dabei ist – und die zuständigen Abgeordneten sind eingeladen –, wenn man dann dort erlebt, was vorerst nur angenommen wird, was aber jederzeit Ernstfall sein kann, und unter welcher Gefahr sich dann der einzelne dort einsetzt, wenn man die Arbeit des Notarztes oder der Notärztin erlebt, dann ist man betroffen und einfach nur dankbar.

Weil der Kollege Kröpfel gesagt hat, „im Jahr 2000 ist das Notarztsystem in Gefahr“, darf ich versichern, daß wir das nicht zulassen. Das ist in unserer Hand, und wir werden uns das von niemandem – ob das Europa, ob das Brüssel, ob das Wien ist – nehmen lassen. Wir in der Steiermark werden einen Weg finden. Und da erfreue ich mich in bester Unterstützung der gesamten Regierung.

Kettensägen für das Bundesheer wurden angeschafft. Brandschutzlehrgang für den Malteser Hospitaldienst. Zehn Jahre Flugrettung in Aigen im Ennstal und so weiter. Man könnte vieles fortsetzen, aber es ist auch schon sehr vieles gesagt worden.

Und weil dieser bodengebundene Notarztrettungsdienst gerade in der letzten Sitzung sehr viel an Diskussion ausgelöst hat, möchte ich sagen, daß wir auch im Budget Vorsorge getroffen haben. Ich werde dann noch darauf zurückkommen. Ich rede über Schlammung, ich rede über Weiz, ich rede aber auch für eine eventuelle kleine Lösung, die einmal angestrebt wird, für Bad Aussee, was den Herrn Präsidenten Vesko, der momentan auf seinem Präsidentensessel sitzt, sehr freuen wird.

Auch der Hubschrauberrettungsdienst wurde heute genannt. Ich sage sehr deutlich dazu, es gibt laufende Verhandlungen mit dem Bund. Es hat die Bundesregierung sich voll und ganz zu diesem Rettungsdienst bekannt. Natürlich sucht man Wege, auch zur Neubeschaffung von Rettungshubschraubern, versucht man einen Ausweg zu finden, denn es müßten zirka zehn bis zwölf Hubschrauber angeschafft werden. Das kostet ungefähr eine halbe Milliarde Schilling. Der nächste Termin beim Bundesminister ist am 4. März 1998. Aber ich sage für die Steiermark, wir haben aufrechte 15 a-Verhandlungen, das heißt, die Dinge sind im Lot, und es kann und darf nichts geschehen.

Bergrettung: Auch hier gab es einige Wortmeldungen, und ich glaube, gerade diese „100 Jahre Bergrettung im Gesäuse“, das war einer der Tage, die Richard Kanduth vorbereitet hat, wo Dr. Fritz Seidl als Verantwortlicher der Steirischen Bergrettung mit

seinem Stellvertreter Michael Miggitsch uns dort wieder gesagt haben, was eigentlich ihr inneres Anliegen, wo ihre Berufung, ja, wo eigentlich der Ruf ist, dem anderen helfen zu wollen.

Und was das in der Bergrettung so momentan bedeutet im Land, das spüren wir auch in einem anderen Bereich. Ein Bergrettungsmann, Hans Schranz, hat Leukämie. Er braucht eine Knochenmarkspende. Es war der Bezirkshauptmann von Mürzzuschlag auf der einen Seite; es waren Hunderte von Freunden, von Mitgliedern der Einsatzorganisationen – weiblich und männlich –, die bereit waren, dabei zu sein. Es sind an diesem ersten Tag des Spendenaufrufs, am 12. Oktober, über 7000 Spender anwesend gewesen, die Blutspenden abgegeben haben und sagen, wir lassen es überprüfen, ob unser Knochenmark geeignet ist. In neun Jahren vorher gab es 21.000, an einem Tag jetzt über 7000. Ein nächster solcher Tag folgt am 12. Dezember.

In einer solchen Stunde, bei solchen Begegnungen und bei solchen Benefizveranstaltungen erlebt man dann, was eine Gemeinschaft kann, was eine Gemeinschaft will, wenn sie einem der ihren beistehen kann, noch dazu einem, der selbst viele Leben gerettet hat. Allen Einsatzorganisationen, die mittun, herzlichen Dank dafür!

Wasserrettung, Höhlenrettung, Rettungshundebrigade: All diese Einsatzorganisationen sind angesprochen, ebenso wie der Steirische Tauchsportklub, die Selbstschutzgruppe der Wirtschaftskammer, der Erste Österreichische Fallschirmspringerklub, aber auch einen Versuchsverband Referat Notfunk gibt es, ebenso wie einen Technischen Hilfsdienst, und der gibt viel an Mitarbeit weiter für den Katastrophenschutz des Landes.

Der Zivilschutzverband wurde angesprochen. Auch hier geht es um die Information, um die Aufklärung und um die Motivation, aber vor allem um die Bewußtseinsbildung und um die Schulung der Bevölkerung. Danke dem Vizepräsidenten Trampusch und seinem Stellvertreter Univ.-Prof. Dr. Probst.

Die Landeswarnzentrale ist eine großartige, bewährte Einrichtung: Sie hat bei der steirischen Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Sie hat viele engagierte Mitarbeiter und ist heuer zwölf Jahre alt. Es ist geplant – im Jahre 1998 – den dort verwendeten Puch G, der 15 Jahre alt ist, auszutauschen.

Aber ich sage noch etwas dazu: Bei einer der Übungen, bei der man dann immer selbst mit dabei sein kann beziehungsweise unverhofft gerufen wird, als sei es ein Ernstfall, hat man dann erlebt, daß wir, nämlich die Steiermark, wirklich in der Zeit waren, und wir haben dann gemerkt, wo die Schwachstellen anderswo sein können, nämlich eine Stunde Verspätung zu einer anderen Meldung. Wir haben uns sehr gewundert, warum vom Bund die Meldung erst eine Stunde später kam, obwohl das Signal vorher schon da war. Und dann gab es heuer eine Exkursion in die Schweiz, bei der der Herr Landesfeuerwehrkommandant, der Herr Bergrettungskommandant, der Herr Divisionär Manner, das Rote Kreuz, das heißt, die Einsatzorganisationen waren mit der Abteilung unterwegs. Wir haben in Zürich jene Kommandozentrale besucht, die weltweit faktisch die Verantwortung trägt, vor allem auch für den Europateil. Da gibt es

eine eigene Uhrzeit, die ist eine Stunde nach uns, und da haben wir dann erkannt, daß es dort das Wort „Sommerzeit“ in diesem Sinn nicht gibt. Aber das sind die Dinge, die man nur erlebt, wenn man eine koordinierte Übung macht. Da sieht man, da könnten im Ernstfall Fehler entstehen. In diesem Fall war es eine angenommene Geschichte. Ein wichtiger Lehrbereich, man weiß es sonst gar nicht, aber eine Stunde Verzögerung, nur weil man eine andere Uhrzeit hat, kann im Ernstfall bei Atomstrahlen sehr, sehr viel bedeuten. Wir haben da wirkliche Fachleute, die gerade auf diesen Fehler aufmerksam gemacht haben.

Auch den Lawinendienst möchte ich ansprechen. Wir haben einen neuen Vertrag mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik für die nächsten zwei Jahre abgeschlossen. Es ist das eine Entscheidung, die ganz besonders unsere Tourengerher und den Wintertourismus anspricht, und natürlich vor allem die Lawinenkommissionsmitglieder. Aber ich sage es sehr deutlich, ich weiß, daß es im Stützpunkt, in der Region Gesäuse/Hieflau ein Anliegen gibt, mit der Bundesbahn zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen, und wir bemühen uns sehr darum, weil uns allen das ein großes Anliegen ist.

Nun zum Thema Feuerwehren und Selbstverwaltung. Es ist das einige Male angesprochen worden, und ich kann das schon verstehen, es ist so still gegangen. Der Landesfeuerwehrverband hat gesagt, was er will. Der Landesfeuerwehrkommandant Georg Ferstl hat am Landesfeuerwehrtag in Mürzzuschlag im Jahre 1996 seine Vorstellung im Namen des Feuerwehrverbandes vorgestellt. Ich habe damals die Herren eingeladen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, und diese Arbeitsgruppe hat gemeinsam mit der Abteilung für Katastrophenschutz, unter der Leitung von Hofrat Dr. Konrad, gute, beste Arbeit geleistet. Wir haben uns da von niemandem etwas dreinreden lassen, sondern haben selbst gesagt, was wir wollen. Wenn man dann das Ergebnis anschaut, dann sage ich schon sehr bewußt dazu: Es sind einige wichtige Neuerungen. Die Mindestausrüstungsrichtlinie ist in Frage gestellt worden, sie war ein Wunsch der Bezirkskommandanten, bitte sehr. Ich höre heute noch die Wortmeldung, wie schaut es mit dem aus. Und das Wort der Planwirtschaft, ich habe mit dem auch nichts anfangen können, Herr Kollege Erlitz, ich bin daher nach rückwärts gegangen, habe einen der Herren gefragt, ob sie das Gefühl haben, daß es zu einer Planwirtschaft kommt. Also, diese Sorge besteht nicht. Ich habe mich gefreut, daß der Satz, den ich selbst zu diesem Thema immer sage, von einigen von Ihnen, aus welcher Fraktion auch immer, in den Mund genommen wurde. Ich sage, die Feuerwehren tragen beim Einsatz die Verantwortung, deshalb sollen sie auch bei der Finanzierung verstärkt ihre Verantwortung tragen dürfen und können. Und das war der Wunsch, den sie selbst gehabt haben. Apropos Rumoren bei den Bezirken, Herr Kollege Schinnerl, Ihren eigenen Kommandanten habe ich einmal gefragt, ob es bei ihm rumort. (Abg. Schinnerl: „Das werdet ihr schon noch hören!“) Ich habe auch gefragt, ob es in anderen Bezirken rumort, dann bitte ich Sie, daß Sie das sagen, weil dann müssen wir den Herren halt die notwendige Hilfestellung geben. Es ist überhaupt nicht gedacht, daß sich die Landesstelle, daß sich die Abteilung, daß sich das Ressort abmeldet.

Es ist überhaupt nicht gesagt, daß der Herr Landesfeuerwehrenspektor nicht jederzeit gerne und zu jeder Unterstützung bereit ist. Es ist, Gott sei Dank, so, daß die Herren der Landesfeuerwehr und der Landesfeuerwehrverband einen Weg gesucht haben, den sie selbst wollen, dem ich zustimmen kann, dem die gesamte Regierung einstimmig recht gegeben hat. Wir sind stolz auf unsere Feuerwehr, stolz auf das, was sie können, und wir sind auch überzeugt, daß sie ihr Geld richtig verwalten werden. Da brauchen wir, glaube ich, keine Nachhilfestunden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zum Thema Feuerwehrschule darf ich dann auch noch sagen: Da haben wir heuer zum Beispiel nach 25 Jahren den 200.000 Besucher gehabt. Alles ausgesprochen, die Brandschutzverhüttungsstelle haben Sie nicht angesprochen, die Stadt Graz haben Sie nicht angesprochen, alles auf einen Nenner gebracht, was wirklich stört und was vielleicht jemanden, der dort ein bißchen rumoren möchte, so wie Sie es genannt haben, daß wir das in wirklicher Vereinbarung, in Gesprächen, aber auch in Diskussion zu einem guten, ruhigen Ende geführt haben, und es hat nirgends gekracht und geklescht, und das hat Ihnen gefehlt. Das kann ich mir schon vorstellen, aber das ist halt nicht immer notwendig. Man kann auch verhandeln und zu einem Ergebnis kommen, vor allem wenn man Verhandlungspartner am Tisch hat, die verantwortlich sind und die eigentlich sagen, uns ist die Arbeit so wichtig, wir machen das ehrenamtlich, wir setzen uns voll und ganz ein und wir wollen da nicht in ein politisches Hick-Hack hinein, weil das haben sie sich nicht verdient. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Feuerwehrtermine der besonderen Art möchte ich auch noch nennen. Mir fällt ein, die Landeswinterspiele in Hohentauern, der Schitag der Feuerwehrjugend am Kreischberg, die Drehleiterübergabe in Bruck an der Mur. Manchmal denke ich mir, ich würde mir wünschen, daß die Abgeordneten einmal ganz hoch hinauffahren, daß Sie einmal sehen, wie das da oben ist, wenn man nur im Korb drinnensteht. (Abg. Schrittwieser: „Bin ich schon gefahren!“)

Ja, Sie schon, Sie sind ja einer vom Roten Kreuz und aus der Wolle gefärbt, nämlich ein Einsatzorganisationsmensch, aber es reden ja auch viele darüber, die noch nie etwas getan haben. Das ist der Punkt. Da muß man oben sein, und nicht nur schauen, sondern da muß man auch noch Arbeit leisten, und das bedeutet sehr, sehr viel an Können und auch sehr, sehr viel an persönlichem Einsatz.

Ich denke an die Eröffnung der Brandmeldezentrale bei der Berufsfeuerwehr in Graz, die Stainzer Sicherheitstage sind angesprochen, die Drehleiterübergabe in Hartberg, der Landesfeuerwehrtag in Frauental – ein großartiges Erlebnis –, oder auch daran, daß man sagt, der Tag der Einsatzorganisationen in der Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule von Tausenden von Menschen besucht. Wir haben ein Tunnelrüstlöschfahrzeug in Steinhaus am Semmering übergeben können. Wir hoffen, daß es bei den richtigen Tunneln auch bald zum Einsatz kommt, nämlich vor allem beim Straßentunnel zum Schutze. Nicht, daß ein Unfall passiert, aber daß der Tunnel bald gebaut ist, das ist der Punkt. Wir sind vorbereitet als Steiermark, das sage ich sehr bewußt. Und dann bin ich schon auch

noch sehr stolz, weil wir über Ehrungen reden. Die Freiwillige Feuerwehr Götzensdorf, das ist in Schöffern – der Herr Abgeordnete Riebenbauer greift schon hin- aus, weil er es nicht gesagt hat, ich habe dir gesagt, ich sage es er es nicht gesagt –, das ist bitte eine Gruppe, die eine Goldmedaille in Dänemark erreicht hat, das heißt international ganz, ganz vorne. Auf das dürfen wir stolz sein, eine ganz kleine Gruppe und vor allem Pendler, die in ihrer Freizeit auch noch versuchen, etwas einzubringen. 200.000 Kursteilnehmer habe ich erlebt. Wichtige Förderungsmaßnahmen: Grundsätzlich geht es auch noch um die persönliche Sicherheit durch neue Einsatzanzüge, Austasche und Sicherheit der Preßluftatmer. Und wenn ich an den Florian Voitsberg denke und an das schwere Rüstfahrzeug in Leoben, an ein Containerfahrzeug bei der Freiwilligen Feuerwehr Neumarkt, dann könnte ich noch vieles aufzählen.

Ich komme zum Schluß und denke zum Beispiel auch an die Feuerwehrjugend, auch sie wurde angesprochen. Und da haben wir nicht nur den Landes-, sondern er ist gleichzeitig auch der Bundesjugendwart Lederhaas, der sich besonders um den Nachwuchs gemeinsam mit den Bezirkskommandanten und dem Landesfeuerwehrverband annimmt, daß es dort einen Erste-Hilfe-Kurs automatisch gibt, daß aber auch Freizeit und Sport nicht zu kurz kommen. Dann gibt es irgendwo das Wort, mein Herz brennt für die Feuerwehr, der Herr Landeskommandant fängt jetzt schon zum Schmunzeln an, weil er weiß, was ich meine. Da gibt es die Frage der Mädchen, der Frauen im Zusammenhang mit der Freiwilligen Feuerwehr. Es gibt Frauen in der Freiwilligen Feuerwehr, manche die aktiv sind, es gibt aber Tausende Frauen in der Freiwilligen Feuerwehr, die aktiv unterstützen und die sagen, wir helfen dort, wo geholfen werden muß, weil es uns bewußt ist.

Was haben wir im Budget 1998 vorgesehen? Ich darf als neuen Ansatz ansprechen, Herz-Lunge-Wiederbelebung, zusätzlicher Ansatz Notarztrettungsdienst, die Notfalldatenbank, freiwillig bitte, Chipkarte, derzeit ein Pilotprojekt in Fürstenfeld, ein Fortschritt, wir freuen uns darüber, den erhöhten Versicherungsschutz für Mitglieder von Einsatzorganisationen entsprechend der ASVG-Novelle, die nach unserem Wortlaut durchgesetzt wurde, die Erhöhung des Landesbeitrages im Rettungsdienstgesetz. Da kommen zusätzlich 3,5 Millionen dazu und die Versicherung des bodengebundenen Notarztrettungsdienstes, und damit kann man sagen, es sind einige neue Ansätze geschaffen worden.

Ich darf zum Abschluß, ebenso wie alle Vorredner, sagen, wir danken, wir sind stolz, es ist Anerkennung, was wir hier aussprechen, nämlich an jene, die sich einsetzen, Tag für Tag, Nacht für Nacht, das ganze Jahr, nicht nach Sonn- und Feiertagen, sondern weil sie gebraucht werden. Und wenn wir ein reiches Land sind und eine sichere Steiermark, dann sind wir in der Schuld derer, die diese Arbeit tun. In diesem Sinne mögen sie sich angesprochen fühlen, sie, die sie in den Einsatzorganisationen tätig sind, beruflich und hauptberuflich, aber vor allem die ehrenamtlichen und jene, die in der Abteilung arbeiten unter der Leitung von Hofrat Konrad, weil ich weiß, daß es nur in einer guten Zusammenarbeit klaglos funktionieren kann. Und die-

ses klaglose Funktionieren ist mir als der Referentin ein Anliegen. Ein Anliegen, bei dem ich sagen muß, Referentin zu sein für eines der wichtigsten und eines der schönsten Ressorts in diesem Lande. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 20.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er ein Schlußwort wünscht. Das ist nicht der Fall. Ich komme nun zur Abstimmung.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Übernahme des Kostenersatzes für Zivildienst zugunsten des Roten Kreuzes, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 des Landesvoranschlages 1998 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der FPÖ, betreffend Vorlage eines Landes-sicherheitsgesetzes, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen nun zur Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ussar, dem ich das Wort erteile.

Abg. Ussar (20.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf die einzelnen Kapitel vortragen:

Gesonderte Verwaltung, Pensionen der Landeslehrer, allgemeiner Unterricht, allgemeinbildende Pflichtschulen, gemeinsame Kosten, Sonderschulen, berufsbildender Unterricht, Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, berufsbildende mittlere Schulen, berufsbildende höhere Schulen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Förderungen des Unterrichtes, vorschulische Erziehung, außerschulische Jugendberziehung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Jugendferienaktionen, Filmarbeit in Jugendgruppen, Sport und außerschulische Leibeserziehung, Turn- und Sporthallen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Erwachsenenbildung, Volksbildungswerke, Volksbildungsheim, Volksbildungsheim Retzhof, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Forschung und Wissenschaft, wissenschaftliche Archive, wissenschaftliche Bibliotheken, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen.

Summe der Einnahmen 7.856.225.000 Schilling, Summe der Ausgaben 9.281.232.000 Schilling.

Mündlicher Bericht Nr. 59: Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 zur Regierungsvorlage, betreffend den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, über Beschlußanträge beraten und zur Gruppe 2 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag: Der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgende Beschlußanträge beschließen:

Zu Gruppe 2:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in der Steiermärkischen Landesverwaltung dafür zu sorgen, daß ein über dem steirischen Durchschnitt liegender Anteil von Lehrlingen aufgenommen und selbst ausgebildet wird.

Antragsteller: Gennaro, Dr. Flecker, Gross, Günther Prutsch, Ing. Mag. Hohegger, Schützenhöfer, Schinnerl.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, verstärkt Mittel für Technikfolgenabschätzung und Risikoforschung aufzuwenden.

Antragsteller: Gennaro, Gross, Ing. Mag. Hohegger, Straßberger.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im ersten Halbjahr 1998 dem Landtag den Entwurf einer Novellierung zum Steiermärkischen Landessportgesetz 1988, LGBl. Nr. 67/88, vorzulegen, in dem eine ausreichende Förderung kleiner Sportvereine und eine ausgewogene Förderung sämtlicher Sportvereine vorgesehen wird.

Antragsteller: Dr. Flecker, Gross, Günther Prutsch, Vollmann, Schützenhöfer, Straßberger, Schinnerl.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für eine verstärkte Medienerziehung durch die Landesbildstelle zu sorgen, indem durch zusätzliche Angebote und Initiativen die Bewußtseinsbildung gegen Gewalt und Aggression bei Kindern, Jugendlichen und Eltern gefördert und gestärkt wird.

Antragsteller: Pußwald, Alfred Prutsch, Majcen, Ing. Mag. Hohegger, Ussar, Dr. Flecker.

Ich bitte also um Annahme der Voranschlagsstellen und um Annahme des Berichtes. (20.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als erste zum Wort gemeldet ist als Hauptrednerin die Frau Abgeordnete Zitz, der ich das Wort erteile.

Abg. Mag. Zitz (20.23 Uhr): Wenn man sich die einzelnen Gruppen des Haushaltes anschaut, dann kommt eigentlich klar heraus, daß dieses Kapitel, nämlich die Gruppe 2, das Jugend- und Zukunftskapitel ist mit den Schwerpunkten „Unterricht, Erziehung, Wissenschaft beziehungsweise Sport“. Es tut mir eigentlich ziemlich leid, und wahrscheinlich den ganzen Leuten, die nach mir reden wollen, auch, daß jetzt ungefähr ein Dutzend Abgeordnete noch im Raum sind und der Rest den Saal bereits nach Abschluß der Gruppe 1 in der üblichen intensiven Art verlassen hat.

Was jetzt Jugendpolitik insgesamt betrifft, fällt mir auf, wenn in der Steiermark dieses Thema diskutiert wird, dann werden Jugendliche auf zwei Arten dargestellt. Jugendliche sind ein Problem, Jugendliche machen Unfug, Jugendliche muß man in irgendeiner Art und Weise auf die Reihe bringen und integrieren

in ein System, das ich in vielen Bereichen für absolut jugendfeindlich halte und wo ich Jugendliche auch sehr, sehr gut verstehen kann, die sich mit unterschiedlichsten Ausdrucksformen in unterschiedlichster Art und Weise gegen diese Integration wehren. Wehren teilweise in einer Art, die wir als unangenehm empfinden, die wir als frech, die wir als provokant und so weiter empfinden. Aber ich glaube, Jugendliche haben da teilweise einen wesentlich besseren Instinkt als Erwachsene. Jugendliche haben Möglichkeiten, auch mit Strukturen umzugehen, ihren Protest auszudrücken oder auch ihre Distanz auszudrücken, und sind da oft wesentlich instinktsicherer und eigentlich wesentlich lebensbejahender als viele von uns Erwachsenen. Das ist die eine Art, Jugendliche darzustellen.

In dem Zusammenhang möchte ich kurz auf den Antrag bezüglich eines Landessicherheitsgesetzes eingehen, wo tatsächlich vorgeschlagen wurde, einen Paragraphen zur Abwehr von Anstandsverletzungen sowie zur Unfugabwehr festzusetzen. Dieses Landessicherheitsgesetz mit einem Paragraphen „Unfugabwehr“ hat es tatsächlich gegeben. Es hat einen Versuch gegeben, dieses Gesetz zu machen. Der Paragraph „Unfugabwehr“ hat sich auf die Jugendlichen bezogen, die im Stadtpark unterwegs sind. Das sind zu einem guten Teil obdachlose Jugendliche, teilweise mit Gewalterfahrungen zu Hause, wo ich sehr gut verstehe, daß die Kinder und Jugendlichen nicht daheim bleiben wollen. Es gibt in Graz einige kompetente Betreuungseinrichtungen, aber nicht immer in dem Ausmaß, wie es für diese Jugendlichen angepaßt wäre. Dieser Paragraph „Unfugabwehr“ hat sich auch auf diese Jugendlichen bezogen, die am Hauptplatz am Erzherzog-Johann-Denkmal herumsitzen, vielleicht auch etwas trinken, vielleicht auch anders ausschauen, als man das bei braven Jugendlichen gerne hätte. Dieses Landessicherheitsgesetz, zu dem es vorher einen Beschlußantrag gegeben hat, mit dem Paragraphen „Unfugabwehr“ ist eine Art von „revival“ einer Jugendausgrenzungspolitik.

Die zweite Form des Umgehens mit Jugendlichen, abgesehen von dieser Variante, daß man Jugendliche zum Problem macht, zum Sicherheitsproblem macht, ist, daß man Jugendliche infantilisiert, daß man Jugendliche viel jünger macht, als sie eigentlich sind.

Ich beziehe mich jetzt auf die Tatsache, daß Jugendliche zwar mit 16 Jahren teilweise arbeiten müssen oder arbeiten dürfen – je nachdem, wie man das sieht –, Steuern zahlen müssen, aber daß Jugendliche mit 16 Jahren kommunal nicht mitwählen dürfen. In dem Zusammenhang hat mich das Vorgehen von der SPÖ sehr überrascht, die auf Stadtebene kommunales Wahlalter für Jugendliche gefordert hat, und auf Landesebene den Liberalen – beziehungsweise Grünen-Vorschlag in die Richtung, daß das für Jugendliche möglich sein sollte, niedergestimmt hat. Ich denke, wenn man einerseits Jugendliche heranzieht, wenn es ums Steuerzahlen geht, wenn Jugendliche, etwa im Bereich der Lehrlingsausbildung, durchaus harte und problematische Arbeitsverhältnisse eingehen müssen, um sich einerseits selber zu versorgen und andererseits eine adäquate Ausbildung zu haben, dann ist eigentlich nicht einzusehen, warum diese Jugendlichen nicht auf kommunaler Ebene wählen dürfen.

Die SPÖ Stadt und Land hat da eine unterschiedliche Position. Was auch mit diesem Kapitel, mit dieser Gruppe 2, zusammenhängt, das ist der Integrationsbereich, Integration von behinderten Personen, die nicht erst anfangen soll, wenn man volljährig ist, sondern die möglichst früh anfangen soll, sei es jetzt im Bereich der Frühförderung, sei es im Bereich von integrierter Zusatzbetreuung in Kindergärten oder sei es im Bereich von Schulen. Wir verhandeln derzeit das Pflichtschülerhaltungsgesetz, klingt hochkompliziert, hat insofern einen Behindertenbezug, als in diesem Gesetz festgelegt wird, daß die sogenannten nicht-pädagogischen Leistungen, die behinderte Kinder brauchen, um in die Schule gehen zu können, daß diese Leistungen endlich abgegolten werden. Das kann das sein, daß ein Jugendlicher im Rollstuhl ist, das Klassenzimmer aber blöderweise im zweiten Stock und der Jugendliche oder die Jugendliche rauftransportiert werden muß, das können bestimmte Hygienevorkehrungen sein, das kann Unterstützung beim Jausnen und so weiter sein. Das können in seltenen Fällen auch medizinische Unterstützungen sein, wie Insulinspritzen, im schlimmsten Fall jetzt, und so weiter und so fort.

Dieses Pflichtschülerhaltungsgesetz wird im Ausschuß debattiert, und da kommen wir jetzt wieder zum interessanten Punkt. Wer zahlt diese nicht-pädagogischen Leistungen für Kinder und Jugendliche in Schulen, die ihnen überhaupt erst einen entsprechenden Schulbesuch ermöglichen? Und da haben wir wieder einmal die Pattstellung, daß die Stadt beziehungsweise die Gemeinden sagen, wir wollen nicht zahlen, und das Land sagt, wir eigentlich auch nicht. Und an so einfachen Beispielen sieht man, wie toll wir auf Bundesebene zwar in der Verfassung eine Staatszielbestimmung haben, die die Integration von Behinderten vorsieht, aber im ganz konkreten alltäglichen Bildungsleben, in der Jugendpolitik, in der Kinderpolitik, da gehört für mich nämlich die schulische Ausbildung sehr wohl dazu, das einfach nicht realisiert werden kann aus Kosteneinsparungsgründen. Die kurze Wortmeldung vorher zur Steigerung der Repräsentationskosten der Landesregierung von 11 auf 14 Millionen Schilling, also ich glaube, mit diesem Mehraufwand, den man da plötzlich braucht in diesem Jahr, da könnte man wahrscheinlich den größten Teil von diesen Leistungen zur Integration von Kindern im schulischen Bereich problemlos abdecken. (Beifall bei den Grünen.)

Das Zweite noch, was ich ansprechen möchte in dem Zusammenhang, es gibt sowohl in der Gruppe 2 als auch in der Gruppe 4 neue Mittel in Richtung beschäftigungspolitische Initiativen. In dieser Gruppe sind vorgesehen 75 Millionen Schilling für ein Jugendbeschäftigungsprogramm. Dieses Jugendbeschäftigungsprogramm enthält all die Vokabel, die in den letzten drei, vier Monaten den Medien zu entnehmen waren, ob das jetzt die Lehrlingsoffensive ist oder Startjobs sind, 75 Millionen Schilling in der Gruppe 2, sicher gut budgetiertes Geld, und in der Gruppe Soziale Wohlfahrt ebenfalls insgesamt 55 Millionen für sozialpolitische Beschäftigungsprogramme beziehungsweise Maßnahmen zur Lehr- oder Ausbildungsförderung von sozialen arbeitsmarktbenachteiligten Personen. Ich vermute, daß das natürlich teilweise

auch in Richtung Jugendliche gehen wird. Das, was ich schon am Vormittag angesprochen habe, ich wünsche mir für diese neuen Mittel, für diese neuen beschäftigungspolitischen Mittel einen großen Fonds, und ich wünsche mir einen rechtlichen Rahmen, daß dieses Geld auch für uns als Landtagsabgeordnete und für die Betroffenen nachvollziehbar ausgegeben wird.

Das heißt, ich bringe in dem Zusammenhang einen Beschlußantrag ein von Zitz, Wabl, Brünner und Keshmiri, betreffend rechtliche Grundlagen für beschäftigungspolitische Initiativen der Landesregierung. Den Vorspann zu dem Antrag habe ich vorher bereits argumentiert. Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage einzubringen, mit der eine gemeinsame rechtliche Grundlage für alle im Landesvoranschlag ausgewiesenen Mittel für beschäftigungspolitische Initiativen für benachteiligte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen wird, wobei die Abwicklung über einen nach transparenten Kriterien ausgestalteten Fonds erfolgen soll. Wie gesagt, das Bedürfnis ist, daß man mit dieser beschäftigungspolitischen Initiative das einzelne Stückwerk, das sich inzwischen über mehrere Ressorts verteilt, zusammenfassen kann, daß die Leute in der Steiermark auch wissen, woran sie sind, wenn sie in irgendeiner Form als Verein, möglicherweise auch als Einzelperson oder als Struktur, von der Steiermark eine finanzielle Unterstützung brauchen. Und die Idee wäre auch, daß man diesen Fonds so gestaltet, daß Seltsamkeiten, wie Rufe nach Landessicherheitsgesetzen sozusagen, um uns in der Steiermark mehr Rückhalt zu geben, daß diese Initiativen einfach so absurd werden, daß sie hoffentlich im nächsten Budgetlandtag nicht mehr eingebracht werden. Dieses Landessicherheitsgesetz ist ja zum Glück in der Minderheit geblieben. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei den Grünen, – 20.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (20.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Frau Landesrat, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Bildung ist nicht nur ein wichtiges Instrument für die Menschen, ihre Fähigkeiten optimal ganz einfach zu entfalten, sondern auch eine entscheidende Triebkraft für politische, soziale und auch wirtschaftliche Entwicklungen. Lebenslanges Lernen und die lebenslange Wissensvermittlung sollen ganz einfach die Menschen dazu anregen, sich aktiv in ihrer unmittelbaren Umgebung, aber auch in der Gesellschaft als Ganzes einbringen zu können. Ziel der Bildung in unserem sozialdemokratischen Sinn ist ein an den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtetes Wollen. Grundlage der Bildung ist ein durch Wissenschaft kritisch überprüftes Wissen, sowohl in Natur, Kultur, aber auch in Gesellschaft. Bildung, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht nur Voraussetzung für ein würdiges Leben in Selbstbestimmung jedes einzelnen von uns, sondern auch ganz einfach eine wichtige Triebkraft für wirtschaft-

liche, politische und soziale Entwicklungen. Bildung soll insgesamt ein auf eine Gesellschaft ausgerichtetes leistungsorientiertes Handeln ermöglichen. Sehr geehrte Damen und Herren, in den Bildungseinrichtungen, ich meine vom Kindergarten zu den Institutionen der außerschulischen Jugendziehung – Herr Landesjugendreferent Hofrat Dr. Rajakovic ist ja anwesend, er fördert ja vor allem auch in den Bezirken die Anliegen der außerschulischen Jugendarbeit, vor allem auch mit den Bezirksjugendreferenten, ganz besonders – muß ein Bildungsprozeß sein, der immer wieder unterstützt und gefördert wird. Das Bildungsniveau, sehr geehrte Damen und Herren, eines einzelnen oder der Bevölkerung ist eine der Grundlagen unseres Wohlstandes überhaupt. Jeder Mensch muß ganz einfach in die Lage versetzt werden, seine individuelle Leistungsfähigkeit im Bildungsprozeß bestmöglich, vielseitig und vor allem auch ausreichend zu entfalten. Der Aufwand, der in Bildung investiert wird, sei er ideell, personell oder auch finanziell, dient in jeder Weise wieder unserer gesamten Gesellschaft. Die Gesellschaft muß sich daher, sehr geehrte Damen und Herren, überlegen, welche Bedeutung sie der Bildung für das Volk zumißt. Die gesellschaftliche Entwicklung verläuft derzeit rasant zu verstärkter Einsamkeit und auch – gestehen wir es offen ein – zu verstärkter Sprachlosigkeit. Und auch an die Schule wird in einem größeren Ausmaß ganz einfach der Auftrag erteilt, gegen den Strom zu schwimmen und für Gemeinschaftssinn und Kommunikationsfähigkeit zu sorgen. Bei allem Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer kann jedoch die Schule die Probleme der Gesellschaft nicht allein lösen.

Gerade das österreichische Pflichtschulwesen hat in den letzten Jahren jede Herausforderung – und ich betone, jede Herausforderung – angenommen und selbstverständlich auch unterschiedliche Antworten darauf gegeben. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben in Projekten und Schulversuchen jeweils maßgeschneiderte Lösungen für die Probleme in den einzelnen Schulstandorten gesucht. Für Möglichkeiten der autonomen Gestaltung brauchen wir aber nicht nur den gesetzlichen Spielraum, sondern auch die finanziellen Grundlagen – ich betone, auch die finanziellen Grundlagen.

Um den hohen Standard der österreichischen Schule auch in einem gemeinsamen Europa zu halten, müssen die gesellschaftlichen Bedingungen dafür geschaffen werden und vor allem auch, sehr geehrte Damen und Herren, Prioritäten gesetzt werden. Ich betone ausdrücklich, Sparmaßnahmen im Bildungsbereich zum Zwecke der Budgetkonsolidierung sind daher, meiner Ansicht nach, abzulehnen. Dazu auch die Grazer Schulstadträtin Tatjana Kaltenbeck – ich zitiere: „Nicht, ob wir uns Staatsausgaben leisten können, ist die Frage, sondern ob wir uns sie leisten wollen. Wollen wir die soziale Absicherung, wollen wir die bestmögliche Schulbildung für unsere Kinder?“ Ende des Zitates.

Dazu auch der Präsident des Steiermärkischen Landesschulrates, Direktor Mag. Johann Stadler – ich zitiere: „Es wäre nicht gerade ein Zeichen großer politischer Intelligenz, bei Bildungskosten den Rotstift anzusetzen. Je umfangreicher, vielschichtiger und besser die Ausbildung ist, desto größer sind die

Chancen, die Herausforderungen der nächsten Jahre zu bewältigen.“ Ende auch dieses Zitates.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade im Rahmen unserer Bildungseinrichtungen kommt der vorschulischen Erziehung, der vorschulischen Bildung eine ganz große Bedeutung zu. Der Kindergarten ermöglicht grundlegende Lernerfahrungen, die das Kind sowohl für späteres schulisches Lernen als auch ganz einfach für die zukünftige Lebensbewältigung braucht und die ihm unter den heutigen Lebensbedingungen oft nicht zugänglich sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Steiermark gibt es im Schuljahr 1997/98 662 Kindergärten, davon 479 öffentliche und 183 private. In diesen 662 Kindergärten haben wir 1213 Gruppen, welche – und hören Sie genau zu – von 27.047 Kindern besucht werden und die von 1500 Kindergärtnerinnen inklusive Assistentinnen betreut werden. Von diesen 1213 Gruppen werden 956 halbtätig und schon 257 ganztätig geführt. Die durchschnittliche Gruppengröße pro Kindergartengruppe beträgt derzeit 22 Kinder.

Ich möchte in diesem Zusammenhang der Landesrätin Hofrat Dr. Anna Rieder besonders dafür danken, daß es ihr innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, bereits Ende Februar 1997 von der Steiermark 74 Kindergartenbetreuungsprojekte bei den zuständigen Ministerien – Frauenministerium und Familienministerium – einzureichen. Erfreulich auch, sehr geehrte Damen und Herren, daß 71 Projekte sofort eine Genehmigung seitens des Bundes erhielten. Somit können 82,6 Millionen Schilling im Zeitraum 1997 und 1998 von der Steiermark in Wien angefordert werden.

Durch diesen wichtigen Impuls, sehr geehrte Damen und Herren, können insgesamt 2000 zusätzliche, größtenteils ganztägige Betreuungsplätze in der ganzen Steiermark geschaffen werden. Und besonders erfreulich auch, dadurch können rund 200 Dauerarbeitsplätze für Kindergärtnerinnen, Assistentinnen und Helferinnen ebenfalls neu geschaffen werden. (Beifall bei den Grünen.) Danke, Martin.

Nun zu den Pflichtschulen: Mit 1. Oktober 1997 haben wir in der Steiermark 566 Volksschulen, davon zehn private, mit insgesamt 2889 Klassen und insgesamt 56.193 Schülern. Davon sind – und bitte, wenn Sie genau herhören – 1134 bereits Integrationsschüler. Insgesamt wirken an den steirischen Volksschulen 3864 Lehrerinnen und Lehrer.

Ich möchte mit besonderem Stolz auf eine Pressemeldung hinweisen – 10. Juli 1997: „Unsere Volksschüler sind Spitze, Österreich beste Volksschüler Europas.“ Sind wir stolz darauf, daß bei einem internationalen Wettbewerb unsere Volksschüler am besten abgeschnitten haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun zu den Hauptschulen. In der Steiermark haben wir 191 Hauptschulen, davon drei private, mit insgesamt 1722 Klassen und 39.128 Schülern. Davon sind – bitte, das auch zu beachten – bereits 782 Integrationschüler. Insgesamt haben wir an den Hauptschulen 4160 Dienstposten.

Ein wichtiger Betreuungsteil sind auch unsere Sonderschulen. Sie zeigen uns folgendes Bild: 35 selbständige Schulen, 33 angeschlossene Schulen,

insgesamt 209 Klassen mit insgesamt 1486 Schülern in Sonderschulen, und bereits 1916 Integrationsschüler sind in Volks- und Hauptschulen. Wir haben an den Sonderschulen 1051 Dienstposten.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, kurz auch zu den Polytechnischen Schulen. Wir haben 31 selbständige Schulen in der Steiermark und 29 angeschlossene Klassen an Hauptschulen, insgesamt 129 Klassen mit 2802 Schülern und 346 Planstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Gesamtübersicht: In der Steiermark gibt es also 823 Pflichtschulen und 62 angeschlossene Schulen und 20 Realschulen. Die Gesamtschülerzahl an den Pflichtschulen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 313 Schüler vermindert.

Besonders interessant ist, und das ist auch im Hinblick darauf, weil immer über die Leiterbestellung gesprochen wird – schauen Sie es sich einmal an –, die Organisationsform unserer Volksschulen. Wir haben insgesamt 39 Volksschulen noch mit einer Klasse, wir haben 69 Volksschulen mit zwei Klassen, wir haben 14 Volksschulen mit drei Klassen, 196 mit vier Klassen, 160 fünf bis acht Klassen und über acht Klassen 88 Schulen. Also, Sie sehen, wieviel einklassige, zweiklassige und dreiklassige Schulen noch in unserer steirischen Heimat sind.

Und nun, sehr geehrte Damen und Herren, als Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur, Bildung und Kindergärten darf ich noch kurz zum Stand der Verhandlungen über die steirischen Schulgesetze berichten.

Das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz haben wir bereits am 21. Oktober im Hohen Haus verabschiedet. Das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz wurde im Ausschuß bereits behandelt, und die Verhandlungen konnten in der letzten Sitzung des Unterausschusses bereits abgeschlossen werden. Wesentliche Neuerungen im Steiermärkischen Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz sind die Verankerung der Integration von behinderten Kindern in der Hauptschule. Bisher gab es, sehr geehrte Damen und Herren, die Integration nur im Volksschulbereich. Am Hauptschulsektor wurde aber in der Steiermark bereits in Schulversuchen Integration erfolgreich durchgeführt. Maximal fünf behinderte Kinder pro Klasse, wobei auf die Art und das Ausmaß der Behinderung sowie auch das Ausmaß der zusätzlichen Lehreinsätze besonders Rücksicht zu nehmen ist. Darüber hinaus eine wichtige Festlegung: Die Klassenschülerzahl in einer Integrationsklasse wurde mit 25 festgesetzt. Derzeit, meine Damen und Herren – eine wirklich wichtige Information –, haben wir bereits 3400 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, davon integriert an Volksschulen 1134, an Hauptschulen 782. An Sonderschulen haben wir also insgesamt 1486 Schüler.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine erfreuliche Meldung. Man kann sagen, daß also zirka 80 Prozent aller behinderten Kinder im Volksschulalter bereits eine Integrationsklasse besuchen und zirka 40 Prozent aller behinderten Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren eine Integrationsklasse in einer Hauptschule besuchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das, glaube ich, ist ein ganz besonderer Erfolg, weil wir gerade diesen Kindern sehr verpflichtet sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, wesentliche Neuerung im Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetz ist die neue Organisation des Polytechnischen Lehrganges. Sie wissen ja, der Polytechnische Lehrgang wurde zur Polytechnischen Schule aufgewertet. Zu diesem Zweck soll an jeder Polytechnischen Schule ein technischer, ein wirtschaftlicher, ein sozialer, ein kommunikativer Schwerpunkt, je nach Begabung der Schüler, angeboten werden. Nachdem dieses Bildungsangebot nur bei einer Mindestschülerzahl auf die Dauer gewährleistet werden kann, ist beabsichtigt, künftig Polytechnische Schulen zumindest zweiklassig zu führen.

Hier hatten wir ein großes Problem, es wurde sehr viel interveniert, berechtigt interveniert. Und ich glaube, es wären, wenn wir diese Vorgangsweise durchgeführt hätten, derzeit acht bis zehn einklassige Standorte in ihrer Existenz gefährdet gewesen. Die Lösung ist: In den Verhandlungen im Unterausschuß wurde festgelegt, auf die Standorte, insbesondere in geographischen Randlagen, Rücksicht zu nehmen und Kooperationsmodelle mit anderen Schulen zu erarbeiten. Dadurch konnte auch der Bestand von einklassigen Polytechnischen Lehrgängen, einklassigen Polytechnischen Schulen, für die Zukunft sichergestellt werden. Bezüglich der Bereitstellung des Hilfs- und Pflegepersonals, Frau Kollegin Zitz hat bereits darauf hingewiesen, wurde mangels einer gesetzlichen Regelung dieser Personalaufwand derzeit von Sozialverbänden, teilweise aus dem Pflegegeld der Eltern und teilweise direkt von den Gemeinden getragen. Im Unterausschuß, sehr geehrte Damen und Herren, wird eine einheitliche Vorgangsweise für die Steiermark angestrebt.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Steiermärkische Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz beinhaltet ein Objektivierungsverfahren bei der Bestellung von Schulleitern. Es sieht vor, begründete Stellungnahmen im Rahmen des Hearings zu berücksichtigen. Die bisher schon bestehenden Hearingverfahren waren bis jetzt rechtlich noch nicht abgesichert. Nur in bereits geltenden Anhörungen des Schulforums ist zukünftig auch die Anhörung der Schulerhaltungs-Gemeinde, der Gemeinden also, gesetzlich vorgesehen. Bei der Erstellung der näheren Richtlinien ein wichtiger Hinweis: Es soll auf eine steiermarkweite einheitliche Regelung unbedingt Rücksicht genommen werden.

Ich komme zum Schluß. Ich danke unserer Schulandesrätin, Wirklicher Hofrat Dr. Anna Rieder, die bereits als Bezirkshauptmann von Leoben, als Vorsitzende des Bezirksschulrates ganz besonders für die Anliegen der Schüler, Eltern und Lehrer und Gemeinden eingetreten ist, für ihre Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.) Ein besonderer Dank heute aber auch unserem Wirklichen Hofrat Dr. Alois Urabic, er sitzt in unserer Runde, Chef der Rechtsabteilung 13 (Allgemeiner Beifall.), der mich stets bei meiner Arbeit nach bestem Wissen unterstützt hat. Ein Dank an Herrn Dr. Albert Eigner für die ständige Beratung und Unterstützung. Den Mitgliedern des Unterausschusses danke ich für die rege konstruktive Mitarbeit. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir sind noch nicht fertig. Der Ausschuß ist noch nicht am Ende!“) Ist noch nicht am Ende, sagt die Magda, sie hat das letzte Mal die 75ste

Wortmeldung gehabt, wir werden das weiterhin so fortführen, ich ersuche weiterhin um Unterstützung bei der Arbeit. Ein Dank auch an Frau Mag. Barbara Hiden, die immer in diesem Ausschuß die Schriftführung hat (Allgemeiner Beifall.) und das immer sehr gewissenhaft macht. Und ein ganz besonderer Dank aber heute auch einmal allen steirischen Lehrerinnen und Lehrern, Direktorinnen und Direktoren (Allgemeiner Beifall.) in ihren Schulen für ihren besonderen Einsatz zum Wohle unserer Kinder, die mit viel Engagement und mit Ideenreichtum beitragen. Ich danke für die Aufmerksamkeit, ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 20.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (20.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann dem Freudentaumel vom Kollegen Ussar leider nicht meine Zustimmung geben (Abg. Purr: „Das ist aber schade!“ – Abg. Dr. Reinprecht: „Das ist aber grausam!“), dieses Mal leider nicht. Und zwar fange ich gleich einmal mit der Kinderbetreuungs-bilanz an. Wenn man da die Steiermark anschaut und mit den anderen Bundesländern vergleicht, dann ist die Sache leider nicht so rosig, das ist leider eine Bilanz der Versäumnisse. Gerade die SPÖ sagt ja, daß österreichweit 250.000 Betreuungsplätze fehlen, und Tatsache ist auch, daß beim zweijährigen Bedarf nur 0,6 Prozent abgedeckt sind. Also Kinderbetreuungs-bilanz, Bilanz der Versäumnisse. Ich möchte jetzt ein paar Zahlen nennen, um den Bundesländervergleich zu dokumentieren, auf Grund einer Studie des Statistischen Zentralamtes. Die Öffnungszeiten der Kindergärten, ganztägig durchgehend geöffnet, in der Steiermark 19,3 Prozent, in Oberösterreich zum Beispiel 60 Prozent, in Niederösterreich 76,2 Prozent, in Wien sogar 93,2 Prozent. Und wenn ich mir jetzt den zusätzlichen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen für unter Sechsjährige anschau, dann ist der Bedarf bei Anpassung der Versorgung für unter Dreijährige an eine 50prozentige Quote 20.000 Plätze, im Vergleich dazu Tirol nur 12.000 Plätze, bei einer 25prozentigen Quote 10.000 Plätze in der Steiermark, und in Tirol zum Beispiel 6000. Ich glaube, das spiegelt die Tatsache wider, daß große Defizite bei flexiblen und ganztägigen Betreuungseinrichtungen bestehen. Und wenn sich gerade die SPÖ für Alleinverdiener einsetzt, Alleinerzieher einsetzt, dann frage ich Sie, wie läßt sich das mit der Karenzzeit und mit der Kinderbetreuung vereinbaren? (Beifall beim LIF.) Den Frauen wird oder wurde viel versprochen, wenn es um die Kinderbetreuung geht. Die 80 Millionen Schilling sind quasi ein frauenpolitisches Zuckerl, sind ein Tropfen auf den heißen Stein, um die diskriminierenden Maßnahmen des Sparpaketes zu verdrängen.

Um jetzt auch etwas Positives zu sagen. Das neue Kinderbetreuungsgesetz enthält viele Formen der Betreuung (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine Damen und Herren, am Wort ist die Frau Kollegin Keshmiri!“), zum Beispiel für private Kindergärten oder auch für Betriebskindergärten, wie sie schon in anderen Ländern gang und gäbe sind. Private sind nicht nur wirt-

schaftlicher, sondern sie sind auch flexibler. Das heißt, wir brauchen sie jetzt im Hinblick auf die neuen Ladenöffnungszeiten und auf flexible Arbeitszeiten. Die privaten decken eben den Bedarf jetzt schon ab, der eingefordert wird, und wir fordern daher die volle Wahlfreiheit im Hinblick auf die Art der Betreuung, im Hinblick auf die Öffnungszeiten der Betreuung. Und ich hoffe, daß das auch im neuen Gesetz berücksichtigt wird, ansonsten können wir diesem Gesetz, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, nicht zustimmen.

Und das möchte ich an einem Beispiel dokumentieren, wie es jetzt in der Praxis aussieht. Ich habe vor einigen Tagen mit einer Frau gesprochen, die eigeninitiativ handeln möchte, das heißt, die eine Kindergruppe installieren möchte, wo die Kinder stundenweise betreut werden können, wo sie auch tageweise betreut werden können, und diese Eigeninitiativen sind offensichtlich nicht gefragt, dafür hat man kein Budget, denn sie ist vor verschlossenen Türen gestanden, und für sie besteht keine Möglichkeit, diese Kindergruppe auf die Beine zu bringen, obwohl der Bedarf da ist.

In den Zielen des neuen Kinderbetreuungsgesetzes ist definiert, daß bei einem 80prozentigen Deckungsgrad 25 Prozent ganztägiger Betrieb geplant ist. Ich habe vorhin schon erwähnt, wie das im Hinblick auf die anderen Bundesländer aussieht, also da ist die Steiermark wirklich drauf und dran, den Anschluß zu verlieren, wenn nicht unmittelbar etwas passiert auch im Hinblick auf das neue Gesetz. Die SPÖ hat vor einiger Zeit – ich glaube, es war im Frühjahr oder im Herbst vorigen Jahres – und das hat mich sehr erfreut – einen Antrag eingebracht, man möge doch einen Bericht vorlegen, wie es mit den Möglichkeiten der Förderungen von privaten Kindergruppen, von privaten Kindergärten aussieht. Also vielleicht ist der Bericht spurlos an mir vorbeigegangen, aber ich habe ihn bis jetzt noch nicht gesehen. Wir fordern deshalb, daß die Privaten vorrangig behandelt werden sollen, weil sie den Bedarf jetzt schon abdecken, und nicht in zehn Jahren, wo die Öffnungszeiten schon da sind und die Frauen abhängig von den Kinderbetreuungseinrichtungen sind. Das Förderungsgesetz soll gewährleisten, daß diese privaten Initiativen nicht durch den Rost fallen. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, daß private Kindergruppen wettbewerbsfähig sind mit öffentlichen.

Ich möchte daher den Abänderungsantrag vorlesen betreffend Anhebung des Budgetpostens für die Förderung von privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. (Abg. Dr. Reinprecht: „Ich habe gedacht, sie sind privat. Also doch Steuergelder!“) Bitte? Ich verstehe nicht.

Die neuen Ladenöffnungszeiten verlangen neue Kinderbetreuungszeiten. Öffentliche Kindergärten sind verpflichtet, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Derzeit decken vor allem private Institutionen den tatsächlichen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen. Trotzdem erhalten die öffentlichen Kindergärten den überwiegenden Teil der Bundesbeziehungsweise Landesförderungen, und die privaten Institutionen kämpfen um ihre Existenz. Die Subventionsvergabe ist an die bedarfsgerechte Betreuung zu binden, das heißt, Angebot und Nachfrage sind aus-

schlaggebend. Um das zu gewährleisten, ist es notwendig, den entsprechenden Budgetposten für private Kinderbetreuungseinrichtungen aufzustocken.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Um die bedarfsgerechte Kinderbetreuung durch private Einrichtungen in der Steiermark finanziell abzusichern und dadurch zu garantieren, wird der Ansatz 240104, Post 7670, um 20 Millionen Schilling erhöht.

Ich möchte noch auf einen zweiten Punkt in diesem Bereich eingehen, und zwar auf die Jugendförderung. Es wurde ja vor kurzem von der Landesregierung eine Vorlage eingebracht auf Novellierung des Jugendschutzgesetzes. Allerdings, was uns dabei fehlt, ist eine Novellierung des Jugendförderungsgesetzes.

Gerade die Jugendvereine leisten ja wertvolle präventive gesellschaftspolitische Jugendarbeit, und was die Projektförderungen betrifft, da hängen sie von einem Jahr zum anderen quasi in der Luft. Das heißt, sie können nicht effizient arbeiten. Das heißt, die Motivation der Mitarbeiter ist auch beeinträchtigt – siehe Beispiel ARGE, wo es darum geht, daß die ARGE abgesichert wird und der Antrag nicht angenommen, sondern der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen worden ist.

Um jedoch eine objektive Arbeit zu gewährleisten, sind wir der Meinung, daß die Jugendförderung politisiert gehört, das heißt, sie darf nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgen.

Ich möchte daher den Beschlusantrag vorlesen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Novelle zum Steiermärkischen Jugendförderungsgesetz vorzulegen, die sicherstellt, daß der Landesjugendbeirat das Recht hat, aus dem Kreis seiner Mitgliedsorganisationen die vier Mitglieder und die vier Ersatzmitglieder des Jugendausschusses zu wählen, der für die Vergabe der Jugendförderungen zuständig ist, und der Landesjugendbeirat in seiner Geschäftsordnung den Wahlmodus für diese Wahl festlegt. Danke! (Beifall beim LIF, den Grünen und der ÖVP. – 21.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (21.00 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Zitz hat vorhin davon gesprochen, bei diesem Kapitel geht es primär um Jugend und Qualifikation und um Zukunft und Innovation. Ich kann mich dem, Frau Mag. Zitz, voll anschließen. Ich sage vorweg, was mich besonders stört, sehr viele in diesem Landtag reden von Jugend und Qualifikation und Jugendbeschäftigung, aber zu dieser Stunde ist zu dem Thema nicht einmal die Hälfte des Steiermärkischen Landtages anwesend. Das sage ich nicht deshalb, weil ich jetzt hier bin, sondern es soll generell eine Anmerkung zur Bewertung von entsprechenden Positionen darstellen.

Was mich aber sehr positiv stimmt, ist, daß dem Thema „Jugend und Qualifikation“ sowie „Zukunft und Innovation“ im Landesvoranschlag des Jahres 1998 insgesamt in etwa 9,6 Milliarden Schilling gewidmet sind. Das unterstreicht den Stellenwert. Das sind insgesamt in etwa 22 Prozent unseres Landesbudgets. Ich meine, daß wir uns im Bundesländervergleich durchaus sehen lassen können. Ich darf auch vorweg meinen Dank diesbezüglich an die Budgetverhandler, Landesrat Ressel und Landesrat Herbert Paierl, zum Ausdruck bringen.

Wir alle reden vom Standortfaktor „Wissen und Qualifikation“. Es sei auch angemerkt, daß in der Steiermark derzeit in etwa 210.000 junge Steirerinnen und Steirer die Bildungsangebote dieses Landes konsumieren, sich Wissen aneignen und für die Zukunft qualifiziert werden.

Ich darf auch vielleicht ganz kurz zur Qualifikationsstruktur in unserem Lande Stellung beziehen. Es haben 27,4 Prozent der Berufstätigen in unserem Lande derzeit „nur“ eine Pflichtschulausbildung. Es haben 41,5 Prozent der Berufstätigen eine Lehrausbildung, und ich möchte gleich damit unterstreichen, wie wichtig diese Qualifikationsschiene für unsere Jugend, aber auch für unser Land und für die Wirtschaft vor allem insgesamt ist. 11,4 Prozent der Berufstätigen haben eine mittlere Fachausbildung, eine mittlere Schule absolviert. 12,3 Prozent der Berufstätigen sind Maturanten und haben eine höhere Schule absolviert. Wir liegen derzeit bei 7,4 Prozent an Universitätsabsolventen unter den Berufstätigen.

Es sei auch in dieser Analyse von mir noch angeführt, daß nach wie vor, ich habe das schon wiederholt von hier aus betont, jene – nach einer Statistik des AMS –, die nur Pflichtschulausbildung haben, in der Arbeitslosigkeit mit 44 Prozent die am höchsten vertretene Gruppierung sind. Das sind in absoluten Zahlen in Österreich derzeit, und das ist für mich eigentlich eine sehr bedeutende Marke, 106.000 Arbeitslose, die nur Pflichtschulausbildung haben. Ich denke, hier hätten wir gemeinsam mit dem AMS von der Politik aus einige Aufgaben zu erfüllen, um die Chancen dieser Arbeitslosen zu verbessern.

Insgesamt ist die Jugendbeschäftigung eigentlich europaweit zur „Causa prima“ sozusagen stilisiert worden. Es kämpfen alle Länder mit dieser Herausforderung. Ich denke, daß wir hier im internationalen Vergleich in Österreich trotzdem noch einen Spitzenwert im Positiven aufzuweisen haben gegenüber anderen Ländern.

Wenn man von Jugendbeschäftigung spricht, kommt man an einigen Themen nicht vorbei. Ich darf hier vor allem noch einmal auf die Lehrlingsausbildung zurückkommen und möchte auch erwähnen, daß mit 825 Millionen Schilling im Landesbudget 1998 die Lehrlingsausbildung mit den Berufsschulen, mit den Internaten und mit sonstigen Aktivitäten im Bereich der Jugendbeschäftigung eigentlich eine sehr beachtliche Marke erreicht hat. Hier hat wiederum, wenn ich das so bezeichnen darf, Finanzlandesrat Ressel mit dem zuständigen Wirtschaftslandesrat Paierl einiges nach vorne gebracht, und wir haben gemeinsam im Berufsschulrat – der Kollege Gennaro ist im Moment nicht hier – sehr intensiv an dieser Sache gearbeitet.

Wenn die Lehrstellenproblematik diskutiert wird, so darf ich auch hier die Leistungen vor allem der Wirtschaft ins Treffen führen. Mit Stichtag 30. November 1997 hat die Wirtschaft österreichweit um 3000 mehr jungen Menschen eine Lehrstelle im ersten Lehrjahr angeboten, als das im Vorjahr der Fall war. Also, die Wirtschaft hat hier einen wesentlichen Beitrag geleistet mit plus 3000 mehr als ein Jahr davor.

Wir sind aber trotzdem gefordert, im Bereich der Lehrlingsausbildung weitere Reformschritte zu setzen. Es werden in Kürze die Verhandlungen auf Bundesebene zum zweiten Lehrlingspaket beginnen. Wenn wir gute Konzepte und gute Ideen haben, so sind wir aufgerufen, diese auch zur entsprechenden Weichenstellung in Wien einzubringen.

Und wir sollten darüber sehr ernsthaft diskutieren, wie können wir vor allem die Wirtschaft motivieren, noch mehr Ausbildungsplätze der Jugend zur Verfügung zu stellen.

Hier sind ganz einfach nach wie vor die alten, oder noch immer gültigen, Reformbedürfnisse angeführt. Es geht nach wie vor um die überzogenen und veralteten Bestimmungen im Bereich des Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetzes. Ich darf den Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, Prof. Schachner, zitieren. Sie haben in der Obersteiermark gesagt, das Überholte muß hier sozusagen über Bord geworfen werden. Wir sollten darüber nachdenken, ist es auf Dauer aufrechtzuerhalten, daß während der Berufsschulzeit die Ausbildungsbetriebe die Kosten zu tragen haben. Vor allem die Wirtschaft würde hier meinen, daß hier eine Entkoppelung von Berufsschulzeit und Ausbildungszeit im Betrieb vor allem kostengünstig zu erfolgen hätte, dann könnten wir ohne Probleme auch hier bei der Berufsschulzeit vielleicht die erforderlichen Ausweitungen vornehmen. Wir sollten uns bemühen, daß wir vor allem auch die Einstiegsvoraussetzungen der Lehrstellenwerber verbessern, weil sehr viele junge Menschen hier zu kurz kommen, weil ganz einfach die Eingangsqualifikation nicht stimmt.

Wenn ich noch kurz bei den Lehrlingen bin, Herr Kollege Korp, sei hier auch durchaus das Projekt Siemens angeschnitten. Und weil es hier, denke ich, diverse Presseaussendungen und Meinungsäußerungen von Ihnen gibt, die Wirtschaft hat niemals gesagt, daß es hier nicht zu einer Lösung kommen soll, wir haben uns immer dazu bekannt, daß die 27, die oben derzeit in Ausbildung sind, auf alle Fälle ihr Ausbildungsverhältnis positiv abschließen sollen, überhaupt keine Frage. (Beifall bei der ÖVP.) Das nur zur Klarstellung. Worüber man sehr intensiv nachdenken sollte, und da hier ist die Sozialdemokratie gefordert. Bekennen Sie sich zum neuen Prinzip plus Berufsschule ja oder nein, oder wollen Sie, wie mit Ihrem Sitzstreik angedroht, dieses System zum Auslaufen bringen, um durch ein neues zu ersetzen? Das muß hier ganz klar angeschnitten werden. Ich denke, daß wir hier, wie gesagt, schon allein von den Quantitäten, aber auch von den Qualitäten das duale Prinzip doch beibehalten sollen, und nicht weitere Verstaatlichungsexperimente, die wir uns vielleicht finanziell gar nicht leisten können, ins Auge fassen sollen und hier ein mediales Theater aufführen, das im Endeffekt keinen Lehrplatz bringt. Sie können sitzen, wo Sie

wollen, Herr Korp, deswegen bekommt kein Jugendlicher in der Steiermark einen Lehrplatz. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf weiter fortsetzen: Wenn es um die Jugendbeschäftigung geht, sei lobenswert auch die Startjobaktion des Landes Steiermark hier angezogen. Ich darf hier vor allem unseren Klubobmann Hermann Schützenhöfer anführen in seiner Funktion als ÖAAB-Obmann, und in der Tat war es der ÖAAB, der hier österreichweit und in der Steiermark aktiv geworden ist und diese Startjobaktion auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir haben hier in der Steiermark als einziges Bundesland in Österreich ein erstes Modell auf die Beine gestellt, und unsere Frau Landeshauptmann hat diesbezüglich die Patronanz übernommen. Auch das werden wir erfolgreich weiterentwickeln. Im Endeffekt denke ich, daß es eine sehr sinnvolle Variante ist, hier vor allem auch Universitätsabgängern einen Berufseinstieg zu ermöglichen. Es stimmt mich ein bißchen nachdenklich oder ein bißchen traurig, daß es nicht gelungen ist, die von Gerhard Hirschmann angezogene Aktivität im Zusammenhang mit dem geplanten Verwaltungspraktikum in die Tat umzusetzen. Ich darf hier vor allem die Sozialdemokratie auffordern, daß wir hier auch gegenüber den Universitätsabsolventen und den Maturanten etwas toleranter sind und dieser Sache im Endeffekt zum Durchbruch verhelfen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, es geht überhaupt nicht um die Frage, daß das sein soll, da besteht Übereinkunft. Sondern es ist die Frage des Wie. Es ist die Frage, ob das als Vorstufe oder als Vorprobe für solche Leute gedacht ist, die dann übernommen werden sollen. Und das geht nicht, denn das würde unglaubliche Startvorteile für die bringen, die sich dann nachher im Landesdienst bewerben. Das ist die Schlüsselfrage. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist die Frage der Geschäftsführung und ihrer Besoldung. Ohne Besoldung kann man mit uns darüber reden, wenn das gemacht wird, kann man das tun. Das Zweite ist, daß das keine Einstiegsmöglichkeit und nicht eine Vorbereitung zu einem Einstieg in den Landesdienst sein kann und darf. Und das Dritte, daß das Aufnahmeverfahren objektiv abläuft. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, gibt es von uns selbstverständlich, wie bei anderen Dingen, wie bei WuK und ähnlichen Dingen, eine positive Bereitschaft, und nicht nur Bereitschaft, sondern eine Zustimmung- und Mitwirkungsbereitschaft!“ – Präsident: „Diese Zeit wird dem Herrn Abgeordneten gutgeschrieben!“) Danke vielmals. Es freut mich zu hören, daß es hier eine Bereitschaft gibt, und ich denke, wenn es hier noch die eine oder andere Meinungsverschiedenheit gibt, die müßte man ausräumen können, und im Interesse der Jugend und vor allem auch der akademisch gebildeten Jugend sollte es hier möglich sein, dieses Praktikum – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wird ausgeräumt. Keinen Zweifel, keine Dissonanz. Es ist nur um diese Frage gegangen!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Botschaft höre ich wohl, entscheidend wird sein (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Na, Sie werden es ja merken!“), daß wir politisch die Kraft haben, sinnvolle Dinge tatsächlich umzusetzen. (Präsident: „Das nächste Zwiegespräch wird dir nicht mehr gutgeschrieben!“)

Ich darf jetzt auch noch zum Thema Jugend und Qualifikation kurz den Fachhochschulsektor ansprechen. Es hat diesbezüglich einen erfreulichen Quantensprung im Budget von 47,8 Millionen auf 110 Millionen für diese Bildungsinnovation in unserem Lande gegeben. Wir sind hier in der Steiermark auch im Bundesländervergleich sehr gut positioniert, und hier haben wir sehr konstruktiv zusammengearbeitet und einiges auf die Beine gestellt. Ich habe nur noch einige Bemerkungen zum Fachhochschulsektor. Wir sollten aufpassen, daß hier der Bund sich nicht zu sehr abseilt. Allein die Diskussion, die Juristenausbildung in den Fachhochschulsektor zu verlagern, würde ja bedeuten, daß Gemeinden und Länder im Endeffekt zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Ich erlaube mir auch, von dieser Stelle aus anzumerken, daß wir hier, vor allem was die Standortinflation anbelangt, vielleicht noch einmal hinter das Projekt Rottenmann das eine oder andere Fragezeichen setzen. Man kann alles diskutieren. Ich sage nur, man sollte sich das vielleicht noch einmal überlegen und in der ersten Phase qualitativ noch weiterwachsen und in einer späteren Phase quantitativ zulegen. Und ich habe noch ein Herzensanliegen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil Sie hier auf der Regierungsbank sitzen, und an den Steiermärkischen Landtag, hier ist ein Punkt im Bereich der Fachhochschulen ungelöst. Hier zitiere ich aus dem „Standard“, Präsident Schelling: „Fachhochschulen boomen und stecken trotzdem in der Krise.“ Ein wesentliches Kriterium ist hier natürlich die Finanzierungsfrage. Aber für mich ganz entscheidend und auch als einer der Trägergesellschaft, Herr Landeshauptmannstellvertreter, es geht um die Einstufung der Absolventen. Und es wäre, wenn der Fachhochschulrat sagt, daß das ein Hochschulstudium ist, ein postsekundäres Bildungsangebot, dann wäre es wohl aberwitzig, die Leute als Maturanten hineinzulassen, mindestens acht Semester zu studieren postsekundär, jede Menge Geld zu investieren und dann sie als Maturanten einzustufen. Das wäre der bildungspolitische Aberwitz. Ich darf hier vor allem den Steiermärkischen Landtag auffordern, daß wir hier in der Einstufungsfrage einfach innovativ sind, und vielleicht sind wir in Österreich auch hier die ersten, daß wir hier eine sinnvolle Variante gehen können.

Die Zeit drängt, noch ganz kurz zu Forschung und Entwicklung. Ich weiß, daß der Kollege Jeglitsch diesbezüglich noch kompetent Stellung beziehen wird. Forschung und Entwicklung von heute sind die Markterfolge von morgen. Wir alle wissen, daß wir hier im internationalen Vergleich eine bescheidene Nachzüglerrolle spielen mit 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Ich darf darauf verweisen, daß zum Beispiel die Schweden 3 Prozent aufwenden, und in Summe ist es hier in Österreich so, daß insgesamt nur 35 Milliarden aufgewendet werden.

52 Prozent, das sind 18 Milliarden von der Wirtschaft, und 48 Prozent, das sind 17 Milliarden von der öffentlichen Hand. Ich denke, daß hier das eine oder andere nachzuholen wäre.

Im Steiermärkischen Landesbudget sind in der Gruppe 2 mit dem Ansatz 28 „Forschung und Wissenschaft“ in etwa für 1998 133 Millionen Schilling dotiert. Gegenüber 1997 ist das auch eine beachtliche Steigerung, aber wir haben 1996 schon mehr gehabt.

Dazu kommt noch, wie gesagt, die Dotierung von Joanneum Research und Technik Joanneum für die Fachhochschulen, so daß wir insgesamt knapp unter 400 Millionen Schilling in etwa liegen. Also, auch hier gilt das gleiche wie an den Bund, daß wir, wenn es möglich wäre, in Zukunft im Budgetbereich das eine oder andere für Wissenschaft und Forschung zulegen. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Jetzt beginnt die Einrechnenzeit!

Ich darf noch sehr positiv bemerken, daß die steirische Technologie- und Innovationsoffensive beachtliche Aktivitäten in Richtung Werkstoff, Kompetenzzentrum Verkehrstechnik, Akustikzentrum und regionale Impulszentren leistet. Ich darf noch abschließend festhalten, daß wir hier mit Wissen und Qualifikation im Bundesländervergleich, aber auch im internationalen Vergleich doch eine sehr gute Rolle spielen, was im Endeffekt auch durch die hervorragenden Wirtschaftsdaten unseres Landes zum Ausdruck kommt, weil wenn wir hier vom Wirtschaftsstandort Steiermark sprechen, haben wir derzeit Kennziffern, wie sie die Steiermark schon lange oder noch nie gehabt hat. In diesem Sinne, glaube ich, daß wir hier gut investieren und für unseren Standort entscheidende Leistungen von der politischen Seite aus erbringen. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 21.19 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (21.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft! Bildung, Wissenschaft und Forschung sind nicht Selbstzweck, sie sind wichtige Faktoren zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes Steiermark.

Das britische Institut „Economist intelligence unit“ hat die Rangliste der attraktivsten Investitionsstandorte ermittelt. Um herauszufinden, wo man als internationaler Konzern am besten investieren sollte, wurde jedes der Länder auf 66 verschiedene Kriterien überprüft. Unter anderem war ein Kriterium eine gut funktionierende Geld- und Finanzwirtschaft. Aber eines der wesentlichsten Kriterien war die gute Ausbildung der Berufsbevölkerung. Holland hat diesen Test mit großem Abstand als Bester bestanden. Holland deshalb, weil der Großteil der Berufsbevölkerung in der Lage ist, mehrsprachig zu konversieren. Hinter Holland dann schon mit großem Abstand Großbritannien, Kanada und Singapur, Österreich leider Gottes nur auf Rang 15.

In Zeiten der Globalisierung ist es angebracht, auch die Bildungsinhalte an unseren Schulen den internationalen Strömen gemäß zu verändern. Wir haben eine unheimliche Entwicklung im Bereich der Technik, und dieser Entwicklung muß auch im Schulbereich Rechnung getragen werden. Ich finde es erfreulich – vergangenen Samstag war ich zum Beispiel in der Landwirtschaftsschule Kobenz –, daß auch die jungen Leute im landwirtschaftlichen Bereich mit der EDV vertraut gemacht werden, denn an dieser neuen Entwicklung wird kein Weg vorbeiführen.

Noch ein weiteres Kriterium, welchem wir uns in Zukunft vermehrt zuwenden werden müssen, das sind mehr Sprachen. Es wird erforderlich werden, daß die Menschen in unserem Land fähig sind, in mehreren Sprachen zu sprechen.

Wir wissen auch, daß nach dem Jahr 2000 neue Berufsbilder mit neuen Berufsprofilen entstehen werden und wir für diese Zeit gerüstet sein müssen.

Unsere eigene Sprache ist ein Stück Identität mit unserer eigenen Kultur. Aus diesem Grunde finde ich, daß die Rechtschreibreform, so wie sie geplant ist, eine Vergeudung von Geld darstellt (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.), nur Kosten ohne Nutzen. Ich glaube, in Zeiten des Sparens kann man das Geld mit Sicherheit sinnvoller verwenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt einen Bereich, der uns alle betrifft, und das ist die Jugendarbeitslosigkeit. In der EU werden bereits Milliarden aufgewendet, um die jungen Menschen wieder von der Straße wegzubringen. Wir wissen, daß in Portugal 30 Prozent der heutigen Jugendlichen nie in ihrem Leben eine Chance besitzen werden, ins Berufsleben einzutreten. Wir wissen auch, daß in den USA bereits 3 Prozent der Jugendlichen hinter Gittern sitzen, denn Arbeitslosigkeit und keine Zukunft lassen die Jugend oft in die Kriminalität abdriften.

Österreich ist zum Glück von dieser Entwicklung noch ausgenommen, obgleich Experten warnen, daß die Gefahr schon vor der Tür steht.

Die Chance, arbeitslos zu werden als Jugendlicher, ist 50 Prozent höher, wenn man keinen Schulabschluß und keine Berufsausbildung hat, als wenn man über eine solche Ausbildung verfügt. Wir wissen auch, daß in unserem Arbeitssystem insgesamt einiges verändert werden muß und daß wir uns alle auf lebenslanges Lernen umstellen werden müssen. Auch das ist eine Herausforderung, der wir seitens des Landes Rechnung tragen müssen.

Erfreulicherweise hat sich gezeigt, daß unsere duale Ausbildung, wie wir sie schon seit Jahrzehnten in diesem Land haben, eigentlich ihrer Zeit voraus war. Eine Studie der achtziger Jahre hat die duale Ausbildung noch weltweit auf Rang 17 gereiht, was die Qualifikation der Lehrlinge betraf. Eine Studie im vergangenen Jahr findet uns schon unter den ersten Dreien, gemeinsam mit der Schweiz und Holland, die ebenfalls dieses duale Ausbildungsmodell haben. Der Grund liegt darin, daß auch in Zukunft Lehrlinge immer mehr EDV-Kenntnisse haben müssen, von ihnen mehr Wissen verlangt wird und daß es sehr gut ist, wenn die Schule gemeinsam mit dem praktischen Wissen, das man in den Betrieben vermittelt bekommt, die jungen Menschen bildet und formt. Die duale Ausbildung ist auch insofern von Bedeutung, daß sie die verschiedenen Lerntypen erfaßt. Wenn jemand manuell begabt ist, der andere wieder visuell, so ist für jeden etwas dabei. Daher kann man von einem ganzheitlichen Lernen sprechen.

Bedauerlicherweise wird auch im Schulbereich der Sparstift angesetzt. Wir wissen, was erhöhte Teilungszahlen mit sich bringen. Vielleicht merkt man es in der Stadt nicht so direkt, wenn in der einen oder anderen Schule eine Klasse weniger geführt wird, aber am Land sind die Auswirkungen schon ganz deutlich zu merken, wenn dann nämlich plötzlich aus einer vier-

klassigen nur mehr eine zweiklassige Volksschule wird und, auf Dauer gesehen, dann vielleicht in jenem oder in einem anderen Ort die Volksschule ganz verschwindet. Für mich ist das eine sehr bedauerliche Entwicklung, da ich der Meinung bin, daß die Volksschule nicht nur Bildungseinrichtung ist, sondern auch Kommunikationszentrum und ein Zentrum, wo sich die Dorfgemeinschaft bilden kann, wo die Gemeinschaft wachsen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon sehr spät, wir sind alle müde, und der Sigi schaut schon auf die Uhr. Aber wir werden mit Sicherheit nicht müde in der Personalpolitik im Schulbereich dort hinzuweisen, wo es nicht transparent bei den Postenbesetzungen zugeht (Beifall bei der FPÖ.) Nehmen wir einmal die Direktorenbestellung, wie sie so abläuft bei uns in der Steiermark. Da soll es doch noch tatsächlich Lehrer geben, die glauben, wenn sie jahrzehntelang korrekt mit viel Idealismus ihren Beruf ausgeübt haben, daß sie dann, wenn der diensthabende Direktor in Pension geht, die Chance haben, an ihrer Schule vielleicht den Direktorposten zu ergattern. Diese Lehrer werden eines besseren belehrt. Wenn sie nämlich nicht fix bei einer Partei installiert sind und nicht gerade das Glück haben, daß es auf Regierungsebene schon ausgeschachert ist, wer an dieser oder jener Schule den Posten bekommt, so muß man ihnen sagen, Pech, Herr Kollege. (Abg. Gennaro: „Glauben Sie das, was Sie sagen?“ – Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie kann es beweisen!“) Ja, Herr Kollege Gennaro, ich rede von etwas, was ich weiß, von einem konkreten Fall, deshalb habe ich dieses Thema angeschnitten. Herr Kollege Gennaro, wenn es Ihnen nichts ausmacht, eigentlich bin ich am Wort.

Der nächste Bereich sind die Berufsschulinspektoren. Bislang sind wir mit einem Berufsschulinspektor ausgekommen, aber jetzt, um wiederum das politische Gleichgewicht zu wahren, Herr Kollege Erlitz, Ihnen ist es ja auch wichtig, daß immer Rot und Schwarz im Doppelpack besetzt wird (Abg. Mag. Erlitz: „Ich habe nur einen Schulinspektor, nicht zwei!“), jetzt brauchen wir plötzlich einen zweiten Berufsschulinspektor, wird ein zweiter Posten besetzt. Und das alles, meine geschätzten Damen und Herren, vor dem Hintergrund, daß wir sinkende Schülerzahlen haben, daß viele Schulstandorte gefährdet sind, stagnierende Lehrerzahlen. Da ist für mich schon eigenartig, daß der Kopf oben immer größer wird. Alle reden vom Sparen, aber wenn es um die Verwaltung geht, da spielt Geld plötzlich keine Rolle mehr.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir es nicht akzeptieren, daß bei den Schülern gespart wird, während auf der anderen Seite, wenn es darum geht, Ihre Macht zu festigen, Geld keine Rolle spielt. (Beifall bei der FPÖ. – 21.30 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr. Die Mitglieder des Sozial-Ausschusses ersuche ich, sich in den Rittersaal zu begeben. Gute Nacht. (Unterbrechung der Sitzung von 21.30 Uhr bis 11. Dezember 1997, 8.34 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne die gestern unterbrochene Sitzung, wünsche einen guten Morgen und teile dem Hohen Hause mit, daß der Sozial-Ausschuß über den Antrag, Einl.-Zahl 30/1, der Abgeordneten Gross,

Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Vollmann, betreffend die Novellierung des Sozialhilfegesetzes, beraten hat und nunmehr antragstellend berichten kann. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 30/1, als Tagesordnungspunkt 16 zu behandeln. Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Ich bitte Sie daher, wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, die Tagesordnung zu ergänzen, dies durch ein Handzeichen zu bekunden. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Annahme mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit fest.

Wir setzen nun bei der Gruppe 2 fort. Die Hauptredner haben gestern gesprochen. Wir beginnen jetzt mit den ebenso wichtigen Fünfminutenrednern, wenn ich sie so bezeichnen darf. Als erster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (8.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren!

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen und hoffe, daß Sie alle gut geschlafen haben, und möchte gleich dort fortsetzen, wo Kollege Ing. Mag. Hochegger gestern abends aufgehört hat, bei der Frage der Jugendbeschäftigung und insbesondere der Lehrlinge und insbesondere, was die Lehrwerkstätte der Firma Siemens oder Nachlehrwerkstätte der Firma Siemens in Judenburg betrifft. Ich möchte dazu zunächst aus einer Studie zitieren, Übertitel „Jugendlicher Drogenkonsum“, in dankenswerter Weise vom Land Steiermark gemeinsam mit der Stadt Graz in Auftrag gegeben, in der insgesamt acht steirische Bezirke untersucht wurden, und diese Untersuchung hat auszugsweise folgendes Ergebnis erbracht, ich zitiere wörtlich: „Drei Bezirke liegen deutlich über dem gesamtsteirischen Durchschnitt, was den Drogenkonsum betrifft. Das sind Graz, Judenburg“ – also mein Heimatbezirk – „und Leibnitz. Bei Differenzierungen nach Bezirken lassen sich jetzt Extremwerte aufdecken. In Bezirken mit besonders hohem Haschischkonsum, das sind Graz und Judenburg, überschreiten die Anteile der 18jährigen die 18-Prozent-Schwelle. Der Konsum von Tabletten ist in allen untersuchten Bezirken relativ homogen auf 10 Prozent, nur Judenburg, der Bezirk mit dem höchsten Affinitätsrisiko, weicht ab. Hier erreichen die 18jährigen einen Extremwert von über 20 Prozent.“ Jetzt wissen Sie auch, warum bei uns im Bezirk Judenburg im besonderen und unter anderem die Lehrlingsfrage und die Frage der Jugendbeschäftigung und Jugendausbildung eine Fahnenfrage ist. Ein ganzer Bezirk hat sich deshalb vermeintlich, sage ich dazu, mit Erfolg gegen die angepeilte Schließung der letzten obersteirischen Lehrwerkstätte im Elektrobereich gewehrt. 26 Siemens-Lehrlinge können am Standort weiterlernen, und auf Grund eines Konzeptes von Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder konnte in der Landesregierung ein einstimmiger Beschluß erreicht werden, daß weitere 100 Lehrlinge im Rahmen eines Konzeptes in Fohnsdorf ebenso an diesem Standort eine Lehre vollziehen können.

Die Erhaltungsargumente sind auf Grund der vorgenannten Zitate, wie ich meine, absolut nachvollziehbar, und vor allem auch dann, wenn man weiß, daß die Lehrlingsproblematik trotz Verbesserungen noch lange nicht gelöst ist. Die warnenden Worte des Herrn Prof. Marin anlässlich der Lehrlingsenquete sind uns allen ja noch in bester Erinnerung. Obwohl die Weichen für die Weiterführung durch einen einstimmigen Regierungsbeschluß gestellt werden konnten, ist die Freude bei uns im Aichfeld durch die bekannten Querschüsse des steirischen Wirtschaftskammerpräsidenten überschattet, sage ich einmal. Hier möchte ich etwas sehr Persönliches sagen, Kollege Hochegger. Wenn man als regionaler Mandatar, als Abgeordneter, für einen Bezirk als gewählter Mandatar, sage ich einmal, zuständig ist, hat man in einer solchen Situation eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder man macht die Augen zu, schließt die Ohren, dreht sich um und sagt, da war nichts, kann man halt nichts machen, und damit ist die Sache erledigt. Oder man kommt dem Wort Volksvertreter nahe, legt sein Herz hinein und sagt, das kann es nicht sein. Und wenn all das, was ich Ihnen zitiert habe, passiert und man zuschaut, wie die letzte Lehrwerkstätte, die es in einem Bezirk überhaupt noch gibt, durch Ihr Veto möglicherweise auch geschlossen wird, dann kann man sich nicht mehr umdrehen, dann kann man die Augen nicht mehr verschließen. Ich erinnere mich noch sehr gut an unser Gespräch da draußen am Arkadengang, wo Sie selbst nach der Wortmeldung Ihres Präsidenten Mühlbacher gesagt haben, Sie müssen verstehen, daß er eine Klientel zu vertreten hat – das verstehe ich –, und Sie müssen auch verstehen, daß er nur einen Teil der ganzen Sache weiß. So ist es. Offensichtlich weiß er diesbezüglich wirklich sehr wenig, ohne ihm nahetreten zu wollen. Ich frage mich, weiß Ihr Präsident wirklich nicht, daß sowieso nur 7 Prozent aller Betriebe hauptberuflich ausbilden, weiß der Wirtschaftskammerpräsident wirklich nicht, daß die Jugend auf der Straße ungleich mehr kostet als eine Lehrwerkstätte? Das ist der nächste Punkt. Und weiß der Herr Wirtschaftskammerpräsident auch nicht, daß seine politische Taufpatin, die Frau Landeshauptmann Klasnic, dieses Projekt seit eh und je unterstützt hat? Und hat dieser Herr Wirtschaftskammerpräsident wirklich keine Ahnung davon, daß in Fohnsdorf Leute ausgebildet werden, die nicht nur irgendwelche Röhrln durch das Mauerwerk ziehen, sondern so hoch ausgebildet sind, daß sie in einigen Jahren mit einem Laptop an der Baustelle stehen werden? Und weiß der Herr Präsident Mühlbacher wirklich nicht, daß über den zukünftigen Ausbildungsbedarf im Bezirk Judenburg über Initiative des AMS eine Studie erstellt wird, wo genauestens erhoben wird, wo denn der Ausbildungsbedarf im Bezirk tatsächlich liegt?

Herr Kollege, Sie wissen auch, daß in Judenburg 850 Lehrlinge an dieser Lehrwerkstätte ausgebildet wurden, und das bestens. Ich sage Ihnen, wir lassen uns die dauernden Verunsicherungen von Ihrer Seite einfach nicht gefallen. So ist es.

Ich habe Ihnen die Spitzenwerte im Bereich der legalisierten und legalen Drogen gesagt. Da muß man einfach anpacken.

Und weil Sie gesagt haben, „Sie können sitzen wo Sie wollen, Sie werden deswegen keinen Lehrplatz

erreichen“, da haben Sie recht, ich bin kein Unternehmer. Ich bin auch jener, der immer gesagt hat, wir brauchen die Wirtschaft im Boot. Das war für mich überhaupt keine Frage. Für mich ist auch die Frage der dualen Ausbildung keine Fahnenfrage. Mir geht es um den Endzweck, die jungen Leute ausbilden zu können. Da kann man über alles reden. Aber es ist doch wirklich eine Ironie, daß ausgerechnet diejenigen, die sowieso die Wirtschaft im Boot haben wollen, von Ihnen permanent angegriffen werden, Herr Kollege Hochegger. Wenn Sie sagen, „Sie werden mit diesem Protest oder mit diesem möglichen Protest keinen Lehrplatz erreichen“, muß ich Ihnen sagen, ich habe nur eines, was ich einsetzen kann – und das ist mein bitterer und voller Ernst –, das ist meine Gesundheit, und ich bin es meiner Region schuldig, wenn es notwendig ist, auch diese einzusetzen. Ich habe nämlich nur diese. Ich sage mir folgendes, ich würde das Wort „Volksvertreter“ überhaupt nicht verdienen, wenn ich dazu nicht bereit bin. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. (Beifall bei der SPÖ. – Präsident: „Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen, Sie haben eine relative große Zeitüberschreitung!“)

Herr Präsident, ich bin schon am Ende. Ich möchte noch dem Kollegen Purr sagen, der ja auch aus der Wirtschaft kommt, der gestern noch am Abend im Zuge dieser Debatte mit dem Herrn Landesrat Hirschmann gemeint hat, „die, die Dreck am Stecken haben, die sollen still sein“. Herr Kollege Purr, ich sage Ihnen dazu eines, auch wenn Sie nicht herhören, ich sage Ihnen eines: Leute, die Dreck am Stecken haben, die werden in der Sozialdemokratie keine Abgeordneten! Ich würde mich schämen, und ich wäre nicht hier, hätte ich Dreck am Stecken. Das sage ich Ihnen. Und Sie haben jetzt zwei Möglichkeiten, entweder Sie sagen, wo ich angeblich Dreck am Stecken hätte, oder Sie entschuldigen sich bei mir. Ich fordere Sie dazu auf. (Beifall bei der SPÖ. – 8.46 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (8.46 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema „Jugend, Sport, Wissenschaft, Unterricht“. (Abg. Dr. Flecker: „Der Sport kommt erst nach der ersten Hälfte!“) Aber es ist dasselbe Kapitel. (Abg. Dr. Flecker: „Zuerst kommen Unterricht und Wissenschaft und dann der Sport!“) Ja!

Ich wollte nur anfügen, daß dieses Kapitel jetzt hier mit „Unterricht, Jugend“ ein so breit gefächertes ist, daß für uns kleinere Fraktionen diese Selbstbeschränkung, die ich für wichtig halte, mit fünf Minuten insofern ein Problem ist, weil wir nicht in der Lage sind, diese breite Palette von Herausforderungen, von Fragen zu behandeln.

Aber ich möchte heute zu einem Thema Stellung nehmen, das mir auch wichtig ist, wobei ich den Lehrerkollegen hier angesichts der frühen Stunde ersparen möchte, auf den Lehrerproporz, auf den Schuldirektorproporz in den steirischen Schulen einzugehen, weil Gott sei Dank Lichter am Horizont, Kollege Ussar, zu erkennen sind, daß eine gewisse Aufweichung dieses Prinzips stattgefunden hat und wir nicht nur mehr rote und schwarze Schulen haben,

sondern es hat hoffnungsvolle Ansätze in der Vergangenheit gegeben. Es ist sogar ein unabhängiger Lehrer einmal vor kurzem in Feldbach, zwar gegen den Widerstand der Kollegin Beutl, aber immerhin, zum Direktor bestellt worden, was beweist – (Abg. Ing. Löcker: „Da war sie tolerant!“) Sie war zuerst schon sehr dagegen. Zuerst war sie für den Schwarzen, dann war sie für den Roten, und dann hat sie erkannt, daß vielleicht der Unabhängige doch der Beste ist, im Interesse der Schüler. Du hast zuerst auch gesagt, daß du für den Unabhängigen bist.

Das hat sich halt Gott sei Dank wie im Leben auch in der Schule gezeigt, trotz der betonierten Verhältnisse setzt sich manchmal durch, daß der Beste zum Zug kommt. In dem Fall war es nach dreijähriger Absenz oder dreijähriger Vakanz dann der provisorische Leiter, trotz deines Widerstandes, Kollegin Beutl – aber das soll unsere Freundschaft nicht schmälern –, der zum Direktor bestellt worden ist. (Abg. Schützenhöfer: „Sie haben einen vorgeschlagen!“) Weil sie zuerst den Schwarzen nicht durchgebracht hat und den Roten, wollte sie dann auch nicht mehr so richtig oder umgekehrt, es ist ja gleich.

Jedenfalls sind hier Ansätze festzustellen, die Hoffnung aufkommen lassen, vor allem deswegen, weil ich der Meinung bin, daß unsere Jugend und die schulische Erziehung unserer Jugend viel zu wichtig ist, um sie hier parteipolitischen Vorstellungen auszuliefern. Kollege Majcen, ich weiß, du hast da eine andere Meinung.

Wir verlangen von der Jugend sehr oft Zivilcourage, Mut zur Unabhängigkeit, Mut zur freien Meinungsäußerung und erklären, daß die Schule hier eine ganz wesentliche Aufgabe hat. Nur frage ich mich, wie so etwas an der Schule praktiziert werden soll, wenn die Beherrschung durch die Parteien doch eine übertriebene ist.

Kollege Erlitz, du wärest auch nicht Direktor geworden – du bist mir zwar nicht unsympathisch, du bist eloquent, du bist engagiert –, wenn du kein roter Lehrer gewesen wärest. Dann wärest du auch nicht drangekommen, und es wäre in dem Fall auch nicht so koordiniert worden für die Zukunft. Also, machen wir uns nichts vor. (Abg. Mag. Erlitz: „Wenn ich kein Roter wäre, wäre ich drangekommen!“) Bitte? (Abg. Vollmann: „Wie bist du Richter geworden?“)

Wie ich Richter geworden bin? Kollege Vollmann, warum ich Richter geworden bin? Weil ich gut Fußball gespielt habe, bin ich Richter geworden. (Abg. Vollmann: „Ist das die Wahrheit?“) Ja, es ist nicht die ganze Wahrheit, aber es ist die halbe Wahrheit. Weil du die Frage schon beantwortet haben willst. Laßt mich das erzählen. Die Geschichte erzähle ich euch jetzt, weil ihr sicher wissen wollts, warum ich Richter geworden bin, weil ich gut Fußball gespielt habe.

Es hat auch damals – der Kollege Hirschmann ist jetzt nicht da – einen Riesenandrang gegeben. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist ein Kriterium!“)

Kollegin Karisch, du bist natürlich alles durch deine juristischen Fähigkeiten geworden, aber ich gebe zu, ich auch durch meine fußballerischen. (Abg. Dr. Karisch: „Mich haben sie nicht genommen, weil ich eine Frau bin!“)

Ja, ich weiß, du hast recht. Das war ein Skandal bei der Justiz. Ich bin auch genommen worden, Kollegin Karisch, weil in Graz keine Frauen drangekommen sind. Auch eine so begabte, hochtalentierete Juristin wie die Kollegin Karisch wäre bis zum Jahr 1970 bei der Justiz nicht drangekommen, weil bis zum Jahr 1970 keine Frau aufgenommen wurde. Auch deshalb bin ich drangekommen. Und durch das Fußballspielen ist es mir gelungen, weil der Personalchef ist bei den Fußballspielen der Justiz immer mitgefahren. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Ist es schon aus? (Allgemeines Gelächter. – Präsident: „Es ist nur eine Vorwarnung, aber in einer Minute, lieber Kollege!“)

Ich wollte in der Früh ein bißchen dazu beitragen, daß manche, die noch schläfrig sind, aufwachen. Aber jetzt laßt mich die Geschichte erzählen wegen des Fußballspielens. Es wären damals 50 Bewerber für die Richteranzwärterposten, und ich war, glaube ich, an der letzten Stelle, von der Zeit her, weil ich spät dazugekommen bin. Dann hat es eine Fußballmannschaft gegeben, bei der ich mitgespielt habe. Ich war damals noch etwas schlanker und etwas beweglicher und habe ganz gut Fußball gespielt. Da haben wir gegen andere Mannschaften gespielt. Der Personalchef, der allmächtige, der die Frauen verhindert hat, ist dort immer mitgefahren. Der hat in Wildon gewohnt und ich in Kalsdorf. Dann hat er mich mit dem Auto mitgenommen, und beim Heimfahren, wo er sonst nie auf die Idee gekommen wäre, ist er draufgekommen, was für ein beweglicher, was für ein bunter und was für ein engagierter nicht Jurist, aber Sozialarbeiter ich bin. Und daher hat er gesagt, wir brauchen auch Sozialarbeiter in der Justiz, und daher bin ich wegen meines Fußballspielens bei der Justiz drangekommen. (Abg. Dr. Karisch: „Du siehst, wie objektiv die Posten besetzt werden!“)

Ich komme zum Schluß, und ich wollte eigentlich die Gelegenheit nutzen – (Abg. Porta: „Postenschacher!“) Das war der erste Postenschacher mit dem Fußball, ja, ich weiß. Aber Porta, bei dir hätte das auch nichts geholfen dort. (Präsident: „Es gibt auch nicht bei jedem Fußballspiel eine Nachspielzeit bitte. Ich bitte, zu einem Ende zu kommen!“) Nein, ich brauche keine Nachspielzeit, ich wollte nur eines sagen zum Thema Jugendarbeit, und ich bin schon fertig. Ich bin seit dem Jahre 1981 da hier, und eines muß ich sagen – und einige werden es miterlebt haben –, und ich habe es jetzt wieder nachgelesen, wer immer sich für Jugendarbeit interessiert hat, was man dazu an bewegenden und an ernsten und an richtigen Worten sagen kann oder sagen könnte, der sollte nachlesen, was der unvergessene Hubert Schwab als ehemaliger Landjugendfunktionär hier immer gesagt hat, und für mich – und das sage ich da hier auch ganz offen – waren das immer die Höhepunkte der Budgetdebatte, weil er wirklich als einer, der aus der Landjugend gekommen ist, zur Jugendproblematik soviel Wichtiges und Richtiges gesagt hat. Und er hat einen Satz gesagt, der, glaube ich, immer wieder verwendet wird: „Man soll die Jugend nicht nur fördern, sondern man soll sie auch fordern.“ (Präsident: „So, aber jetzt ist auch die längste Nachspielzeit beendet. Der Herr Klubobmann hat selber diese Zeitbeschränkung mit uns vereinbart!“) Danke, Herr Präsident, für die Nachspielzeit, der Schiedsrichter sind Sie, das anerkenne ich. Danke schön. (8.55 Uhr.)

Präsident: Danke schön. Das Wort erteile ich der Frau Abgeordneten Beutl.

Abg. Beutl (8.55 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich glaube, dem Kollegen Wabl ist es tatsächlich gelungen, uns alle aufzuwecken, und in den Morgen hineinlachen ist, glaube ich, das beste Weckmittel.

Trotzdem dürfte er vielleicht recht haben, daß Fußball nicht unwichtig ist, aber als Kriterium oder als Qualifikation, eine leitende Stelle zu erhalten, würde ich es mir nicht wünschen, weil da hätten die Frauen dann noch weniger Chancen.

Die Jugend auf das Leben vorzubereiten, wird immer schwieriger. In einer Welt, die sich mit wachsender Geschwindigkeit verändert, kann keiner genau sagen, wie unsere Berufswelt, unsere Freizeitwelt – Fußball wird es wahrscheinlich trotzdem geben –, unsere Familienwelt aussehen wird. Das Leben wird immer weniger planbar, und trotz aller Unsicherheit und aller Verunsicherung ist eines ganz klar: Wissen und Qualifikation ist die wichtigste Ressource für jeden einzelnen, aber auch für ein Land. Aber nicht mehr Faktenwissen ist gefragt, sondern Prozeßwissen, Wissen durch Verstehen und Anwenden, und nicht bloßes Auswendiglernen. Der Zugang und der Transfer von Wissen wird immer mehr von Bedeutung, Können durch Üben hat Vorrang. Fach- und Basiswissen muß ergänzt werden von Schlüsselkompetenzen, sozialen Kompetenzen, kooperativem Verhalten, Kreativität genauso wie Teamgeist, Kritikfähigkeit, Kommunikationsvermögen und vor allem die Bereitschaft, sein ganzes Leben lang zu lernen und sich weiterzuqualifizieren.

Nun, was heißt das für die Schule? Sie muß wie bisher eine breite gesicherte Allgemeinbildung als Fundament vermitteln, und die Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen sind zu ergänzen und zu erweitern um die sogenannte vierte Kulturtechnik, nämlich den Umgang mit dem Computer. Aber ganz wichtig wird immer mehr die Persönlichkeitsbildung, die Förderung des kreativen Potentials, und die Kollegin Dietrich hat es gestern auch angeschnitten, die Bedeutung von Fremdsprachen, wenn wir uns in der Welt von morgen behaupten wollen.

Hier möchte ich eine sehr positive Studie zitieren, die heuer im Juni veröffentlicht wurde und die unseren österreichischen Volksschülern einen Spitzenplatz bestätigt. In einer großen Studie von über 42 Staaten, die hier untersucht wurden, haben unsere achtjährigen Volksschüler in Mathematik und in den Naturwissenschaften in der sogenannten „TIMS-Studie“ den dritten Platz erreicht, vor ihnen liegen Korea und Japan. Das heißt, unsere Volksschüler sind europaweit an der Spitze, und sie können sich weltweit sehen lassen. Ich glaube, daß uns das sehr stolz machen muß, was unsere Schulen und die Leistungen unserer Schüler betrifft, und daß wir uns einfach Tag für Tag bemühen müssen, dieses Niveau zu halten.

Die Steiermark – und darauf möchte ich kurz eingehen – hat, gerade was Schulentwicklung anlangt, in den letzten Jahren bahnbrechende Wege beschritten, und wir dürfen stolz sein auf das, was schon erreicht wurde, und wir müssen daran weiterbauen. Wenn

unsere Frau Landeshauptmann drei Eckpunkte, drei Zielpunkte immer wieder anspricht, so entspricht das genau dem, was die Zukunft von den jungen Menschen erfordern wird. Ich nenne den Bereich der Informatik, hier kann die Steiermark darauf verweisen, daß innerhalb der nächsten drei Jahre 95 Prozent aller steirischen Schulen über Internetanschlüsse verfügen werden und daß das Styrian School Network beschleunigt aufgebaut wird, und ich bedanke mich dafür, daß aus dem Telekomressort 2,2 Millionen Schilling dafür bereitgestellt werden, damit auch diese innere Vernetzung der Schulen möglich wird. Jeder Schüler soll auf seinen Wunsch eine eigene E-mail-Adresse erhalten.

Der zweite Bereich, der so unendlich wichtig ist, das ist der Bereich der Fremdsprachen, und auch hier hat die Steiermark schon vor Jahren mit dem ersten Gymnasium, das bilingual geführt wurde, nun die erste Volksschule österreichweit, die ebenfalls bilingual geführt wird, vorzuweisen. Wir haben eine große Zahl von Hauptschul- und AHS-Klassen, die in einzelnen Unterrichtsgegenständen bereits Englisch als Arbeitssprache verwenden. Wenn wir uns ansehen, daß von den EU-Projekten über Leonardo und Erasmus allein 25 Prozent in der Steiermark, an steirischen Schulstandorten standfinden, dann zeigt das, wie sehr wir bereit sind, uns zu öffnen für das große Europa. Auch die Sprache der Nachbarn ist wichtig, und hier liegt auch ein Schwerpunkt, den unsere Frau Landeshauptmann anspricht, und ich bin eigentlich auch sehr optimistisch, es gibt sehr viele Schulpartnerschaften speziell zu Ungarn, Slowenien, Kroatien, daß wir die ausbauen und unsere Kinder motivieren, die Sprache des Nachbarn zu erlernen.

Nun zur Persönlichkeitsbildung. Ende Oktober hat in Graz der erste große Tag der Lernkultur stattgefunden, gemeinsam mit der „Kleinen Zeitung“ und dem Landesschulrat, und dort konnten 200 innovative Schulprojekte bewundert werden, die das schöpferische Potential unserer Schulen, unserer Lehrer und unserer Schüler wirklich auf beeindruckende Weise vorgestellt haben. Auch da denke ich, daß wir auf einem guten Weg unterwegs sind, denn genau dieser kreative Bereich als Ausgleich zum technisch-logischen Prinzip wird auch lebenswichtig werden. Hier haben wir in der Steiermark mit 14 Hauptschulen, 13 Volksschulen zum Schwerpunkt Musik, ebenso viele zum Schwerpunkt Sport, auch, glaube ich, österreichweit Spitzenplätze. Ich denke, daß das Bildungsland Steiermark schon bisher Schulentwicklung immer groß geschrieben hat und das auch weiter tun wird. Ich möchte mich bei der gesamten Landesregierung mit der Frau Landeshauptmann an der Spitze bedanken, daß soviel für Bildung, für Schule bereitgestellt wird, so daß auch die Rahmenbedingungen – und mein Kollege Ussar hat angeschnitten, daß wir die neuen Schulgesetze verhandeln – jeweils stimmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle als Abschluß und letzte Möglichkeit sozusagen jemandem danken, der es nicht gerne hören wird, weil er das einfach nicht gerne hat, daß man ihm dankt, aber, lieber Herr Hofrat Urabic, du bist heute sozusagen das letzte Mal in deiner Funktion als Chef der Rechtsabteilung 13 hier, und ich möchte dir von dieser Stelle aus ein persönliches Danke sagen, immerhin sind es 20 Jahre in die-

ser Funktion für dich und für uns alle im Schulwesen gewesen, und ich möchte stellvertretend das Danke sagen für die vielen Kolleginnen und Kollegen, für Direktoren, Inspektoren, für die Eltern und für die Schulerhalter, die immer viel Geduld und Verständnis bei dir gefunden haben, wenn sie mit Problemen zu dir gekommen sind. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Präsident: „Das war der-Vorschlußapplaus, liebe Kollegin!“) Ich bin schon am Ende.

Lieber Herr Hofrat, es ist dir etwas gelungen, was einem Hofrat und einem Beamten wahrscheinlich selten gelingt. Du hast von den Kolleginnen und Kollegen einen Ehrentitel erhalten, der dich wahrscheinlich schon die letzten Jahre begleitet hat, aber auch hineinbegleiten wird in deinen dritten Lebensabschnitt. Sie haben dich einfach immer als einen Freund der steirischen Schule und der steirischen Lehrerschaft und als den „guten Geist der Stempfergasse“ bezeichnet. Und das bist du. In diesem Sinne ein herzliches Danke noch einmal und viele schöne Jahre und viel Gesundheit in deiner Pension. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 9.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (9.04 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, meine Damen und Herren!

Ich hoffe, ich habe keine Nachteile hier heraußen, weil ich nicht so gut Fußball gespielt habe wie der Kollege Wabl und dadurch nicht Richter geworden bin. (Abg. Vollmann: „Du bist Kaffeehausbesitzer!“) Auch was Schönes.

Trotzdem kann ich feststellen, daß wir es gut haben bei uns im Staate Österreich, denn wir leben im Lande der Garantierer. Da gab es einst den Bundeskanzler Dr. Vranitzky, der briefliche Garantien abgab. Er garantierte jedem Pensionisten seine Pension. Jetzt ist er schon selbst in Pension. Wir alle wissen leidvoll aus dem letzten Monat, aus der letzten Verhandlungsrunde, was aus dieser Garantie geworden ist. Seine persönliche Garantie ist aufgegangen, seine persönliche Pension ist gesichert. Viele Pensionsverhandler meinten, man sollte den „Vranz“ gewinnen für die Pensionsverhandlungen, weil er weiß, wie man sich seine Pension sichert.

Aber jetzt komme ich zum Thema der Jugend. Da gibt es den Nachfolger Bundeskanzler Klima. Der ließ sich auch nicht lumpen und versprach jedem Schulabgänger einen Ausbildungsplatz. Auch diese Garantie ist, wie wir jetzt sehen, kläglich gescheitert. Es stehen noch immer Tausende Schulabgänger ohne adäquaten Lehrplatz da. Und sogar die Ministerin Gehrler hat sich letztendlich von diesem Garantiespiel verabschiedet.

Man kann mit Garantieerklärungen und Appellen an die Wirtschaft nicht erwarten, daß man das Lehrlingsproblem lösen kann. Aber es ist noch nicht das Ende der Garantierer. Ich habe das letzte Mal die Zeitung aufgeschlagen, die offizielle Nachrichtenzeitung der Wirtschaftskammer, die „mut“, und gleich auf der Seite 3 sehe ich, daß der nächste Garantierer aufgetreten ist – der Präsident Maderthaner höchstper-

sönlich. Er garantiert für 1998 allen Lehrlingen Arbeit. (Abg. Purr: „Unter bestimmten Voraussetzungen!“) Ja, ja, dazu komme ich schon.

So unter dem Motto: „Was ein roter Bundeskanzler kann, das kann ein schwarzer Kammeramtspräsident noch allemal!“ Zurückstehen will man dabei ja nicht. Abgesehen davon, was soll diese Überschrift auch bedeuten: „Garantiert allen Lehrlingen Arbeit!“ Welche Arbeit? Ist das nicht eine so populistische und uneinlösbare Ankündigung? Er ist noch etwas weiter gegangen und hat drei Forderungen formuliert: Er hat gesagt, die Kosten der Lehrlingsentschädigung soll das AMS tragen. Er hat dazugesagt, die Teillehre muß eingeführt werden, und ein spezieller Steuerabsetzbetrag muß eingeführt werden. Wegen der Kostenübernahme durch das AMS haben wir gestern, glaube ich, schon diskutiert, wie das aussieht. Da habe ich meine Zweifel, daß das AMS die Kosten übernimmt. Über Teillehre und Steuerabsetzbetrag wird man reden müssen.

Aber wenn das Thema nicht so ernst wäre und es hier nicht um die Zukunft junger Menschen gehen würde – Kollege Korp hat ja einiges angezogen davon –, müßte man lächelnd diese Garantieerklärung nehmen und – es kommt ja bald Weihnachten – unter dem Kapitel „Wünsche an das Christkind“ ablegen.

Genau in diesem Bereich der Sozialpartnerschaft und der Garantieerklärungen liegt das Grundübel der Lehrlingsproblematik. Die Sozialpartner machen schon jahrelang großartige Ankündigungen, weiterbringen tut man jedoch nicht sehr viel. Es beginnt wieder eine zweite Verhandlungsrunde, nur werden wir schauen, was da wirklich herauskommt. Jeder der Sozialpartner fährt auf seiner Schiene, jeder redet, jeder kündigt an, brauchbare Lösungen sind jedoch noch immer in weiter Ferne.

Statt dieser Garantien wäre es wichtiger, gemeinsam und ohne Zwang die Hemmschuhe der Lehrlingsausbildung beiseite zu räumen.

Weg von den Garantien zu einigen Fakten. Laut dem letzten Infora-Bericht, den ich noch einmal durchgeschaut habe – bei dieser Vorbereitung –, hatten wir im Jahr 1983/84 noch 31.800 Lehrlinge und dazu – und das ist das Interessante – 776 Planposten. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Welche Planposten?“)

Planposten für Lehrer.

Im Jahre 1991/92 hatten wir dann noch 25.900 Lehrlinge, jedoch bereits 920 Planposten für Lehrer, und jetzt, die letzte Zahl, 1995/96 sind wir bei 21.800 Lehrlingen und noch immer bei 872 Planposten. Also in zwölf Jahren mußten wir ein Minus bei den Lehrlingen von 10.000 akzeptieren, jedoch ein Plus von 12 Prozent an Planposten (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hat sich wieder reduziert!“)

Nach der letzten Studie schaut es noch so aus. Ich glaube, Herr Landesrat, hier ist es dringend notwendig, den Bedarf und den wirklichen Bestand abzuklären.

Doch wie wird es mit den Berufsschulen im Lichte des Strukturoptimierungskonzeptes „light“ weitergehen? Wir werden nicht umhin kommen, in allen Schulen, in allen Standorten zu investieren. Wir sehen teilweise schon Auswirkungen beim Budget, daß wir den Zuschuß an die Wirtschaftskammer von 17 auf

37 Millionen erhöhen müssen, und auch das Strukturkonzept „light“ spricht davon, daß Standorte vorsichtig überdacht werden müssen. Die Internate sind abgewohnt, sie bedürfen einer Sanierung. Detto mit den Schulen. Allein um diese Sache anzugehen bräuchten wir zumindest das Sonderinvestitionsprogramm eines Jahres.

Meine Damen und Herren – an die Adresse der Sozialpartner –, bleiben wir nicht beim Abgeben von Garantien, sondern gehen wir endlich daran, die Strukturen zu ändern. Dem Lehrlingsbereich kann nicht durch dauernde Subventionen geholfen werden. Ich glaube nicht, daß der Lehrlingsbereich ein dauernder Subventionsfall bleiben kann – das kann nur eine Übergangslösung sein –, sondern wir können dem Lehrlingsproblem nur mit entschlossenem Handeln helfen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 9.11 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (9.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 2 beinhaltet auch die Themen „Wissenschaft und Forschung“; erlauben Sie mir, ganz kurz zur technologischen Seite zu sprechen.

Bereits in meinem Beitrag zum Wissenschaftsbericht 1996 der Steiermark am 25. November dieses Jahres habe ich auf die Bedeutung einer offensiven Technologiepolitik, vor allem für die Steiermark, hingewiesen. Wir müssen sehen, daß sich der Wettbewerb für unsere Industrie auch durch den EU-Beitritt, durch die Ostöffnung, durch die zunehmende Globalisierung stark erhöht hat. Die österreichische Außenhandelsstruktur konnte in den letzten Jahren zwar durch Erhöhung des Anteils hochwertiger Güter verbessert werden, ist aber insgesamt noch immer nicht gut und eher auf langsam wachsenden Ausrüstungs- und Investitionsmärkten zu Hause, und weniger im Hochtechnologiebereich. Unsere Bilanz an Hochtechnologieprodukten ist negativ. Wir müssen mehr importieren als wir exportieren, auch wenn es dabei sehr erfreulich ist, daß von allen exportierten Hochtechnologiegütern von Österreich ein Drittel davon aus der Steiermark kommt.

Die Steiermark ist in den Wirtschaftsdaten gut unterwegs, und vieles, was in den Jahren vorher vom Wirtschaftsressort initiiert wurde, trägt jetzt Früchte. Wenn dieser positive Trend weiter anhalten soll, dann muß es unser Ziel sein, im Rahmen der Technologieoffensive und der angekündigten Technologiemilliarden durch den Bund die Steiermark bestmöglich zu plazieren.

Auf drei Bereiche möchte ich besonders hinweisen.

Alle Statistiken zeigen, daß in der Steiermark, aber auch in Österreich in den letzten fünf, sechs, sieben Jahren Arbeitsplätze durch Klein- und Mittelbetriebe geschaffen worden sind. Ihnen ist daher besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vor uns steht das fünfte Forschungs- und Technologieprogramm der EU für die Jahre 1998 bis 2002. Ich rege an, eine Erhebung durchzuführen, wie weit es den steirischen Klein- und Mittelbetrieben möglich war, beim vierten auslaufenden Forschungs- und Technologieprogramm der EU

partizipieren zu können. Ich vermute, daß kein sehr gutes Bild herauskommen wird. Ich habe in der Vergangenheit von dieser Stelle aus schon mehrmals dafür plädiert, den Klein- und Mittelbetrieben auch vom Land Steiermark aus die Antragstellung zu erleichtern, etwa durch Mithilfe bei den Antragskosten, bis jetzt allerdings vergeblich. Es ist erfreulich, bei einer Durchsicht des Landesvoranschlages 1998 zu sehen, daß der Steiermärkische Wissenschafts- und Forschungslandesfonds um 30 Millionen Schilling aufgestockt wurde, im Hinblick auf eine Regionalisierung oder für regionale Projekte und für den Großraum Graz, der nicht als Zielgebiet ausgewiesen ist. Und wieder darf ich die Anregung und Forderung aussprechen, daß in eine Diskussion eingetreten wird, wie weit diese Mittel zur Unterstützung der Antragstellung der Klein- und Mittelbetriebe im fünften Rahmenprogramm eingesetzt werden können.

Ein zweites Anliegen im Rahmen der Technologieoffensive sind mir die Christian-Doppler-Laboratorien. Von insgesamt 14 derzeit bestehenden Christian-Doppler-Laboratorien in ganz Österreich gibt es sechs an den steirischen Universitäten, die damit ein hervorragendes Zeichen setzen, daß es in der Steiermark anwendungsorientierte Universitätsinstitute vorbildlich verstehen, mit Industrie und Wirtschaft zu kooperieren. Aber vier davon laufen in den nächsten Monaten aus, nicht, weil sie die Industrie nicht mehr benötigt, sondern weil sie nach den Statuten leider nicht mehr verlängerbar sind. Morgen ist die nächste Sitzung des Senates der Christian-Doppler-Gesellschaft in Wien, zu der ich mich leider entschuldigen mußte, wo weitere Christian-Doppler-Laboratorien in Österreich genehmigt werden sollen. Von der Steiermark ist derzeit noch keines dabei, aber es sind mehrere beantragt worden, und es wird in den nächsten Jahren aller Anstrengungen bedürfen, die hervorragende Position der Steiermark im Rahmen der Christian-Doppler-Laboratorien halten und fortführen zu können.

Ein neuer Weg in der Technologieoffensive sollen die Kompetenzzentren werden. Die Eintrittshürde für sie ist allerdings eine sehr hohe. Erst vor ungefähr einem Monat ist in Form eines Vorhabensberichtes des Wissenschaftsministeriums der Entwurf der Kriterien für die Errichtung von Kompetenzzentren vorgestellt worden. Derzeit laufen intensive Diskussionen der österreichischen Industrie und der österreichischen Universitäten mit dem Wissenschaftsministerium über diesen Kriterienkatalog, weil die Struktur zukünftiger Kompetenzzentren nach diesem Kriterienkatalog nur schwer auf den derzeitigen Strukturen der österreichischen Industrie und Universitäten abbildbar ist. Kompetenzzentren sollen die mehrfache Größe eines Christian-Doppler-Laboratoriums haben, die Industrie soll mittelfristig mit 40 Prozent mitfinanzieren. Neben dem Bund sollen auch andere Institutionen, wie Länder und Gemeinden, für eine Mitfinanzierung gewonnen werden. Die Universitäten haben trotz des Sparpaketes Eigenleistungen einzubringen.

Hier möchte ich sehr herzlich Herrn Landesrat Pailer danken, daß er in den Gesprächen mit Minister Einem positiv für Kompetenzzentren in der Steiermark reagiert hat. Auch hier liegt die Steiermark in den Vorbereitungen sehr gut, es ist zu erwarten, daß von den vier bis fünf für 1998 geplanten Kompetenzzentren

zwei in der Steiermark errichtet werden können, nämlich das Werkstoffkompetenzzentrum in Leoben und ein Akustiktechnologiezentrum für den Automobilbereich in Graz. Dies wird allerdings nur gelingen, wenn wir uns alle gemeinsam darum bemühen. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 9.17 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (9.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Damen und Herren der Regierung!

Im Jahre 1991 im Spätherbst oder Frühwinter, je nachdem, wie man das touristisch oder terminlich bezeichnen soll, habe ich zusammen mit Kollegen aus der Obersteiermark das erste Mal einen Antrag zur Fachhochschule in Irndning gemacht. Und in der Zwischenzeit sind sechs Jahre vergangen, und das Thema Fachhochschule Irndning hat einen sehr turbulenten Verlauf genommen. Von dem totalen Ja zu einem totalen Nein und einer Umschichtung nach Wieselburg in Niederösterreich, mit einem teilweisen Ja als Dependance oder ausgelagerter Bereich zu einem erneuten totalen Nein, und nun gibt es wieder ein Licht am Horizont, das da heißt, daß also doch im Konzept der 20.000 Steirer, die Fachhochschulen besuchen werden können, die Möglichkeit für Irndning gegeben ist. Es gibt sehr konkrete Pläne für diese Fachhochschule, und ich glaube, daß es den Initiatoren dieses Unternehmens Fachhochschule Irndning gelungen ist, ein sehr gutes Konzept auf die Beine zu stellen. Der Standort selbst ist ja durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft Gumpenstein sowie die HBLA Raumberg-Trautenfels schon mit zwei Institutionen ausgestattet, die die Grundausrüstung mitbringen könnten, und bietet sowohl sachliche als auch personelle Ressourcen, die man sofort dort einsetzen kann auf der einen Seite, auf der anderen Seite mit einer sehr betont praxisorientierten Ausbildung mit Hochschulniveau und Schwerpunkten, wie Sicherung der Lebensgrundlagen im Alpenraum, gibt es hier Schwerpunkte, die durchaus von Bedeutung sein können. In der Studienstruktur selbst hat sich diese Arbeitsgruppe nunmehr für diesen achtsemestrigen Studienteil eine Aufteilung in ein zweisemestriges Basisstudium mit der Vermittlung allgemeiner und fachlicher Grundlagen aus den Schwerpunktbereichen heraus vorgestellt. Das Fachstudium für das dritte und vierte Semester in der Vermittlung fachspezifischer Grundlagen und die Hinführung zu projektbezogenen Lehrinhalten und im Spezialstudium selbst in den Bereichen des fünften, sechsten und siebenten Semesters das Spezialstudium mit den Wahlmöglichkeiten zwischen den Modulen Landwirtschaft und Marketing oder Alpenländischer Kulturraum. Und dazu gehören natürlich die entsprechenden Pflichtmodule, wie Sprachen, Rhetorik, Persönlichkeitsbildung, Konfliktmanagement und, und. Im siebenten Semester soll auch ein praxisbezogener Teil mit dazugeschaltet werden, die Diplomarbeit im achten Semester und die damit verbundenen Diplomprüfungen würden einen Abschluß für die Absolventen dieser Fachhochschule darstellen. Das Anforderungsprofil für die auszubildenden Diplomingenieure

muß das Know-how für die nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung eines intakten Lebensraumes haben, muß landschaftsästhetische Gesichtspunkte beinhalten, fachübergreifende Kenntnisse in Naturwissenschaften, Ökonomik und so weiter, Vernetzung zwischen natürlichen Systemen und ökonomischen Strukturen und natürlich auch die Anwendung zeitgemäßer Methoden in der Land- und Forstwirtschaft, in modernen Marketingstrategien. Die wirtschaftliche Basis der Bevölkerung des Alpenraumes könnte damit durchaus abgesichert werden.

Ganz entscheidend aber, meine Damen und Herren, ist, daß man auch weiß, was man im Anschluß mit den Absolventen dieser Studienrichtung anfängt und welche Nischen sie haben können. Und hier sind vor allem die Bereiche Landwirtschaft auf der einen Seite, der Umweltschutz mit Naturschutz, Tierschutz, Nationalpark, Verträglichkeitsprüfungen, der Tourismus in den interdisziplinären Projekten, sicherlich auch Gemeinden, Kommunalverbände über Logistik, Vermarktung, Marketingberufe, die Industrie und das Gewerbe hätte Möglichkeiten einer Berufschance für diese Absolventen, auch in der Finanzwirtschaft als Gutachter, Bewertungen, Schätzungen, Betriebsprüfungen und sicherlich auch die Ernährungswirtschaft in einem ganzheitlichen Gesundheitsmanagement, und auch sicherlich wäre es ein Bereich in den internationalen Organisationen, wo man Menschen mit einer praktischen und technischen, technologischen und auch philosophischen Ausbildung im Bereich von Land- und Forstwirtschaft auf der anderen Seite hätte, aber auch bei der Bewältigung der Probleme in diesem besonders strukturierten Naturraum wäre sicherlich eine Ausgangsbasis, die es ermöglichen würde, für diese Absolventen ein sehr gutes und sehr starkes Berufsfeld zu finden.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich darf dich bitten, zusammen mit Rottenmann, die beiden Gebiete, sowohl die Geomatik als auch den Fachlehrgang „Intakter Lebensraum“ in Irndning, weiterhin zu unterstützen, daß wir nicht einen Fachhochschulcluster im Großraum Graz bekommen, sondern daß wir die Steiermark nach ihren spezifischen Charakteren oder Charakteristiken dazu verwenden, um Schwerpunkte dort anzusiedeln, wo sie stattfinden, und wo auch der Zugang gegeben ist. Ich kann mir vorstellen, daß im Anschluß daran auch sehr viele Impulse in dieser Region Menschen es ermöglichen, dort zu bleiben, und nicht in die Ballungszentren abwandern zu müssen. Ich danke, Herr Präsident, für die Zeit. (Beifall bei der FPÖ. - 9.24 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (9.24 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe den Herrn Präsident gebeten, daß ich mich jetzt zu Wort melden darf, da ich um halb elf in Kindberg das Land Steiermark vertreten darf im Rahmen einer kleinen Feierstunde bei Ericsson Schrack. Die millionste Telekomanlage verläßt dort das Band. Es ist schon, glaube ich, deswegen wichtig, daß jemand - auch während einer Budgetdebatte im Hohen Haus, im Landtag - vom Land dort anwesend ist, weil auch

dieses Unternehmen seit Jahren Lehrlinge ausbildet. Ein Industriebetrieb, ein auf den Weltmärkten und Wettbewerbssituationen stehender wichtiger heimischer Arbeitgeber in einer Region, die viel im Strukturwandel mitgemacht hat und wo dieser Festtag auch Gelegenheit sein soll, Danke zu sagen.

Als Zuständiger für die Lehrlingsausbildung beziehungsweise für die Berufsschulen dachte ich, doch einige Fakten hier im Zuge der Debatte auch Ihnen mitteilen zu müssen und andererseits auch auf das, was schon gesagt wurde, einzugehen. Ich werde dann in der Gruppe 7 im Zuge der Wirtschaftsförderung ohnedies noch einmal Gelegenheit haben, nachdem das für mich unmittelbar zusammenhängt, auch noch darauf einzugehen, wenn Debattenbeiträge kommen, die ich versäumen sollte.

Meine Damen und Herren, ich betone das deswegen so, daß die Gruppe 2, daß Bildung, Wissenschaft, Qualifikation unmittelbar mit Wirtschaftsentwicklung, mit Standortpolitik, mit Wettbewerbsfragen eines Standortes in der Steiermark zu tun hat, weil, wenn Sie sich die Zahlen anschauen, wenn Sie sich die Projekte anschauen, wenn Sie sich die Ausgaben anschauen, dann müssen Sie, selbst als kritischer, als oppositioneller Betrachter, auch sehen, daß hier die Regierung, daß das Land Steiermark, daß Sie letztlich auch als Verantwortliche dann für das Landesbudget hier einen Schwerpunkt setzen. Ganz gezielt einen Schwerpunkt setzen, der bedeutet, nicht spektakulär, wie man vielleicht früher Betriebsansiedlungen gesehen hat, mit dem Banddurchschneiden, sondern das ist eine mittellangfristige Strukturpolitik. Das heißt, hier wird in Zukunft investiert. Hier wird in Strukturen investiert, die dann letztlich für die Unternehmungen Wettbewerbsfragen entscheiden. Das heißt, die Qualifikation, das Wissen, die Bildung sind ein individueller – für die jeweilige Person, aber auch natürlich für einen Standort, für ein Unternehmen, das in Standorten arbeitet, das in Standorten sich entwickeln soll – Wettbewerbsfaktor geworden. Das hören wir. Das werden auch Sie in den Betrieben täglich erleben, daß man sagt – mit Recht sagt –, die Qualifikation, die Motivation der Mitarbeiter ist eine Überlebensfrage. Eine Überlebensfrage in allen Bereichen. Ob in der Urproduktion, ob im Produktionsbereich, in der Technologie oder in den Dienstleistungssektoren – dort immer mehr, wenn es sozusagen auch um umstrittene Märkte im persönlichen Service geht.

Und das möchte ich hier betonen, daß dieser Schwerpunkt ganz gezielt gesetzt wurde in der Regierung Klansic, und daß der Bereich der Berufsschulen eigentlich noch immer – über 50 Prozent der jungen Leute gehen in diesen Berufsschulbereich, in den Facharbeiterausbildungsbereich – natürlich hier auch das Hauptaugenmerk haben soll, obwohl die Zuständigkeit hier im Land, in der Landesregierung oder im Landtag, nicht zu 100 Prozent gegeben ist.

Hier gleich auf den Kollegen Wiedner eingehend, natürlich mit Garantien und mit solchen populistischen Aussagen, aber die sind ja nicht nur bei einer Partei verankert beziehungsweise da hat ja niemand ein Monopol darauf. Wie Sie wissen, Populismus ist leider eine Zeiterscheinung in der Politik. Man tut sich letztlich nichts Gutes.

Und ich komme schon auf das zurück, weil gemeint ist es sicherlich richtig, daß motiviert werden soll, daß angeregt werden soll, daß hier auf der einen Seite die Unternehmungen Ausbildungsplätze anbieten sollen, mehr anbieten sollen, was ja Gott sei Dank in der Steiermark passiert. Die tun es freiwillig. Die Fördermittel sind letztlich ein Anreiz, aber sind nicht die Problemlösung. Das haben wir immer gesagt. Auch in der Enquete hat es eine durchaus große Übereinstimmung gegeben, aber es hat – und jetzt ein paar Fakten, – damit das sozusagen hier auch festgehalten wird, Gott sei Dank einen Zuwachs gegeben, nicht nur im Vorjahr. Da waren wir das einzige Bundesland mit unserer Aktion „Werde Lehrherr, schaffe Lehrplätze!“ als Anreiz für die Unternehmungen – nicht Problemlösung. Es hat im heurigen Jahr mit Stichtag 4. Dezember 1997 einen Zuwachs von 300 neu geschaffenen Lehrplätzen im ersten Lehrjahr gegeben. Das ist durchaus ein Erfolg, den man vermelden kann. Da sind wir jetzt nicht mehr allein als Bundesland. Voriges Jahr waren wir das einzige Bundesland in Österreich, heuer sind auch andere Bundesländer hier schon erfolgreich gewesen, weil sie unsere Aktionen auch nachgemacht und sozusagen an dem Modell Steiermark sich orientiert haben.

Was genauso positiv zu vermerken ist, ist, daß insgesamt die Zahl der Lehrplätze über alle Lehrjahre auch wiederum – in den letzten Jahren war immer ein Minus festzustellen – gewachsen ist. Auch erfreulich ist, daß die Anzahl der Lehrbetriebe, die sich ja immer mehr verabschiedet haben, stabilisiert werden konnten. Das heißt, wir haben wieder in etwa gleich viele – mit knapp 6000 – Lehrbetriebe, wie wir sie im Vorjahr hatten.

Lassen Sie mich aus eigener Erfahrung sagen, weil ich auch sehr viel mit jungen Leuten zu tun habe und in Betrieben sowohl mit den Lehrherrn, den Ausbildern als auch mit den Lehrlingen spreche, wir haben schon ein Einstellungsproblem. Da meine ich jetzt nicht das Einstellungsproblem des Postens, der Lehrstelle, sondern ein mentales Problem. Denn wir haben noch immer 50 offene Stellen nur in unserer Börse, die wir gemeinsam mit dem WIFI, dankenswerterweise mit dem dortigen Leiter Mag. Hochegger, bewerben konnten. Wir haben 200 in etwa über diese Schiene vermitteln können. 250 waren es am Anfang. Wir haben noch immer 50 drinnen. Wir erleben fast tagtäglich, es wird jeder von Ihnen auch diese Erfahrungen machen, wenn Sie hineinschauen, daß die Mobilität, die Bereitschaft, angebotene Arbeit, angebotene Arbeitsmöglichkeiten, Ausbildungsmöglichkeiten auch anzunehmen, da oder dort – ich versuche, sehr vorsichtig zu formulieren – sehr eingeschränkt ist. Ich habe da selbst Erlebnisse, weil ich auch einen Sohn in dem Alter habe und der Freunde hat, die sich natürlich auch da oder dort interessiert haben. Es ist sehr schwierig, jemanden dann auch tatsächlich zu motivieren, nicht gerade diesen Beruf anzustreben und nicht gerade um die Ecke, sondern vielleicht auch ein bißchen mobiler zu sein, räumlich und in der Berufswahl mobiler zu sein. Das kann man nicht mit Gesetzen machen, das kann man nicht mit Geld machen. Das ist eine gesellschaftliche, eine gesellschaftspolitische Einstellungsfrage. Und da sind wir natürlich auch in der Politik aufgefordert, das zu thematisieren.

Es ist richtig, wenn Martin Wabl sagt, Hubert Schwab hat hier legendär gefördert, gefördert, gefördert, gefördert, immer wieder betont in seinen bemerkenswerten Reden, auch das ist in unserem Ressort die Schlüsselnachricht, der politische Inhalt, daß es ohne Forderung keine Förderung gibt. Und Garantien gibt es, wie gesagt, keine.

Ich möchte noch kurz auch eingehen auf ein paar Dinge, wie sie angesprochen wurden, etwa vom Kollegen Korp – er ist jetzt, glaube ich, nicht mehr da – im Zusammenhang mit seinem Herzblut in Fohnsdorf.

Ich glaube, das macht ihm niemand streitig, daß dort auch eine Ausbildungsstätte sein soll. Was hier diskutiert wird, und zwar von allen Seiten, ist natürlich die Frage der Effizienz und des Mitteleinsatzes. Wenn man schon so viele Mittel aufbringt – und Sie können sich ja selbst überzeugen in den Budgetziffern, es hat noch nie soviel Geld gegeben, jetzt soll man keinen anderen Bereich dadurch schlechterstellen, aber es ist hier ein echter Schwerpunkt gesetzt worden im Bereich der Qualifikation, der Ausbildung, und zwar nicht nur im Lehrlingsbereich, sondern was auch von den bisherigen Rednern schon angesprochen wurde, auch bei den Fachhochschulen, Wissenschafts- und Forschungsfonds et cetera. Es geht alles in dieselbe Richtung, das ist langfristig wirkende Struktur- und Wirtschaftspolitik, und zwar die richtige. Es ist auch im Bereich unserer Instrumentarien die einzige mögliche Form, da können wir noch ein bißchen Verwaltungsservice machen, ein bißchen schneller werden, aber diese Fragen sind hier deutlich noch einmal positiv zu unterstreichen. Das, was hier in dem Kapitel als Qualifikationsoffensive ausgewiesen wird und was sozusagen auch in dieses Konzept der hellen Köpfe hineinpaßt, soll immer wieder betont werden. Und „Korp kämpft für Fohnsdorf“, das ist auch in der Regierung entsprechend schon beschlossen worden, wenngleich wir auch sehr selbstkritisch dazugesagt haben, daß die Schillinge, die wir für sie in der Exekutive des Landesbudgets auszugeben haben, natürlich sehr kritisch und sehr verantwortungsvoll auch einzusetzen sind. Wenn heute behauptet wird oder wenn festgestellt wird, daß da auch andere Ausbildungsmöglichkeiten in der Region, im Bezirk sind, die billiger sind, dann muß man sich zumindest mit dem auseinandersetzen. Da darf man nicht die Türen zuschlagen und darf man nicht in eine negative und nichtsbringende Konfrontation gehen, sondern sollte auch diese Konzepte hören.

Ich habe letzte Woche auch ein persönliches Erlebnis mit den Schulsprechern aller Berufsschulen gehabt. Die haben ein ganztägiges Seminar gehabt, und ich bin dann ein paar Stunden dazugekommen zu einer Diskussion, die etwa die Fragen der dualen Ausbildung aus ihrer Erfahrung sehr kritisch beurteilt haben und das duale System auch in deren Augen, als Betroffene, als das noch immer beste hingestellt wurde. Jetzt weiß ich schon, daß es überall schwarze Schafe gibt und daß wir leider in einer Gesetzesmaschinerie sind, daß wir die Gesetze immer nach den Schlechtesten ausrichten und damit natürlich auch die guten und die positiv Motivierten negativ betreffen. Wir kennen die Fälle, daß der Dachdeckerlehrling

nicht auf das Dach hinauf darf und daß der Kochlehrling im ersten Lehrjahr keinen Häfen abwaschen darf, das sind lauter Dinge, die reformiert gehören. Ich glaube, da haben wir auch kein Problem zumindest auf Landesebene, in der Erklärung von Graz haben wir das festgeschrieben.

Nur, meine Damen und Herren, daß wir hier zwei Jahre auf Landesebene durchaus konsensual reden und auf Bundesebene geht nichts weiter, das ist der wirkliche Skandal. (Beifall bei der ÖVP.) Und da bitte ich Sie schon, um diese strukturellen Behinderungen zu beseitigen, daß beide Seiten, die Wirtschaftsseite genauso wie die Gewerkschaftsseite, hier auch auf die Wiener Stellen von der Praxis her Einfluß nehmen. Die Qualifikation in der Steiermark ist ein Standortfaktor, da werden wir von vielen Betriebsansiedlungen immer wieder darauf hingewiesen, wir kommen, weil die Leute hier besonders gut qualifiziert und auch motiviert sind. Das heißt, daß sie hier auch in der dualen Ausbildung die richtigen Hinweise kriegen auf unternehmerisches Denken und unternehmerisches Handeln. Das ist meine Bitte, daß wir noch einmal von der Steiermark aus diese Initiative, die wir vor zwei Jahren in etwa gesetzt haben mit der Erklärung von Graz, noch einmal anrennen, noch einmal thematisieren und da uns nicht zu sehr jetzt in Schützengräben einer alten Ideologie einmauern oder uns in Schützengräben sozusagen behindern bei dem, was letztlich unsere Aufgabe ist.

Ich danke zum Abschluß, meine Damen und Herren, allen jenen, die im Bereich des Berufsschulwesens, von meiner Abteilung angefangen im Büro selbstverständlich auch, daß sehr innovativ, sehr aktiv hier gearbeitet wird. Die Mitglieder des Berufsschulbeirates sind wichtig, weil wir die Infora-Studie da ja lange diskutiert haben mit allen Betroffenen, Landeschulrat, Personalvertretern in den Berufsschulen, ist ein großer Bereich. Herr Wiedner, es stimmt schon, es gibt viele Berufsschullehrer, nur, es hat auch einen Wandel in den Lehrplänen gegeben, in den Anforderungen, also so einfach kann man sich das nicht machen. Es hat auch Reaktionen gegeben, es sind auch einige Strukturkonzepte zusammengelegt worden. Also dieses Strukturkonzept lebt ja, ist einstimmig beschlossen worden, wird von allen mitgetragen. Wir haben in den Investitionsvorhaben, wie bei der Lackierhalle oder auch in Gleichenberg, Kostenreduktionen mit diesem Konzept zustande gebracht. Es ist eigentlich alles auf einer relativ positiven Schiene, und meine Bitte ist, daß Sie auch diese Arbeit der Mitarbeiter vom Landtag aus unterstützen, wofür ich mich schon jetzt herzlich bedanke. (Beifall bei der ÖVP. – 9.39 Uhr.)

Präsident: Wir haben Besuch in der Zuschauer-galerie. Ich begrüße die 6. Klasse der Realschule Spielberg mit dem Herrn Lehrer Bürgermeister Roland Pucher. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Und jetzt erteile ich das Wort an den Herrn Abgeordneten Kröpfl.

Abg. Kröpfl (9.39 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren von der Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Landesbudget 1998 finden sich im Bereich der Jugendförderungen und der Suchtprävention überaus erfreulich hohe Ansätze. Diese hohen Geldmittel sind auch notwendig, wenn wir unsere Jugend wirklich fördern wollen und in bestimmten Bereichen auch entsprechende Maßnahmen setzen und durchziehen wollen. Das Landesbudget für Fördermaßnahmen insgesamt stieg um 1,8 Millionen Schilling, und im Bereich der Suchtprävention werden Mittel in der Höhe von 5,3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Für diese gute Budgetierung darf ich von dieser Stelle Frau Landesrat Dr. Anna Rieder und Herrn Landesrat Günter Dörflinger ganz besonders herzlich danken. Wie sozial denkend und wie verantwortungsvoll eine Gesellschaft ist, zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft, und dies sind vor allem die Kinder und die Jugendlichen und die älteren Menschen, umgeht.

Im Laufe der Zeit verändert sich jede Gesellschaft. Mit ihr ändert sich auch ihre Jugend. Werte, die vor ein paar Jahren noch Gültigkeit hatten, bedeuten heute nichts mehr. Erziehungsziele, Elternschaft, Familienstrukturen, Familiengrößen, Lebensziele und die Formen des Zusammenlebens haben sich verändert. Davor dürfen wir uns nicht verschließen und nicht den alten Wertmustern nachhängen. Wir müssen uns vielmehr den Anforderungen der heutigen Zeit stellen und den Ursachen, warum junge Menschen Probleme haben, auf den Grund gehen. Sehr belastend für unsere Kinder und Jugendlichen sind der hohe Leistungsdruck in den Schulen, aber auch in der Freizeit. Spannungen und Konflikte in der Familie, fehlende Anerkennung unter Gleichaltrigen, geringes Selbstwertgefühl, das Empfinden, ausgeschlossen zu sein, Gefühle von Einsamkeit, Leere, Sinnlosigkeit, mangelnde Liebe. Kinder und Jugendliche, die keine Lösung für diese Probleme sehen und die keine Unterstützung bekommen, sind sehr gefährdet, alkohol- und drogenabhängig zu werden. Dabei beginnt gerade beim Alkohol das Problem oft im Elternhaus. Bei familiären Festen und Feiern beginnen viele mit der Erlaubnis der Eltern zu trinken. Freilich werden Kinder beim Genuß eines Gläschens nicht gleich süchtig, wenn aber diese junge Menschen Probleme haben, sich den Anforderungen, die man an sie stellt, nicht gewachsen fühlen und sich nicht zu helfen wissen, dann können aus diesem einen Gläschen weitere Gläser werden. Mit Alkohol meinen auch Kinder und Jugendliche, ihre schlechten Gefühle loszuwerden. Sie fühlen sich erstmals besser, die Sorgen und Ängste werden durch den Alkohol zuge deckt, der Wunsch – und das ist die große Gefahr – nach Wiederholung entsteht. Und ganz langsam tritt eine Gewöhnung ein, und viele schlittern fast unbemerkt in die Abhängigkeit. Der Spruch „wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein braver Mann“ zeigt auch, welche Einstellung unsere Gesellschaft zur Droge Alkohol hat. In Österreich ist Alkohol zur Droge Nummer eins geworden.

Rund 250.000 Menschen sind alkoholkrank, und weitere 650.000 sind in Gefahr, dies zu werden. Kame der Alkohol erst heute und noch dazu aus einem fremden Kulturkreis zu uns, würde er vermutlich genauso verboten werden wie Haschisch, Opium und Kokain. Das Problem beim Alkoholkonsum ist in unserer

Gesellschaft deshalb so groß, weil fast jeder von uns – da nehme ich mich auch nicht aus – konsumiert diese Droge von Zeit zu Zeit. Und diese Droge wird in der Gesellschaft in weitem Maße toleriert, ja sogar noch gefördert. Denken Sie nur an das Theater mit der 0,5-Promille-Grenze, das ÖVP und Freieiwiliche im Bund aufführen, wenn es darum geht, diese Grenze einzuführen.

In diesem Zusammenhang muß auch festgehalten werden, daß man den Kindern und Jugendlichen den Zugang zum Alkohol sehr leicht macht. (Abg. Tasch: „Vorschlag: Jeden SPÖ-Abgeordneten kontrollieren, wenn er mit dem Auto fährt!“)

Ich vertrete da vielleicht ein bißchen andere Interessen als Sie, Herr Kollege.

Ein Versuch mit Kindern in Graz zeigte, wie leicht der Zugang zum Alkohol gemacht wird. Man hat drei Kinder losgeschickt in sechs Innenstadtlokale – und das waren Kinder, denen man wirklich angesehen hat, daß sie Kinder sind –, die haben dort härtere alkoholische Getränke bestellt und diese auch anstandslos bekommen. Da sieht man schon, welches Problem es gibt, daß der Zugang für unsere Jugend zum Alkohol zu leicht gemacht wird. Oder denken Sie nur daran, wie einfach es ist bei diversen Festen – und hier sind auch die Feuerwehr- und Sportfeste nicht ausgenommen –, wie leicht dort die jungen Menschen an den Alkohol herankommen. Ich appelliere dort an die Verantwortlichen, die diese Feste veranstalten, das zu unterbinden und zu verhindern.

In diesem Zusammenhang bin ich sehr froh darüber, daß im Entwurf zum neuen Jugendschutzgesetz die Droge „Alkohol“ nicht toleriert wird und daß man auf die Gefahren, die diese Droge beinhaltet, sehr genau hinweist.

Die Jugend, verehrte Damen und Herren, braucht einen äußeren Schutzrahmen. Wir sind verpflichtet, diesen Rahmen zu bieten.

Ich bin sehr froh darüber, daß es in diesem Jugendschutzgesetz auch einen Pflichtenkatalog für Unternehmer und für Gewerbetreibende geben wird und daß auch das Strafausmaß für Unternehmer, die aus Gewinnsucht an Jugendliche Alkohol ausschenken, wesentlich erhöht wurde.

Die Jugendlichen, die an der Entstehung dieses Entwurfes mitgewirkt haben, haben noch viel härtere Maßnahmen gefordert. Das zeigt, wie sensibel auch junge Menschen gemacht werden können.

Im Ansatz für Suchtprävention, den unser Landesrat Günter Dörflinger gesetzt hat, finde ich auch eine sehr, sehr gute Maßnahme, nämlich das Installieren von sogenannten Peers – von jungen Menschen, die in der Suchtprävention ausgebildet werden. Die können dann mit jungen Menschen darüber sprechen, denn von jungem Mann zu jungem Mann oder von jungem Mädchen zu jungem Mädchen spricht es sich oft leichter, als sich mancher Erwachsene tut, wenn er mit Jungen sprechen muß.

Meine Damen und Herren, unsere Jugend braucht die Hilfe von Erwachsenen. Wir aber brauchen unsere Jugend, und deshalb müssen wir sie unterstützen und schützen. (Beifall bei der SPÖ. – 9.47 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (9.47 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zur morgendlichen Stunde zwei Plädoyers anbringen. Ein erstes für die Arbeitsgemeinschaft „Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit“. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht nunmehr seit sechs Jahren, und sie leistet ganz wertvolle gesellschaftliche, gesellschaftspolitische Arbeit. Ich habe selber einige Veranstaltungen dieser Arbeitsgemeinschaft besucht. Ihr Problem ist nicht das Engagement der Damen und Herren, die diese Arbeitsgemeinschaft bilden. Ihr Problem ist nicht, daß sie wertvolle Arbeit für diese Gesellschaft leistet, diese Arbeitsgemeinschaft. Ihr Problem ist die Finanzierung, wie das überhaupt das Problem vieler privater und halbprivater Institutionen ist.

Es gibt für diese Arbeitsgemeinschaft im Landesbudget keinen fixen Ansatz. Sie lebt so quasi von der Hand in den Mund. Der Bund hat ebenfalls Finanzierungen in den letzten Jahren geleistet, zieht sich aber zunehmend zurück, weil er der Auffassung ist, daß diese Arbeitsgemeinschaft im Bereich des Landes tätig ist und daher vom Land finanziert werden muß.

Es hat Gott sei Dank einen Dreiparteienantrag gegeben, nämlich SPÖ, Grüne und Liberales Forum, der darauf zielt, daß im Landesbudget für diese Arbeitsgemeinschaft ein fixer Förderungsansatz enthalten ist. Ich hatte auf Grund dieses Dreiparteienantrages die Hoffnung, daß tatsächlich im Budget 1998 ein solcher Ansatz drinnen ist, aber im entsprechenden Ausschuß hat dann Herr Kollege Flecker gemeint, daß man diesen Antrag der Landesregierung zur Stellungnahme zuweisen könne und daß man darauf hoffen müsse, daß im Budget 1999 ein entsprechender Ansatz drinnen ist. Ich füge fairerweise hinzu, er hat dann auch gemeint, daß man vielleicht im Budgetvollzug des Jahres 1998 etwas für diese Arbeitsgemeinschaft abzweigen könnte.

Das ist mir, das ist uns – den Grünen und dem Liberalen Forum – zuwenig. Ich möchte daher folgenden Abänderungsantrag zum Budget stellen, der auf eine finanzielle Absicherung dieser Arbeitsgemeinschaft bereits im Jahre 1998 zielt. Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Zitz und Wabl stellen folgenden Abänderungsantrag:

Der Landtag der wolle beschließen: Zur finanziellen Absicherung der Arbeitsgemeinschaft „Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit“ wird der Ansatz 259335, Post 7670, um 1,5 Millionen Schilling erhöht.

Das zweite Plädoyer möchte ich für das Buch halten, meine Damen und Herren. Das Buch ist von den elektronischen Medien quasi überrollt worden. Eine der Folgen ist, daß auch wir in Österreich mit einem steigenden Analphabetismus zu kämpfen haben, weil so quasi das Lesen abhanden gekommen ist. Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus gesagt, wenn sich ein Landeshauptmann dieses Österreichs rühmt, daß er nur ein Buch im Jahr liest, dann ist das ein signifikantes Beispiel für den Stellenwert des Buches.

Lesen betrachte ich aber nicht nur als eine wichtige Kulturfertigkeit, sondern es geht auch um die Bibliotheken, um die öffentlichen Bibliotheken, die ein Schattendasein führen. Wenn man eine solche Bibliothek besucht, dann hat sie alten Bücherbestand, dann hat sie inattraktives Mobiliar, dann hat sie keine entsprechenden Computersysteme, mit deren Hilfe das Auffinden der Bücher, nicht nur in dieser Bibliothek, sondern quer durch Österreich, möglich ist. Wir möchten, daß die öffentlichen Bibliotheken auch finanziell aufgewertet werden. Öffentliche Bibliotheken können in einer Zeit mangelnder Kommunikation auch ein Ort der Begegnung sein. Das Buch ist etwas, was nicht nur den einzelnen erbauen kann. Das Buch kann auch die Phantasiewelt des einzelnen anregen. Das Buch ist auch ein Bindeglied zwischen Menschen verschiedener Generationen oder zwischen verschiedenen Kulturbereichen verschiedener Länder. Es hat in dieser Hinsicht auch eine friedensfördernde Wirkung.

Also, nochmals, wenn Sie so wollen, ein flammendes Plädoyer für das Lesen, für das Buch und für die öffentlichen Bibliotheken, die nach dem Geschmack des Liberalen Forums und der Grünen nicht entsprechend ausgestattet sind.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Zitz und Wabl stellen daher folgenden Abänderungsantrag zum Budget des Jahres 1998:

Um eine Förderung und Qualitätssteigerung von öffentlichen Bibliotheken zu erreichen, wird der Ansatz 279125, Post 7670, um 30,4 Millionen Schilling angehoben.

Es wäre schön, meine Damen und Herren, wenn Sie unserem Antrag Folge leisten würden. Ich bin mir bewußt, daß diese Hoffnung verlorene Liebesmühe ist, und darf daher eine zweite Hoffnung an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner plazieren. Wenn dieser Abänderungsantrag schon nicht angenommen werden wird, dann bitte ich wenigstens im Zuge des Budgetvollzuges, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sich um die öffentlichen Bibliotheken mehr zu kümmern, als das bisher der Fall gewesen ist. (9.53 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (9.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Erwachsenenbildung ist heute ein eigenständiger Sektor neben den Schulen, neben den Universitäten und neben den arbeitsmarktpolitischen Schulungen. Sie ist in hohem Maße privat organisiert und wird zu einem beträchtlichen Teil auch durch Teilnehmerbeiträge finanziert. Damit ist die Erwachsenenbildung für die öffentliche Hand sehr kostengünstig. Im öffentlichen Bildungssektor ist die Erwachsenenbildung nur ein kleines Bildungssegment. Dieses Landesbudget sieht rund 32 Millionen Schilling für die Erwachsenenbildung vor, im Vergleich zum gesamten Budget für Bildung und Wissenschaft mit über 9 Milliarden ein verschwindend kleiner Teil.

Meine Damen und Herren, das wird sich in Zukunft ändern müssen, der Stellenwert der Erwachsenenbildung wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewaltig verändern. Durch die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens wird die Erwachsenenbildung eine besondere Bedeutung erhalten. Heute dominiert bei uns die Grundausbildung. Der Stellenwert der Weiterbildung ist sehr gering. „Ich bin ausgeleert“, sagt der Volksmund, und damit hat es sich dann schon.

Österreich stellt heute 95 Prozent seiner Bildungsmittel der Grundausbildung zur Verfügung. Nur 5 Prozent entfallen auf die Weiterbildung. In den USA ist das heute schon anders. 60 Prozent Grund- und Erstausbildung, 40 Prozent Weiterbildung. Wenn man weiß, wie kurz die Halbwertszeit heute ist, fünf oder sechs Jahre in der Medizin, in der Technik, so wird bewußt, daß das heutige Bildungssystem mit einer guten Grundausbildung und dann fast nichts mehr nicht haltbar ist. Lernen auf Vorrat für ein langes Leben genügt nicht. Wir wissen, daß die Wettbewerbsfähigkeit und der Wohlstand der Zukunft massiv von der Bildung abhängen. Die Bildung ist die Ressource der Zukunft, nicht die Bodenschätze, nicht die guten Böden der Landwirtschaft, auch nicht das Kapital. Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat vor kurzem ein Bildungsprogramm vorgestellt: „Zukunftschance Qualifikation“, wo die Bildung der Zukunft und damit auch das lebenslange Lernen, also die Weiterbildung, einen besonderen Stellenwert hat.

Ich habe mir angeschaut, wo heute die Schwerpunkte der Erwachsenenbildung in der Steiermark liegen. In der EDV, bei den Sprachen, bei berufsspezifischen Themen, daneben werden von den allgemeinen Erwachsenenbildungsinstituten persönlichkeitsbildende Maßnahmen angeboten und auch angenommen. Begehrt sind die Schlüsselqualifikationen Kommunikation, Rhetorik, Moderation. Die Bildungshäuser und die Volkshochschulen sind Quellen zum Auftanken für viele Menschen. Erfreulich ist auch, daß es eine Reihe von Bildungsprojekten zur politischen Bildung gibt, die von der Österreichischen Gesellschaft zur politischen Bildung unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, wer besucht heute Erwachsenenbildungsveranstaltungen? Ich habe mir das angesehen. In Österreich relativ wenig Leute im internationalen Vergleich. 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung nehmen diese Angebote an, und da sind es auffallend überwiegend Personen mit einer hohen Grundausbildung. Das heißt, wir haben eine gewisse Chancenungleichheit, das ist ein Ansatz für die Politik. Wir werden in Zukunft dafür sorgen müssen, daß alle Kreise der Bevölkerung und auch alle Regionen Zugang zur Erwachsenenbildung bekommen!

Die Erwachsenenbildung steht an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert und zum nächsten Jahrtausend vor großen Veränderungen. Neue Technologien, Telelearning, Telekonferenzen werden die Erwachsenenbildung stark verändern. Es gibt heute schon Fernuniversitäten, so studieren zum Beispiel 2000 Österreicher an der Fernuniversität Hagen in Deutschland. Sie sind nur noch selten an der Universität anwesend, zu Gesprächen mit den Professoren, das andere geht per Computer. So wird auch die Erwachsenenbildung sich im nächsten Jahrhundert weiterverändern.

Bildung ist, wie gesagt, eine große Ressource und eine große Herausforderung für uns alle. Nehmen wir diese Herausforderung an! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.58 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Pußwald das Wort.

Abg. Pußwald (9.58 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Schon in der Regierungsrede hat Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic sich eindeutig für die Kinderbetreuung ausgesprochen. Und seither ist auch vieles im Land geschehen. Allein durch den Bund haben wir Unterstützungen in den Jahren 1997 und 1998 von etwa 2,6 Millionen Schilling, die ausschließlich für Kinderbetreuung Verwendung finden. Auch eine Neuregelung der Kinderbetreuung steht ins Haus oder vor dem Landtag. Diese Neuregelung möchte ich aber ausschließlich nur als das erste Drittel eines Gesamtwertes bezeichnen. Wenn tatsächlich Verhandlungen geführt werden, ist es unumgänglich, daß auch das Dienstrecht neu geregelt und die Förderungsrichtlinien neu erstellt werden müssen, um ein Gesamtkonzept vorliegen zu haben, das im Landtag beschossen werden kann. Abgesehen davon, daß im Kindergarten- und Hortgesetz 1991 doch sehr viel Positives bewegt werden konnte – unter anderem gab es einen gewaltigen Qualitätsschub, und viele Aktivitäten der damaligen Zeit wurden auf einen gesetzlichen Rahmen gestellt.

Nun folgt das Betreuungsgesetz. Was bedeutet Betreuung? Ist dieser Begriff nur ein Symbol dafür, daß weniger Auftrag an Bildung und Erziehung ergehen wird, oder ist dieser Begriff Betreuung ausschließlich auf das Alter der Kinder und auf die Obsorge außerhalb des Elternbereiches zu verstehen? Jedenfalls darf das Betreuungsgesetz unter keinen Umständen die Qualität für die Kinder mindern. Das, glaube ich, muß unser erster und unser wichtigster Auftrag sein, die Qualitätssicherung im Sinne der Kinder zu verstehen. Einige aufgezeigte Möglichkeiten im vorliegenden Gesetzesentwurf würde ich sehr hinterfragen und auch noch einmal prüfen. In weiten Teilen kommt diese Gesetzesvorlage natürlich den gesellschaftlichen Bedürfnissen entgegen und vor allem den frauenspezifischen Anliegen. Was grundsätzlich begrüßenswert ist, wenn jede Mutter während ihrer Berufsarbeit mit Sicherheit annehmen kann, daß ihr Kind gut betreut und versorgt ist, wird sie am Arbeitsplatz ihre Kraft entsprechend einbringen können. Die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand darf nicht nur bei den sogenannten öffentlichen Kindergärten enden, sondern wenn die Qualitätskriterien stimmen und die Qualitätsstandards vorhanden sind, dann ist selbstverständlich auch für die sogenannten privaten Kindergärten ein Förderungsmaßnahmenpaket zu erarbeiten. Die privaten Kindergärten – und darunter verstehe ich konfessionell geführte Kindergärten sowie auch wirklich von Privatpersonen und Privatinitiativen geführte Kindergärten – Kollegin Reinprecht meinte gestern, ich habe es schon in der Bank gehört, daß privat einfach privat ist und damit nicht Steuermittel an Private vergeben werden sollten. Jeder Private, der eine Dienstleistung anbietet, ist aber

interessiert, wenigstens einen Betriebserfolg zu erwirtschaften. Im Kindergartenbereich ist ein betriebswirtschaftlicher Erfolg in dem Sinne in der momentanen Situation überhaupt nicht erreichbar, und es ist notwendig, daß auch private Kindergärten öffentliche Unterstützung bekommen, auch wenn die Eltern mehr Geldmittel für die Betreuung aufwenden als in manchen der öffentlichen Formen. Ich fordere daher, daß eine Betriebsabgangsdeckung von der öffentlichen Hand gefördert wird.

Ein Wort noch zum Begriff Kinderbetreuerin. Der Begriff Kindergärtnerin ist einfach sehr klar in unseren Köpfen definiert, das ist eine hochqualifizierte Kleinkindpädagogin. „Kinderbetreuerin“ – ist das jetzt ein Übertitel oder ist das die ehemalige Helferin, die der Kindergärtnerin zugeordnet wurde?

Auch darüber, glaube ich, müßten wir noch einmal wirklich in einer klaren Definition überlegen, was ist damit gemeint.

Die Assistentin – ein weiterer Begriff – müßte auch neu beleuchtet werden, denn die Assistentin im alten Sinne war immer eine ausgebildete Kleinkindpädagogin, die keine Gruppenführung inne hatte.

Die Tagesmütter sind als familiennahe Ergänzung sehr individuell und sehr flexibel angeboten. Durch starre Betriebszeiten, wie sie im Gesetz vorgegeben sind, ist, glaube ich, genau dieses Qualitätskennzeichen nicht mehr gegeben, und die besondere Individualität wird durch starre Betriebszeiten sehr eingengt.

Einen ganz wesentlichen Punkt, der im Kindergartenbereich da ist, daß wir nicht den Eltern signalisieren, von ihrer Eigenverantwortung für Erziehung und für die Betreuung der Kinder entlassen zu werden, indem wir sehr ausschließlich Ganztagsformen fördern und fordern. Ich fordere im Gegensatz, Kindergartenbetreuung und Kinderbetreuung kann nur ergänzend in die Verantwortlichkeit, die im familiären Bereich unter Umständen nicht wahrgenommen werden kann, eingebunden werden.

Ich möchte in dem Kapitel noch einen zweiten, sehr wesentlichen Punkt ansprechen. Das ist auch im Sinne unseres Antrages. Die Landesbildstelle sollte einen besonderen Auftrag bekommen, sich mit Gewalt, Aggression in den Medien auseinanderzusetzen. Von Gewalt in Medien betroffen sind sowohl die Kleinstkinder und Kleinkinder als auch Schulkinder und pubertierende Kinder. Unsere Medien, egal, ob es die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sind oder der private Geschäftsbereich, der von CD-Rom über diverse Videofilme alles anbietet, ohne auf Gewaltfreiheit zu achten und der ethnischen oder der Persönlichkeitsentwicklung zu dienen, sollten zukünftig durch die Landesbildstelle begleitet werden. Die Landesbildstelle konnte einen ganz großen Schwerpunkt für die Zukunft setzen, Filme, Beiträge, Spots et cetera nach gewaltfreien Kriterien zu durchleuchten und prämiieren.

Auch in einem Regierungsbeschluß wurde festgelegt, daß das landwirtschaftliche Schulwesen, ähnlich wie es die gewerblichen Berufsschulen waren, von einer Strukturanalyse erfaßt werden sollte. Diese Strukturanalyse läuft zurzeit über die Firma Infora. Das ist dieselbe Firma, die seinerzeit oder die ein Jahr

davor die gewerblichen Berufsschulen durchleuchtet hat. Es geht darum, daß über diese Studie einmal die Ist-Situation, eine gemeinsame Ist-Situation, erarbeitet wird, um daraus Veränderungsvarianten vorzubereiten, die natürlich auf Nutzen, Kosten und Realisierbarkeit überprüft werden müssen. Auch ist zu hoffen, daß damit, ähnlich wie es in den gewerblichen Berufsschulen gelaufen ist, eine Unterstützung bei der Schaffung von erforderlichen Rahmenbedingungen ausgeht.

Nun, ein erster Zwischenbericht wurde Ende November vorgelegt. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Ich möchte das nur fertigmachen, bitte.

Es war leider von der Kollegenschaft aus den anderen Fraktionen beim Schulbeirat niemand gegenwärtig. Ich möchte etwas sehr Positives herausstreichen, daß 89 Prozent der Schüler, die dieses Schulwesen besuchen, aus bäuerlichen Familien stammen. Das wurde immer angezweifelt. Diese Studie ergab, daß 89 Prozent aller Schüler aus bäuerlichen Familien kommen, und 82 Prozent planen eine Hofübernahme. Junge Leute von 15, 16, 17 können natürlich noch nicht sagen, ob sie tatsächlich einen Hof übernehmen werden. 11 Prozent der 14jährigen wählen dieses Ausbildungssystem, verlassen es aber meistens nach einer einjährigen Ausbildung.

Wenn heute schon mehrmals zur Lehrlingsfrage gesprochen wurde, so sind Absolventen dieser Landwirtschaftsschulen gerngenommene und aufgenommene Lehrlinge, die in vielen Bereichen, der Metallverarbeitung, Bau-, Holzindustrie, immer wieder ihren Zugang in das Erwerbsleben finden. (Glockenzeichen des Präsidenten! – Präsident Dr. Strenitz: „Frau Kollegin, Sie haben schon einigermaßen überzogen. Ich weiß, daß Sie am Thema interessiert sind, ich bitte Sie, doch zum Ende zu kommen!“) Ich werde gleich zum Abschluß kommen.

Ich möchte alle ersuchen, auch wenn die Anwesenheit bei dieser ersten Information über die Infora-Studie des landwirtschaftlichen Schulwesens nicht so hervorragend war, daß Sie dieses Schulwesen unterstützen und auch die Möglichkeiten im finanziellen Rahmen schaffen, um Veränderungen und Erneuerungen durchzuführen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (10.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

1998 – und man kann mittlerweile auch schon sagen 1999 – wird der von Landeshauptmannstellvertreter Schachner eingeschlagene Kurs eines überproportional wachsenden Wissenschaftsbudgets fortgesetzt werden.

Wissenschaftspolitik ist damit und wurde damit zu einem zentralen Instrument der Technologiepolitik in unserem Bundesland mit dem zentralen Ziel der Schaffung und auch der Sicherung von Arbeitsplätzen, von qualitativ anspruchsvollen, know-how-intensiven Arbeitsplätzen.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir im Zusammenhang mit Wissenschaftspolitik und Forschungspolitik, doch einige Erfolgsindikatoren hier darzustellen, Erfolgsindikatoren der bisherigen Ära Schachner im Zusammenhang mit Wissenschafts- und Forschungspolitik. Es kann nicht oft genug betont werden, daß in unserem Bundesland fünf von elf Spezialforschungsbereichen angesiedelt sind, fünf von elf in Gesamtösterreich. Spezialforschungsbereiche, die nach einem harten Ausleseverfahren, nach einem harten Konkurrenzkampf in der Steiermark angesiedelt wurden vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unter dem Forschungsmanagement der Joanneum Research, wofür ich auch den beiden Geschäftsführern, Herrn Mag. Müller und Herrn Dr. Pelzl, sehr, sehr herzlich danken möchte. Joanneum Research hat einen sehr wesentlichen Beitrag zum Sieg in diesem harten Konkurrenzkampf geleistet. Diese Spezialforschungsbereiche werden mitunterstützt von Stadt und Land im Schlüssel zwei zu eins. Ohne diese finanzielle Unterstützung wäre diese Ansiedlung von fünf Spezialforschungsbereichen wohl auch nicht möglich gewesen.

Zweiter Erfolgsindikator für Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik in unserem Bundesland, den ich hier erwähnen möchte: Im Herbst 1995 eröffnete der erste Fachhochschullehrgang. Mittlerweile gibt es in unserem Bundesland bereits fünf derartige Fachhochschullehrgänge, die vom Technikum Joanneum betreut werden, und zwei von der WIFI Ges.m.b.H. – sehr erfolgreich, wie ich höre –, auch wiederum mit massiver Unterstützung unseres Bundeslandes, unseres Wissenschaftsressorts. Automatisierungstechnik etwa, angesiedelt bei der WIFI, wird mit 12,6 Millionen unterstützt.

In Graz und in Kapfenberg gibt es mittlerweile über 600 Fachhochschulstudierende. Im Vollausbau dieser Studiengänge werden es 800 bis 900 Studierende sein.

Zwei weitere Fachhochschullehrgänge sind bereits für 1998 in Vorbereitung. „Infrastrukturwirtschaft“ in Kapfenberg – auch ein sehr bewußter politischer Schritt, eine bewußte politische Entscheidung zur Dezentralisierung. Ich weiß, in Nuancen sind wir hier vielleicht unterschiedlicher Ansicht, Herr Prof. Jeglitsch. Ich glaube, daß das wiederum ein richtiger Schritt ist, diesen Studiengang in Kapfenberg anzusiedeln. Und der zweite, „Informationsmanagement“ in Graz, womit Graz einen Schritt weiter zu einem echten Fachhochschulstandort tun wird. Auch diese beiden Fachhochschullehrgänge würden denkbar sein und nicht realisiert werden können ohne Zuzahlung des Landes Steiermark zum Bundesanteil. Diese Zuzahlungen sind gesichert. Der politische Wille ist vorhanden. Sie werden geleistet. Diese beiden Fachhochschullehrgänge werden, so hoffe ich, 1998 in Graz und in Kapfenberg eingerichtet werden können. Und, meine Damen und Herren, es lohnt sich, der Nutzen ist ein hoher.

Denken Sie an den Fachhochschullehrgang Fahrzeugtechnik. Dieser Fachhochschullehrgang nimmt mittlerweile eine zentrale Position in der technologiepolitischen Strategie des Landes Steiermark ein und nimmt eine zentrale Position im Automobilcluster in unserem Bundesland ein mit all den positiven sozialen und ökonomischen Effekten, die uns bekannt sind.

Auch nach 1998 wird es weitergehen. Dieser expansive Kurs im Bereich der Fachhochschulen wird fortgesetzt werden. Zwei weitere Fachhochschullehrgänge wurden bereits positiv vom steirischen Fachhochschulbeirat behandelt. Geomatik in Rottenmann: ohne Wenn und Aber werden wir diesen Fachhochschullehrgang unterstützen und ihm zustimmen. Herr Hohegger, ich glaube, daß hier jedenfalls in der Steiermark keine weiteren Selbstzerfleischungaktionen, keine weiteren Reflexionen notwendig sind. Ich glaube, daß hier der Spruch des steirischen Fachhochschulbeirates wohlbegründet ist, daß hier wissenschaftliche Fundierung vorliegt, die wir kämpferisch vertreten müssen auf Bundesebene. Es wird gar nicht so leicht sein, diesen Fachhochschullehrgang wirklich durchzusetzen. Gleiches gilt selbstverständlich für Marketing und Bewirtschaftung des Alpenraumes in Irdning. Ich halte auch diesen Fachhochschullehrgang für wohlbegründet und für durchsetzbar, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Querschüsse, Zurufe kritischer Natur sind jetzt zu diesem Zeitpunkt nicht mehr angebracht. Wir sollten, wie gesagt, mit einer Stimme sprechen.

Die zentrale Herausforderung der Wissenschafts- und Technologiepolitik für 1998 wird allerdings die steirische Beteiligung an der Technologieoffensive des Bundes sein. Sie wissen, der Bund hat seine Technologiepolitik umstrukturiert. Es wird zu einem sehr, sehr harten Konkurrenzkampf zwischen den Bundesländern kommen, um Standorte beispielsweise bei den Kompetenzzentren. Ein sehr, sehr harter Kampf. Ich erlaube mir wirklich, hier eine mir sonst nicht so genehme militaristische Diktion anzunehmen, es wird zu einem harten Kampf zwischen den Bundesländern kommen. Aber dank des Wissenschaftsreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, Landeshauptmann Schachner, ist die Kriegskasse für 1998 und auch 1999 gefüllt: Die Wissenschaftsabteilung unter Leitung von Hofrat Piffl-Percevic, auch Joanneum Research sind für die Schlacht gewappnet, sie haben sich bereits in die Schlacht geworfen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

Abg. Dr. Reinprecht (10.16 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Abgeordnete Pußwald, ich glaube, es gilt hier, ein Mißverständnis auszuräumen. Ich habe nicht gemeint, daß private Kindergärten kein Geld aus der öffentlichen Hand bekommen sollten, sondern ich meine, daß wir mit offenen Karten spielen sollten, nämlich daß sich der Ausdruck privat nur auf die Trägerschaft bezieht, und nicht auf die Finanzierung. Denn wenn die öffentliche Hand hier nicht wirklich zuschießen würde, müßten fast alle dieser Kindergärten zusperren.

Ich möchte zum Thema Jugend einiges ausführlicher bemerken. Das Jugendbudget wurde durch folgende Umschichtungen ausgezeichnet: Der Topf für freie Förderungen wurde von von 3,284 Millionen auf 5 Millionen aufgestockt. Die Dotierung für Jugendzentren und kommunale Jugendarbeit wurde von

2,2 Millionen auf 2,5 Millionen erhöht. Logo 1799 mit dem neuen Logomobil erhält nicht mehr nur eine Million Schilling, sondern wird in Zukunft 2,2 Millionen Schilling erhalten.

Daß der Kinder- und Jugendliteraturpreis von 25.000 auf 200.000 Schilling angehoben wurde, wurde schon von meinem Vorredner, vom Herrn Abgeordneten Grabner, bemerkt. Er stellt somit den zweithöchsten Jugendbuchpreis im deutschen Sprachraum dar. Die Steiermark wird ob dieses attraktiven Preises weit über ihre Grenzen hinaus Interesse und Aufmerksamkeit erregen.

Ich möchte die wenigen mir zur Verfügung stehenden Minuten dafür nutzen, auf die uns ein Anliegen seienden Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche wieder einmal einzugehen. Exemplarisch möchte ich hier zwei Beispiele für Jugendbeteiligung nennen. Im ersten geht es um die Erarbeitung von Beteiligungsmodellen für Jugendliche im ersten Halbjahr 1997. Hier wurden 1000 Fragebögen an Schüler und Schülerinnen an Pflichtschulen, höheren Schulen und Berufsschulen verschickt, wie, in welchem Ausmaß und unter welchen Bedingungen Jugendliche mitreden wollen und bereit sind, sich zu engagieren. Ergebnis dieser, unter Patronanz der kommunalen Beratungsstelle des Landesjugendreferates und Landesrates Günter Dörflinger durchgeführten Befragung – übrigens: von 1000 Fragebögen kamen 803 zurück, was eine sehr hohe Rücklaufquote ist – war kurz gesagt folgendes. Natürlich kann ich das nur sehr verkürzt wiedergeben. Die Studie selbst „Jugendliche reden mit“ ist bei der kommunalen Beratungsstelle zu beziehen. 93 Prozent der Jugendlichen möchten über sie betreffende kommunale Vorhaben informiert werden. 88 Prozent wünschen sich Informationsveranstaltungen für Jugendliche in der Gemeinde, 60 Prozent würden gerne bei der Planung von Vorhaben, die Jugendliche betreffen, mitarbeiten. 48 Prozent würden gerne einem Jugendrat angehören, der Politiker und Politikerinnen berät. Das – kurz gefaßt – das Ergebnis dieser Befragung.

Zum Zweiten sollte „Jugend-Online Steiermark“ kurz erwähnt werden. „Jugend-Online Steiermark“ ist auch gleich die Internetadresse. Hier werden Leitlinien für die zukünftige Jugendpolitik und Jugendarbeit erarbeitet. Bisher haben hier zwei Fachtagungen mit über 100 Teilnehmern stattgefunden und zwei Projektteamsitzungen. Ich selbst nehme an diesen Fachtagungen teil, und ich hoffe auch, daß Vertreterinnen und Vertreter anderer politischer Parteien in Zukunft an diesen Leitlinien mitarbeiten werden.

Hinweisen möchte ich noch – und das mache ich jetzt schon des öfteren – auf unseren Antrag auf verbindliche Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Steiermärkischen Volksrechtegesetz, und wir haben hier die Themenführerschaft, und ich hoffe, wir werden sie auch behalten, daß wir auch hier mit den anderen Parteien auf einen grünen Zweig kommen. Danke fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ. – 10.21 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann.

Abg. Kaufmann (10.21 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Auch ich möchte hier für jene sprechen, für die jüngsten Mitglieder in unserer Gesellschaft, die selbst noch keine Stimme haben, für die wir sprechen müssen. Ich hoffe sehr, daß wir uns nach den Verhandlungen zum Kinderbetreuungsgesetz auf eine Stimme einigen, an der eben die Kleinsten, für die wir das Gesetz machen – also die Kinder –, an erster Stelle stehen, und an zweiter Stelle die Betroffenen, das sind Mütter, Frauen, sehr oft alleinerziehende Frauen, für die dieses Gesetz Verbesserungen bringen soll bei der Kinderbetreuung. Obwohl es sonst nicht sehr üblich ist, möchte ich ein Beispiel aus meinem Bereich, von mir selbst, bringen. Ich habe selbst zwei Kinder, die zwar jetzt schon aus dem Kindergartenalter erwachsen sind, aber ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie es mir gegangen ist, wie ich oft zwischen Stallarbeit und Kinderzimmer, zwischen Heuarbeit und Kinderzimmer und sehr oft zwischen Traktor und Kinderzimmer hin- und hergeflicht bin, weil ich niemanden gehabt habe zur Kinderbetreuung. (Abg. Dr. Lopatka: „Als Flitzerin waren Sie unterwegs?“) Ja, es klingt für sie vielleicht komisch.

Herr Kollege Lopatka, ich wünsche Ihnen nicht, in so eine Situation zu kommen, wo Sie wissen, daß Arbeit ansteht, Arbeit, die sofort erledigt werden muß, so wie es in der Landwirtschaft ist, wo Sie wissen, daß zwei Kinder auf Sie warten und wo Sie niemanden haben – die Großfamilien auf den Bauernhöfen gibt es leider nicht mehr –, der die Kinder betreut, wo Sie alles selbst machen müssen, wo die Kinder noch nicht in dem Alter sind, daß man sie in den Kindergarten schicken kann oder wo es vielleicht keine Betreuungsplätze für diese Kinder gibt. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich habe das Wort ‚flitzen‘ falsch verstanden!“) In diesem Sinn wollte ich das „Flitzen“ verstanden haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Jetzt habe ich es verstanden!“) Es geht dann auch noch weiter, es freut mich sehr, es ist ja sehr schnell gegangen.

Es geht ja dann noch weiter. Sind die Kinder im Kindergarten, dann ist dieser Kindergarten genau dann geschlossen, wenn eigentlich am meisten Arbeit anfällt – im Sommer, in der Ferienzeit. Und die Situation ist dann wieder die gleiche.

Ich bin daher sehr froh und kann das auch am besten schätzen, was es heißt, wenn ich aus dem Ressort von Frau Landesrätin Rieder höre, daß 80 Prozent der Kinder einen Kinderbetreuungsplatz haben. Ich glaube, daß das eine sehr große Prozentzahl ist. Ich weiß, 100 Prozent wäre das Beste, aber ich bin froh, daß wir bereits bei 80 Prozent sind.

Ich habe der Frau Kollegin Pußwald sehr genau zugehört und möchte auch hier sagen, ich halte nicht viel davon, wenn wir ein Gesetz, das sich jetzt in der Anhörungsphase befindet, über das wir noch nicht verhandelt haben, jetzt schon schlechtmachen. Ich glaube, daß wir uns eingehendst darüber unterhalten sollten. (Abg. Schützenhöfer: „Es wäre gut, wenn Sie das Ihrem Klubobmann auch zum Objektivierungsgesetz sagen!“) Okay, aber redet ihr nicht miteinander? Doch!

Ich möchte bei diesem Kinderbetreuungsgesetz besonders hervorheben die Tagesmütter. Die Tagesmütter werden in diesem Gesetz als eigener Berufs-

stand verankert. Ich finde es gut, daß damit beiden Gruppen von Müttern geholfen wird, nämlich jenen, die arbeiten müssen, und jenen, die trotz Kleinkindern arbeiten können, mit der Berufsbezeichnung „Tagesmutter“. Durch diese Tagesmütter ist es möglich, Kinder jeder Altersgruppe zu flexiblen Zeiten, also auch in der Ferienzeit, zu betreuen.

Durch das neue Kinderbetreuungsgesetz soll eine Vielfalt an Betreuungseinrichtungen ermöglicht werden. Für alle diese Einrichtungen, also nicht nur wie bisher für Kindergärten, soll es Fördermöglichkeiten geben. Ich möchte hier als Beispiel, weil wir auch im Bezirk Leoben eines haben, das Kinderhaus anführen.

Frau Landesrätin Rieder hat der Landesregierung im April 1997 die Schaffung von Kinderhäusern vorgeschlagen, und dafür gibt es eine einstimmige Genehmigung. Dieses Projekt ist ein Pilotprojekt, vorläufig nur für zehn Standorte. Zwei Standorte sind bereits in Betrieb und, wie gesagt, auch Leoben. Die Kinderhäuser nehmen auf die geänderten Bedürfnisse der berufstätigen Eltern, insbesondere der Alleinerzieherinnen, Rücksicht. Sie werden als Ganztagsform mit Mittagsverpflegung angeboten und erlauben eine altersübergreifende Betreuung. Ein Kinderhaus besteht aus sechs Kindern im Alter von eineinhalb bis drei Jahren, aus 20 Kindergartenkindern und sechs Schulkindern. Diese Betreuungsform wurde als positiv angenommen. Die zehn möglichen Standorte waren in kürzester Zeit vergeben. Wie gesagt, dieses Kinderhaus ist im Kinderbetreuungsgesetz verankert.

Auch mir ist klar, und so soll es auch sein, die Betreuung und die Erziehung durch die Familie kann nur ergänzt, aber nicht ersetzt werden.

Ich möchte mich bei Frau Landesrätin Rieder bedanken für das, was in diesem Bereich passiert ist, und für das, was in diesem Bereich für die Zukunft geplant ist. Durch ihren Einsatz ist es möglich, daß in der Steiermark 70 Kinderbetreuungsprojekte durch die sogenannte Kindergartenmilliarde gefördert werden. Ein äußerst positiver Effekt ist, daß durch diese Mittel nicht nur um 2000 Kinder mehr betreut werden können, sondern daß dadurch auch über 200 Frauenarbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Ich hoffe, daß mit diesem Kinderbetreuungsgesetz eben genau für die Betroffenen, für die Kinder und für die Mütter, Erleichterungen und Verbesserungen geschaffen werden können. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Vorläufig letzter Redner aus den Reihen der Abgeordneten ist der Herr Abgeordnete Schleich. Er hat das Wort.

Abg. Schleich (10.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf bei der Monika Kaufmann anschließen, wenn es um die Kinderbetreuung geht und um die Kindergärten. Sie hat ja hier aufgezeigt, was da alles passiert ist und wie wichtig es ist, daß wir für unsere Jüngsten für die Zukunft auch die nötige Investition und auch das nötige Verständnis einbringen.

Als wir 1994 hier das Kindergarten- und Hortgesetz beschlossen haben und damals noch hart darum kämpfen mußten, daß es Höchstgrenzen bei den

Kindergärten gibt, die eigentlich 1998 – also dieses Jahr – in Kraft treten, daß höchstens 25 Kinder in einer Kindergartengruppe sein dürfen, auch für jene Kindergärten, die schon älter sind – also die Übergangsbestimmungen enden –, stand damals das Ziel hier voran, daß man auf 20 Kinder kürzt, um die Kinderbetreuung zu verbessern.

Aber was sich in Wirklichkeit in diesem Ressort getan hat, das sieht man an den Zahlen, und das kann man auch an Beispielen sehen. Wenn ich nur den 8. Dezember hernehme, wo die Geschäfte offen hatten und sehr viele Verkäuferinnen arbeiten mußten und kein Kindergarten offen hatte, so kann sich jeder von euch vorstellen, mit welchem Problem eine Mutter zu kämpfen hat, wenn sie nicht weiß, wo sie ihre Kinder hintun soll. Ich glaube, das allein zeigt uns auf, wenn wir schon flexibel sind, dann müssen wir auch dort, wo es die Einrichtungen dafür gibt, flexibel werden, und das kostet eben mehr Geld. Man kann nicht nur sagen, die Wirtschaft verdient mehr, das kostet auch den Staat mehr. Und dazu müssen wir uns auch bekennen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte nur etwas die Zahlen hier in Erinnerung bringen: 1991 hat unser Erster Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner das Ressort übernommen. Seit damals haben wir um 237 Gruppen erhöht, denn damals waren es 976, und heute sind es 1213 Gruppen, die wir zu betreuen haben. Also, Sie sehen, was sich auf diesem Sektor getan hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch deutlicher sieht man es natürlich an den Kindern. Wenn wir heute 27.000 Kinder zu betreuen haben, waren es damals 23.200 Kinder, das heißt um 3800 mehr. Also, hier hat sich wirklich vieles bewegt. Heute haben wir 662 Kindergärten und immerhin 1505 Kindergärtnerinnen beschäftigt. Also auch am Beschäftigungsstand ist das ein sehr wichtiger Faktor in unserer Gesellschaft, den wir nicht übersehen dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das schlägt sich natürlich auch hier am Baufonds nieder. Wenn man bedenkt, daß 1991, als Peter Schachner dieses Ressort übernommen hat, 8,6 Millionen Schilling im Ressort waren und daß es heute – übernommen durch unsere Landesrätin Anna Rieder 1997 – 70 Millionen Schilling im Baufonds sind und auf Grund der Bundesmilliarde plus 40 Millionen Schilling, ich glaube, dann sieht man, was sich hier auf diesem Sektor tut. Und es ist noch zu wenig, wenn man weiß, daß man noch flexibler werden muß.

Bei der Personalförderung ist es ungefähr gleich – 1991: 150 Millionen Schilling, jetzt sind es 336 Millionen Schilling. Also hier hat sich wirklich einiges bewegt, und das ist auch wichtig.

Gehen wir zu den Öffnungszeiten, so haben wir leider noch immer den Stand, daß 75 Prozent der Kindergärten nur sechs Stunden offen haben. Ich glaube, auch hier sehen Sie, daß es nur 25 Prozent sind, die flexibel sind, und ich hoffe, daß das neue Gesetz, dem Sie ja hoffentlich alle zustimmen werden, hier einiges verändern wird.

Über das Modell „Kinderhaus“ hat meine Vorgängerin Monika Kaufmann berichtet, welche Möglichkeiten wir jetzt haben. In meiner Gemeinde, von der Volkshilfe betrieben, findet so ein Kinderhaus auch

schon statt und ist in die Praxis auch schon umgesetzt. Es ist übrigens ein Kindergarten, der sich sehen lassen kann, der von zirka 200 Bussen im Jahr besichtigt, gerne fotografiert und mit nach Hause genommen wird, da es ein Kinderhaus ist, wo nicht nur Kinder gerne hingehen, sondern das auch von außen zeigt, daß hier Kinder zu Hause sind.

Ich halte dieses Modell für sehr, sehr gut. Es wird sich auch bewähren, da es die Möglichkeit gibt, auch in kleineren Gemeinden, wo ein- oder zweigruppige Kindergärten sind, daß die Kleinen, bis Dreijährigen, diesen besuchen können, weil dort sechs Kinder unter drei Jahren einziehen können und auch jene, die eine Schulbetreuung brauchen beziehungsweise wenn die Kinder nicht wissen, wo sie nach der Schule hingehen können, auch dort hin können, damit die Mütter auch ihrer Arbeit nachgehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt natürlich auch immer wieder Dinge, die wir uns nicht wünschen. So wie zum Beispiel vor kurzem in der Gemeinde Edelsbach im Bezirk Feldbach der Bürgermeister die zweite Gruppe zugesperrt hat, weil er sagt, wir sperren die zweite Gruppe nicht auf, wenn zirka 30 Kinder sind, weil da kann ich ein bißchen erhöhen und die zweite Gruppe zumachen. Ich glaube, dieser Weg darf nicht beschritten werden, er hat ja auch auf die Hälfte der Förderung für die zweite Gruppe verzichtet, obwohl bei der Gemeinderatssitzung, wo die Bevölkerung und die Eltern massiv dagegen aufgetreten sind und über 25 Eltern anwesend waren und darum gebeten haben, dies nicht zu tun, wurde es durchgezogen, mit dem Verdacht, daß man hier eine Kindergärtnerin wegbringt, um das nächste Mal, wenn er es wahrscheinlich wieder erhöhen muß, weil der Bedarf da ist, eine andere anstellen zu können. Ich hoffe, daß solche Dinge nicht zu oft vorkommen und daß man seitens des Landes hier auch vorsichtig umgeht und solche Genehmigungen für Erhöhungen der Gruppenzahl in Kindergärten nicht so einfach gibt, wenn man denkt, daß man das Ziel 20 Kinder im Auge hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber ich möchte am Schluß wirklich noch einmal erwähnen, daß Sozialdemokraten für die Jugend da sind. Peter Schachner hat 1991 übernommen. Anna Rieder hat dieses Ressort weitergeführt, und ich glaube, hier hat sich soviel bewegt, daß wir alle um Ihr Verständnis bitten, daß man hier natürlich auch dazu mehr Geld braucht, um für unsere Zukunft und für unsere Jugend zu sorgen. Danke für die Aufmerksamkeit, auch an dich, Martin Wabl. (Beifall bei der SPÖ. – 10.35 Uhr.)

Präsident. Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich die Frau Landesrätin Rieder gemeldet. Sie hat das Wort.

Landesrätin Dr. Rieder (10.35 Uhr): Danke, Herr Präsident! Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich mich nun zum Bereich Kindergärten und Pflichtschulwesen zu Wort melden darf, so möchte ich eingangs feststellen, daß wir in einer Zeit besonderer Herausforderung leben, einer Zeit eines verschärften Wettbewerbs in einem vereinten Europa und auch in einer Zeit, in der Arbeitsplätze knapp sind. Ich glaube daher feststellen zu können, daß dem Bildungsbereich

eine ganz besondere Bedeutung zukommt, und damit spreche ich nicht nur die Pflichtschulen an, sondern selbstverständlich auch die Kindergärten, die neben der Kinderbetreuung auch vorschulische Aufgaben zu erfüllen haben.

Bildung und Lebenschancen bedingen sich gegenseitig. Die Schule hat spezifische Qualifikationen zu vermitteln, sie wirkt aber auch immer stärker – und das möchte ich betonen – als Selektions- und Integrationsfaktor für die Gesellschaft und für den Arbeitsmarkt. Somit steht auch für uns alle, darf ich sagen, außer Streit, daß Investitionen in Erziehung, Bildung, Ausbildung, Investitionen sind, die unverzichtbar sind, die sinnvoll sind, weil wir uns bewußt sein müssen, daß jene Bildung, die einem jungen Menschen entsprechend pädagogisch und sinnvoll aufbereitet vermittelt wird, die Lebenschancen ganz gewaltig erhöht. Der Erfolg dieser Aufwendungen ist leider nicht sofort ablesbar. Was aber wohl feststellbar ist, wenn Versäumnisse vorkommen, weil dann in den Folgejahren deutlich spürbar wird, daß eben zum Beispiel die Arbeitsplatzchancen sinken und nicht so angenommen werden können. Nachqualifikationen sind nur mit einem besonderen Einsatz und Mühe nachholbar. Umso mehr freut es mich daher, daß in meinem Ressort im Schulbereich die Rahmenbedingungen bestmöglich abgesteckt wurden. Im Kindergartenbereich sind sogar ganz erhebliche Budgetaufstockungen möglich gewesen.

Lassen Sie mich vorerst kurz auf den Aufgabenbereich im Pflichtschulbereich zu sprechen kommen. Es ist heute schon erwähnt worden, über 100.000 steirische Schülerinnen und Schüler werden in 840 Pflichtschulen von weit über 1000 Pflichtschullehrern unterrichtet. Und, Frau Abgeordnete Beutl, wenn Sie gesagt haben, die Anzahl der Dienstposten ist rückläufig, möchte ich Ihnen etwas widersprechen, im Volksschulbereich stagniert die Anzahl, im Hauptschulbereich geht sie zurück, aber in den Integrationsklassen ist eine große Anzahl von Dienstposten geschaffen worden, und darüber freuen wir uns, gerade im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation bezüglich Lehrer.

Ganz wesentlich geprägt ist unser Schulsystem durch Entwicklungen wie eine stärkere Regionalisierung statt zentralistischer Vorgaben, marktwirtschaftliche Prinzipien. Jeder Schulstandort ist bemüht, Eigeninitiativen zu ergreifen, Profil zu zeigen und damit eine bestmögliche Bildungsqualität anzubieten. Verstärkte Autonomie der Schule ist spürbar, sie bezieht sich nicht nur auf Lehrplaninhalte, sondern auch auf finanzielle Belange. Ich möchte feststellen, daß diese Entwicklung grundsätzlich positiv ist, da durch den verstärkten Wettbewerb jede Schule sich bemüht, eine besondere Qualität der Bildung bestmöglich zu halten und dadurch auch attraktiver zu sein. Gefahren sehe ich im Bereich der finanziellen Autonomie, und zwar dann, wenn die fehlenden finanziellen Mittel auf Bundesebene bewirken, daß man die Autonomie auf die Basis überträgt.

Ich glaube, und das möchte ich feststellen, die öffentliche Hand hat die Aufgabe und Verpflichtung, die notwendigen Personal- und Sachressourcen bereitzustellen. Der Weg, finanzielle Mittel durch Privatsponsoring aufzubringen, ist für mich bedenklich. Deshalb bedenklich, weil der Zugang zur Bildung

durch eine Verzerrung der Chancengleichheit beeinträchtigt wird. (Beifall bei der SPÖ.) Man braucht nur eine große städtische Schule gegenüberstellen mit einer kleinen Landschule, ich glaube, die Attraktivität dieser Schulstandorte ist unterschiedlichst zu betrachten. Ich habe mich daher auch bemüht, Projekte von Pflichtschulen, soweit es möglich ist, entsprechend zu unterstützen. Welche Projekte meine ich? Ich meine interkulturelles Lernen, Erste-Hilfe-Kurse, Fremdsprachenschwerpunkte, Förderung von Musikunterricht und vieles mehr. Ich halte diese Projekte für sinnvoll, nützlich. Ich möchte sagen, sie sind das Salz im täglichen schulischen Alltag.

Um optimale Rahmenbedingungen für unsere Schulen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch für die Zukunft sicherzustellen, habe ich vier Landesgesetze vorbereitet. Das Schulzeitgesetz ist bereits beschlossen. Das Schulorganisationsgesetz ist ausverhandelt, liegt im Ausschuß und wird im Jänner, glaube ich, ebenfalls beschlossen werden. Parteienverhandlungen gibt es noch zum Pflichtschulhaltungsgesetz und zum Lehrerdienstrechtsgesetz. Mit diesen beiden Gesetzen werden grundlegende Ziele in den Reformen eingeleitet. Ich spreche an die Aufwertung des Polytechnischen Lehrganges zur Polytechnischen Schule, wobei ich mich sehr freue, daß in den Parteienverhandlungen von allen Fraktionen die Notwendigkeit der Sicherung von Kleinstschulen in geographischen Randbereichen für notwendig erachtet wird. Ich spreche an die Polytechnische Schule im Mariazeller Land oder zum Beispiel im Ennstal. Weiters ist vorgesehen, für eine entsprechende Beistellung des Hilfs- und Pflegepersonals für behinderte Schüler zu sorgen.

Der dritte Punkt ist die Einführung von Objektivierungsmaßnahmen bei den Schulleiterbestellungen. Für mich als Schulreferentin, aber ebenso als Sozialreferentin besonders erfreulich ist, daß die Integration im Regelschulbereich in unserem Bundesland so schnell umgesetzt werden konnte. Es ist heute schon und gestern abends angeführt worden, im Volksschulbereich bereits 80 Prozent der behinderten Schüler integriert. Im Hauptschulbereich sind es bereits 40 Prozent, obwohl nach gesetzlicher Lage die Integration erst seit diesem Schuljahr möglich ist. Wir haben aber eine große Anzahl von Schulversuchen gehabt, die eben diese Integration möglich gemacht haben. Diesen erfolgreichen Weg gilt es natürlich fortzusetzen. Warum war dieser erfolgreiche Weg möglich? Dank einer aufgeschlossenen, engagierten Lehrerschaft, die mit viel Eigeninitiative an diese Integration herangegangen ist. Und ich glaube, es geziemt sich in dieser Stunde, daß ich mich bei allen Pflichtschullehrern der Steiermark für dieses Engagement und für dieses Verständnis ganz, ganz herzlich bedanke. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich nun auf den Kindergartenbereich zu sprechen kommen darf, so möchte ich eingangs feststellen können, daß das Land Steiermark mit großem Stolz auf die erbrachten Leistungen in diesem Jahr zurückblicken kann. Es gab noch nie einen derartigen Investitionsschub, wie er in diesem Jahr stattgefunden hat. Es wurden aber auch wesentliche Neuerungen und Weichenstellungen für die kommenden Jahre gesetzt. Und dafür möchte ich gerne einige Beispiele nennen:

Die Kindergartenmilliarde, es waren 600 Millionen Schilling, der Anteil der Steiermark 82 Millionen Schilling, hat viel in Bewegung gebracht. 70 Projekte konnten wir einreichen und haben damit 72 Millionen sofort aberufen. Die restlichen 10 Millionen stehen Anfang des kommenden Jahres zur Verfügung. Das Land Steiermark hat diesen Betrag verdoppelt. 40 Millionen Schilling werden von Landesseite heuer zur Verfügung gestellt, 42 Millionen werden es im kommenden Jahr sein.

Durch die vereinbarte Vorgangsweise, wonach für jedes Projekt von Bundesseite 25 Prozent, von Landesseite ebenso 25 Prozent und von den Trägern 50 Prozent aufzubringen sind, bewirkt, daß wir mit einem Gesamtvolumen von 330 Millionen Schilling rechnen können. Das bedeutet – es ist heute und mehrfach schon angeführt worden – 2000 zusätzliche Betreuungspätze, weit über 200 Arbeitsplätze, Frauenarbeitsplätze, und natürlich auch einen ganz erheblichen Impuls für die Bauwirtschaft und für die Zuliefergewerbe.

Auch das ist schon erwähnt worden, wir haben im April ein neues Projekt „Kinderhaus“ bewilligt in der Landesregierung, zehn Standorte sind vorgesehen. Es ist ein altersübergreifendes Projekt, wo Kinder, die ansonsten in Krabbelstuben, Kindergärten oder in einem Schülerhort betreut werden, zusammen betreut werden können. Das Echo dieser Kinderhäuser ist überaus positiv und das Interesse nach weiteren Projekten groß. Aber ich glaube, eine Bewilligung weiterer Projekte wird nicht notwendig sein, weil wir ja ein neues Kinderbetreuungsgesetz planen.

Angesichts einer gesellschaftlichen Entwicklung, die davon geprägt ist, daß wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zur Kenntnis nehmen müssen, zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Karenzzeiten gekürzt wurden und leider die Scheidungsrate im Steigen ist und wir daher eine große Anzahl von Alleinerziehern, Alleinerzieherinnen haben, ist es notwendig, ein neues Gesetz einzubringen. Es soll das bisherige Kindergartengesetz, welches für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren zuständig ist, ablösen und sämtliche Betreuungsformen für 0 bis 15 beinhalten. Damit meine ich die Tagesmütter, Krabbelstuben, Kindergärten und Schülerhorte. Vorgesehen habe ich in diesem neuen Gesetz flexible Öffnungszeiten, die sich natürlich von den Schulferien absetzen werden, eine multifunktionale Raumnutzung und natürlich auch die Verankerung des Berufsbildes der Tagesmutter, die die Bezeichnung „Kinderbetreuerin“ bekommen wird.

Ich hätte gerne auf die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Keshmiri geantwortet und ihr gesagt zu ihrer Feststellung, daß wir für abgegebene Kinder keine Subvention zur Verfügung stellen. Ja, selbstverständlich, wir wollen keine abgegebenen Kinder. Wir wollen eine ganz besondere Qualität in der Betreuung sicherstellen und geben nur dann Subventionen – und werden das auch künftig so vorsehen –, wenn die pädagogischen Konzepte entsprechend vorliegen.

Das Kinderbetreuungsgesetz befindet sich in den letzten Tagen der Anhörung. Ich möchte es noch in diesem Jahr in die Regierung einbringen, damit es dann im nächsten Jahr in den Unterausschüssen behandelt werden kann und wir uns doch in absehbarer Zeit über ein neues Gesetz freuen können.

Ich habe den Plan, daß dieses Gesetz dann Schritt für Schritt umgesetzt wird, und würde meinen, daß in einem Zehnjahresfahrplan der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersgruppen abgeschlossen sein wird.

Mein Ziel ist es weiter, daß alle Kinderbetreuungseinrichtungen Förderungsbeiträge bekommen, wobei die Höhe dieser Förderungen sich nach den Öffnungszeiten richten soll.

Zum Schluß noch ein Wort zu den Heilpädagogischen Kindergärten. Wir können uns freuen, daß wir in der Steiermark ein flächendeckendes Netz von Betreuungsplätzen für Kinder mit besonderem Therapiebedarf anbieten können. Mit der Eröffnung des Integrationskindergartens in Scheifling und mit dem Baubeginn des Heilpädagogischen Kindergartens in Köflach sind nun die beiden weißen Flecken, die wir hier zu verzeichnen haben, verschwunden. Das ist sicherlich ein großer Erfolg, auf den wir gemeinsam stolz sein können.

Gestatten Sie mir noch zum Schluß einen Dank an die Kollegenschaft in der Rechtsabteilung 13. Mir ist es natürlich auch ein ganz besonderes Bedürfnis, dir, Herr Hofrat Urabic, wo du nur mehr einige Tage im Dienst sein wirst, für deinen weiteren Lebensweg alles Gute zu wünschen und dir vor allem für die gute Zusammenarbeit und für dein vielseitig gezeigtes Verständnis ganz herzlich zu danken. (Allgemeiner Beifall. – 10.50 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Bevor ich dem Herrn Landesrat Dörflinger das Wort erteile, möchte ich die anwesenden 46 Schülerinnen des zweiten Jahrganges der Hauswirtschaftsschule Großlobming in Begleitung der Damen Anna Arch, Renate Lanz, Heidemarie Zöhrer und Irmgard Gföller sehr herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (10.50 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich vorweg einmal bei all jenen bedanken, die im Rahmen der Gruppe 2 zum Bereich der Jugend geredet haben. Erlauben Sie mir aber, vielleicht einen Wunsch anzubringen oder eine Kritik anzumerken. Ich bin eigentlich nicht ganz zufrieden und war das auch nie, als ich in den Reihen unten gesessen bin, wie wir das Budgetkapitel 2 abhandeln. Ich habe, wenn ich das so burschikos sagen darf, so ein bißchen das Gefühl, daß es da so mit Kraut und Rüben zugeht. Wir haben das Problem, daß wir zwischen Problemen der Wissenschaft, Jugend, Suchtprävention, Kindergärten, Schulen herumkurven. Ich meine ganz einfach, daß es sehr, sehr sinnvoll war, den Sport da herauszulösen und die Gruppe zweigeteilt zu diskutieren. Ich glaube aber, daß es im Interesse der Jugend unseres Landes wäre und der Beschäftigung mit diesem Thema, wenn wir diese Gruppe vielleicht sogar dreiteilen würden. Ich glaube, daß es sinnvoll wäre, daß wir im Rahmen des Budgets wirklich einen eigenen Punkt „Jugend“ haben, so, wie wir das mit dem Sport machen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und dem LIF.)

Daß wir auch im Bereich Jugend einmal in eine Debatte hineinkommen könnten, wo wir uns wirklich

mit dem Thema auseinandersetzen und dann nicht ununterbrochen mit anderen Problemen konfrontiert werden. Lassen Sie mich vielleicht eines sagen, und das nach eineinhalb Jahren in diesem Bereich, in diesem Ressort, es tut ein bißchen weh, wenn man die ganze öffentliche Diskussion zum Thema „Jugend“ sich anschaut.

Wir müssen davon ausgehen, daß wir uns mit Jugend in der Regel dann beschäftigen, wenn es Probleme gibt. Wir diskutieren ausschließlich die Fragen Suchtmißbrauch, Verkehrsunfälle, Gewalt und Schwierigkeiten. Ich sage dazu, meine Damen und Herren, wenn Sie das Ressort genau anschauen, wenn Sie sich anschauen, was in diesen Bereichen gemacht wird, es gibt nicht nur Probleme bei den jungen Leuten. Da gibt es einen Berg von tollen, interessanten, klassischen Projekten, von tollen, interessanten Leuten, von tollen Maßnahmen, die gesetzt werden, die nicht nur mit Problemen zu tun haben, sondern die Jugend ist eigentlich viel, viel besser, als sie in der ganzen medialen und öffentlichen Diskussion in Wirklichkeit dargestellt wird. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich würde Sie also bitten, ich weiß nicht, wie das möglich ist, daß wir es schaffen, daß wir bei der nächsten Budgetdebatte einen eigenen Themenbereich „Jugend“ hätten, daß wir uns da intensiv auch damit auseinandersetzen können.

Ich möchte Ihnen ein paar Schwerpunkte aus dem Ressort näherbringen, die heute von den Abgeordneten auch schon angeführt wurden:

Frage Suchtprävention: Meine Damen und Herren, wir haben im letzten Jahr hier sicherlich einen Meilenstein gesetzt mit der Einrichtung dieser Fachstelle für Suchtprävention. Wir haben diese Fachstelle auch entsprechend dotiert, und wir können bereits Anfang dieses Jahres in den Bezirken draußen zu arbeiten beginnen. Wir haben ausgebildete Leute, die in den Bezirken mit den Leuten in den Schulen, in den Vereinen gemeinsam Projekte machen, gemeinsame Maßnahmen setzen. Und es geht uns da ein bißchen wie dem berühmten Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird, daß wir bereits, wenn das Projekt startet, eigentlich wissen, daß wir viel zu wenig Leute haben, daß wir nicht alle Projekte bedienen können, nicht alle versorgen können, weil das Problem Sucht und Drogenmißbrauch natürlich in den Gemeinden eine riesige Rolle spielt. Ich möchte dazu aber auch sehr klar sagen, diese Frage ist nicht nur eine Frage der illegalen Drogen – und das wurde heute in dankenswerter Weise schon angeführt. Wir müssen uns im klaren sein, daß Suchtverhalten viel, viel früher entsteht, Suchtverhalten nicht nur die illegalen Drogen umfaßt, sondern eben Nikotin, Alkohol und alles andere dazu. Und jeder, der sich dafür ein bißchen interessiert, müßte eigentlich mit schrillenden Alarmglocken in der Gegend herumrennen, wenn er zum Beispiel in der großen Suchtstudie, die wir in der Steiermark gemacht haben, nachlesen muß, daß bereits ein erheblicher Anteil von Kindern in der Unterstufe von den Eltern entweder mit Aufputschmitteln oder mit Beruhigungsmitteln vor Prüfungen versorgt wird, daß Eltern hergehen und ihre Kinder bereits mit acht, neun Jahren mit irgendwelchen Mitteln behandeln, damit sie in der Schule mehr zusammenbringen,

damit sie bei Prüfungen besser bestehen können. Das sind alles Bereiche, die in diesen Bereich der Suchtprävention hineingehören und um den wir uns intensiv kümmern wollen.

Der zweite Bereich ist die Frage Gewalt. Es wurde auch von einigen Rednern angeführt, die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt und Rechts extremismus im Bereich des Landes. Ich bin auch sehr dankbar für jede Unterstützung, die wir hier bekommen, und wir werden auch schauen, daß wir die Mittel weiterhin dort aufstocken können. Eine große Bitte hätte ich, und ich glaube, daß wir vielleicht in nächster Zeit dazukommen können, daß wir wenigstens die personelle Absicherung der Leute, die dort arbeiten, zustandebringen und daß nicht einer der Mitarbeiter dort von einem Jahr auf das andere nicht weiß, kann er weitermachen oder kann er nicht weitermachen. Die machen eine großartige Arbeit, und das funktioniert auch sehr gut.

Der dritte Punkt, der uns im Ressort eigentlich sehr viel Spaß gemacht hat und wo wir auch sehr, sehr gute Reaktionen haben, ist die Frage der Infostelle „Logo“, die wir mobil gemacht haben. Also das „Logomobil“, damit wir jetzt nicht nur Graz versorgen können, daß wir nicht nur in Graz für Jugendliche Service und Maßnahmen anbieten können, sondern daß wir mit einem Mobil, mit einem Fahrzeug, das wir um- und ausgebaut haben, in die Gemeinden, in die Städte hinausfahren, dorthin fahren, wo die jungen Leute sind, um sie über Maßnahmen und über unser Angebot informieren zu können.

Wir haben – und das ist auch abgeschlossen bereits – gemeinsam mit den Schülerheimen, mit den Insassen der Landesschülerheime ein Zukunftskonzept für die Landesschülerheime entwickelt. Wir haben dort immer noch das Problem gehabt, daß Heim automatisch verbunden wird mit einer Bestrafung. So der alte Spruch: „Wenn du nicht brav bist, kommst du ins Heim.“ Und das stimmt ja alles nicht. Das ist ja alles in den Landesschülerheimen anders. Wir haben mit den Schülerinnen und Schülern dort gemeinsam ein Zukunftskonzept entwickelt, und wir werden in der Landesregierung den Antrag einbringen, auch den Namen zu ändern, daß wir wirklich die Landesschülerheime in Jugendhäuser des Landes umbenennen, damit wir diese letzte Geschichte wegbekommen.

Wir werden im nächsten Jahr, meine Damen und Herren, die große Chance haben, mit der Landesausstellung „YOUgend“ in Bad Radkersburg sehr vieles von dem, was wir so ein bißchen unter der Decke jetzt machen müssen, was nicht dieses öffentliche Aufsehen erregt, mit dieser großen Veranstaltung an die Öffentlichkeit zu bringen. Ich bitte Sie alle, daß Sie uns hier unterstützen. Ich muß sagen, im Bereich der Jugendorganisationen, im Bereich der Vereine gibt es einen großen Zuspruch. Wir arbeiten bereits intensiv an Begleitprogrammen, an Konzepten, und das ist für uns ein sehr, sehr wesentlicher und wichtiger Punkt.

Einen kurzen Bericht, weil ich glaube, daß wir hier etwas aufzuholen haben, zur Frage Schüler- und Jugendlandtag. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der alle Parteien des Landtages vertreten sind. Wir haben bereits einen Vorschlag unterbreitet, und ich hoffe, daß wir im Frühjahr des nächsten Jahres – es wird, glaube ich, ein Termin im März ins Auge

gefaßt – einen Schüler- und Jugendlandtag machen können. Der für mich zentrale und wesentliche Punkt ist aber, daß wir uns im Ressort dazu entschlossen haben, Leitlinien für die Jugendarbeit in der Steiermark zu erarbeiten und erarbeiten zu lassen. Es gibt so oft und so viele Leute im Bereich der Gemeinden, Bürgermeister, die zu uns kommen und sagen, „bitte schön helft uns, wir wollen irgendetwas machen, wir wollen Jugendbeteiligungs-, Kinderbeteiligungsmodelle machen, wie gehen wir das an, wie machen wir das richtig“. Wir wollen auch keine Alibi-geschichten machen. Und wir wollen ganz einfach mit diesen Leitlinien den Gemeinden, den Städten in der Steiermark die Möglichkeit geben, sich irgendwo anzuhalten, Vorschläge und Ideen zu kriegen und auch nach einem gewissen Grundkonzept zu arbeiten.

Ich möchte mich zum Schluß bei all jenen bedanken, die mich im Ressort wirklich großartig unterstützen, allen voran beim Hofrat Rajakovics. Ich sage immer wieder dazu, ich bewundere ihn, er macht das jetzt – ich sage nicht wie viele Jahre – seit mehr als zwei Jahrzehnten, und er ist immer noch mit dem gleichen Elan und mit der gleichen Begeisterung dabei, für mich ein großartiger Beamter, herzlichen Dank, Sie machen das exzellent. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich möchte mich sehr, sehr herzlich bei den beiden Mitarbeitern der Arbeitsgemeinschaft, dem Gottfried Reyer und dem Herrn Scheibengraf, bedanken (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.), die in einem sehr, sehr schwierigen Gebiet arbeiten und das wirklich großartig und sehr, sehr gut machen. Ich möchte mich zum Schluß auch bei Claudia Kahr bedanken, die diese Fachstelle für Suchtprävention mittlerweile so aufgebaut hat, daß andere Bundesländer zu uns kommen und sich anschauen, wie wir diese Präventionsarbeit leisten. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das letzte Schlußwort zu diesem Teil der Gruppe 2 hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.00 Uhr): Sehr geehrter Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde aus Gründen der Sitzungsökonomie nur ein paar Punkte herausgreifen, die zur Diskussion stehen und die wichtig sind. Es gibt einen Bereich, nämlich den der EU-Förderungsprojekte und Forschungsprojekte, der zu wenig angesprochen wurde, insbesondere was die besondere Relation der Berücksichtigung der Steiermark betrifft. Wir haben 220 steirische Projekte in diesem Rahmen gefördert bekommen, das sind 23 Prozent aller österreichischen Projekte. Bei einer Einwohnerzahl von nicht ganz 15 Prozent ist das also eine überdurchschnittliche Rückflußquote aus EU-Mitteln, die man nicht so spurlos vorübergehen lassen sollte. Die Größenordnungen der Rückflüsse, um die es sich hier handelt und die sich ausschließlich im Forschungsbereich wiederfinden, betragen 452 Millionen Schilling. Also ich glaube, dabei handelt es sich schon um eine besonders erwähnenswerte Tatsache. Wo liegen unsere Stärken? In der Informationstechnologie, in der industriellen Technologie, in Werkstofftechnologie und in der

Energieforschung – im besonderen Maße, was die erneuerbare Energie betrifft. Ich glaube, daß das ein großartiges Kapitel steirischer Wissenschaftspolitik ist, das es verdient, hervorgehoben zu werden.

Das Zweite ist: Warum ist das möglich? Wir sind schon als Forschungsland ein Topland. Natürlich, jeder würde sich mehr wünschen, aber ich glaube, daß wir mit der Größenordnung von 400 Millionen – sie wurden erwähnt – österreichweit ein Glanzlicht sind, was Forschung und Forschungsförderung betrifft.

Ich möchte den Landtag in Kenntnis setzen und nicht daran vorübergehen, meine Damen und Herren, daß das Großforschungsprojekt „Euro-Cryst“ negativ beurteilt wurde. Die European science foundation hat das Projekt negativ beurteilt. Und Sie können sich erinnern, wir haben im letzten Landtag noch gesprochen, wie wir uns gemeinsam Richtung Wien aktivieren werden. Das Projekt ist mit diesem negativen Bescheid als in Wirklichkeit nicht realisierbar anzusehen, und ich habe nicht die Absicht, mich hier herzustellen und so zu tun, als ob dieser negative Bescheid anders interpretiert werden könnte. Die Kristallforschung in diesem Sinne wird also nicht stattfinden. Allerdings ist das Großforschungsprojekt „Austron“ positiv beurteilt worden, so daß ich meine, es wäre vernünftig – und ich hoffe, ich finde Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren des Hohen Hauses –, wenn ich auch die Regierung damit befasse, daß wir uns diesem Großprojekt zuwenden und uns als Land Steiermark darum bewerben werden. (Beifall bei der SPÖ.) Denn dieses Projekt „Austron“ ist von der European science foundation positiv beurteilt worden. Ich werde also die Steiermärkische Landesregierung in diesem Sinne befassen, daß wir uns bewerben sollten.

Es sind ein paar Fragen aufgetaucht, auf die ich noch ganz kurz eingehen möchte:

Ich schließe mich der Auffassung des Kollegen Vesko an – ich bin nicht Ihrer Meinung, Herr Kollege Hohegger –, daß wir die Dezentralisierung im Fachhochschulwesen nicht unterbrechen sollten. Ich bekenne mich zu den Standorten Rottenmann und Raumberg. Ich sage auch dazu, daß Rottenmann in der Entwicklung sehr, sehr weit ist, viel weiter als Sie gemeint haben, Herr Kollege. Aber ich glaube, es ist auch wirklich unsere Aufgabe, daß wir darauf schauen, daß uns die Gebiete, die außerhalb der zentralen Räume liegen, nicht ausrinnen. Und dazu gehören halt auch Bildungseinrichtungen.

Es war Kapfenberg letztlich auch eine politische Entscheidung – es hat sehr viele gegeben, die gesagt haben, das brauchen wir dort nicht, und das geht nicht, und das wird nicht gehen – und dennoch war es eine richtige Entscheidung.

Ich bleibe dabei, wenn wir das in Wien erreichen, wenn wir es in der Steiermark positiv beurteilen, dann sollten wir Rottenmann und in der Folge Raumberg realisieren.

Ich möchte, weil der Punkt doch von allen Fraktionen sehr, sehr intensiv angesprochen wurde, die Frage der Lehrlinge mit noch einem Gesichtspunkt streifen. Meine Damen und Herren, es wurde darauf hingewiesen, daß es institutionelle Hemmnisse gibt, die wir gemeinsam, soweit sie in unsere Kompetenz fallen,

beseitigen sollen. Dazu gehören auch Flexibilisierungsmaßnahmen im Schulwesen. Wenn alles flexibler wird, dann gilt das bitte auch für die Bereiche des öffentlichen Sektors. Wir können nicht die Flexibilisierung von allen anderen verlangen, und dort, wo es sozusagen in unsere eigenen Bereiche hineingeht, dann haben wir keine Neigung zur Flexibilität. Also, ich meine, wie im gesamten Schulwesen ist auch das Berufsschulwesen einer bestimmten Flexibilisierung zu unterwerfen und muß auch für die Unternehmungen adäquater angeboten werden. Wenn die Zeiten auseinanderklaffen, wo man jemanden in die Schule schickt und wo er eigentlich in den Betrieb gehört, dann ist auch dort Flexibilisierung notwendig. Es ist ebenso wie in der Frage der Schulzeiten, in der Frage von was darf und kann ein Lehrling in welchem Jahr, offensiv vorzugehen, wobei wir alle eines Sinnes sind, daß natürlich der Schutz der Lehrlinge im Vordergrund zu stehen hat. Aber wir brauchen auch hier ein bestimmtes Maß an Beweglichkeit und Anpaßbarkeit an die Wirtschaft.

Es kommt – und das, glaube ich, ist eine wirkliche Schlüsselfrage, und der weichen alle aus, aber ich möchte es wirklich anschneiden – gesellschaftspolitisch etwas dazu, was wir alle miteinander entweder verdrängen oder es uns nicht sagen getrauen. Meine Damen und Herren, in Österreich sind alle Schulen, einschließlich der Universitäten, kostenlos. Der einzige Bereich, der etwas kostet und für den wir angeblich nie ein Geld haben, ist der Bereich der Lehrlinge. Das ist der einzige Teil, der ungleich behandelt wird. Also schon im Sinne der Gleichbehandlung, aber in Wirklichkeit schon vielmehr als geistige Umstellung, daß wir eigentlich – sagen wir es doch, wie es ist – zwei Generationen vorbeiproduziert haben im Bildungswesen, müssen wir diese Grundfrage nicht nur stellen, sondern wir müssen uns dazu bekennen, wenn alles frei zugänglich ist, warum dann der gesamte Bereich des Lehrlingswesens nicht. (Allgemeiner Beifall.)

Ich sehe überhaupt nicht ein, daß man die Universitäten gratis besucht und das auch relativ lange ausdehnen kann. Es gibt jetzt gewisse Einschränkungen mit 8 plus 2 im Regelbereich der Semesterzahl, also gesetzliche Studiendauer plus zwei Semester. Dort ist alles in Wirklichkeit frei zugänglich, kostet nichts. Und in dem Bereich, wo wir wirklich Leute brauchen, wo die Frage auch unserer wirtschaftlichen Entwicklung in der Zukunft liegt – ich möchte nämlich nicht amerikanische und europäische Verhältnisse, wo das Ungelerntsein akzeptiert wird und das Wichtigste ist, daß man eine Anstellung bekommt –, werden wir in Wirklichkeit keine Chancen realisieren. Vielmehr müssen wir unser Augenmerk und unseren Schwerpunkt auch gesellschaftspolitisch und auch was den Wert dieser Arbeit und dieser Ausbildung betrifft verlagern und sagen: gleiches Recht für alle, Gleichbehandlung für alle. Das bedeutet eine völlige Umstellung, auch ein Umdenken im gesamten Berufsschulwesen, weil es dort wirklich krankt.

Meine Damen und Herren, zurück zu Wissenschaft und Forschung. Ich glaube, daß wir sehr stolz sein können auf die größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung – auf unsere Joanneum Research Forschungsgesellschaft m. b. H. Wir wissen, daß es dort und da Probleme gibt, immer wieder gibt, die auch mit

der Belegschaftsvertretung im Zusammenhang stehen. Ich gehe aber davon aus, daß sie letztlich lösbar sind. Ich würde davor warnen, daß wir das Unternehmen dadurch gefährden, daß man Forderungen an den Eigentümer heranträgt, die in Wirklichkeit nicht realisiert werden können. Sinn dort ist auch, in erster Linie Forschung zu betreiben - ich sage das auch in aller Deutlichkeit -, bei Wahrung von vielen Rechten und Ansprüchen - mag schon sein -, aber in Wirklichkeit ist es eine Forschungseinrichtung, und nicht eine Einrichtung, wo es primär darum geht, wer welche Rechte verteidigt.

Die Mittel, die das Land dort mehr hingibt, sind nicht dazu gedacht, alles das für alle Zeiten festzuschreiben, was irgend jemand irgend jemandem einmal genehmigt hat. Ich sage das auch in aller Deutlichkeit. Es klingt zwar seltsam aus meinem Munde, würden manche meinen, aber da täuschen sie sich sowieso bei mir.

Also, angesagt ist dort Forschung und angesagt ist dort Anwendung und Forschung und Anwendung, und nicht anderes, um es sehr höflich auszudrücken.

Ich glaube, daß das Unternehmen mittlerweile in guten Händen ist, gut geführt wird und daß wir den Forschungsschwerpunkten zugewandt einen positiven Befund abgeben können.

Was die Technikum-Joanneum Ges. m. b. H. betrifft, als Tochter des Landes und als Schwestergesellschaft von Joanneum Research, sage ich, Fachhochschullehrgänge sind in Plan. Wir sind in der Steiermark, nachdem wir relativ spät gestartet haben - auch aus politischen Gründen, weil wir eine längere Disputphase hinter uns gebracht haben -, was das Fachhochschulwesen betrifft, österreichweit an der Spitze. In diesem Zusammenhang habe ich mich bei den alten Geschäftsführern - und ich sage das ausdrücklich - von Joanneum Research, die gleichzeitig Technikum-Geschäftsführer waren, wirklich zu bedanken. Dort haben sie hervorragende Arbeit geleistet. Die vielen Anfangsschwierigkeiten wären durch ihre großartigen Leistungen nicht möglich gewesen.

Wir sind also, auch was das Fachhochschulwesen betrifft, österreichweit an der Spitze. Meine Damen und Herren, ich glaube das Forschungsland Steiermark, das Technologieland Steiermark kann sich sehen lassen. Wir können gemeinsam stolz darauf sein. Verbesserungen sind immer und überall notwendig.

Am Schluß ein herzlicher Dank an alle, die mich in diesem Bereich begleiten. Das betrifft das FOKU, das betrifft die Abteilung für Wissenschaft, das betrifft mein Büro, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich hebe absichtlich niemanden heraus, weil es auch da so ist, daß oft diejenigen nicht bedankt werden, die sehr, sehr viel an täglicher Arbeit und diese Arbeit in Mühsal verrichten.

Eine persönliche Anmerkung zu Ihnen, Herr Hofrat Urabić - also beim Hofrat Rajakovic gilt das gleiche -, wir haben so hervorragend zusammengearbeitet, aber beim Hofrat Urabić möchte ich mich besonders bedanken, weil Sie, ich sage es so einmal, leider, in Pension gehen. Ich möchte Ihnen für die vielen Jahre, die wir gemeinsam gearbeitet haben, herzlich danken. Es ist ein fast freundschaftliches Verhältnis geworden - ich

erlaube mir das als Jüngerer zu sagen -, jedenfalls ein Verhältnis von ganz, ganz besonderem Vertrauen. Das spricht dafür, daß ein ganz, ganz großer Teil unserer Beamenschaft hervorragend ist. Und Sie sind für mich immer ein besonderes Beispiel dieser besonderen Qualität gewesen. Ein herzliches Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP, FPÖ und dem LIF.)

Meine Damen und Herren, Wissenschaft und Forschung so außer Streit zu haben, wie es in diesem Hohen Hause, wie es auch in der Regierung der Fall ist, ist eine Freude und läßt uns gemeinsam weiter daran arbeiten, das Land Steiermark noch weiter nach vorne zu bringen. Danke schön und Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. - 11.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zum zweiten Teil der Gruppe 2 - zum Sport. Erster Redner ist Herr Präsident Vesko, der für seine Fraktion als Hauptredner ans Pult geht.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich habe namens meiner Fraktion die Ehre, auf besonderen Wunsch unseres Landesrates Schmid, dem Bereich „Breitensport“ besonderes Augenmerk zu geben, dem ich sehr gerne nachkomme.

Ich möchte mich aber doch am Anfang zumindest mit den wesentlichen Ereignissen im Sportbereich, die das Land betreffen, auseinandersetzen. Vor allem begrüße ich auch den Herrn Landesrat Hirschmann, den zuständigen Landesrat für diesen Bereich.

Ich möchte gleich mit einem Punkt beginnen, der in diesem Haus schon sehr viel an Turbulenz hervorgerufen hat, der eine lange und breite Diskussion gehabt hat und selbst jetzt noch, zu einem Zeitpunkt, wo man längst festgestellt hat, wie vor 14 Tagen Prof. Bachmaier mit der OGM-Studie, daß dieses Ereignis „Grand Prix Österreich am A1-Ring in Spielberg“ ein hervorragendes wirtschaftliches Ergebnis erzielt hat und daß Österreich und die Steiermark und die Region Oberes Murtal mit dem Ergebnis mehr als zufrieden sein können. Es war also richtig, eine Entscheidung zu treffen, daß wir dieses sportliche Großereignis wieder zurückholen in die Steiermark. Ich glaube, daß es ein Impuls für diese Region ist, der weitere Folgen haben wird. Folgen sowohl im Tourismus - wir sehen es an den Nächtigungszahlen, vor allem im Monat September -, und daß dieses Großereignis nicht nur für die Region Oberes Murtal, sondern für die ganze Steiermark eine sehr bedeutende Ausstrahlung hat und auch dazu beiträgt, daß die Steiermark als Tourismusland auf der Welt Bekanntheit bekommt.

Es ist auch notwendig, den Markenartikel Steiermark touristisch zu vermarkten, und das ist auch mit Großveranstaltungen, wie es nun einmal der A1-Ring ist, durchaus zu erzielen. Die vielen Unken, die es gegeben hat, selbst im Hinblick auf die Tabakwerbung - (Abg. Vollmann: „Herr Kollege!“) Bist auch ein Unke, ich weiß es, jawohl, aber ein freundlicher, wenn ich das so sagen darf. Die vielen Unken, die also auch die Tabakwerbung als großes Damoklesschwert über die Entscheidung gestellt haben, können wir auch beruhigen, weil in der Zwischenzeit die dazu notwendigen Entscheidungen gefallen sind und

nicht eintritt, daß wir also auf die Tabakwerbung für die nächsten fünf Jahre, die wir den Vertrag mit Ecclestone haben, noch verzichten müssen. Es ist also gesichert, und Bernie Ecclestone hat selbst anlässlich der großartigen Veranstaltung – und das war wirklich ein großartiges Ereignis, das da am dritten Septemberwochenende in Spielberg stattgefunden hat – nahezu mit feuchten Augen gesagt, er wird der Steiermark treu bleiben, auch über die Zeit hinaus, die wir vertraglich miteinander festgelegt haben. Es bewährt sich, wenn man einen Partner hat, der verlässlich ist. Wenn man selbst ein verlässlicher Partner ist, wird man auch beim anderen Partner die entsprechende Zustimmung finden. Zu einem Geschäft gehören immer zwei, und daß Ecclestone auch wirtschaftlich erfolgreich war mit diesem Grand Prix, und zwar gar nicht wenig, auch das soll nicht verschwiegen werden, ist ein Garant dafür, daß auch weiterhin die volle Unterstützung aus diesem Bereiche gegeben ist. Das heißt, ein Großereignis, das nunmehr über fünf Jahre nun auch noch zu einem günstigeren Termin, nämlich im Juli, eine zusätzliche Attraktion in der Steiermark darstellen wird. Die Aussagen des Managers des A1-Ringes, Herbert Geist, zeigen klar und deutlich, daß hier Leute am Werk sind, die dort ein Management aufziehen, das zeigt, daß sie in der Lage sind mit dem Instrumentarium, das man ihnen in die Hand gegeben hat, sorgfältig umzugehen, innovativ zu sein. Ich bin überzeugt davon, daß es auch im kulturellen Bereich eine Fülle von Veranstaltungen geben wird in den kommenden Jahren, die den Ö-Ring als Veranstaltungsort haben werden, und daß es hier Ereignisse gibt, die der Steiermark nicht nur finanziellen Vorteil, sondern auch ein gerüttelt Maß an Werbung bringen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Es war nicht immer leicht, meine Damen und Herren, den Weg mit Gerhard Hirschmann zu gehen, weil es immer wieder ein Auf und Ab gegeben hat, aber die Entscheidung schlußendlich war die richtige, und ich freue mich, daß wir sie getroffen haben. Und es tut mir wahnsinnig leid, daß wir gerade bei einem Ereignis, das in jüngster Zeit so dramatisch über die österreichische Bühne gelaufen ist, nämlich Olympia, den Faden verloren haben und uns schlußendlich von einem Ereignis verabschieden mußten, weil es nicht die entsprechende Mehrheit in diesem Hause gegeben hat, und zwar die überwältigende Mehrheit, die hinter so einem Ereignis stehen soll, wobei die Fraktionskollegen der Sozialdemokraten, sowohl in Kärnten, als auch in Tirol, als auch im Bundesland Salzburg, mit Einigkeit, sogar zum Teil als Motor in diese Bewerbungen hineingegangen sind. Leider Gottes ist es halt in der Steiermark nicht gegangen, und ich bedaure das sehr, weil es zwei Effekte hat. Erstens es ist wiederum ein Stück Werbung für die Steiermark, und zwar eine sehr bedeutende Werbung für das Land, zweitens es gibt Hoffnung. Und diejenigen Menschen, die in diesem Lande im Sportbereich, im touristischen Bereich tätig sind, brauchen diese Hoffnung, brauchen diese Megaevents, um selbst aus der Misere, in der wir uns zum Teil noch immer befinden, herauszufinden. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist schade, daß es uns nicht gelungen ist, die Augen der Welt in diesem Bewerbungsbereich für die Olympischen Spiele auf die Steiermark zu richten. Es ist schade, daß es nicht gelungen ist. Es ist nicht Zeit, um vergossener

Milch nachzutruern, aber es wäre schön, wenn wir in Zukunft wenigstens bei solchen Sachen hier im Hause die nötige politische Einheit finden könnten, um für die Steiermark aktiv zu sein. (Beifall bei der FPÖ.) Was ja ein Zeichen ist, daß sie noch nicht soweit sind. Aber man soll die Hoffnung nicht aufgeben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich erinnern an die beiden großartigen Veranstaltungen im steirischen Salzkammergut am Kulm, wo die ganze begeisterte Sportwelt des Wintersports, wenn ich das so sagen kann, vertreten war. Wer die zwei großartigen Veranstaltungen auf der Megaschanze am Kulm erlebt hat – noch unter einem Idol Goldi, der etwas abgeschwommen ist in der Zwischenzeit –, hat gesehen, daß man auch mit bescheidenen Mitteln, mit bescheidenem Einsatz in der Lage ist, großartige Veranstaltungen umzusetzen, nachhaltige Wirkung zu erzielen. Das werden Ihnen die Tourismusmanager aus den betroffenen Gebieten durchaus bestätigen können. Es zeigt sich auch, daß es notwendig ist, diese Leitbilder zu haben im großen Sport, der zum Teil schon sehr kommerzialisiert ist, aber dort wird die Begeisterung für die Jugend geweckt, sich sportlich zu betätigen. Eine sehr wesentliche Maßnahme ist es doch für uns alle, ob das im Schulbereich ist oder im Vereinsbereich, für die sportliche Begeisterung der Jugend Raum und Betätigungsfeld zu schaffen, und daß wir damit zwei Dinge erreichen. Erstens einmal bringen wir die Jugend von der Straße weg, ein Problem, das uns immer Sorgen macht. Wir bringen sie weg, wie wir heute gehört haben, vom Alkohol, wir bringen sie weg von den Drogen und von verschiedenen anderen Bereichen, und daher ist es wichtig, daß wir ihnen diese Möglichkeit und die damit verbundenen Vorbilder geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn ich mich daran erinnere, daß heute schon etwas betagtere und beleibtere Herren, so wie ich, mit Begeisterung sich daran erinnern, unter welchen Kriterien sie in das Berufsleben aufgenommen wurden, nämlich auch durch den Sport, lieber Martin Wabl. (Abg. Dr. Wabl: „Du auch?“) Nein, ich nicht, ich war damals noch zu schnell, um Richter werden zu können. Aber, meine Damen und Herren, es zeigt, daß diese sportliche Betätigung der Jugend ein Gefühl der Gemeinsamkeit gibt und alles andere, was dazu gehört, und daß es wichtig ist, daß wir das tun. Daher werden wir auch im Schulsport, in den Vereinen und in der Unterstützung dieser Organisationen selbstverständlich auch unseren Part leisten müssen, um zu gewährleisten, daß der Effekt, den uns der Sport bringt, auch hier nutzbringend angewandt wird.

Und für unsere Jugend in diesem Bereich ist es durchaus sinnvoll, auch hier etwas zu tun.

Ich möchte noch einen Megaevent herausstreichen, der uns ins Haus steht, für den wir uns vor kurzem beworben haben – wir als Österreicher –, nämlich die Ausrichtung der Europameisterschaft im Fußball zusammen mit unserem Nachbarn Ungarn. Und da muß ich sagen, ich bedaure es schon sehr, daß es nicht gelungen ist, in der derzeitigen Fußballhochburg Österreichs (Abg. Mag. Bleckmann: „Graz!“) mit Sturm und GAK an der Spitze der höchsten Ligen, ein Stadion in einer Größenordnung zu bauen, das es uns ermöglicht, auch daran zu partizipieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist schade, meine Damen und Herren, daß es nicht gelungen ist, eine Sportstätte in der Landeshauptstadt zu schaffen, die es uns ermöglicht, auch größere Ereignisse dort abzuwickeln.

Und wenn ich mir anschau, lieber Herr Kollege Wabl, der du ja ein vehementer Gegner all dieser Dinge bist, du möchtest überall lieber Rasen haben, ich weiß es schon, aber zuviel Grün ist auch nicht gut. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mag. Bleckmann: „Wiese!“) Sagen wir Wiese mit Glockenblümchen, vielleicht kommt dir das etwas entgegen, die sind nämlich blau.

Aber wenn es uns damals gelungen wäre, eine Sportstätte in der Stadt Graz in einer Größenordnung zu errichten, die auch zuläßt, bei internationalen Bewerben entsprechende Zuschauer dort unterzubringen, dann könnten wir auch in diesem Bereich mitwirken. Ich glaube, daß diese großen Stadien nicht nur für den Fußballsport, sondern auch für andere Sportarten durchaus Verwendung finden.

Und wie populär der Sport ist, wissen wir in der Zwischenzeit immer mehr. Ich glaube, daß die Bevölkerung es in schlechten Zeiten so wie in guten Zeiten sehr gerne hat, wenn der sportliche Wettbewerb zugänglich ist, wenn der sportliche Wettbewerb die Gemüter etwas erhitzt, weil gerade die Politik derzeit nicht in der Lage ist, die Gemüter soweit zu erhitzen. Wie man ja hier sieht, ist die halbe Bank leer.

Es ist nicht so interessant wie manches andere. Die Bevölkerung, die zu den Stadien strömt, sieht das etwas anders. Und wir wünschen uns von unserem steirischen Sportlandesrat, daß er nicht aufgibt zu versuchen, sportliche Ereignisse für das Land zu gewinnen, vorzubereiten, weil wir den Weg, Steirisches zu vermarkten, auf diesem Wege fortsetzen. Es ist eine wichtige Vermarktung! Wir brauchen sie. Der Tourismus ist ein wesentlicher Träger der Steiermark mit im Konzert zum Autocluster und anderen industriellen Bereichen. Ich bin schon sehr davon überzeugt, daß wir diesen Weg weiterhin gehen sollen zum Wohle der Regionen. Es ist in allen Regionen möglich, besondere sportliche Ereignisse unterzubringen – in den Schibereichen des Nordens, im Autosport am Österreich und in vielen anderen Bereichen auch in der restlichen Steiermark. Wir sollen diesen Weg weitergehen. Er bringt uns Erfolg, er macht uns bekannt, und das ist gut fürs Land. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Auch er hat 15 Minuten Zeit.

Abg. Dr. Lopatka (11.27 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nach den Hymnen vom Präsidenten Vesko und mit dem, was er gesagt hat, hat er mir wirklich ganz aus dem Herzen gesprochen, müßte ich eigentlich gar nicht – (Abg. Mag. Bleckmann: „Richtig!“) Es ist so, warum soll man das nicht sagen. Es ist so – hier ans Rednerpult gehen, aber Sport hat für uns eine so große Bedeutung, daß ich doch für unsere Fraktion einiges hier sagen möchte.

Ich finde es schade, wenn sich eine Fraktion selbst hier ausschließt und an dieser Diskussion überhaupt nicht teilnimmt. Nicht wir haben sie ausgeschlossen – in der Sportdebatte –, sondern das macht die sozialdemokratische Fraktion von sich aus. Und dort, wo sie es kann, schließt die Sozialdemokratische Fraktion auch die Steiermark aus, denn es war sehr schade, als sich in der vergangenen Woche im Hilton-Hotel die Kärntner, Tiroler und Salzburger gedrängt haben, daß dort eine steirische Abordnung gefehlt hat. Dieser Ausschluß der Steirer ist ja nicht durch das Österreichische Olympische Komitee erfolgt, sondern leider hat hier in der Steiermark dieser Ausschluß seinen Anfang genommen. Die ÖOC-Abstimmung hat sich ja auch großen medialen Interesses erfreut und hat dann doch einen überraschenden Ausgang genommen.

Leider haben die österreichischen Olympiaverantwortlichen bei ihrer Entscheidung zu weit geschossen, ja schießen müssen. Der Ball ist nicht in Graz gelandet, sondern in Klagenfurt. Und die Schuld liegt einzig und allein hier bei uns, und nicht beim ÖOC.

Nur weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter sich festgelegt hat, daß mit „Kartenzwicken und Steigbügelhalten“ keine Arbeitsplätze geschaffen werden können, und damals in unsachlicher wüster Polemik Krankenschwestern gegen Olympiahostessen aufgerechnet worden sind, konnte die Steiermark kein zweites Mal an der Olympiausscheidung teilnehmen. Das ist sehr schade, wenn wir uns selbst ausschließen aus allein parteipolitischen Gesichtspunkten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bedauere das außerordentlich und zutiefst und halte es für einen der größten Bären dienste, die die Schachner-Blazizek-SPÖ ausschließlich aus parteitaktischen Gründen und somit auch aus mangelnder Einsicht hier dem Land gegenüber erwiesen hat.

Parteikollegen von Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek sind da viel weitblickender. Ich zitiere jetzt bewußt nur Parteikollegen, die Schachner-Blazizek auch als gleichrangig ansehen würde, nämlich seinen Kollegen in Tirol. Landeshauptmannstellvertreter Herbert Prock meint, „Olympia 2006“ – (Abg. Dr. Wabl: „Es gibt keine Nachrangigen!“) Ach so, Martin, du kennst ihn besser, wo vielleicht die Möglichkeit bestünde, daß er die als gleichrangig ansehen könnte. Ich bleibe im Konjunktiv. „Olympia 2006 ist für Tirol eine große Chance“, meint Prock.

„Effekte in dieser Dichte können mit traditionellen Mitteln der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht erreicht werden“, assistiert an vorderster Front SPÖ-Landesrat Raus aus Salzburg.

Und der Kärntner SP-Chef Ausserwinkler ist sogar Chef des erfolgreichen Olympiakomitees. Dieser errechnete aus den 4,7 Millionen Schilling an Bewerbungskosten für Kärnten – leider für Kärnten – einen Werbeeffekt in der Höhe von 165 Millionen Schilling.

Vor drei Jahren war noch die Steiermark in aller Munde. Wir waren hier in Wirklichkeit die ersten, die diesen Olympiazug in Österreich wieder in Gang gesetzt haben. Als wir damals unsere Bewerbung abgegeben haben, hatten wir gute Chancen. Leider haben wir sie selbst zunichte gemacht. Kopfschütteln gab es dann, weil diese Jahrhundertchance aus rein politischer Engstirnigkeit von uns selbst vergeben worden ist.

„Der Sport ist eine Großmacht, vor der keiner Angst haben muß“, schrieb der Sportchef der „Kleinen Zeitung“, August Kuhn, erst vor wenigen Tagen. Auf wen er das bezogen hat, hat er einige Zeilen weiter geschrieben. „Auf jene Verhinderer, von denen es schon langweilig ist zu reden,“ – wie er so richtig festgestellt hat.

Man muß aber darüber reden, weil es die Steirerinnen und Steirer wissen sollen, wer uns hier ständig Schaden zufügt, nicht nur uns, sondern den Sportbegeisterten und vor allem der Jugend, denn es gibt nichts Besseres für die Jugend, als sie für den Sport zu begeistern. Großveranstaltungen sind eben nun einmal hier ein ganz wichtiger Bereich. Und der, der sich auch nur am Rande und sporadisch mit Sport und Wirtschaft beschäftigt, wird erkennen, daß Olympische Spiele mehr sind als Kartenzwicken und Steigbügelhalten. Jeder, der Olympia gegen Spitäler ausspielt, vor allem, wenn er von sich behauptet, daß er sich in wirtschaftlichen Belangen auskennt, müßte nach kurzem Nachdenken schon bemerken und einsehen, daß es eigentlich diese Strukturprojekte sind, die dann jenes Geld auch ins Land bringen, das notwendig ist, um eben in Spitäler investieren zu können.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur einige Hauptergebnisse jener Studie in Erinnerung rufen, die ja 1995 auch Mitgrundlage für eine steirische Bewerbung war. Das Joanneum Research hat damals errechnet, daß Olympische Winterspiele bei uns in der Steiermark einen jährlichen Wachstumseffekt von 1,5 Prozent mit sich gebracht hätten. Und das, was wir jeden Sonntag in jeder Rede sagen, daß wir Arbeitsplätze wollen, das hat diese Studie bestätigt, das wäre mit Olympia wunderbar möglich gewesen. Jährlich 1200 bis 3000 zusätzlich Beschäftigte. Allein das hätte schon ein Argument für die sozialdemokratische Fraktion sein können, sich hier nicht dagegen auszusprechen. Sie hätten wenigstens neutral bleiben können. Zusätzliche Tourismuseinnahmen von 1,2 Milliarden sind ebensowenig zu verachten wie die Feststellung, daß 75 Prozent der gesamtösterreichischen Effekte der Olympischen Spiele hier bei uns in der Steiermark geblieben wären. Sehr schade, wenn nun – und ich gönne es Ihnen und wünsche es Ihnen – Kärnten den Zuschlag bekommt, daß wir Steirer wieder mitzahlen können, dank Schachner-Blazizek.

Aber nicht in allen Bereichen war er so erfolgreich, daß die Steirer für alle Bundesländer mitzahlen können. Gott sei Dank und dank der Unterstützung der freiheitlichen Fraktion war es möglich, den Österreich-Ring wieder in Gang zu setzen. In Inseraten hat das Schachner-Blazizek Jahre zuvor gemacht, als er gemeint hat, mit Niki Lauda wird er das machen. Im Reden großartig, im Umsetzen habe ich noch nichts gesehen. Gott sei Dank war es möglich, den Österreich-Ring wieder in Gang zu setzen. Ich selbst war wie viele andere dabei, als am Österreich-Ring die Formel I ein großartiges Comeback feiern konnte. Es ist nicht nur der Formel-I-Zirkus, der diesen Österreich-Ring ausmacht, es ist viel mehr, weil im ganzen Jahr hier Veranstaltungen sind und die Steiermark weltweit in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist. Und nicht irgendwer, sondern jener renommierte Meinungsforscher, der vom Finanzlandesrat erstmals engagiert worden ist, Herr Magister Bachmaier, hat

eine seriöse Studie angestellt, die genau das beweist, was ja bei Olympia leider von der SPÖ verhindert worden ist, wie wichtig Sportgroßveranstaltungen sind. Am Österreich-Ring waren im Jahre 1997 – und Sie hören richtig – 673.000 Besucher, allein am Formel-I-Wochenende 227.000 Besucher. (Abg. Dr. Wabl: „Was glaubst, mit wie vielen Autos die hingefahren sind?“) Martin, zu eurem Bundeskongreß fahren auch viele mit dem Auto hin, und du bist heute auch mit dem Auto hier hergefahren. Tun wir nicht so, als ob nur bei Motorsportveranstaltungen viele mit dem Auto hinfahren, zu jeder Großveranstaltung fahren die Leute mit dem Auto. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin seinerzeit auch nach Hainburg mit dem Bus gefahren. (Abg. Dr. Wabl: „Das hat nichts geholfen bei dir!“) Martin, mir geht es hier nur um die Wahrheit. Im Auto sitze ich, ob ich zu einer grünen Protestveranstaltung fahre oder zu einem Formel-I-Rennen, und die Abgase sind keine anderen, die aus dem Auspuff herauskommen. Der Gesamtumsatz am Österreich-Ring betrug 723 Millionen Schilling. 650 Millionen sind hiebei außerhalb der eigenen Region gekommen. Die Wertschöpfung am Grand-Prix-Wochendende 147 Millionen. Es ist hier bereits im ersten Jahr ein Steueraufkommen von mehr als 350 Millionen Schilling errechnet worden. Und das, was für mich noch wichtiger ist, die Steiermark hat sich in 198 Ländern präsentieren können, in 198 Ländern! Das, finde ich, ist ein großartiges Projekt aus wirtschaftspolitischer Sicht, aus touristischer Sicht. Nennen Sie mir nur ein Projekt, das die steirischen Sozialdemokraten hier im Land umgesetzt haben, wo nur annähernd solche Effekte zu erzielen gewesen wären.

Schauen Sie, wenn Sie heute auf der Kulturseite der „Kleinen Zeitung“ nachlesen, hier werden 30 Millionen Schilling einfach für ein Projekt, das wahrscheinlich nie zustande kommt, beim Fenster hinausgeschmissen. (Abg. Dr. Wabl: „Die ÖVP hat auch mitgestimmt!“) Martin, du weißt, bei wem die Verantwortung hier liegt, und ich weiß auch, daß du einer der Eifrigsten bist, der im Kulturbereich immer dagegen aufgetreten ist. Warum sage ich das hier? Weil wir bereit sind, selbst bei einem Projekt, wo wir nicht 100prozentig davon überzeugt sind, ein Vorschußvertrauen zu gewähren. Genau das, was du uns jetzt hier vorwirfst. Das genaue Gegenteil ist leider im Sport seitens der sozialdemokratischen Fraktion der Fall. Von vornherein werden solche Projekte abgewürgt und abgelehnt. Trotzdem ist die Steiermark dank der Hartnäckigkeit des zuständigen Sportlandesrates hier gut unterwegs. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen.) Martin, das freut mich, daß seitens der Grünen auch hier die Zustimmung kommt und daß du das auch so siehst, weil du ja Zeit deines Lebens mit dem Sport eng verbunden warst und nach wie vor – wie ich weiß – als Funktionär bist.

Sport ist für uns nicht nur das, daß man die Jugend begeistern kann, sondern Sport ist auch das beste Vehikel, wenn ich es so nennen darf, um für den Tourismus, für die Wirtschaft etwas zu tun. Ich sage es noch einmal. Es geht uns bei Olympia nicht um die Hostessen, sondern um die Infrastruktur, die dadurch geschaffen wird. Es geht uns auch nicht bei der Formel I um die dröhnenden Motoren, sondern um ein Stück jenes Milliardenkuchens, der eben hier weltweit

verteilt wird. Daß wir, nebenbei gesagt, und auch das möchte ich hier anmerken, nichts dagegen haben, wenn jener Mann, dem es gelungen ist, die Formel I zu dem zu machen, was sie ist, hier als Organisator auch einen Teil des Gewinnes mit nach Hause nimmt, dann gönnen wir ihm das, solange die Studien belegen, daß das größte Stück dieses Kuchens bei uns hier in der Steiermark bleibt. Und wir schielen hier dann auch nicht mit Neid auf das Bankkonto von Bernie Ecclestone, das ja in anderen Ländern den Sozialdemokraten sehr gefallen hat, wenn ich an Tony Blair denke. (Abg. Dr. Flecker: „Glaubst du, ist das ein Einzelfall mit den Parteispenden?“) Du, wie ihr Sozialdemokraten Parteispenden lukriert, das weiß ich nicht. Jedenfalls ist für uns Sportpolitik mehr als diese Großveranstaltungen. Aber diese Großveranstaltungen sind wichtig, und diese Leitprojekte brauchen wir.

Aber genauso wichtig ist der Breitensport, und hier nehme ich für mich in Anspruch, daß ich von den Abgeordneten, die hier im Hause sitzen, einer der fleißigsten bin, was Sportveranstaltungen betrifft. Ich treffe auch immer wieder sozialdemokratische Kollegen, wenn ich in Richtung Abgeordneter Erlitz sehe, den ich jedes Jahr in Frohnleiten sehe, oder den Kollegen Grabner habe ich in Knittelfeld bei einer Sportveranstaltung getroffen, wo breite Massen unterwegs waren. Und ich sage Ihnen, es ist schön, daß in der Steiermark 160.000 Steirerinnen und Steirer sich aufraffen, bei manchen ist es ein Aufraffen, und regelmäßig in Vereinen Sport betreiben. Es geht nicht immer um den Sieg, schon um den Sieg, daß man – jetzt formuliere ich es steirisch – den inneren Schweinehund manchmal überwindet und Sport betreibt. 2700 Vereine, 48 Sportfachverbände, sie alle brauchen unsere Unterstützung, und sie bekommen auch seitens des Sportlandesrates die Unterstützung, denn beides ist wichtig, und wir dürfen das eine nicht gegen das andere ausspielen. Wir brauchen den Breitensport, wir brauchen auch den Spitzensport, das merke ich so deutlich bei uns in Hartberg. Seit die junge Linda Horvath Junioreuropameisterin im Hochsprung geworden ist, gehen wieder Leute zur Leichtathletikgruppe, die schon ganz schwach war. Wo sich kaum jemand für Leichtathletik interessiert hat, weil es kein Vorbild gab, gibt es jetzt regen Zulauf.

Wenn ich an die Kapfenberger denke, an die Basketballer, das gilt auch für Fürstenfeld, oder wir Hartberger, wo wir in der höchsten Klasse in Volleyball spielen, da kommen junge Leute nach, und das ist enorm wichtig, daß hier für den Breitensport etwas gemacht wird. Schade, daß wir bei der Fußball-europameisterschaft, sollte Österreich den Zuschlag bekommen, mit Graz nicht mit dabei sein können. Aber trotzdem bin ich froh, daß wir dieses Arnold-Schwarzenegger-Stadion haben. Man wird es nicht messen können, aber es hat sicherlich auch einen Anteil daran, daß der Tabellenstand in der ersten Fußballdivision für uns so ist, wie er sich nämlich momentan präsentiert, und daß auch die Zuschauerzahlen so sind – Erster Sturm Graz und Zweiter der GAK. Und wenn mit Sturm Graz heuer erstmals ein Steirer Meister wird, freut uns Schwarze das ganz besonders, die Roten mit deutlichem Abstand Zweiter. Das ist auch genau das, was wir in der Landespolitik anstreben – und dann weit hinten die Wiener. Genau

das nehmen wir uns auch hier in unserer Arbeit als Leitbild, vorne die Schwarzen, dann mit einem schönen Abstand der zweite Platz für die Roten.

Das ist es, was uns so optimistisch stimmt im Sport, denn Sturm und GAK zeigen uns, wie es geht. Sie sollten hier auch ein Vorbild für uns sein, auch in der Auseinandersetzung über die Landesgrenzen hinweg, wenn es Auseinandersetzungen mit den Wienern gibt. Sie zeigen uns, daß wir Steirer sehr wohl sehr erfolgreich sein können.

In diesem Sinne danke ich Sportlandesrat Gerhard Hirschmann für seinen Einsatz, aber vor allem auch den Zehntausenden Funktionären, die in den Sportvereinen es vielen jungen Menschen ermöglichen, hier aktiv zu sein, die über Jahrzehnte unbezahlte, oft auch unbedankte Arbeit leisten. Ich wünsche allen steirischen Sportaktiven auch in Zukunft jenes Glück und jene Erfolge, die in den letzten Jahren steirische Sportler sowohl im Sommer – Stichwort Thomas Muster – als auch im Winter – Stichwort Mario Stecher – unser Bundesland über die Landesgrenzen hinaus so bekannt gemacht haben. Wir können stolz sein auf unsere Sportler, aber auch auf unseren Sportlandesrat. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl als Hauptredner mit 15 Minuten Zeit.

Abg. Dr. Wabl (11.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Gegensatz könnte schärfer nicht sein. Der unermüdliche und ausdauernde Marathonläufer Lopatka, der jetzt weg muß, leider Gottes. (Landeshauptmann Klasnic: „Er sitzt in der ersten Reihe!“) Bleibt er da? Weil ich hätte ihm einige Dinge gerne ins Stammbuch geschrieben als einer, der weit weg vom Leistungssport ist, aber der sich noch bemüht, ein bißchen Fußball und Tennis zu spielen. Weil der Lopatka seinen Wunsch ans Christkind heute deponiert hat und den Sport – Schwarz und Rot – gleich in Zusammenhang gebracht hat mit der politischen Landschaft, so hat es mich gefreut, und es ist für mich eine Herausforderung, daß ich immer dann, wenn ich auf politischer Ebene Tennis gespielt habe, die freiheitlichen Konkurrenten aus dem Feld geworfen oder geschlagen habe. Gerade vor kurzem den Gatten der Kollegin Hartinger, der um einiges jünger ist als ich, spritziger, beweglicher. (Abg. Schinnerl: „Er hat gesagt, du warst unberechenbar!“) Und er ist im Aufbaustadium, im Gegensatz zu den Freiheitlichen, die sind im Abflug, aber er ist im Aufbaustadium, der junge Hartinger. Aber trotzdem habe ich ihn geschlagen, genauso wie den Weinmeister und den Landesrat Schmid, der heute offensichtlich Tennis spielen ist, weil seine Hauptbeschäftigung angeblich bei den Budgetdebatten ist ja Tennis spielen. Aber er hat es notwendig, weil nur dann hat er gegen mich im Tennissport eine Chance, obwohl auch er ein sehr ausdauernder Leistungssportler sein soll, obwohl er in der Politik schon wieder aufhören möchte, worüber ich nicht sehr unglücklich wäre. (Abg. Schinnerl: „Du wirst uns nicht mehr lange sehen, denn dann sind wir schon weit weg!“) Er hat keine Chance. Wir können das einmal machen, ich bin bereit, jeden Einsatz zu riskieren.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte diese 15 Minuten nützen, nicht nur, um über mein sportliches Unvermögen zu reden, sondern um ein paar grundsätzliche Anmerkungen hier anzubringen, weil Sport doch die wichtigste Nebensache der Welt ist und weil da hier so viele Faktoren eine Rolle spielen, die für uns von Bedeutung sind. Die Frage der persönlichen Ertüchtigung, die Frage der Gesundheit, die Frage des Fremdenverkehrs, Sport als wirtschaftlicher Faktor, Sport als sinnvolle Freizeitbeschäftigung für die Jugend und, und, und.

Ich meine daher, Sport als neue Chance für Behinderte, Sport als Möglichkeit, sich selbst herauszufordern, sich selbst zu überwinden. Wenn man alle diese Überlegungen hier gegenüberstellt, dann bekommt man ein Bild, das sich etwas von dem abhebt, das der Kollege Vesko hier gezeichnet hat und auch von dem abhebt, was in Ansätzen der Kollege Lopatka hier auch sehr plausibel erklärt hat.

Ich bin kein Schwarzweißmaler, Herr Landesrat Hirschmann, und ich bin keiner, dem nicht bewußt ist, daß wir in einer Zeit leben, wo Großereignisse im Sport sicherlich vor allem ihre wirtschaftliche Bedeutung haben, natürlich auch ihre fremdenverkehrspolitische Bedeutung und auch möglicherweise eine Bedeutung haben, was das Selbstwertgefühl einer Gesellschaft betrifft.

Ich möchte hier, ohne daß ich es ursprünglich vorgehabt habe, auf diese Dauerbrenner – A1-Ring und Olympische Spiele – einzugehen, doch ein paar Worte dazu sagen. Ich verahre mich dagegen, und ich bin auch strikt dagegen, daß man Olympische Winterspiele oder auch Sommerspiele in einen Topf mit Autorennen am A1-Ring wirft. Und das sage ich hier auch differenziert, ich bin ein entschiedener Gegner des Automobilsports. Ich glaube, das werden Sie mir zugestehen. Das ist halt eine Einstellung, von der ich glaube, daß sie sehr wohl begründet ist.

Erstens einmal bringt Autofahren oder alles, was damit zusammenhängt, Umweltbelastung mit sich. Das Fahren im Kreis, wie es der Niki Lauda bezeichnet hat, aber auch die Zufahrt der Zuschauer, was bei anderen Ereignissen nicht so der Fall ist. Vor allem bringt es eines mit sich, und das lasse ich gerne auf mir sitzen, auch von den Obersteirern, das Autorennenfahren bringt eine Verherrlichung des Autos, des Schnellfahrens mit sich und bagatellisiert die Folgen dieses Sportes, daß hier das Schnellfahren, das Rasen über 200 km/h und noch mehr als etwas Positives dargestellt wird. Wenn man heute schaut, welches Leid in den Familien, auch in den steirischen Familien, und das erlebt jeder immer wieder in seiner Gemeinde, in seiner Region, welches Leid durch Raserei, durch Alkohol am Steuer verursacht wird, so meine ich, daß jeder Schilling, der dort investiert ist, auch wenn ich zugebe, daß er für den Fremdenverkehr dort eine Rolle spielt, für die Wirtschaft dort eine Rolle spielt, daß er woanders besser angelegt wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher sage ich, meine Damen und Herren, daß jene 600 Millionen Primärinvestition – und davon müssen wir ausgehen – im Bereich des Jugendsports, der Jugendsportförderung um ein Tausendfaches und noch einmal Tausendfaches besser angelegt wäre. Und da komme ich schon zur Kritik oder ich würde sagen zu einem Vorschlag. Mir geht in dem Budget

eine Budgetpost „Jugendsportförderung“ ab. Und du, Lopatka, hast es gesagt, und ich danke dir dafür. Ich habe seit Jahrzehnten mit Jugendsport zu tun, und das muß man hier auch einmal sagen, diese Funktionäre und Funktionärinnen – du weißt es von Hartberg, Volleyball – bei Sportarten, die nicht im Rampenlicht stehen, Sportarten, die nicht im Fernsehen sind, Sportarten, wo es bedauerlicherweise keine Tabakwerbung, keine Sponsorengelder gibt, sind hauptsächlich damit beschäftigt, das ganze Jahr, jahraus, jahrein Geld aufzutreiben. Manchmal auch durch die Mithilfe des Landesrates, aber das Geld hat ja kein Mascherl, und das sind ja Steuergelder. Ich war sechs Jahre Obmann eines Damenvolleyballklubs. Ich habe fast nichts anderes getan, wenn ich für den Sportverein tätig war, als Geld aufzutreiben, damit die jungen Mädchen dort sinnvollen Sport, Mannschaftssport betreiben können, wo sie sich begeistern können. Seien wir doch froh, wenn wir vorbeugend tätig sein können. Wenn die jungen Mädchen den Sport betreiben, das ist eine Freizeitbeschäftigung, eine Lebenserfüllung, die ihren Sinn hat.

Und, lieber Landesrat Hirschmann, wenn von diesen Millionen, von diesen, ich habe gesagt, 600 Millionen – ich weiß schon, daß nicht alles gleich eins zu eins übertragbar ist –, wenn du für nächstes Jahr, und das würde ich mir wünschen, zusätzlich zum Leistungssport, zur Förderung der Vereine, die nie genug sein kann, wenn du einen Posten einführen würdest, der für mich heißt Jugendsport in der Steiermark. Dieser Posten würde daran geknüpft werden, daß solche Förderungen nur jene bekommen, die erfolgreich im Jugendsport tätig sind, das heißt also Jugendmannschaften haben, egal ob sie jetzt österreichweit Erster oder Zweiter sind, aber die hier Erfolge aufzuweisen haben.

Ich sage dir, du würdest vielleicht nicht in den Schlagzeilen stehen, du würdest vielleicht nicht im Fernsehen an vorderster Front stehen, aber der Dank all dieser Funktionärinnen und Funktionäre wäre dir gewiß. Das wäre mir viel wichtiger als alles andere. Ich weiß, der Hohe Landtag hat so eine Budgethoheit, daß er nichts tun kann.

Du als allmächtiger Landesrat könntest das machen. Ich würde mir wünschen, daß dieser Posten für nächstes Jahr eingeführt wird. Dort müßte stehen: 100 Millionen Schilling. Ich weiß, daß das eine Traumzahl ist. Wenn dort nur 2 Millionen stehen würden, oder 5 Millionen, oder 10 Millionen, dann wäre ich zufrieden. Und daher auch eine Kritik, was mich als Grünen hier stört – Kollegin Wicher, ich glaube, Ihnen wird es auch aufgefallen sein –, die Förderung des Behindertensports mit 250.000 Schilling ist nicht erhöht worden, und die normale Sportförderung, was ich begrüße, ist von zirka 3 Millionen auf 4 Millionen erhöht worden. Ich hätte mir gewünscht, daß von dieser Zusatzmillion für den Leistungssport auch etwas für den Behindertensport vorgesehen worden wäre, weil ich halte das einfach für notwendig, richtig und wichtig, daß der Behindertensport in der Steiermark auch gezielt gefördert wird – mit mehr als 250.000 Schilling.

Ich ersuche daher, eigentlich uns selbst, wir als Landtag hätten das ja schon tun dürfen oder tun können, aber wir haben es nicht getan, weil wir ja keinen

Beistrich ändern dürfen, aber für nächstes Jahr, erste Bitte: einen Jugendsporttopf, der ausreichend dotiert ist, aber ausgewiesen. Und da gibt es kein Geld für den Superfußball im Arnold-Schwarzenegger-Stadion, da gibt es nur Geld für jene Vereine, die nachweisen, daß sie erfolgreich Jugendsport betreiben.

Der zweite Wunsch ist, daß die Unterstützung des Behindertensports in der Steiermark zumindest verdoppelt wird, hätte ich mir vorgestellt. Ich halte das für notwendig.

Ein Drittes, Kollegin Wicher, was ich mir gewünscht hätte. Ich weiß nicht, wieviel der Arnold Schwarzenegger für dieses Stadion bezahlt hat, mir ist keine Summe bekannt. Ich kann auch nicht sagen, wie viele Amerikanerinnen und Amerikaner deswegen nach Graz kommen und hinunterpilgern. Eines steht fest, daß dieses Stadion sicherlich ein Aushängeschild geworden ist, auch wenn es bei der Europameisterschaft für das eine Spiel nicht in Betrieb genommen werden kann, aber das halten wir aus. Ich hätte mir gewünscht, daß dieses Arnold-Schwarzenegger-Stadion – Arnold Schwarzenegger lasse ich jetzt schon weg – nach einer oder einem erfolgreichen Behindertensportler benannt worden wäre. Dann hätten zwar die Leute gefragt „wer ist das“, und dann hätte man zur Antwort geben können – die Frau Kollegin Wicher wüßte sicherlich Namen, die Olympiasiegerinnen oder Olympiasieger geworden sind –, das ist eine erfolgreiche Behindertensportlerin, die hat es geschafft, aus ihrer Behinderung heraus so zum Erfolg zu kommen, und das wäre ein Zeichen gewesen. (Beifall bei der SPÖ.) Aber nicht nach einem Arnold Schwarzenegger das Stadion zu benennen, der in vielen Filmen die Gewalt verherrlicht, wo wir alle die Gewalt in der Familie kritisieren, wo wir alle angesichts der Tragödie in Mauterndorf sagen, wie kommt es zu den ganzen Aggressionen? Angeblich hat er bis heute noch gar nichts gezahlt dafür, außer daß er eine alte Rumpelkammer zu einer Kraftkammer umgewandelt hat, was ja auch an sich sehr attraktiv sein soll. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist kreativ!“) Bitte? Das kann auch nur er, nicht?

Ein Letztes zu den Olympischen Spielen. Herr Landesrat Hirschmann, ich gebe dir recht, daß die Überlegung oder daß dein Engagement für die Olympischen Spiele in der Steiermark, also Graz oder Obersteiermark, wobei Graz natürlich problematischer ist, aber es hätte sicher hineingepaßt, sicherlich eine Anstrengung war oder eine Idee war, die von mir akzeptiert wird. Und ich sage das ganz offen, und ich bin nicht einer, der jetzt sagt, naja Megaevents, das ist alles ein Blödsinn, das brauchen wir nicht, das bringt ja nur Sportstätten. Ich bin überzeugt davon, daß Olympische Spiele oder auch Wettkämpfe auf höchster Ebene, wenn sie den Geist der sportlichen Ertüchtigung und auch den Geist des Amateurismus ein bißchen noch im Auge haben und wenn sie nicht nur dazu degradiert werden, daß sie in erster Linie Fernsehspiele sind, wie wir das in Atlanta erlebt haben, wo eigentlich sich alles daran orientiert hat, daß Coca-Cola diese Spiele finanziert hat, wenn diese Spiele dazu beitragen, daß unsere Jugend sich verstärkt dem Sport widmet – das wage ich allerdings zu bezweifeln –, dann wäre ich 100prozentig dafür gewesen und glaube ich auch, daß die positiven

Effekte sicherlich die negativen überwiegen. Ich bezweifle, daß solche Megaevents die Jugend dazu veranlassen, Sport zu betreiben, weil ich habe sehr oft das Gefühl, daß durch die Professionalisierung des Spitzensportes viele Jugendliche davon eher abgehalten werden. Weil ich sehe das bei manchen Sportarten, da betreiben sie Sport bis zum 18. Lebensjahr, dann hätten sie die Chance zum sportlichen Durchbruch, und dann auf einmal sind irgendwelche Starspieler aus der EU da, die ein Zsigfaches von dem verdienen, was jemals die jungen Leute in einem bürgerlichen Beruf bekommen. Da muß man auch aufpassen, daß man nicht der Jugend die Chance verbaut und vermauert, daß sie zwar Leistungssport betreiben, alle möglichen Kraftanstrengungen unternehmen, sich überwinden, und dann hätten sie die Chance, in der Kampfmannschaft zu spielen oder endlich Anerkennung zu finden und daß sie sich endlich beweisen könnten, und dann sind dort sieben, acht Starspieler, die weiß Gott woher gekauft werden um teures Geld und ihnen den Weg versperren. Das sollte man auch überlegen.

Aber insgesamt bin ich der Meinung, daß der Sport wirklich zu Recht die wichtigste Nebensache der Welt ist, und ich würde wirklich bitten und würde mich wirklich freuen, wenn mein Wunsch in Erfüllung ginge, daß man nächstes Jahr den Behindertensport besser dotiert und vor allem einen eigenen Posten schafft, wo Jugendsport entsprechend hoch dotiert wird und wo ausschließlich jene Vereine zum Zug kommen, die im Interesse der Jugend hier besonders aktiv tätig sind. Weil dort arbeiten jene Leute, die oft am wenigsten bedankt sind und die wertvollste Arbeit für unsere Jugend und damit für die Zukunft leisten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 12.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Hauptredner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (12.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Landesrat!

Es ist schon traurig, was Sie sagen, wie hier die Sportdiskussion von FPÖ und ÖVP geführt wird. (Abg. Schinnerl: „Geh', was du nicht sagst!“) Man hört hier nur Sport als Vehikel zur Vermarktung des Landes, Sport als Vehikel zur Veranstaltung von Megaprojekten, Olympia, A1, Sport als Vehikel, um den Tourismus anzukurbeln, Sport als Vehikel, um irgendwelche pekuniären Einnahmequellen zu erschließen. Man hört kein Wort von der Vereinsarbeit, kein Wort von jenem Bereich, der sich mit der sportlichen Breitenarbeit beschäftigt. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist unrichtig!“) 95 Prozent hast du dich, Kollege Lopatka, nur mit den Megaprojekten beschäftigt. Und ich schließe da an, was der Martin Wabl gesagt hat, daß Sportpolitik andere Aufgaben zu erledigen hat. Denn es ist kein Wort von Vereinsarbeit gesprochen worden, dort, wo die Knochenarbeit im sportlichen Bereich geleistet wird, und die Vereine sind die Heimstätten des sportlichen Lebens, kein Wort ist hier gesprochen worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Das finde ich traurig, und deswegen möchte ich einige Anmerkungen zur Sportpolitik des Landes hier

machen, denn ich bin überzeugt davon, auch wie alle anderen, daß der Sport in unserer Zeit unbestritten eine bedeutsame Rolle einnimmt. Einerseits verfügen die Menschen über immer mehr Freizeit, und diese sollten sie auch in Form einer sportlichen Betätigung sinnvoll nutzen können, und andererseits ist der Sport angesichts der steigenden Lebenserwartung der beste Weg zu einer gesundheitlichen Prävention. Deshalb muß der Sport in der öffentlichen Bewertung, auch in der politischen Bewertung, und zwar nicht so sehr der Spitzensport und der Hochleistungssport, sondern vor allem der Breitensport, im Vordergrund stehen. Die Breitensportliche Arbeit muß hier viel mehr in den Vordergrund gerückt werden. Denn es ist die sportliche Breitenarbeit zur Schicksalsfrage unserer Menschen geworden, nicht Olympia ja oder nein, ob in der Steiermark oder in Kärnten, nicht A1-Ring ja oder nein oder ob das Schwarzenegger-Stadion 15.000 oder 20.000 Zuschauer faßt. Das sind keine Schicksalsfragen unserer Menschen, überhaupt nicht. In der Zeit der Herzinfarkte, der Frühinvalidität, der Haltungsschäden, der Haltungsschwächen ist der Ausgleichssport zur wahren Medizin geworden, und deswegen, meine Damen und Herren, muß das Scherwergewicht der gesamten Sportpolitik in der sportlichen Breitenarbeit liegen. (Beifall bei der SPÖ.) Sie dient der Gesunderhaltung der Bevölkerung. Ich weiß schon, daß Gesundheit nicht mit der Post ins Haus geliefert wird und daß für die Gesundheit letztlich jeder selbst verantwortlich ist. Aber, meine Damen und Herren, es hat die öffentliche Hand, sprich die Politik, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit sich eben alle Menschen aller Alterskategorien dieser präventiven Einrichtungen, sprich der Sportstätten, entsprechend bedienen können. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist das Ausspielen notwendig?“) Ich spiele nicht aus. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Jugend braucht Idole!“)

Lieber Freund, ich komme zurück, lieber Freund, du hast drüben angesprochen bei dir diese Judokerin oder Leichtathletikerin. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist eine Hochspringerin!“)

Ja, weißt du, was ist? Nur durch eine breite Basis komme ich zum Spitzensport. Ich spiele den Spitzensport gegen den Breitensport nicht aus. Aber ohne Basis gibt es keine Pyramidenspitze, und das überseht ihr in eurer Politik. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Sport kann noch etwas, meine Damen und Herren, der Sport kann nicht von einem Volk der Zuschauer, sondern auf Dauer nur von aktiven und tätigen Sportlern leben, die sich aus Freude am Sport, ohne Starwesen und Rekordsucht, zusammenschließen. (Beifall bei der SPÖ.)

In einer Zeit, in der der Hochleistungs- und Spitzensport – (Abg. Dr. Lopatka: „Wissen Sie, wie viele Kinder Vastic-Leibchen kaufen?“) Ich komme zum Jugend- und Schulsport noch zurück, und ich werde sagen, was der Herr Landesrat da leistet. Ich komme darauf zurück. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Jugend braucht Idole!“) Dann versuchs halt, den Jungen Ideale zu sein und ein ideales Leben vorzuspielen oder vorzugeben. (Abg. Dr. Flecker: „Der wirtschaftliche Impuls ist so groß!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Die Jugend braucht Idole. In uns findet sie sie nicht mehr!“ – Abg. Dr. Flecker: „Bei dir nicht!“) Ja, vorgaukeln tuts es eh.

In der Zeit, in der der Hochleistungs- und Spitzensport immer mehr in den Vordergrund tritt und die Menschen nur noch als Zuschauer vorm Bildschirm, vorm Radio oder eben in den Zuschauergalerien am sportlichen Geschehen teilnehmen, gerät es leider halt in Vergessenheit – wie es der Kollege Martin Wabl schon gesagt hat –, daß der Sport von einem tieferen Sinn und von einem tieferen Gehalt erfüllt ist. Wie schon gesagt, vom angesprochenen gesundheitlichen Aspekt über kameradschaftliche Erlebnisse, alles, was man unter dem sozialen Lernen versteht, erfährt man dort im Sportbereich, bis hin – Kollege, Entschuldigung, Präsident Vesko hat das gesagt – zur Bewahrung vor Langeweile und Müßiggang und Bewahrung vor dem Griff zu Alkohol und Drogen. Alles das sind Aufgabenbereiche, die der Sport und die Sportpolitik eben zu bewältigen haben.

Die Sportpolitik des Landes allerdings, meine Damen und Herren, setzt ihre Schwerpunkte leider genau in jenen, von mir angesprochenen Bereichen, die nur von den Zuschauern – zwar sportinteressierten –, aber sportlich untätigen Menschen leben.

Landesrat Hirschmann ist stolz als Politiker, wenn er sagt, Hunderttausende fahren zum A1-Ring, setzen sich hin und schauen zu. Er ist stolz, wenn 120.000 zur Kulmschanze hinfahren und zuschauen. Er ist stolz, wenn es Woche für Woche 13.000 oder 15.000 Zuschauer im Schwarzenegger-Stadion gibt, die sich hinsetzen und zuschauen. Das kann doch nicht Sportpolitik sein, festzustellen wie viele Menschen sitzen und zuschauen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das hat mit Tourismus etwas zu tun, aber nicht mit Sportpolitik, meine Damen und Herren. (Allgemeine Unruhe. – Glockenzeichen – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine Damen und Herren, am Wort ist der Herr Abgeordnete Erlitz!“) Meine Damen und Herren, es mag schon für die Fremdenverkehrswirtschaft – (Landesrat Dr. Hirschmann: „Soviel Blödsinn innerhalb von drei Minuten habe ich noch nie gehört!“) Das wird aber schon eingerechnet, wenn ich nicht reden darf. (Abg. Purr: „Du bist Professor und redest so einen Blödsinn!“)

Ich habe von dir schon einen größeren Blödsinn gehört. Das ist auch klar. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine Damen und Herren, darf ich für den Abgeordneten Erlitz wieder Ruhe schaffen!“)

Es mag für die Fremdenverkehrswirtschaft schon wichtig sein. Ich stelle den A1-Ring ja nicht als Frequenzbringer in Frage, als Tourismusprojekt mag das ja sein, nur, mit Sportpolitik hat das wenig zu tun.

Abgesehen davon, Landesrat Hirschmann, der Motorsport ist nicht einmal ein anerkannter Fachverband in der Bundessportorganisation. Hast du da schon einmal nachgedacht, wie man das ändern könnte? Motorsport ist nicht einmal ein anerkannter Fachverband in der Bundessportorganisation, auch nicht in der Landesorganisation, nur so nebenher.

Noch einmal, es mag für die Fremdenverkehrswirtschaft schon wichtig sein, daß man solche touristischen Frequenzbringer hat. Kulmschanze, Stadion, A1. Gar keine Frage, das sind touristische Frequenzbringer, nur, mit verantwortungsvoller Sportpolitik – jetzt noch einmal – hat das ein bißchen wenig zu tun. Ich weiß schon, der Landesrat Hirschmann hat ein bißchen ein

Problem, seine beiden Aufgabengebiete auseinanderzuhalten, nämlich den Aufgabenbereich als Tourismuspolitiker und als Sportpolitiker. Das vermengt er halt ein bißchen, da zieht er keine klaren Grenzen.

Da gebe ich dem Martin Wabl auch recht, wenn er sagt, wahrscheinlich spielt halt beim Landesrat Hirschmann eine Portion Eitelkeit mit. Man kommt halt mit Megaprojekten (Abg. Purr: „Und du bist ein völlig selbstloser Mensch?“) eher auf die Titelseite und in die Schlagzeile einer Zeitung als vielleicht mit gezielten Förderaktionen der vielen kleinen, aber hoch aktiven Vereine, die eben die eigentlichen Träger dieser sportlichen Arbeit sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit dieser Einstellung, meine Damen und Herren, erweist man dem Breitensport und dem Vereinssport keinen guten Dienst. (Abg. Purr: „Sagenhaft!“) Ich frage mich auch, meine Damen und Herren, wie lange sich die vielen Vereine diese Politik noch gefallen lassen, die in Megaprojekte, wie den A1-Ring, 500 Millionen Schilling hineinschafft, aber eben die vielen Vereine beziehungsweise die Dachverbände, die für den kostenintensiven Bereich der Sportstätten zuständig sind, die für den Jugendbereich, für die Breitenarbeit zuständig sind, quasi mit „Brosamen“ in bezug auf die 500 Millionen abgespeist werden.

Unterstrichen wird diese Politik und diese Förderung, die für mich nicht akzeptabel ist, in der sogenannten Bundesligaförderung. Ich weiß nicht, wieweit diese Bundesligaförderung schon beschlossen ist. Dabei geht es um den Fernseh-Rundfunk-Schilling – Sie wissen, etwa 7,435 Millionen Schilling –, die da entsprechend verteilt werden. Von diesen 7,435 oder rund 7,4 Millionen Schilling sollten Sturm und GAK – ich bin selbst ein GAK-Fan, gar keine Frage, und ich bin ein Fußballfan, das hat jetzt überhaupt nichts damit zu tun – (Abg. Mag. Hartinger: „Du hast gerade gesagt, du gehst nicht auf den Fußballplatz!“)

Hör einmal zu, tu zuhören vorher, rege dich nicht auf. Von diesen 7,4 Millionen Schilling kriegen Sturm und GAK – die beiden Profivereine – je 1,4 Millionen Schilling, also 2,8 Millionen Schilling. Das heißt, 40 Prozent von diesen 7,4 Millionen bekommen Sturm und GAK. Die anderen 60 Prozent der Förderung werden auf sage und schreibe 51 Vereine aufgeteilt. Das heißt, hier werden die Armateurvereine gegen die Profivereine ausgespielt. Die Armateurvereine bleiben auf der Strecke. Das ist eine Förderungsform, die ich nicht verstehe. (Beifall bei der SPÖ.) Abgesehen davon sind in dieser Bundesligaförderung zum Beispiel der Stocksport und der Judosport überhaupt nicht vorgesehen – die scheinen überhaupt nicht auf –, obwohl der Stocksport der zweitgrößte Verein (Abg. Dr. Flecker: „Dafür plakatiert der Herr Katnig!“) in diesem Lande ist. Das heißt, hier wird eben die breite Fläche der diversen Sportarten gegen den pressewirksameren Fußball, das muß man ja sagen, ausgespielt. Man kommt halt wieder eher in die Zeitung, wenn man sich als Politiker auf die großen Profivereine wirft. (Abg. Straßberger: „Das tut weh!“) Das tut weh den vielen kleinen Vereinen, diesen 51 Vereinen, die sich den Rest aufteilen müssen. Da gebe ich dir recht, das tut den Vereinen sehr weh.

Meine Damen und Herren, und jetzt zum Spitzensport. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist es auch schlecht, daß Sturm und GAK vorne sind?“) Sturm und GAK

haben doch andere Möglichkeiten, Gelder zu lukrieren. Die brauchen diese öffentlichen nicht. Die haben genug Möglichkeiten, durch das private Sponsoring zu Geldern zu kommen. Die brauchen die öffentlichen Gelder nicht. Aber die vielen Vereine, von denen der Martin Wabl gesprochen hat, die sind darauf angewiesen, weil die haben keine Möglichkeit, aus irgendeiner Werbung zu Geld zu kommen. Aber das versteht ihr nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Alle Bundesligavereine werden von der öffentlichen Hand subventioniert. Schau die Stadt Wien an!“) Wir sind in der Steiermark, wir sind nicht beim Häupl, bleiben wir da. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr seid völlig isoliert!“)

Laß die Kirche im Dorf, bleiben wir in der Steiermark. Ihr braucht den Wiener Bereich nicht mitsanieren, bleiben wir in der Steiermark.

Ich bin nicht gegen den Spitzensport, damit das klar ist, überhaupt nicht. (Abg. Dr. Lopatka: „Bis jetzt schon!“) Nein!

Vereinsförderung heißt ja eine breitensportliche Förderung. Das heißt, den Sport auf eine breite Basis stellen. Wenn ich eine breite Basis habe, dann komme ich auch zur Spitze. Denn nur eine gediegene sportliche Breitenarbeit schafft eine gesunde Voraussetzung für den Spitzensport, den wir eben in vielen Disziplinen in diesem Land leider nicht oder nur mehr in Spuren vorfinden. Denn nur eine breite Basis kann, wie gesagt, pyramidenförmig zur Spitze führen. Und die Sportpolitik hat eben dafür die entsprechende Voraussetzung zu schaffen. (Abg. Mag. Hartinger: „Es gibt ein gutes Papier, aber du lehnt das ab!“) Es gibt ein gutes Papier, bitte. Der ASKO-Präsident Voves hat ein tolles Papier hier ausgearbeitet – Spitzensportmodell der Landeshauptstadt Graz –, um letztlich auch in Handball, Fußball, Volleyball zur Spitze zu kommen. Da geht es um eine Form der Konzentration der vielen Vereine, der Sportler, der finanziellen Mittel und auch eine Kooperation zwischen Verein und Schule.

Der Herr Landesrat Hirschmann, glaube ich, goutiert das Papier ja. Ist ja schön, ich bin ja froh, aber es wäre auch schön, wenn das von ihm kommen würde, so eine Idee. Aber es ist klar, sie ist nicht so publikumswirksam wie eben ein A1-Ring. Mag sein, aber jedenfalls ist das die Lösung, um eine breite Basis zu schaffen, um damit auch in anderen Sportarten zur Spitze zu gelangen. (Abg. Tasch: „Das ist das Ärgste überhaupt!“)

Das ist nicht das Ärgste, das ist ein Papier, das liegt vor, und der Landesrat hat es auch goutiert bitte sehr. Wenn Landesrat Hirschmann meint, wir wären deswegen das Sportbundesland Nummer eins, nur weil wir einen A1-Ring haben (Abg. Dr. Lopatka: „Weil wir den Hirschmann haben, nicht wegen dem A1-Ring!“), weil wir eine Kulmschanze haben, weil wir ein Schwarzenegger-Stadion haben, weil wir auch über Olympia reden, ist das ja wohl zum Lachen. (Abg. Dr. Lopatka: „Weil wir den Hirschmann haben!“ – Abg. Dr. Flecker: „So bescheiden sind wir schon geworden!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Weil wir den Muster haben!“)

Wir könnten das Sportland Nummer eins dann sein, wenn der Herr Landesrat hinweisen könnte, nicht wie viele Zuschauer an dem sportlichen Geschehen

immer teilnehmen, sondern wie viele Menschen von der Jugend bis zum Alter – so wie du, Kollege Lopatka – regelmäßig Sport betreiben und daß er dafür die notwendigen Sportstätten und sonstigen Voraussetzungen geschaffen hat. Könnte er das tun, dann wären wir das Sportland Nummer eins. Aber auf diesem eminent wichtigen Aufgabengebiet ist unsere Sportpolitik in diesem Land noch vieles schuldig geblieben, vor allem dann, wenn man weiß, daß 34 Prozent der Bevölkerung nur selten und ein knappes Viertel überhaupt keinen Sport betreibt. Und auf 10 Prozent sinkt der Anteil des sportlichen Aktiven, wenn man davon ausgeht, daß man, um sicher medizinisch meßbare Wirkungen zu erzielen, mindestens zwei Stunden pro Woche aktiv sein sollte. Aber ich muß sagen, die Sportförderung, die Vereinsförderung in diesem Lande ist leider in Österreich an letzter Stelle. Wenn ich den Sportbericht 1996 hernehme, da steht drinnen, Steiermark 23,137 Millionen, an letzter Stelle hinter dem Burgenland. Ich glaube, daß dieser Sportbericht vom Bundeskanzleramt auch vom Landesrat Hirschmann zur Kenntnis genommen werden muß.

An der Sportförderung liegt es, meine Herrschaften, da liegt es ganz im Argen. Deswegen, meine Damen und Herren, muß das Ziel einer erfolgreichen Sportpolitik sein, den Menschen eine lebenslange sportliche Aktivität zu ermöglichen. Lebenslanger Sport oder lebenslanges Sporttreiben, gemeint Bewegungsaktivität und sportliche Betätigung, erstrecken sich mehr oder weniger von der Wiege bis zur Bahre. Lebenslanger Sport soll die Lebenssituation positiv verändern, ein soziales Netz schaffen, Freude an der Bewegung, Gesundheit und Wohlbefinden vermitteln. Da fehlt es. Die gesundheitspolitische Aufgabe besteht darin, möglichst vielen Menschen unter dem Titel „Sport für alle“ den Weg zu einer lebensbegleitenden Bewegungskultur beziehungsweise zur Wiederaufnahme sportlicher Betätigung zu ebnet. Und ich hoffe, daß auch die Sportpolitik in unserem Land diesen ihren genuinen Aufgabenbereich doch in absehbarer Zeit erkennt und auch wahrnimmt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist ein aktiver Sportler aus dem Bezirk Liezen, der Herr Kollege Posch. Ich erteile es ihm.

Abg. Posch (12.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, als 20 Jahre lang aktiver Fußballer – lieber Herr Kollege Wabl, ich habe es aber nicht zum Richter gebracht, das war in unseren Kreisen nicht möglich oder für mich nicht möglich, oder auch als passabler Tennisspieler wurde ich nie eingeladen, aber seit ich Bürgermeister bin, habe ich für diese Späße eh keine Zeit mehr – weiß ich zumindest, wovon ich rede, wenn ich sage, zum Kapitel Sport gehört untrennbar das Vereinswesen. Und der Kollege Erlitz ist zu Beginn vielleicht ein bißchen zu früh in Saft gegangen, ich habe mir das gestern am Abend schon aufgeschrieben, ich habe mich gestern schon gemeldet. Ich habe ihm eh schon gedeutet, wie er gesagt hat, es fehlt ihm das Vereinswesen, es kommt schon noch. Aber es ist halt

schon einmal heraußen, was soll es. Gerade im Sportland Nummer eins – und das sind wir, und auf das sind wir sehr stolz, und nicht zuletzt auf Grund der Leistungen unseres Landesrates mit all denen, die hier mitarbeiten – ist das Vereinswesen ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens.

Vereinsförderung bedeutet nicht nur Geld, Vereinsförderung bedeutet auch Bürokratie, rechtliche Rahmenbedingungen und Gesetze. Und wenn man den Spruch noch einmal nimmt vom Kollegen Erlitz „von der Wiege bis zur Bahre“ dann heißt es auch leider Formulare, Formulare. Ich komme eher zu einem anderen Punkt, zu einem gesetzlichen Bereich. Die Vereine werden übrigens in der Steiermark nicht so schlecht dotiert, denn unter der Kostenstelle 269 sind 31 Millionen Schilling vorgesehen, ist zumindest nicht so wenig.

Das Vereinswesen ist ein lebendiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. In einer Zeit, die immer unpersönlicher wird, ist das Vereinswesen eine der wichtigsten Verbindungen zwischen den Menschen. Es wird aber immer schwerer, gute Leute zu finden. Die meisten haben Gott sei Dank diese Debatte nicht gehört, sonst würden sie sich wahrscheinlich gut überlegen, ob sie jemals noch etwas für einen Verein tun würden. Es ist also immer schwerer, gute Leute zu finden, die sich freiwillig und ehrenamtlich den vielfältigen Aufgaben im Sport oder im Vereinssektor, Kultur oder in verschiedenen Hilfsorganisationen widmen. Die Vereinsarbeit ist die Grundlage für den Spitzensport, da bin ich absolut bei deinen Gedanken. Und vom Breitensport führt der Weg in die Spitze, und nur eine Breite quer durch die Vereine kann den Spitzensport oder den Spitzensportler fördern. Daher ist es umso wichtiger, daß die öffentliche Hand, gleichgültig ob Bund, Land oder Gemeinde, diese Menschen und ihre Organisationen unterstützt. Eine Unterstützung, wie schon eingangs erwähnt, ist nicht nur auf finanziellem Gebiet, sondern natürlich auch im bürokratischen Bereich äußerst wichtig.

Aber es droht ein neues kompliziertes Gesetz, das die Vereinsarbeit wesentlich erschweren wird. Eine Reform des Vereinsrechtes wird seit 30 Jahren diskutiert, und eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums legte nunmehr Ende 1996 einen Entwurf zu einem gänzlich neuen Vereinsgesetz vor. In diesem Vereinsgesetz sind anstelle der derzeitigen 31 Paragraphen 87 Paragraphen angeführt. Das bisherige Vereinsrecht ermöglichte in Österreich eine Entwicklung einer vielfältigen Vereinslandschaft. Man schätzt, daß es in Österreich etwa 100.000 Vereine gibt, deren Mitglieder ehrenamtliche Arbeit leisten.

Die bisherige Vollziehung des Vereinsrechtes ist unproblematisch. Aber im vorgeschlagenen Vereinsrecht sind insbesondere folgende Neuregelungen zu nennen, die dann das Leben der Vereinsfunktionäre wesentlich erschweren würden oder werden: ein aufwendiges Genehmigungsverfahren, Einführung eines Vereinsregisters, Kategorisierung der Vereine, bestimmte Vereinstypen müssen sogar durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft werden, Neufassung der Haftungsbestimmungen – da wird man sehr viele ehrenamtliche Vereinsfunktionäre dann kriegen, und Strafbestimmungen als Gipfel-

punkt. Dieser Entwurf ist nicht nur gesellschaftspolitisch bedenklich, sondern widerspricht jeglicher Idee einer Verwaltungsvereinfachung und führt letztlich auch zur Aushöhlung der Vereinsfreiheit. Die Neuregelungen zeugen von einem tiefen Mißtrauen gegenüber dem Vereinswesen. Dieser Entwurf wird daher entschieden abgelehnt, zitiere ich hiemit aus einem Antrag, den wir am 25. November zu diesem Vereinsgesetz eingebracht haben. Warum haben wir uns mit diesem Thema beschäftigt? Weil eine Verschärfung der Bürokratie droht und damit eine Gefahr, daß aktive Gruppen in Stadt und Land behindert werden, Vereinsarbeit, die für die Menschen in den Ortschaften wichtig ist, zu tun. In einigen Bundesländern, Niederösterreich und Kärnten, haben sich bereits starke Gegenströmungen entwickelt, und eine gemeinsame gegenläufige Stellungnahme der ÖVP-Landeshauptleute in ähnlichem Sinne wurde bereits vorgelegt. Gerade in einer Zeit, in der das Ehrenamt besonders von unserer Frau Landeshauptmann gewürdigt wird, ist dieser Angriff auf die freiwilligen Funktionäre nicht sinnvoll.

Wir haben daher im Antrag folgende Forderung formuliert, die ich in kurzen Worten noch einmal nun zur Kenntnis bringen möchte.

Der Hohe Landtag wolle beschließen – aus dem Antrag zitiert –, daß von einem Vereinsrecht, das die Umstellung von Anzeigeverfahren zum Genehmigungsverfahren, eine Kategorisierung der Vereine, besondere Rechnungslegungsvorschriften, besondere Prüfvorschriften, ein umständliches Melderegister, eine Ausweitung der Haftungsbestimmungen, die Ausweitung von Strafbestimmungen derzeit beinhaltet, Abstand genommen wird.

Die Schlußfolgerung daraus ist klar und deutlich: Man soll gut funktionierende Vereine – die wir letztlich alle gemeinsam wollen, ganz gleich, aus welchem Bereich man die Vereine betrachtet –, wie unsere vielen und vielschichtigen Vereine es eben sind, nicht kaputtreformieren. An dieser Stelle bedanke ich mich sehr herzlich bei allen Funktionären, gleich in welcher Funktion und für welche Aufgabe, die im Interesse unserer Mitmenschen eben mehr tun als andere, und schließe mit dem eindringlichen Appell: „Hände weg von unseren Vereinen und von den unzähligen ehrenamtlichen Mitarbeitern!“ (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröpf. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpf (12.23 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren!

Ich habe jetzt diese Debatte, wie ich glaube, sehr aufmerksam verfolgt, und dabei ist mir auch die Ansage vom Herrn Präsidenten Vesko aufgefallen. Ich gebe Ihnen recht, auch ich würde beim Anblick der Millionen des Ecclestone feuchte Augen bekommen, so wie es ihm gegangen ist.

Ein paar kritische Bemerkungen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie dürfen auch über das, was der Staat verdient hat, lachen!“)

Nein, ich lache nicht, ich habe gesagt, wenn ich diese Millionen sehen würde oder bekommen könnte, die der Ecclestone abgecasht hat, dann würde ich auch feuchte Augen bekommen.

Nun ein bißchen zu den Megaevents. Ich glaube schon, daß diese Megaevents wichtig sind und eine wirtschaftliche Bedeutung haben, aber der Effekt für den Breitensport ist sicherlich fraglich. Und zu den Spitzensportlern möchte ich sagen, wir können froh sein, daß wir Spitzensportler haben, und sie sind wichtige Vorbilder für unsere Jugend. Wir müssen dabei aber auch aufpassen, daß es uns bei Spitzensportlern nicht so geht, wie bei einigen, die uns dann abhanden kommen oder die ich nicht als Vorbilder sehen möchte, die nämlich bei uns in den Vereinen groß werden durch die gute Jugendarbeit, die dort geleistet wird, und die dann, wenn sie das große Geld verdienen, zu Steuerflüchtlern werden und ins Ausland abmarschieren. Also, da kann ich mich mit Spitzensport nicht identifizieren. Und diese werden dann groß in den Medien und auch von verschiedenen Richtungen forciert und als Vorbilder hingestellt.

Zu der Olympia-Bewerbung, meine Damen und Herren, ich glaube, wir können froh sein, daß wir uns diese Millionen gespart haben. Ich bin auch froh darüber, daß Kärnten diesen Zuschlag bekommen hat, denn durch dieses länderübergreifende Projekt ist ein Zeichen zur Völkerverbindung gesetzt. Sie haben ja auch gesehen, mit wieviel Aufwand sich Salzburg und auch Tirol beworben haben, und trotz dieses Millionenaufwandes hat Kärnten den Zuschlag bekommen. Und das gibt uns, glaube ich, recht, daß wir uns da zurückgehalten haben.

Noch etwas zu Olympia und A1 – das gilt für beide –, damit locken wir die Jugend nicht zum Sport, mit diesen Veranstaltungen bringen wir sie vor die Fernseher. Wir halten es dann so wie Fendrich in seinem Lied „Es lebe der Sport“, das, glaube ich, allgemein bekannt ist.

Es ist auch wirklich eine traurige Geschichte, daß wir den Sport mit Suchtgiftwerbung finanzieren müssen. Auf der einen Seite geben wir Gott sei Dank Millionen für Suchtgiftprävention aus, müssen aber auf der anderen Seite Millionen verwenden, um süchtige Menschen wieder gesund zu machen. Der Sport betreibt mit Suchtgift Werbung. Das ist ziemlich traurig.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu Herrn Landesrat Hirschmann. Ich habe in den Protokollen aus dem Jahre 1992 nachgeschaut und dort festgestellt, daß Sie zur Sportförderung auch seinerzeit schon eine etwas eigenartige Haltung hatten. Der heutige Landesrat Dörflinger hat damals in der Rede um höhere Sportförderungsmittel ersucht oder dies angeregt. Darauf haben Sie, Herr Landesrat, gesagt: „Ich sage dir eines, das Geld verdirbt die Leute. Laß das Geld zu Hause.“ Und in einem weiteren Zwischenruf haben Sie festgestellt: „Die Kinder sollen spielen, und nicht an unser Geld denken.“ Diese Haltung, meine Damen und Herren, zeigt, wie Sie zum Sport, zum Breitensport stehen und daß Sie hauptsächlich diese Megaevents, diese Großereignisse forcieren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Hast du als Kind daran gedacht, ob du ein Geld dafür bekommst?“ – Abg. Dr. Flecker: „Er hat ja den Hirschmann zitiert!“)